

Geldentwertung und Erhaltung des Unternehmens

Dargestellt am Beispiel des Vorratsvermögens

VON

Dipl.-Kfm. Konrad Wenzel

AUS

Wörth am Main

1969



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546218_0001

Geldentwertung und Erhaltung des Unternehmens

Dargestellt am Beispiel des Vorratsvermögens

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des akademischen Grades

eines Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

(Dr. rer. pol.)

an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät

der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

vorgelegt

von

Dipl.-Kfm. Konrad Wenzel

aus

Wörth am Main

Goldwinwertung und Erhaltung
des Untergrundes
Ergebnis der Prüfung der 12. Klasse

Die Goldwinwertung und Erhaltung
des Untergrundes ist ein
wichtiges Thema der
Geologie und hat
eine große Bedeutung
für die Wirtschaft.
Die Goldwinwertung
ist ein Prozess, bei dem
Gold aus dem Gestein
gewonnen wird. Dieser
Prozess ist sehr
komplex und erfordert
eine große Menge an
Energie und Wasser.
Die Goldwinwertung
ist ein wichtiger
Teil der Goldgewinnung
und hat eine große
Bedeutung für die
Wirtschaft.

Referent: Prof. Dr. Eugen H. Sieber

Korreferent: Prof. Dr. Walter Schick

Tag der mündlichen Prüfung: 4. Juni 1969

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung	1
Teil I. Problemanalyse	2
A) Definition des zu behandelnden Problems	2
B) Definitorische Grundlagen	3
I. Geldentwertung	3
a) Wesen	3
b) Erscheinungsformen	6
II. Unternehmenserhaltung	8
III. Vorratsvermögen	12
C) Charakterisierung des Problems	13
I. Der theoretische Aspekt des Problems "Inflation und Unternehmenserhaltung"	13
II. Das Geldentwertungsproblem im Rahmen des erhaltungspolitischen Entscheidungskomplexes	17
D) Gang der Untersuchung	20
E) Dogmengeschichte und Charakterisierung der bisherigen Lösungsversuche	21
Teil II. Theoretische Grundlagen	27
A) Die Erhaltung der Unternehmung in gesamt- und einzelwirtschaftlicher Sicht	27
I. Die Notwendigkeit der Unternehmenserhaltung	27
a) Unternehmenserhaltung als gesamt- wirtschaftliche Aufgabe	27
b) Unternehmenserhaltung als einzel- wirtschaftliche Aufgabe	32
II. Die Erhaltungskonzeption als einzel- wirtschaftliche Zielsetzung	34
a) Die Erhaltung der Unternehmung als Minimalziel	34

b) Die existenznotwendigen Teilziele	38
c) Die unternehmerischen Einzelziele als komplexes Zielgefüge	41
d) Ergebnis	42
 B) Grundsätzliche Stellungnahme zur einzelwirt- schaftlichen Zielsetzung der Unternehmenser- haltung in der betriebswirtschaftlichen Theorie	 43
 I. Die betriebswirtschaftlichen Erhaltungsmaß- stäbe als Interpretationsgrößen des Erhal- tungszieles	 43
a) Die Produktionsfaktoren der Unterneh- mung als Betrachtungsobjekt	43
b) Die betriebswirtschaftlichen Erhal- tungsmaßstäbe	47
1. Die Betrachtungsweisen der Kapital- erhaltungskonzeptionen	47
aa) Der Erhaltungsmaßstab bei nomineller Kapitalerhaltung	47
bb) Der Erhaltungsmaßstab bei realer Kapitalerhaltung	50
2. Die Betrachtungsweisen der Substanz- erhaltungskonzeptionen	54
aa) Grundgedanken dieser Konzeptionen	54
bb) Der Erhaltungsmaßstab bei repro- duktiver Substanzerhaltung	57
cc) Der Erhaltungsmaßstab bei rela- tiver Substanzerhaltung	58
dd) Der Erhaltungsmaßstab bei leistungs- äquivalenter Substanzerhaltung	60
c) Stellungnahme zu den einzelnen Erhal- tungsmaßstäben	63
 II. Die negativen Einflüsse einer Geldentwer- tung auf die Unternehmung als zielbe- stimmender Faktor	 70
a) Die Existenz der Geldentwertung in der Marktwirtschaft	70
1. Das Kriterium der Preissteigerung	70
2. Preisschwankungen aufgrund von Geldwert- änderungen und/oder Sachwertschwankungen	74
3. Die Messung der Geldentwertung	76
b) Das Entstehen von Scheingewinnen in Zeiten einer Geldentwertung	82

1. Die Erfolgskonzeption der traditionellen Unternehmensrechnung als Ausgangspunkt	82
2. Das Entstehen von Scheingewinnen als Gefahrenherd	85
aa) Der Begriff Scheingewinn	85
bb) Die Entstehungsursache der Scheingewinne	88
cc) Die Bedeutung der Scheingewinne	91
3. Die materiellen Auswirkungen der Scheingewinne	92
aa) Der Gewinn als Grundlage des Verbrauchs	92
bb) Der Verbrauch in Form der Besteuerung	96
cc) Der Verbrauch in Form der Gewinnausschüttung und Leistungsabgeltung	98
c) Ergebnis	103
Teil III. Die Erhaltung der Unternehmung bei Geldentwertung als Problem erhaltungspolitischer Entscheidungen	
A) Die Bedeutung des Rechnungswesens für die Erhaltungspolitik	105
I. Die Bedeutung des Rechnungswesens im allgemeinen	105
II. Die Bedeutung von Buchhaltung und Kostenrechnung im besonderen	107
a) Die Erfassung der Wertströme und Bestandsgrößen	107
b) Die Ermittlung des Unternehmungserfolges im Jahresabschluß	107
c) Ermittlung und Darstellung des Einflusses der Geldentwertung	109
1. Das traditionelle Rechnungswesen als Grundlage	109
2. Berücksichtigung des Geldentwertungseinflusses in ergänzenden Nebenrechnungen zum Jahresabschluß	115
aa) Das Verfahren der kalkulatorischen Erfolgsrechnung	115
bb) Das Verfahren der kurzfristigen Erfolgsrechnung	129

B) Das Ziel der Unternehmenserhaltung als Konzeption der Erhaltungspolitik	131
I. Die Erhaltungspolitik als Problem zielsetzender Entscheidungen	131
II. Die Erhaltungspolitik als Problem zielerreichender Entscheidungen	136
C) Realkapital- oder Substanzerhaltung als Zielsetzung der unternehmerischen Erhal- tungspolitik	138
D) Realisierung der erhaltungspolitischen Zielsetzung, Möglichkeiten und Grenzen beim Vorratsvermögen	146
I. Das Postulat ausreichender Ertragser- zielung als Voraussetzung für die Realisierung der erhaltungspolitischen Zielsetzung	146
II. Die Sicherung des Vorratsvermögens vor den materiellen Auswirkungen einer Geld- entwertung - Die Möglichkeit der Selbst- finanzierung -	161
a) Formen der Reservenbildung	161
1. Die gemeinsame Grundkonzeption der einzelnen Methoden	161
2. Methoden zur Bildung stiller Reserven	161
aa) Unterscheidung zwischen Aufwands- und Bestandsbewertung	161
bb) Methoden der Aufwandsbewertung	165
(1) Das Lifo-Verfahren	165
(2) Das Hifo-Verfahren	171
(3) Das Nifo-Verfahren	173
(4) Die Bewertungsverfahren zu Durchschnittswerten	174
(5) Kritische Würdigung der han- dels- und steuerrechtlichen Bedeutung	178
cc) Methoden der Bestandsbewertung	196
(1) Die eiserne Bestandsrechnung	196
(2) Das Festwertverfahren	205
(3) Kritische Würdigung der han- dels- und steuerrechtlichen Bedeutung	206

	Seite
3. Methoden zur Bildung offener Reserven	216
aa) Die Substanzerhaltungsrücklage im Handelsrecht	216
bb) Die Rücklage für Preissteigerung im Steuerrecht	230
4. Ergebnis	235
b) Die reservenbildende Entscheidung	237
1. Die Entscheidungsträger der Reservenbildung	237
2. Der Einfluß unternehmensexterner und -interner Faktoren auf die reservenbildende Entscheidung	249
aa) Die Bedeutung der unternehmungs-externen Faktoren	249
bb) Die Bedeutung der unternehmungs-internen Faktoren	255
3. Die Reservenbildung als Gegenstand der Gewinnverwendungsentscheidung	259
c) Der finanzwirksame Charakter der Zweckbeziehung zwischen Reservenbildung und Ersatzbeschaffungsprozeß	262
Schlußbetrachtung	270

Verzeichnis der Abkürzungen

a.a.O.	= am angegebenen Ort
Abs.	= Absatz
AktG	= Aktiengesetz
Aufl.	= Auflage
BB	= Der Betriebs-Berater (Zeitschrift)
BFH	= Bundesfinanzhof
BFuP	= Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis (Zeitschrift)
BGBI	= Bundesgesetzblatt
BStBl	= Bundessteuerblatt
DB	= Der Betrieb (Zeitschrift)
Diss.	= Dissertation
DStR	= Deutsche Steuer-Rundschau (Zeitschrift)
DStZ	= Deutsche Steuer-Zeitung
ed.by	= edited by
EStG	= Einkommensteuergesetz
EStR	= Einkommensteuerrichtlinien
Hab.- Schr.	= Habilitationsschrift
HdB	= Handwörterbuch der Betriebswirtschaft
HGB	= Handelsgesetzbuch
Hrsg.	= Herausgeber
hrsg. von	= herausgegeben von
Jg.	= Jahrgang
m. E.	= meines Erachtens
NB	= Neue Betriebswirtschaft (Zeitschrift)
N.F.	= Neue Folge
OFH	= Oberster Finanzgerichtshof
o.J.	= ohne Jahresangabe
o.O.	= ohne Ortsangabe
o.V.	= ohne Verfasser
RFH	= Reichsfinanzhof
RStBl	= Reichssteuerblatt
Sp.	= Spalte
StuW	= Steuer und Wirtschaft (Zeitschrift)
vgl.	= vergleiche

Vol.	= Volume
Wpg	= Die Wirtschaftsprüfung (Zeitschrift)
ZfB	= Zeitschrift für Betriebswirtschaft
ZfhF	= Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung
Ziff.	= Ziffer

Einleitung

Die vorliegende Arbeit, die unternehmungspolitische Probleme in Zeiten allgemeiner Preissteigerungen im Zusammenhang mit der Erhaltung der Unternehmung behandelt, besitzt gerade in unserer heutigen Zeit und unserer heutigen Wirtschaftsordnung besondere Aktualität. Sie soll einige Probleme aufzeigen, die sich für die Unternehmensführung in Zeiten einer Geldentwertung ergeben.

Das Phänomen Geldentwertung, das insbesondere seit dem zweiten Weltkrieg in nahezu allen westlichen Volkswirtschaften mehr oder weniger stark auftritt, scheint eine Strukturerscheinung dieser Wirtschaftsordnung zu sein. Wenn diese Entwicklung auch von o f f i z i e l l e r S e i t e nicht in allen Fällen als eine Tatsache zugegeben wird, so mindert dies in keiner Weise den Wert der im Rahmen dieses Fragenkomplexes gemachten Aussagen. Die wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen haben die Existenz von Geldwertverschlechterungen in ihre Untersuchungen miteinzubeziehen, wenn sie den Anforderungen der empirisch orientierten Wirtschaftswissenschaften gerecht werden wollen, gedanklich in die Struktur der wirtschaftlichen Realität einzudringen.

Während die volkswirtschaftliche Forschung die Ursachen und Auswirkungen einer Verschlechterung des Geldwertes im Hinblick auf die Gesamtwirtschaft zu ergründen versucht, stellt die Betriebswirtschaftslehre die Unternehmung in den Vordergrund ihrer Untersuchung. Das Phänomen Geldentwertung bildet für die einzelne Unternehmung ein Datum, das in den Entscheidungsprozeß der Unternehmensführung Eingang finden muß, wenn schwerwiegende Fehldispositionen vermieden werden sollen.

Teil I. Problemanalyse

A) Definition des zu behandelnden Problems

Die vorliegende Arbeit unternimmt den Versuch, die in der Theorie gewonnenen Erkenntnisse über die im einzelwirtschaftlichen Bereich auftretenden negativen Auswirkungen einer Inflation unter unternehmungspolitischen Aspekten zu analysieren. Der Arbeit fällt demzufolge die Aufgabe zu, unternehmungspolitische Probleme in Zeiten einer Geldentwertung im Zusammenhang mit der Erhaltung der Unternehmung zu behandeln, d.h. es sollen Möglichkeiten für die Unternehmensführung aufgezeigt werden, wie den negativen Einflüssen einer Inflation wirksam begegnet werden kann.

Diese Aufgabenstellung macht es erforderlich, den Betrachtungen über eine systematische Erhaltungspolitik eine Klärung der mit diesem Fragenkreis im Zusammenhang stehenden theoretischen Grundlagen voranzustellen. Mit Hilfe der Erkenntnisse aus der Analyse des Wirkungszusammenhanges zwischen Geldentwertung und der Sicherung der unternehmerischen Produktivkräfte lassen sich die Zielsetzungen und Instrumente erhaltungspolitischer Handlungen in operationaler Form ableiten.

Aus diesen Überlegungen heraus erstreckt sich die Arbeit im wesentlichen auf zwei Problemkreise:

1. auf die Bestimmung eines objektiven Erhaltungsmaßstabes in Zeiten einer Geldentwertung;
2. auf die Bestimmung und Realisierung der erhaltungspolitischen Zielsetzung im Rahmen des unternehmerischen Entscheidungsprozesses.

Insbesondere der die Realisierung des Erhaltungszieles betreffende Problemkreis erfordert eine klare Darstellung der in dieser Arbeit aufgestellten Prämissen. Nur dadurch wird es möglich, von den im Wirtschaftsleben so vielgestaltig auftretenden Erscheinungen klare Aussagen zu machen; den definitorischen Grundlagen und der Charakterisierung des Problemkreises muß man aus diesem Grunde weitaus mehr Bedeutung beimessen als nur einer E i n - f ü h r u n g .

B) Definitorische Grundlagen

I. Geldentwertung

a) Wesen

Der Tauschwert aller in der Wirtschaft produzierten und abzusetzenden Leistungen ist in Einheiten des Tauschmittels Geld definiert. Grundlage dieser als Preis bezeichneten Güterwerte bildet das am Markt be-

stehende Tauschverhältnis der verschiedenen Güter zueinander. Die Gesamtheit aller Güterwerte einer Volkswirtschaft (d.h. alle Güterpreise) stellt das Preisniveau dieses Wirtschaftsbereiches dar.

Läßt sich einerseits der Wert eines Gutes in Geldeinheiten des Tauschmittels ausdrücken, so repräsentiert andererseits die Geldeinheit Kaufpotenz gegenüber den Gütern; sie besitzt eine bestimmte Kaufkraft. Diese Interdependenz zwischen der Kaufkraft des Geldes und dem Preisniveau eines bestimmten Wirtschaftsbereiches führt dazu, daß man den Geldwert als reziproken Wert des allgemeinen Preisniveaus definieren kann. Der Wert der Geldeinheit (Kaufkraft) ist somit eine von dem allgemeinen Preisniveau abgeleitete Größe. Da in unserer auf freiem Güteraustausch beruhenden Volkswirtschaft die Preisbildung weitgehend von den Bedingungen des Marktes bestimmt wird, ergibt sich, daß Geldwertschwankungen nahezu charakteristisch sind für unsere moderne Geld- und Kreditwirtschaft.

Geldwertveränderungen können einerseits in der Form einer Geldentwertung und andererseits in der Form einer Geldwertsteigerung auftreten. Ein wichtiges Kriterium zur Bestimmung der Art der Geldwertschwankung stellt im allgemeinen die Richtung der Preisniveaubewegung ¹⁾ dar. Ein steigendes Preisniveau führt zu einer Verschlechterung des Geldwertes (Inflation), ein sinkendes Preisniveau zu einem steigenden Geldwert (Deflation). Die Preisniveaubewegungen nach oben oder unten können

1) Bei einer sogenannten preisgestoppten Inflation liegt dieses Kriterium jedoch nicht vor.

nur als Kriterium dienen, sie reichen jedoch nicht zur Begriffsbestimmung aus, da sie sich überwiegend am Symptomatischen der jeweiligen Erscheinung orientieren. Insbesondere die zurückgestaute Inflation, bei der mittels Lohn- und Preisstopp das Kriterium der Preissteigerung weitgehend fehlt, würde dadurch definitorisch nicht erfaßt.

Der in dieser Arbeit zu behandelnde Problemkreis beschäftigt sich lediglich mit dem Phänomen der Geldwertverschlechterung, wobei die Begriffe Geldentwertung und Inflation als synonymes Begriffspaar verwendet werden. Unter Inflation versteht Recktenwald ¹⁾ einen im Wirtschaftsablauf vorherrschenden "Ü b e r h a n g d e r b e a b s i c h t i g t e n (im voraus, am Anfang einer Periode geplanten, daher auch mit 'ex ante' bezeichneten) Nachfrage (H i c k ' s e x c e s s d e m a n d) über das m ö g l i c h e Angebot".

Dieser Inflationsbegriff entspricht im wesentlichen den Definitionsvorschlägen, die Hansen ²⁾ und Turvey ³⁾ in ihren Untersuchungen erarbeitet haben. Auch diese Autoren sehen in dem Kriterium des Nachfrageüberhanges das entscheidende Wesensmerkmal der Inflation.

-
- 1) Vgl. Recktenwald, Horst C.: Inflation und Deflation. In: HdB, 3. Aufl., hrsg. von H. Seischab und K. Schwantag, Band II, Stuttgart 1957/1958, Sp. 2794.
 - 2) Vgl. Hansen, Bent: A Study in the Theory of Inflation. Schriftenreihe "The Library of Economics", ed. by P.N. Rosenstein-Rodan, Section two: New Works, London 1951.
 - 3) Vgl. Turvey, Ralph: Some Aspects of the Theory of Inflation in a Closed Economy. In: The Economic Journal, ed. by R.F. Harrod und E.A.G. Robinson, Vol. 61, London 1951, S. 531 ff.

b) Erscheinungsformen

Für die folgende Untersuchung ist eine Einengung dieser recht weiten definitiorischen Begriffsauslegung erforderlich. Ausgangspunkt hierfür soll eine von Läge ¹⁾ dargestellte Typologie des Inflationsbegriffs sein, in der er den speziellen Charakter der jeweiligen Erscheinung zum Ausdruck bringt. Aufgrund bestimmter Kriterien teilt er die Inflationen ein in solche, in denen:

1. der verursachende Faktor betont wird, wie z.B. bei der Gold-, Papiergeld-, Kredit-, Lohn- und Kosteninflation;
2. die Erscheinungsform in den Vordergrund rückt, wie z.B. bei der offenen, schleichenden, latenten und zurückgestauten Inflation;
3. das Entwicklungstempo maßgebliche Bedeutung erlangt, wie z.B. bei der galoppierenden, run-away, progressiven, kriechenden, schleichenden und gestoppten Inflation;
4. die Häufigkeit und Dauer des Prozesses unterstrichen wird, wie z.B. bei der zyklischen, prolongierten, kontinuierlichen, irreversiblen, chronischen, säkularen, permanenten und ewigen Inflation.

Die folgende Arbeit stellt auf jene realtypische Erscheinungsform ab, die im allgemeinen in der heutigen Zeit in den westlichen Wirtschaftsbereichen vorherrscht. Es handelt sich hierbei um das unter den Termini "schleichende, latente, säkulare bzw. chronische Inflation" bekannte Phänomen. Hierunter soll jener sich

1) Vgl. Läge, Friedrich-Karl: Die säkulare Inflation. Schriftenreihe zur Geld- und Finanzpolitik, hrsg. von H. J. Abs, A. Hartmann und G. Schmolders, Band 5, Frankfurt am Main 1959, S. 33.

langsam vollziehende stetige Kaufkraftschwund des Geldes aufgrund eines steigenden Preisniveaus verstanden werden ¹⁾. Unter Zugrundelegung der von Läge entwickelten Typologie stellt diese Begriffsdefinition sowohl auf das Kriterium der "Erscheinungsform" des Prozesses als auch auf das Kriterium des "Entwicklungstempos" ab.

Die Ursache für eine solche Entwicklung wird in der wirtschaftspolitischen Zielsetzung der Vollbeschäftigung ²⁾ gesehen, wobei die Frage dahingestellt bleiben soll, ob in der Wirtschaftspolitik dem Ziel der Preisstabilität oder demjenigen der Vollbeschäftigung der Vorrang gebührt. Haberler ³⁾ und Hansen ⁴⁾ z.B. sind der Auffassung, daß beide Ziele auf die Dauer gemeinsam nicht zu erreichen sind.

1) Zur Illustration dieses Kriteriums verweist Hansen auf die Entwicklung des "wholesale price index" in den USA. Er betont, daß bereits in dem Zeitraum von 1897 bis 1913 dieser Index jährlich um 2,5 Prozent angestiegen ist; hierin erblickt er "the clearest case on record of prolonged creeping inflation in peacetime". Vgl. Hansen, Alvin H.: Economic Issues of the 1960s. Economics Handbook Series, ed. by Seymour E. Harris, New York-Toronto-London 1960, S. 24.

2) Vgl. u.a.: Lutz, Friedrich A.: Die Gefahr der chronischen Inflation. In: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Zum 60. Geburtstag von Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard, hrsg. von E. von Beckerath, F.W. Meyer und A. Müller-Armack, Frankfurt am Main 1957, S. 382; Wessels, Theodor: Wachsende Starrheit der Unternehmungen und ihre Ursachen. In: ZfhF, N.F., 10. Jg. 1958, S. 71 ff.; Haberler, Gottfried: Geldinflation, Nachfrageinflation, Kosteninflation. In: Stabile Preise in wachsender Wirtschaft, Das Inflationsproblem, Erich Schneider zum 60. Geburtstag, hrsg. von G. Bombach, Tübingen 1960, S. 85.

3) Vgl. Haberler, Gottfried: a.a.O., S. 85.

4) Vgl. Hansen, Alvin H.: a.a.O., S. 4.

Für die Unternehmensführung bedeutet die strukturelle Erscheinung der schleichenden Inflation, daß sie dieses im makroökonomischen Bereich auftretende Phänomen als Datum für die von ihr zu treffenden zukünftigen Entscheidungen zu betrachten hat. Eine unmittelbare Einflußnahme auf diese externen Daten ist ihr nicht möglich. Die Unternehmensführung besitzt jedoch die Möglichkeit, durch gezielte erhaltungspolitische Maßnahmen den Auswirkungen einer schleichenden Inflation zu begegnen, bzw. die Erhaltung der Unternehmung im Rahmen des Ziel-systems zu gewährleisten. Diese Erkenntnis erfordert im folgenden die Klärung des Begriffs "Unternehmenserhaltung".

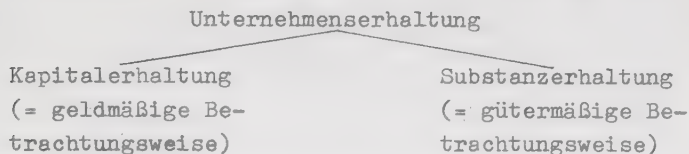
II. Unternehmenserhaltung

In der betriebswirtschaftlichen Literatur wird der Begriff Unternehmenserhaltung unterschiedlich interpretiert. Ausgangspunkt terminologischer Überlegungen bildet eine Wesensbestimmung der Produktivgüter. Die Produktivkräfte können sowohl wert- als auch gütermäßig aufgefaßt werden. Je nachdem, ob der geldmäßige oder der gütermäßige Vorgang im Vordergrund der Betrachtung steht, kann zwischen geldmäßiger oder gütermäßiger Unternehmenserhaltung unterschieden werden. Hax¹⁾ spricht in diesem Zusammenhang von Kapitalerhaltung und Substanz-

1) Vgl. Hax, Karl: Die Substanzerhaltung der Betriebe. Köln und Opladen 1957, S. 13.

erhaltung ¹⁾. Damit bringt er diesen geldwirtschaftlichen und güterwirtschaftlichen Gesichtspunkt klar zum Ausdruck.

Entsprechend dieser Abgrenzung ergibt sich folgendes Begriffsschema, dem im folgenden gefolgt werden soll:



Unter dem Begriff Kapitalerhaltung versteht Hax ²⁾ die "Erhaltung eines geldziffernmäßig bestimmten Ursprungskapitals". Eine derartige, auf die Erhaltung des investierten Geldkapitals ausgerichtete Erhaltungskonzeption zielt auf den wertmäßigen Ersatz der Produktivkräfte ab. Im Mittelpunkt dieser Betrachtungsweise stehen somit die Probleme der passiven Bilanzseite.

Demgegenüber erstreckt sich der Problemkreis der Substanzerhaltung auf die aktiven Bilanzpositionen. Substanzerhaltung bedeutet nach Hax ³⁾ die "Erhaltung der

1) Das Begriffspaar Kapital- und Substanzerhaltung umfaßt in der überwiegenden Literatur sowohl die materiellen als auch die immateriellen Produktivkräfte. Vgl. z.B.: Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 51 und S. 181; Engelmann, Konrad: Die Verrechnung von Inflations-Gewinnen unter dem Realisations-Gesichtspunkt. In: ZfhF, N.F., 3. Jg. 1951, S. 155 ff.; Eckardt, Horst: Die Substanzerhaltung industrieller Betriebe (untersucht am Beispiel der niedersächsischen Industrie). Schriftenreihe "Beiträge zur betriebswirtschaftlichen Forschung", hrsg. von E. Gutenberg, W. Hasenack, K. Hax und E. Schäfer, Band 19, Köln und Opladen 1963, S. 11.

2) Vgl. Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 14.

3) Ebenda, S. 14.

ursprünglichen, mengenmäßig bestimmten Produktionskapazität". Diese Definition darf als weniger glücklich bezeichnet werden. Die herrschende betriebswirtschaftliche Auffassung verbindet mit dem Begriff Kapazität die Vorstellung von Leistungsfähigkeit. Sie wird im allgemeinen an den Leistungen der einzelnen Unternehmungen gemessen. In der betriebswirtschaftlichen Literatur ist zwar der Vorschlag gemacht worden, den Output der Unternehmung als Maßstab für das Konzept der Substanzerhaltung zu verwenden; nicht minder bedeutsam ist jedoch die Auffassung, die mit dem Begriff Substanzerhaltung die Erhaltung des im Unternehmen gebundenen Sachvermögens verbindet. Letzterer Begriffsinhalt entspricht dem von Walb ¹⁾ verwendeten Terminus "materielle Kapitalerhaltung". Schmidt ²⁾ spricht in diesem Zusammenhang von der "Erhaltung des Vermögens in seinem realen Bestande", oder in seiner Terminologie von der Erhaltung des "Real-Kapitals".

Bei Walb ³⁾ und Hax ⁴⁾ hat die reale Kapitalerhaltung einen anderen Begriffsinhalt. Sie verstehen hierunter nicht den gütermäßigen Ersatz der Produktivkräfte, sondern die Sicherung der Kaufkraft des ursprünglich investierten Kapitals.

1) Vgl. Walb, Ernst: Die Erfolgsrechnung privater und öffentlicher Betriebe, Eine Grundlegung. Berlin und Wien 1926, S. 332 ff.

2) Vgl. Schmidt, Fritz: Die organische Tageswertbilanz. 3. Aufl., Wiesbaden 1951, S. 56.

3) Vgl. Walb, Ernst: Die Erfolgsrechnung ..., a.a.O., S. 339 ff.

4) Vgl. Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 17.

Im Zusammenhang mit diesen terminologischen Überlegungen drängt sich zwangsläufig die Frage auf, ob eine Mittelzuführung von außen ebenfalls unter den Begriff **U n t e r n e h m e n s e r h a l t u n g** zu subsumieren ist. Sonderegger ¹⁾ bezeichnet eine derartige Situation, in der ein etwaiger Unternehmensverlust von Dritten getragen wird, als "Scheinerhalten". Das "Selbsterhalten" der Unternehmung liegt erst dann vor, "wenn die verbrauchten Produktionsfaktoren aus eigener Kraft wieder ersetzt worden sind" ²⁾. Ein derartiges Handlungsprinzip fordert "ein aktives Erhalten, das mit betriebseigenen Mitteln zu geschehen hat, d.h. mit Mitteln, die dem Betrieb (= Unternehmung im Sinne dieser Arbeit - Anm. des Verf.) als Eigen- oder Fremdkapital vorher zur Verfügung gestellt wurden oder die er selbst im betrieblichen Kreislauf erwirtschaftet hat" ³⁾.

Die Aufgabenstellung dieser Arbeit liegt darin, Möglichkeiten aufzuzeigen, wie den Auswirkungen einer Geldentwertung mit erhaltungspolitischen Maßnahmen begegnet werden kann, wobei diese Maßnahmen auf eine vorgegebene unternehmerische Zielsetzung auszurichten sind. Zur Erhöhung der Aussagekraft einer solchen Untersuchung und aus dem Erfordernis einer praxisnahen Betrachtungsweise heraus soll in diesem Zusammenhang das Vorratsvermögen exemplarisch behandelt werden.

1) Vgl. Sonderegger, Fritz: Das Prinzip der Erhaltung der Unternehmung als Grundproblem der modernen Betriebswirtschaftslehre. Schriftenreihe "Unternehmung und Betrieb", hrsg. von A. Walther, Band 30, Bern 1950, S. 38.

2) Eckardt, Horst: a.a.O., S. 10.

3) Ebenda, S. 7.

III. Vorratsvermögen

Im allgemeinen Sprachgebrauch und in der Betriebswirtschaftslehre wird der Begriff Vorratsvermögen mit unterschiedlichem Inhalt verwendet. Je nach seinem Verwendungszweck wird er weiter oder enger gefaßt. In dieser Arbeit soll unter dem Terminus Vorratsvermögen der Warenvorrat des Unternehmens erfaßt werden. Diesen Warenvorrat definiert Sieber ¹⁾ wie folgt: "Grundsätzlich werden nur solche Teile des Umlaufvermögens zu den Warenvorräten gerechnet werden können, die unmittelbar oder mittelbar auf dem Wege zur Verkaufserlöse sind".

Dem Wesensgehalt des Begriffs Vorratsvermögen kommt man näher, wenn man die Motive der Vorratsbildung bzw. die Funktionen der Warenvorräte zu erklären versucht. In einer Typologie nennt Arrow als mögliche Gründe für eine Vorratsbildung:

1. 'The Transaction Motive', "because it is not possible to synchronize perfectly inflow and outflow of goods" ²⁾; ferner spielen in diesem Zusammenhang Kostenüberlegungen bezüglich der Losgröße des Beschaffungsaktes eine Rolle ³⁾.
2. 'The Precautionary Motive'. Diesem Motiv liegt das "problem of safety allowances in the fact of uncertainty" zugrunde ⁴⁾.

1) Vgl. Sieber, Eugen H.: Warenvorräte. In: HdB, a.a.O., Band IV, Stuttgart 1957/1958/1960/1962, Sp. 6175 f.

2) Vgl. Arrow, Kenneth J.; Karlin, Samuel; Scarf, Herbert: Studies in the Mathematical Theory of Inventory and Production, Stanford (California) 1958, S. 4.

Ebenda, S. 5 f.

4) Ebenda, S. 7.

3. 'The Speculative Motive'. Bei der Vorratsbildung kommt dieser Aspekt dann zum tragen, "if prices are rising sufficiently rapidly ... Other possibilities for speculation exist if there are known changes in costs or in the possibilities of sales" ¹⁾.

Einen tieferen Einblick in den Wesensgehalt des Begriffs Vorratsvermögen ermöglicht eine Aufgliederung nach Warenarten. So verwendet z.B. das Aktiengesetz ²⁾ im § 151 Abs. 1 das folgende Begriffsschema: "1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe; 2. unfertige Erzeugnisse; 3. fertige Erzeugnisse, Waren".

C) Charakterisierung des Problems

I. Der theoretische Aspekt des Problems "Inflation und Unternehmenserhaltung"

Das Phänomen "Inflation" tritt den Unternehmungen in Form eines stetig ansteigenden Preistrends gegenüber, ohne daß diese die Möglichkeit haben, unmittelbar auf eine derartige gesamtwirtschaftliche Entwicklung Einfluß auszuüben. Die Ursachen einer solchen Entwicklung sind in unserer Wirtschafts- und Finanzordnung zu suchen ³⁾; Triebkräfte politischer, soziologischer und psychologischer Art können auf einen solchen Prozeß verstärkend einwirken ⁴⁾.

1) Vgl. Arrow, Kenneth J.; Karlin, Samuel; Scarf, Herbert: a.a.O., S. 8.

2) Aktiengesetz, vom 6. September 1965. In: BGBl 1965, Teil I, Nr. 48.

3) Vgl. Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 5.

4) Vgl. Schmolders, Günther: Die Politiker und die Währung. In: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 10. Jg. 1957, Heft 1, S. 28 f.

Die Aufgabe dieser Arbeit besteht darin, Möglichkeiten für die Unternehmensleitung aufzuzeigen, wie sie den negativen Einflüssen einer Inflation wirksam begegnen kann. Voraussetzung hierfür ist jedoch, daß der Zusammenhang zwischen Geldentwertung und den dadurch ausgelösten Gefahren, die die Unternehmen treffen können, klar erkannt wird. Diese Erkenntnisse liefert eine Analyse im theoretischen Teil dieser Arbeit.

In der betriebswirtschaftlichen Theorie ist die im einzelwirtschaftlichen Bereich auftretende Problematik einer Geldentwertung in zahlreichen Veröffentlichungen unter Verwendung der Begriffe **B e t r i e b s -** bzw. **U n t e r n e h m e n s e r h a l t u n g** sowie **S c h e i n g e w i n n** behandelt worden. Dabei beschränkt sich die Diskussion im wesentlichen auf die theoretische Seite des Zusammenhanges zwischen Geldentwertung und Rechnungswesen. Frühzeitig erkannte man die Fehlerhaftigkeit der überlieferten Auffassung von der Unveränderlichkeit des Geldwertes und dem auf dieser Fiktion aufgebauten Rechnungssystem. Die theoretischen Überlegungen in diesem Bereich beschäftigten sich demzufolge mit der Notwendigkeit, den Einfluß der Geldentwertung in den Büchern der Unternehmen sichtbar zu machen.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die in diesem Zusammenhang gewonnenen Erkenntnisse zumeist theoretischer Natur sind. Dadurch bleiben jedoch die mit einer Geldentwertung verbundenen Probleme in ihrer praktischen Tragweite weitestgehend unberücksichtigt.

Insbesondere in den theoretischen Überlegungen hinsichtlich der Funktionsweise des traditionellen Rechnungssystems in Zeiten einer Geldentwertung kommen die Gefahren einer solchen Entwicklung klar zum Ausdruck.

In Zeiten einer Inflation besteht für die Unternehmung die Gefahr, daß dem Unternehmen Mittel entzogen werden, die es zur Erhaltung der im unternehmerischen Leistungsprozeß verbrauchten Produktivkräfte benötigt und zwar in substantieller und kaufkraftmäßiger Hinsicht. Im ersteren Falle liegt die Gefahr in einem möglichen Substanzverlust, im letzteren Falle in einem möglichen Kaufkraftverlust an dem im Unternehmen eingesetzten Kapital.

In beiden Fällen liegt der Gefahrenherd nicht in möglichen Fehldispositionen durch die Unternehmensführung, sondern in der Anwendung der auf dem Nominalprinzip beruhenden Geldkapitalrechnung. Die Bestimmungen sowohl des Handelsrechts als auch des Steuerrechts sind im wesentlichen von diesem Grundsatz geprägt.

Die Zielsetzung dieser nominalen Betrachtungsweise, deren Hauptverfechter Rieger ¹⁾ ist, liegt in der Erhaltung einer ursprünglich investierten Geldsumme; Kapitalerhaltungsmaßstab bildet das zu Beginn einer Periode vorliegende Anfangskapital. Dieser Einstellung liegt jedoch die Fiktion eines stabilen Geldwertes zugrunde.

Insbesondere für die Gewinnermittlung der Unternehmungen ist dies nicht ohne Einfluß. Bei schleichender Inflation besteht eine Diskrepanz zwischen den am gegenwärtigen Geldwert orientierten Erlösen und den aus Anschaffungswerten abgeleiteten Aufwendungen. Dies kann für die Unternehmen Substanz- und/oder Kaufkraftverlust bedeuten.

1) Vgl. Rieger, Wilhelm: Einführung in die Privatwirtschaftslehre. 3. unveränderte Aufl., Erlangen 1964.

An zwei Beispielen sollen diese durch die Inflation verursachten negativen Auswirkungen erläutert werden:

Fall 1:

Zu Beginn einer Periode (p_0) besitzt die Unternehmung von einer bestimmten Warenart A 10.000 Mengeneinheiten zum Anschaffungswert von DM 1.000.000. Im Rahmen der Geschäftstätigkeit gehen 5.250 Mengeneinheiten in den Leistungsprozeß der Unternehmung ein und werden am Markt im Zeitpunkt p_1 abgesetzt. Die Verrechnung von 5.250 Mengeneinheiten in der Erfolgsrechnung zum Stückpreis von DM 100 führt zu einer Bindung finanzieller Mittel im Werte von DM 525.000 an die Unternehmung die für die Ersatzbeschaffung verwendet werden sollen. In dem Beispiel wird unterstellt, daß in dem Zeitraum von p_0 bis p_1 eine 5%ige Preissteigerung der Ware A eingetreten ist, d.h. der Preis pro Stück stieg von DM 100 auf DM 105. Bei einer Reinvestition dieser zweckgebundenen Erlöse in Höhe von DM 525.000 stehen der Unternehmung 5.000 Mengeneinheiten des Gutes A zur Verfügung.

Ergebnis: Die Unternehmung hat einen Substanzverlust von 250 Mengeneinheiten erlitten.

Fall 2:

In Anlehnung an das Beispiel 1 soll angenommen werden, daß in dem Zeitraum zwischen p_0 und p_1 eine Geldentwertung von 4% eingetreten ist, d.h. die Kaufkraft der Geldeinheit (DM 1,--) sei im Zeitraum zwischen p_0 und p_1 von 1,0 auf 0,962 gesunken. Dies bedeutet, daß im Zeitpunkt p_1 die der Unternehmung zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von DM 525.000 einen anderen Realkapitalwert repräsentieren als zum Zeitpunkt p_0 . Der Realkapitalwert in p_0 von DM 525.000 repräsentiert in p_1 lediglich eine Kaufkraft von rd. DM 505.000.

Ergebnis: Infolge der Geldentwertung ist ein Realkapitalverlust von rd. DM 20.000 eingetreten.

Diese beiden möglichen Gefahren liefern oft Argumente für bestimmte Wirtschaftskreise, die von ihrem Interessensstandpunkt aus Sondervergünstigungen zur Abwendung dieser Auswirkungen bzw. eine Änderung der nominalen Unternehmensrechnung fordern. Wenn dies gerade in der heutigen Wirtschaftsentwicklung in verstärktem Maße geschieht, so liegt dies in erster Linie in der gegenwärtigen Aktualität dieses Problems.

Diese theoretischen Ausführungen zum Problem der Geldentwertung sollen die Grundlagen liefern für den unternehmenspolitischen Fragenkomplex im zweiten Teil dieser Arbeit. Bei den in diesem Zusammenhang zu behandelnden Problemen dominiert die positive Betrachtungsweise.

II. Das Geldentwertungsproblem im Rahmen des erhaltungspolitischen Entscheidungskomplexes

Im Mittelpunkt der Betrachtung steht die Behandlung der mit einer Geldentwertung im Zusammenhang stehenden einzelwirtschaftlichen Probleme unter unternehmenspolitischen Aspekten. Es handelt sich hierbei um die Frage, welches Erhaltungsziel die Unternehmensführung in Zeiten einer Geldentwertung zweckmäßigerweise einschlägt und welche Maßnahmen ihr zur Verwirklichung dieses Zieles zur Verfügung stehen. Eine Stellungnahme zu dieser Fragestellung läuft darauf hinaus, die Bestimmungsgründe der im Bereich der unternehmerischen Erhaltungspolitik zu treffenden Entscheidungen herauszuarbeiten.

Die erhaltungspolitischen Entscheidungen werden von Personen getroffen, die als die unmittelbaren Entscheidungsträger bezeichnet werden sollen. Ihnen ist die Befugnis eingeräumt, erhaltungspolitische Entscheidungen zu fällen; in diesem Zusammenhang ist die Erkenntnis bedeutsam, inwieweit dieser Personenkreis von dieser seiner Befugnis Gebrauch machen kann bzw. will. Nicht weniger wichtig ist die mittelbare Einflußnahme von Personen, denen zwar keine unmittelbare Entscheidungsbefugnis zusteht, die jedoch als mittelbare Träger der Unternehmung die

Entscheidungsbildung in der einen oder anderen Richtung wirksam zu beeinflussen vermögen.

Die Bindung der Entscheidungsbildung an bestimmte Entscheidungsträger führt dazu, daß die Entscheidungen subjektiv bedingt sind; unternehmensinterne und -externe Einflußfaktoren unterliegen einer unterschiedlichen individuellen Beurteilung, was im allgemeinen dazu führt, daß bei mehreren Personen unterschiedliche Interessenlagen in Erscheinung treten. Für die Unternehmensführung ergibt sich hieraus die Aufgabe, derartige Interessenskollisionen im Rahmen eines Interessenausgleichs beizulegen.

Es wird demzufolge zu prüfen sein, welcher Personenkreis bei erhaltungspolitischen Entscheidungen als Entscheidungsträger in Erscheinung tritt, welche Interessenlagen für diese Personen charakteristisch sind und in welcher Art bzw. in welchem Ausmaß unternehmensinterne bzw. -externe Faktoren diese Entscheidungen beeinflussen.

Dabei stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage nach dem Charakter der erhaltungspolitischen Entscheidungen. Ausgangspunkt zur Beantwortung dieser Fragestellung bildet die Tatsache, daß die Unternehmungspolitik von Ziel- und/oder Mittelentscheidungen geprägt wird. Aufgrund dieser Erkenntnis soll analog das Problem der Unternehmenserhaltung im Zusammenhang mit der Auslösung von Zielsetzungs- und/oder Zielerreichungsentscheidungen gesehen werden; dadurch wird deutlich herausgestellt, daß die Bestimmung der erhaltungspolitischen Zielsetzung und deren Realisierung zwei Teilprobleme des unternehmerischen Entscheidungskomplexes darstellen. In beiden Fällen hat die Unternehmensführung durch individuelle Wahlakte eine Auswahl unter mehreren Entscheidungsalternativen zu treffen.

Die der Erhaltungspolitik zugrunde liegenden Entscheidungen in bezug auf Zielsetzung und/oder Mitteleinsatz sind von der Notwendigkeit geprägt, den Bestand der unternehmerischen Produktionsfaktoren auf die Dauer zu sichern. Es handelt sich hierbei um Entscheidungen, die die Unternehmung in die Lage versetzen, ihre im Leistungsprozeß verbrauchten Produktivgüter aus eigener Kraft zu erhalten. Nur das Regenerieren der Unternehmen "aus sich selbst heraus kann das Ziel einer gesunden Erhaltungspolitik sein" ¹⁾. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn Hasenack ²⁾ im Rahmen seiner definitorischen Überlegungen in diesem Bereich die Begriffe Regenerationspolitik und Erhaltungspolitik als synonymes Begriffspaar verwendet. Anhaltspunkte für die Bestimmung der erhaltungspolitischen Zielsetzung bilden die in der Theorie gewonnenen fundamentalen Erkenntnisse über die Auswirkungen einer Inflation. Im Wege der deduktiven Betrachtungsweise werden diese Ergebnisse den in der Realität vorherrschenden Verhältnissen angepaßt. Bedeutsam ist dieser Sachverhalt insofern, als die Zielsetzung der Erhaltungspolitik den inflatorischen, die Unternehmung bedrohenden Gefahren Rechnung tragen sollte. Sie hat demnach der Forderung nach Realkapital- und/oder Substanzerhaltung gerecht zu werden. Im einen Fall soll die Kaufkraft, im anderen die Substanz der im Unternehmen gebundenen Produktivkräfte erhalten werden. Dabei kann es in dieser Arbeit nicht darum gehen, sich für die eine oder andere Zielsetzung normativ zu entscheiden. Denn letztlich hängt es von den subjektiven Erwägungen der Entscheidungsträger im Unternehmen ab, ob und in welcher Form sich diese Zielsetzungen im Zielsystem niederschlagen.

1) Eckardt, Horst: a.a.O., S. 7.

2) Vgl. Hasenack, Wilhelm: Kategorien, betriebliche.
In: HdB, a.a.O., Band II, Stuttgart 1957/1958,
Sp. 3098.

D) Gang der Untersuchung

Die Aufgabenstellung dieser Arbeit setzt voraus, daß der Erhaltungspolitik der Unternehmensführung eine operationale Zielvorstellung zugrunde liegt, an der die einzelnen Maßnahmen auszurichten sind. Erkenntnisse über ein operationales Erhaltungsziel in Zeiten einer Inflation sind jedoch nur möglich,

1. wenn ein Maßstab für die inhaltliche Bestimmung des Erhaltungszieles vorliegt, und
2. wenn Klarheit über den Wirkungszusammenhang zwischen Geldentwertung und dem im Unternehmen gebundenen Produktivkräftebestand besteht.

Diesem Problemkreis dienen die theoretischen Abhandlungen im Teil II dieser Arbeit.

Aufbauend auf diesen theoretischen Erkenntnissen wird im Teil III der Arbeit der Versuch unternommen, das Problem "Geldentwertung und Erhaltung des Unternehmens" unter unternehmungspolitischem Aspekt zu behandeln. Hierbei wird das Problem der Unternehmenserhaltung als Gegenstand des unternehmerischen Entscheidungsprozesses betrachtet. Dies ist insofern von Bedeutung, als dadurch die Bestimmung und Realisierung der erhaltungspolitischen Zielsetzung im Zusammenhang mit den subjektiven Erwägungen der Entscheidungsträger gesehen wird.

Die Stellungnahme zur erhaltungspolitischen Zielsetzung geht hierbei von der im Teil II erkannten Notwendigkeit aus, in Zeiten einer Geldentwertung die substantielle und/oder kaufkraftmäßige Erhaltung der Produktivkräfte neben der Erhaltung in nomineller Form anzustreben.

Derartige Erkenntnisse sind richtungsweisend für die Realisierung der erhaltungspolitischen Zielsetzung im Rahmen zielerreichender Entscheidungen. Bei den in diesem Bereich anzustellenden Überlegungen treten folgende Gesichtspunkte in den Vordergrund:

1. Erhaltungspolitische Entscheidungen im gewinnerzielenden und -verwendenden Bereich, sowie
2. Erhaltungspolitische Entscheidungen unter dem Aspekt der Liquidität.

Zur Illustration der Realisierung der erhaltungspolitischen Zielsetzung sollen die Warenvorräte exemplarisch behandelt werden. Aufgabe dieser Arbeit kann es nicht sein, einen vollständigen Überblick über die Möglichkeiten der Erhaltungspolitik zu geben. Ein solcher Versuch müßte an der Vielfalt und Komplexität der Realität sowie an dem sich laufend ändernden Wirtschaftsablauf scheitern. Es sollen lediglich die wichtigsten Instrumente angeführt und deren Wirksamkeit analysiert werden.

E) Dogmengeschichte und Charakterisierung der bisherigen Lösungsversuche

In der Betriebswirtschaftslehre haben sich zahlreiche Autoren frühzeitig mit dem Problem der Unternehmenserhaltung unter dem Gesichtspunkt der Geldentwertung beschäftigt, insbesondere in und nach der Zeit der Währungszerrüttung der zwanziger Jahre. Charakteristisch für diese wissenschaftlich begründeten Lösungsvorschläge ist jedoch, daß die darin vertretenen Auffassungen im allgemeinen zu einer recht unterschiedlichen Beurteilung dieses Fragenkreises gelangen.

Nach wie vor bemüht sich die wissenschaftliche Diskussion um eine einhellige Antwort auf diesem betriebswirtschaftlichen Gebiet. Der Meinungsstreit sowohl in Deutschland als auch in den USA erstreckt sich im wesentlichen auf zwei Problemkreise:

1. Der eine ist theoretischer Natur. Es handelt sich hierbei um die Frage, anhand welcher wirtschaftlicher Größen der Erhaltungszustand der Unternehmung in Zeiten einer Geldentwertung gemessen werden soll, d.h. welcher Erhaltungsmaßstab für die Unternehmung in Betracht kommt.

2. Der zweite Fragenkreis wird von praktischen Erwägungen geprägt. Es handelt sich um die Frage, ob und in welcher Weise die Unternehmung den Gefahren einer Geldentwertung begegnen kann.

Zu 1.: Die uneinheitlichen Meinungen in der betriebswirtschaftlichen Theorie bezüglich der inhaltlichen Bestimmung des Erhaltungszieles, d.h. also bezüglich der Festlegung des Erhaltungsmaßstabes, beruhen auf der unterschiedlichen Betrachtung der unternehmerischen Produktionsfaktoren; der Niederschlag der Produktionsfaktoren in der Unternehmung kann sowohl wertmäßig als auch gütermäßig gesehen werden.

In der Theorie haben sich drei Erhaltungskonzeptionen mit spezifischen Erhaltungsmaßstäben herausgebildet: Die nominelle, die reale und die substantielle Erhaltungskonzeption.

Die Erhaltungskonzeption der nominellen Kapitalerhaltung, die auf der Fiktion eines wertstabilen Geldes beruht, wird neben dem Hauptvertreter Rieger ¹⁾ insbe-

1) Vgl. Rieger, Wilhelm: a.a.O.

sondere von Leitner ¹⁾, Gnam ²⁾ und Fettel ³⁾ vertreten. Zu den wichtigsten Autoren, die die Konzeption der realen Kapitalerhaltung (Kaufkrafterhaltung) in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen stellen, gehören in Deutschland u.a. Mahlberg ⁴⁾, Schmalenbach ⁵⁾, Walb ⁶⁾ und Rentrop ⁷⁾ sowie in den USA May ⁸⁾ und Paton ⁹⁾.

-
- 1) Vgl. Leitner, Friedrich: Wirtschaftslehre der Unternehmung. Leipzig 1926, S. 96 ff.
 - 2) Vgl. Gnam, Arnulf: Axiome der Bilanzierung auf der Grundlage der Währung. München 1948.
 - 3) Vgl. Fettel, J.: Die nominale Geldrechnung und ihre Aussagen. In: BFuP, 3. Jg. 1951, Heft 1, S. 3 ff. sowie: Geldliche und güterliche Begriffe in der Betriebswirtschaftslehre. In: ZfB, 21. Jg. 1951, Nr. 10, S. 513 ff.
 - 4) Vgl. Mahlberg, Walter: Bilanztechnik und Bewertung bei schwankender Währung. Schriftenreihe "Betriebs- und Finanzwirtschaftliche Forschungen", hrsg. von F. Schmidt, 3. Aufl., Heft 10, Leipzig 1923; ferner: Der Tageswert in der Bilanz. Schriftenreihe "Betriebswirtschaftliches Archiv", hrsg. von A. Heber, Heft 2, Leipzig 1925.
 - 5) Vgl. Schmalenbach, Eugen: Dynamische Bilanz. 4. Aufl., Leipzig 1926.
 - 6) Vgl. Walb, Ernst: Die Erfolgsrechnung ..., a.a.O., S. 319 ff.
 - 7) Vgl. Rentrop, Siegfried: Geldwertausgleich in der Bilanz und in der Erfolgsrechnung. In: DB, 4. Jg. 1951, Nr. 50, S. 961 ff.
 - 8) Vgl. May, George O.: Business Income and Price Levels, An Accounting Study. o.O. 1949.
 - 9) Vgl. Paton, William A.: Depreciation-Concept and Measurement. In: The Journal of Accountancy, Oktober 1959, S. 38 ff.

Andere Autoren setzen diesen beiden Auffassungen die Substanzerhaltungskonzeption entgegen. Zu den wichtigsten Vertretern dieser Denkweise zählen von Anfang an Geldmacher ¹⁾ und Schmidt ²⁾. Diese Auffassung wird in der Literatur der letzten Jahre u.a. von Hax ³⁾, Engelmann ⁴⁾, Dey ⁵⁾ und Eckardt ⁶⁾ in Deutschland sowie von Brown ⁷⁾ in den USA unterstützt.

-
- 1) Vgl. Geldmacher, Erwin: Wirtschaftsruhe und Bilanz, Erster Teil: Grundlagen und Technik der bilanzmäßigen Erfolgsrechnung. Schriftenreihe "Betriebswirtschaftliche Zeitfragen", hrsg. von der Gesellschaft für wirtschaftliche Ausbildung E.V. Frankfurt a.M., Heft 2, Berlin 1923; ferner: Kapitalbewertung und Kapitalerhaltung. In: Kapital und Kapitalismus, hrsg. von B. Harms, Band 2, Berlin 1931, S. 350 ff.
 - 2) Vgl. Schmidt, Fritz: Die organische Bilanz im Rahmen der Wirtschaft. Schriftenreihe "Betriebs- und Finanzwirtschaftliche Forschungen", 2. Aufl., Heft 14, Leipzig 1922; ferner: Bilanzwert, Bilanzgewinn und Bilanzumwertung. Schriftenreihe "Bücherei für Bilanz und Steuern", hrsg. von H. Großmann, Band 11, Berlin 1924; Die organische Tageswertbilanz, a.a.O..
 - 3) Vgl. Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O.; ferner: Das Problem der Substanzerhaltung beim Vorratsvermögen. In: ZfhF, N.F., 7. Jg. 1955, S. 531 ff.
 - 4) Vgl. Engelmann, Konrad: Methoden zur Neutralisierung von Preis- und Wert-Schwankungen im betrieblichen Abrechnungswesen. In: BFuP, 4. Jg. 1952, Heft 1, S. 1 ff.
 - 5) Vgl. Dey, Wolfgang: Substanzerhaltung und "wirklicher Scheingewinn". In: Wpg, 5. Jg. 1952, Nr. 9, S. 206 f.
 - 6) Vgl. Eckardt, Horst: a.a.O.
 - 7) Vgl. Brown, Edgar C.: Effects of Taxation, Depreciation Adjustments for Price Changes. Boston 1952.

Eine dritte Gruppe bejaht die Anwendbarkeit mehrerer Erhaltungsmaßstäbe, d.h. es wird die normative Festlegung der Erhaltungsmaßstäbe abgelehnt ¹⁾.

Zu 2.: Beurteilt man die Stellungnahmen der einzelnen Autoren unter dem Aspekt unternehmererhaltender Maßnahmen, dann wird deutlich, daß die überwiegende Mehrheit der Wissenschaftler die Abwehrmaßnahmen gegen eine Inflation als ein Problem der Unternehmungsrechnung betrachtet. Dabei stehen sich zwei Auffassungen gegenüber: Der eine Lösungsvorschlag geht dahin, den Unternehmenserfolg nach der traditionellen Nominalwertrechnung zu ermitteln; daneben soll aufgrund einer Erfolgsanalyse außerhalb des Rechnungswesens die Unternehmensleitung durch zusätzliche Informationen über die Einflüsse einer Geldentwertung aufmerksam gemacht und dem Erhaltungsziel durch entsprechende Selbstfinanzierung im Rahmen der Gewinnverwendung Rechnung getragen werden ²⁾.

-
- 1) Vgl. u.a.: Hasenack, Wilhelm: Selbstfinanzierung und Kapitalerhaltung. In: Der Betriebswirt, Zeitschrift des Verbandes Deutscher Diplom-Kaufleute e.V., 11. Jg. 1931, Nr. 2, S. 56; Hagenmüller, Karl F.: Die Betriebserhaltung. Hab.-Schr., München 1949, S. 43 f.; Schmidt, Ralf-Bodo: Die Kapitalerhaltung der Unternehmung als Gegenstand zielsetzender und zielerreichender Entscheidungen. In: Organisation und Rechnungswesen, Festschrift für Erich Kosiol zu seinem 65. Geburtstag, hrsg. von E. Grochla, Berlin 1964, S. 411 ff.
 - 2) Vgl. u.a.: Schmidt, Ralf-Bodo: Die Gewinnverwendung der Unternehmung. Schriftenreihe "Betriebswirtschaftliche Forschungsergebnisse", hrsg. von E. Kosiol, Band 19, Berlin 1963; ferner: Die Kapitalerhaltung der Unternehmung ..., a.a.O., S. 430 ff.; Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O.; Dey, Wolfgang: a.a.O., S. 206 f.; Meier, Albert: Vorschlag zur Erfassung der wirklichen Scheingewinne und Rücklagenbildung in der Handels- und Steuerbilanz. In: Wpg, 4. Jg. 1951, Nr. 17, S. 389 ff.

Hinzutreten müsse nach Hasenack ¹⁾, Schieb ²⁾ und Schmidt ³⁾ die Realisierung des Regenerationsprozesses.

Die zweite Auffassungsrichtung betrachtet die Aufgabe der Unternehmenserhaltung als ein Problem der Erfolgsermittlung. Es wird in diesem Falle bei der Errechnung des Erfolges ein dem jeweiligen Erhaltungsmaßstab entsprechender Aufwandsbegriff verwendet. Bei einem derartigen Vorgehen wird deutlich, daß den einzelnen Lösungsvorschlägen arteigene Erfolgsbegriffe zugrunde liegen; denn der Charakter der Erfolgsgröße korrespondiert mit dem materiellen Inhalt der Aufwandsdaten. Entsprechende Vorschläge sind u.a. von Schmidt ⁴⁾ und Schmalenbach ⁵⁾ in Deutschland sowie von Sweeney ⁶⁾ in den USA gemacht worden.

-
- 1) Vgl. Hasenack, Wilhelm: Die Anlagenabschreibung im Wertumlauf der Betriebe und die Sicherung der Wirtschaft. In: ZfB, 15. Jg. 1938, S. 137 ff.
 - 2) Vgl. Schieb, Brigitte: Grundsätzliche Probleme der Kapitalerhaltung. In: Fragen der Kapitalerhaltung und Finanzierung, Veröffentlichungen zur Betriebswirtschaft, hrsg. von Aufermann, Auler, le Coutre u.a., Heft 3, Wolfenbüttel o.J., S. 24 ff.
 - 3) Vgl. Schmidt, Ralf-Bodo: Die Kapitalerhaltung der Unternehmung ..., a.a.O., S. 416 ff.
 - 4) Vgl. Schmidt, Fritz: Die organische Tageswertbilanz, a.a.O.
 - 5) Vgl. Schmalenbach, Eugen: Dynamische Bilanz, 4. Aufl., a.a.O., S. 238 ff.
 - 6) Vgl. Sweeney, Henry W.: Stabilized Accounting, New York und London 1936.

Teil. II. Theoretische Grundlagen

A) Die Erhaltung der Unternehmung in gesamt- und einzelwirtschaftlicher Sicht

I. Die Notwendigkeit der Unternehmenserhaltung

a) Unternehmenserhaltung als gesamtwirtschaftliche Aufgabe

Bei den Unternehmungen handelt es sich um die in einer Marktwirtschaft nach autonomen Wirtschaftsplänen handelnden Wirtschaftsbetriebe. Ein Tätigwerden der Unternehmungen im Wirtschaftsprozeß führt dazu, daß Teile ihres Kräftepotentials infolge Beanspruchung aufgezehrt werden und als Leistungen in den Markt übergehen. Erst eine entsprechende Regenerationstätigkeit verhindert einen Produktivkräfteschwund ¹⁾.

Diese permanente Regeneration verfolgt das Ziel, "daß die zur Gefügeerhaltung und für künftige Leistungszyklen nötigen, unternehmerisch stets neu zu kombinierenden Produktivkräfte immer wieder zur Verfügung stehen" ²⁾. Sowohl Nicklisch als auch Geldmacher führen diesen Sachverhalt auf naturgesetzli-

1) In ähnlichem Sinne äußert sich Sonderegger, Fritz: a.a.O., S. 37.

2) Hasenack, Wilhelm: Kategorien, betriebliche, a.a.O., Sp. 3096.

che Zusammenhänge zurück. Nach den Worten Nicklisch's ¹⁾ handelt es sich bei dem Tatbestand der Erhaltung um eine ökonomische Gesetzmäßigkeit, während Geldmacher ²⁾ hierin " ein ewiges Gesetz der wirklichen Wirtschaft " erblickt.

Die Tatsache, daß es sich bei den Unternehmungen um Glieder der in dieser Arbeit zu betrachtenden Marktwirtschaft handelt, ist von wesentlicher Bedeutung für eine gesamtwirtschaftliche Beurteilung des Problems der Unternehmenserhaltung. Die Erhaltung der in den Unternehmungen arbeitenden Produktivkräfte ist in dem auf Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität ausgerichteten Programm der Marktwirtschaft als eine Mindestforderung postuliert. Besteht aufgrund einer wirtschaftlichen Situation bei der Mehrzahl der Unternehmungen die Gefahr, daß die Unternehmungen ihrer Produktionsgrundlagen beraubt werden, dann erscheint nach Hax ³⁾ ein Eingriff durch staatliche Wirtschaftspolitik für erforderlich. Seiner Meinung nach ist eine solche Entwicklung ein Beweis dafür, daß die Wirtschafts- und Finanzordnung versagt hat. Er fordert dann einen Umbau der bestehenden Wirtschafts- und Finanzordnung, um dadurch die Voraussetzungen für ein erfolgreiches unternehmerisches Tätigwerden neu schaffen zu können ⁴⁾.

1) Vgl. Nicklisch, Heinrich: Der Weg aufwärts, Organisation, Versuch einer Grundlegung. 2. Aufl., Stuttgart 1922, S. 94 ff.

2) Vgl. Geldmacher, Erwin: Betrieb und Zeitlage. In: Festschrift für Eugen Schmahlenbach, Leipzig 1933, S. 85.

3) Vgl. Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 5.

4) Vgl. auch Rössle, Karl: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre. München 1948, S. 167.

Andererseits kann es grundsätzlich nicht die Aufgabe des Staates sein, für jede einzelne Unternehmung die Erhaltung ihrer Produktivkräfte zu garantieren. Eine staatliche Wirtschaftspolitik, die auf die Existenzsicherung des einzelnen Unternehmens abzielt, würde dem Wesen der sozialen Marktwirtschaft widersprechen. Sie hat ihr Augenmerk darauf zu richten, daß die wirtschaftspolitischen Eingriffe einen reibungslosen Wirtschaftsablauf gewährleisten.

In dem vom einzelwirtschaftlichen Wettbewerb beherrschten Wirtschaftssystem ist die Stellung des Unternehmers dadurch gekennzeichnet, daß er sowohl das Recht auf Gewinn als auch die Verpflichtung der Verlustübernahme in einer Person vereinigt. Der Wesensgehalt einer derartigen Wirtschaftsordnung rechtfertigt nach Hax ¹⁾ nicht den Ruf der Unternehmer nach einem "industriellen Erbhof".

An dieser Stelle ist die Frage zu prüfen, inwieweit die Forderung der Unternehmer auf Erhaltung ihrer Produktionsgrundlagen bei Geldentwertung für gerechtfertigt erscheint. Die Beantwortung dieser Frage läuft letztlich auf eine Entscheidung darüber hinaus, ob das Geldwertrisiko dem einzelwirtschaftlichen Wagnis zuzurechnen ist.

1) Vgl. Hax, Karl: Die Substanzernaltung ... (Buch), a.a.O., S. 5 f.

Beispielhaft für diejenigen Autoren ¹⁾, die diese Frage bejahen, sollen die Ausführungen von Kalveram ²⁾ angeführt werden: "Es war in den letzten Jahren der Versarmung weiter Schichten nicht zu billigen, daß viele Unternehmer die volle Erhaltung ihres Produktivkapitals unbedingt forderten, während die Kaufkraft der großen Masse der Konsumenten dauernd sank. Der Unternehmer hat die Pflicht, seinen Anteil an den allgemeinen Opfern, eventuell auch aus der Substanz seines Geschäftsvermögens, zu tragen."

Die Vertreter derartiger Argumente sehen zwar die Gefahr unternehmerischen Kräfteschwundes, sie stellen jedoch die aus dem Gerechtigkeitsdenken abgeleiteten Einzelinteressen über diejenigen der Gesamtwirtschaft. Die Volksgemeinschaft kann jedoch an einem Schrumpfen des volkswirtschaftlichen Leistungspotentials nicht interessiert sein.

1) Vgl. u.a.: Gnam, Arnulf: Betrachtungen zum Gutachten des Obersten Finanzgerichtshofs (OFH) über die Zulässigkeit des Last in - First out (Lifo)-Verfahrens und des First in - First out (Fifo)-Verfahrens. In: Wpg, 3. Jg. 1950, Nr. 5, S. 210; sowie: Scheingewinne, Scheinverluste - eine Interessenkollision zwischen Volkswirtschaft und Betriebswirtschaft. In: NB, Beilage zu "Der Betriebs-Berater", 1952, Nr. 3, S. 41; Kunzmann, Edmund: Risikoquellen und Risikoabeggung, Eine ertragstheoretische Betrachtung. Diss. Nürnberg 1953, S. 66 ff.; Vangerow, Friedrich: Erläuterungen zur Rechtsprechung, Einkommensteuer, Zur Frage des eisernen Bestands beim Vorratsvermögen. In: Stuw, 32. Jg. 1955, Sp. 467 f.

2) Vgl. Kalveram, Wilhelm: Praxis der Goldmarkbilanzierung und der Kapitalumstellung auf Grund der Bilanzverordnung vom 28. Dezember 1923 und der Durchführungsbestimmungen vom 28. März 1924. Schriftenreihe "Bücherei für Bilanz und Steuern", hrsg. von H. Großmann, Band 13, Berlin 1924, S. 13.

Aus dieser Erkenntnis heraus ist in der Literatur die obige Auffassung nicht unwidersprochen geblieben. Autoren, die das Geldwertrisiko nicht in das unternehmerische Wagnis miteinbeziehen wollen ¹⁾, gehen bei ihrer Argumentation in der Regel vom finanzwissenschaftlichen Grundsatz der Steuerquellenschonung aus. Der Begriff Einkommensteuer weist klar darauf hin, daß die Aufgabe dieser Steuerart in der steuerlichen Erfassung der individuellen Einkommensarten liegt. Sobald die Einkommensteuer nicht mehr aus dem Einkommen bezahlt werden kann, muß das Vermögen der Unternehmung angegriffen werden. Das von Hax ²⁾ zitierte Sprichwort: "Wer die Eier haben will, der darf das Huhn nicht schlachten", ist für diesen Sachverhalt zutreffend. ³⁾

Dieser an der Wirtschaftsform der freien Marktwirtschaft entbrannten Diskussion wird die Grundlage entzogen, sobald sich die Betrachtung auf die soziale Marktwirtschaft erstreckt. Wie Müller-Armack ⁴⁾ ausführt, gehört die Geldwertstabilität zum Inhalt des Wirtschaftsprogramms dieser Wirtschaftsordnung.

-
- 1) Vgl. u.a.: Hagemeyer, Heinrich: Die Frage der verschiedenen Besteuerung des Bilanzgewinnes nach dessen Verursachung. Diss. Frankfurt am Main 1950; Endres, Walter: Der Eiserne Bestand als Mittel zur Vermeidung des Ausweises und der Besteuerung von Scheingewinnen. In: ZfHf, N.F., 4. Jg. 1952, S. 217 ff.; Görres, Peter: Substanzbesteuerung. In: BB, 10. Jg. 1955, Heft 28, S. 894 ff.; sowie: Zur Scheingewinnbesteuerung. In: BB, 10. Jg. 1955, Heft 4, S. 124 f.
 - 2) Vgl. Hax, Karl: Die Substanzerhaltung der Betriebe. In: DB, 9. Jg. 1956, Nr. 16, S. 357.
 - 3) Den gleichen Gedankengang kleidet Paton in folgende Worte: "While you can shear a sheep every season you can skin it only once". Vgl. Paton, William A.: a.a.O., S. 43.
 - 4) Vgl. Müller-Armack, Alfred: Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft. 2. Aufl., Hamburg 1948, S. 133 ff.

Ob, wie und wann dieser Idealzustand in unserer Wirtschaft erreicht werden kann, soll dahingestellt bleiben. Für die Unternehmensführung ist die gegenwärtige Situation bzw. die mutmaßliche Entwicklung entscheidend; diese ist nun einmal weitgehend von einem steigenden Preistrend gekennzeichnet.

b) Unternehmenserhaltung als einzelwirtschaftliche Aufgabe

Für die Ableitung der einzelwirtschaftlichen Aufgabe im Zusammenhang mit der Existenzsicherung der Unternehmung soll zunächst angenommen werden, daß durch eine gezielte staatliche Wirtschaftspolitik die Währungsstabilität gewährleistet werden kann. Damit wäre keineswegs die Möglichkeit einer Erhaltung der unternehmerischen Produktionsfaktoren sichergestellt. Entsprechend dem Programm der sozialen Marktwirtschaft hat diese Aufgabe vielmehr die Unternehmenspolitik der Unternehmensführung zu erfüllen. Die einzelwirtschaftliche Aufgabe besteht einmal darin, der Unternehmung aufgrund der Geschäftstätigkeit zumindest diejenigen Mittel zur Verfügung zu stellen, die für den Ersatz der verbrauchten Produktivkräfte erforderlich sind. Zum anderen hat die Unternehmensführung durch entsprechende Vollzugshandlungen für die instrumentale Durchführung des Regenerationsprozesses zu sorgen.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Vergangenheit hat jedoch gezeigt, daß das Ziel der Währungsstabilität im Programm der staatlichen Wirtschaftspolitik zwar verankert, in der Realität jedoch nicht erreicht wurde. Damit wird der Unternehmensführung die Aufgabe erschwert, die finanziellen Voraussetzungen für die Erhaltung der Produktionsfaktoren zu schaffen.

Die Eigentümlichkeit dieser durch die Geldentwertung hervorgerufenen Schwierigkeiten beruht darauf, daß es sich hierbei um unternehmungsexterne Vorgänge handelt, die nicht unmittelbar durch die Unternehmungspolitik beeinflußt werden können. Der hieraus resultierende Problemkreis steht in engem Zusammenhang mit der von der Unternehmensführung zu erfüllenden Aufgabe, finanzielle Mittel für die Erhaltung der Produktivkräfte bereitzustellen. Letztere zielt darauf ab, durch eine entsprechende Unternehmungspolitik die negativen Wirkungen der Geldentwertung zu eliminieren, damit die für die Erhaltung der unternehmerischen Produktionskräfte benötigte Mittelbereitstellung nicht gefährdet ist.

Die Unternehmenserhaltung - eine einzelwirtschaftliche Aufgabe - ist in Zeiten einer Geldentwertung das Ziel der von der Unternehmensführung betriebenen Erhaltungspolitik. Hierzu zählen alle Entscheidungen, die die Unternehmung in die Lage versetzen, die im betrieblichen Leistungsprozeß verbrauchten Produktivgüter aus eigener Kraft zu erhalten. Dieser Sachverhalt läßt den dispositiven Aspekt, auf den Hasenack ¹⁾ schon frühzeitig hingewiesen hat, deutlich in Erscheinung treten.

In Zeiten einer Geldentwertung rückt demzufolge im Rahmen der unternehmenserhaltenden Problematik der einzel-

1) Vgl. Hasenack, Wilhelm: Die Anlagensabschreibung ..., a.a.O., S. 137 ff.

wirtschaftliche Aspekt deutlich in den Vordergrund. Hieraus darf jedoch nicht geschlossen werden, daß der gesamtwirtschaftliche Gesichtspunkt in diesem Bereich gänzlich ohne Bedeutung sei. Zu fordern ist vielmehr, daß die einzelwirtschaftliche Erhaltungspolitik durch die staatliche Wirtschaftspolitik unterstützt, mindestens nicht behindert wird. Die Sicherung der Unternehmung erweist sich somit als eine Aufgabe sowohl des einzel- als auch des gesamtwirtschaftlichen Sektors unserer Wirtschaft ¹⁾.

II. Die Erhaltungskonzeption als einzelwirtschaftliche Zielsetzung

a) Die Erhaltung der Unternehmung als Minimalziel

In Zeiten einer Geldentwertung wird im Rahmen der Diskussion über die von der Unternehmensführung einzuschlagende Unternehmenspolitik die Frage einer adäquaten Unternehmenserhaltung bedeutsam. Die Sicherung der unternehmerischen Produktionsfaktoren leitet sich aus der Tatsache ab, daß die Unternehmung des 20. Jahrhunderts als ein auf die Dauer angelegtes Gebilde zu charakterisieren ist. Der durch die Unternehmensführung einzuleitenden Unternehmungspolitik fällt die Aufgabe zu, das Überleben der Unternehmung in der Gegenwart und in der Zukunft zu sichern.

1) Vgl. Hasenack, Wilhelm: Die Anlagenabschreibung ..., a.a.O., S. 139.

Ansatzpunkt der Ziel- und Mittelentscheidungen der Erhaltungspolitik bilden die das Unternehmen gefährdenden Faktoren. Sowohl unternehmungsinterne als auch -externe Faktoren führen zu einer permanenten Existenzbedrohung ¹⁾. Der Problemkreis dieser Arbeit beschränkt sich auf die in der Umwelt begründete Gefahrenquelle der Geldentwertung. Dieses Phänomen ist vom einzelwirtschaftlichen Standpunkt aus im allgemeinen nicht beeinflussbar. Allerdings besteht für die Unternehmensführung die Möglichkeit, den negativen Auswirkungen durch eine wirksame Erhaltungspolitik zu begegnen.

Die Erhaltung der Unternehmung wird in der Betriebswirtschaftslehre nicht nur für unbedingt notwendig erachtet, sondern für die Unternehmensleitung als Grundsatz postuliert ²⁾. Dieses betriebswirtschaftliche Axiom findet

1) Vgl. auch Sonderegger, Fritz: a.a.O., S. 32.

2) Vgl. z.B.: Bidlingmaier, Johannes: Unternehmerziele und Unternehmerstrategien. Schriftenreihe "Betrieb und Markt", hrsg. von K.C. Behrens, Band 8, Wiesbaden 1964, S. 108 f.; Sonderegger, Fritz: a.a.O., S. 32 f.; Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 7; Hagenmüller, Karl F.: a.a.O., S. 74 ff.; Rössle, Karl: a.a.O., S. 164 ff.; Mellerowicz, Konrad: Unternehmenspolitik, Band I. 2. Aufl., Freiburg im Breisgau 1963, S. 51 ff.; Schmidt, Ralf-Bodo: Die Kapitalerhaltung der Unternehmung ..., a.a.O., S. 417 f.; Heinen, Edmund: Das Zielsystem der Unternehmung, Grundlagen betriebswirtschaftlicher Entscheidungen. Schriftenreihe "Die Betriebswirtschaft in Forschung und Praxis", hrsg. von E. Heinen, Band 1, Wiesbaden 1966, S. 70 ff. und S. 122 ff.; sowie: Sandig, Curt: Betriebswirtschaftspolitik. 2. Aufl., Stuttgart 1966, S. 76 ff.

seine Rechtfertigung in den Gesetzen des Naturrechts, "das analog auch in anderen Lebensbereichen gültig ist und beispielsweise als Recht auf die Erhaltung des Körpers, der Persönlichkeit und des Eigentums von verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen ... begründet wurde" ¹⁾.

Heinen ²⁾ leitet diesen Zusammenhang aus einem Vergleich mit organischen Lebensformen her, wenn er ausführt: "Das Streben nach Sicherung des Unternehmenspotentials entspringt den elementaren Lebensbedürfnissen jedes Organismus, gewisse Minima als Grundlagen seiner Existenz zu erhalten". Aus solchen Überlegungen heraus gelingt es der Betriebswirtschaftslehre, eine Begründung für die Gesetzmäßigkeit der Unternehmenserhaltung zu finden.

Zu Recht weist jedoch Schmidt ³⁾ auf die Problematik eines solchen Vergleichs hin, da wesentliche Unterschiede zwischen einem Organismus und einem von Menschen geschaffenen Gebilde bestehen. Penrose ⁴⁾ geht in diesem Zusammenhang noch einen Schritt weiter, wenn sie meint, daß alle Versuche, Gesetzmäßigkeiten zwischen einer Unter-

1) Schmidt, Ralf-Bodo: Die Kapitalerhaltung der Unternehmung ..., a.a.O., S. 417.

2) Vgl. Heinen, Edmund: Das Zielsystem der Unternehmung, a.a.O., S. 70.

3) Vgl. Schmidt, Ralf-Bodo: Die Kapitalerhaltung der Unternehmung ..., a.a.O., S. 418.

4) Vgl. Penrose, Edith Tilton: Biological Analogies in the Theory of the Firm. In: The American Economic Review, Dezember 1952, Vol. 42, No. 5, S. 809.

nehmung und einem Organismus aufgrund biologischer Analogien herleiten zu wollen, auf einer unbegründeten Handlungsweise beruhen. Denn "this type of reasoning about the firm obscures, if it does not implicitly deny, the fact that firms are institutions created by men to serve the purposes of men".

Die allgemeine Behauptung ist berechtigt, daß in den betriebswirtschaftlichen Diskussionen die Erhaltung der Unternehmung als Minimalziel der Unternehmensführung ¹⁾ für unbedingt notwendig erachtet wird. Keine Übereinstimmung herrscht jedoch bei der inhaltlichen Bestimmung des für die Unternehmungspolitik maßgeblichen Erhaltungszieles. Der Meinungsstreit in der betriebswirtschaftlichen Forschung beschäftigt sich in erster Linie mit der Frage, ob eine gütermäßige oder geldmäßige Erhaltung der Produktivkräfte anzustreben ist. Auf diese Frage soll in einem späteren Abschnitt eingegangen werden. An dieser Stelle kann jedoch bereits ausgeführt werden, daß eine generelle Bindung des Erhaltungsmaßstabes an eine inhaltlich definierte Zielvariable aufgrund der vielfältigen Motivationsstrukturen der im Wirtschaftsleben tätigen Entscheidungsträger abzulehnen ist.

Nicht weniger bedeutungsvoll ist die Prüfung der Frage, inwieweit die erhaltungspolitische Zielvariable operationale Größen aufweist. Ein operationales Ziel

1) Vgl. hierzu: Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 7; Saage, Gustav: Die stillen Reserven im Rahmen der aktienrechtlichen Pflichtprüfung. Schriftenreihe "Beiträge zur betriebswirtschaftlichen Forschung", hrsg. von E. Gutenberg, W. Hasenack, K. Hax und E. Schäfer, Band 8, Köln und Opladen 1959, S. 22.

liegt dann vor, "wenn es in eindeutig verständlichen und meßbaren Größen ausgedrückt werden kann" ¹⁾. Eine derartige Betrachtungsweise bringt den definitiven Gesichtspunkt des Erhaltungszieles mit organisations-technischen Aspekten in Verbindung. Wenn z.B. Sandig ²⁾ das durch die Unternehmensführung anzustrebende Ziel in der Erhaltung der Wirtschaftskraft sieht, dann will er auch jene Werte vor einem Verlust bewahren, "die einer rechnerischen Erfassung nicht zugänglich sind" ³⁾. Selbst wenn man diese Größen wertmäßig zu präzisieren versucht, ist es zweifelhaft, ob diese Werte sinnvolle Ergebnisse liefern können.

Aus diesen Ausführungen wird ersichtlich, daß die materielle Spezifizierung des Erhaltungszieles letztlich auf einer Entscheidung der Unternehmensleitung beruht.

b) Die existenznotwendigen Teilziele

Aus der allgemeinen Formulierung der unternehmerischen Zielvorstellung leiten sich die speziellen Zielvariablen in den unternehmerischen Teilbereichen ab. Eine wirksame Erhaltungspolitik ist nur möglich, wenn die in den unternehmerischen Teilbereichen gesetzten Zielvariablen mit dem für das ganze Unternehmen postulierten Erhaltungsziel in Einklang gebracht werden können.

Die Aufgabe der Unternehmensführung besteht somit darin, eine Koordination zwischen dem Erhaltungsziel des Unternehmens und den existenznotwendigen Teilzielen in

1) Albach, Horst: Entscheidungsprozeß und Informationsfluß in der Unternehmensorganisation. In: Organisation, TFB-Handbuchreihe, Erster Band, hrsg. von E. Schnauffer und K. Agthe, Berlin und Baden-Baden 1961, S. 357.

2) H. Sandig, Zert. a.o.O., S. 70.

3) H. Sandig, Zert. a.o.O., S. 70.

den einzelnen Unternehmensbereichen herbeizuführen. Erst wenn es der Unternehmensleitung gelingt, die Anforderungen des für das Unternehmensganze maßgeblichen Erhaltungszieles in den einzelnen Unternehmensbereichen durchzusetzen, ist die Einheitlichkeit der Erhaltungspolitik gewahrt.

Das im unternehmerischen Entscheidungsprozeß fixierte Erhaltungsziel setzt sich aus artverschiedenen Teilzielen zusammen. Hierbei ist als wichtigstes Teilziel, das auf lange Sicht als existenznotwendig für die Unternehmung angesehen werden muß, das Streben nach einer bestimmten Mindestrentabilität zu nennen.

Hinsichtlich des Rentabilitätsgesichtspunktes wurde in der traditionellen Theorie überwiegend das Streben nach Gewinnmaximierung auf lange Sicht als das die unternehmerische Tätigkeit beherrschende Prinzip angesehen. Diese den Entscheidungsmodellen zugrunde liegende vereinfachte Arbeitshypothese "diente bisher als der Zauberschlüssel, der alle Türen zu einem Verständnis des Unternehmensverhaltens öffnete" ¹⁾. Abgesehen davon, daß bei dem Begriff der Gewinnmaximierung die Eindeutigkeit hinsichtlich der anzustrebenden Erfolgsgröße fehlt, entspricht das Streben nach maximalem Gewinn in der langen Sicht nicht den Realitäten.

1) Rothschild, Kurt W.: Preistheorie und Oligopol. In: Preistheorie, Schriftenreihe "Neue Wissenschaftliche Bibliothek", hrsg. von A.E. Ott, Köln und Berlin 1965, S. 360. Aus dem Englischen: Price Theory and Oligopoly. In: Readings in Price Theory, London 1953, S. 440 - 464, übersetzt von Valerie Rothschild

Zahlreiche Autoren ¹⁾ haben aufgrund empirischer Untersuchungen darauf hingewiesen, daß in den Unternehmungen nicht ein maximaler, sondern ein befriedigender Gewinn angestrebt wird, da neben der Zielsetzung Gewinn noch weitere Teilziele die Motivationen der Entscheidungsträger beherrschen. Je mehr sich die Gewinnerzielungsabsicht der existenznotwendigen Mindestrentabilität nähert, desto größer wird der Spielraum für die Verfolgung anderer Ziele. Neben dem Streben nach einer existenznotwendigen Mindestrentabilität muß jedoch auch die Bedingung der Aufrechterhaltung der Liquidität erfüllt sein, um ein Überleben der Unternehmung gewährleisten zu können.

-
- 1) Vgl. u.a.: Kaplan, A.D.H.; Dirlam, Joel B.; Lanzillotti, Robert F.: *Princing in Big Business: A Case Approach*. Washington 1958, S. 128 ff.; Simon, Herbert A.: *Theories of Decision-Making in Economics and Behavioral Science*. In: *The American Economic Review*, Juni 1959, Vol 49, No. 3, S. 262 ff.; Baumol, William J.: *Business Behavior, Value and Growth*. First Printing, New York 1959, S. 45 ff.; Katona, George: *Das Verhalten der Verbraucher und Unternehmer, Über die Beziehungen zwischen Nationalökonomie, Psychologie und Sozialpsychologie*. Veröffentlichungen der Akademie für Gemeinwirtschaft Hamburg, hrsg. von E. Boettcher. Aus dem Englischen: *Psychological Analysis of Economic Behavior*, 1st ed., New York-Toronto-London 1951, übersetzt von G. Kröckel und H. Kardel, Tübingen 1960, S. 241 ff.; Baldwin, William L.: *The Motives of Managers, Environmental Restraints, and the Theory of Managerial Enterprise*. In: *The Quarterly Journal of Economics*, Februar 1964, Vol. 78, No. 1, S. 240 ff.

c) Die unternehmerischen Einzelziele als komplexes Zielgefüge

Eine Analyse der unternehmerischen Zielvorstellung weist neben den oben angeführten, als existenznotwendig erachteten Zielsetzungen noch Teilziele auf, die für die Erhaltung der Unternehmung nicht existenznotwendig sind. Die Verfolgung nicht existenznotwendiger Zielvorstellungen erscheint in den Augen der Geschäftsführung solange unproblematisch, als die Existenz der Unternehmung dadurch nicht gefährdet wird. So können beispielsweise Investitionen in erster Linie einem höheren Prestigedürfnis, die Vergrößerung des Marktanteils dem individuellen Machtstreben und Rückzahlungen von Gesellschaftseinlagen einem größeren Unabhängigkeitsdrang entspringen.

In der Realität werden sowohl existenznotwendige als auch nicht existenznotwendige Teilziele im allgemeinen gleichzeitig durch die Unternehmensleitung angestrebt. Diese verschiedenartigen unternehmerischen Einzelziele bilden ein komplexes Zielgefüge aus komplementären, konkurrierenden und indifferenten Einzelzielen. Heinen¹⁾ bezeichnet einen solchen Zielkomplex als "Zielsystem der Unternehmung".

Dieser auch als Zielfunktion²⁾ bezeichnete Zielkomplex setzt sich aus einem Bündel von Zielvariablen zusammen,

-
- 1) Vgl. Heinen, Edmund: Das Zielsystem der Unternehmung, a.a.O.
 - 2) In einem früheren Beitrag mit dem Titel "Die Zielfunktion der Unternehmung" in: Zur Theorie der Unternehmung, Festschrift zum 65. Geburtstag von Eric Gutenberg, Wiesbaden 1962, S. 1 - 12, definierte Heinen auf S. 11 ff. das komplexe Zielgefüge noch als Zielfunktion. Zur Benennung des Zielkomplexes erregten ihn aber der Begriff "Zielsystem" und die engere mathematische Namensgebung "Zielfunktion". Heinen, Edmund, 1962: Die Unternehmung, a.a.O., Vorwort.

die mit unterschiedlicher Intensität angestrebt werden können. In diesem komplexen Bündel von Teilzielen sind die existenznotwendigen Einzelziele eingebettet. Insbesondere in Zeiten einer Geldentwertung ist den existenznotwendigen Teilzielen besonderes Gewicht beizumessen, da von einer Inflation existenzgefährdende Wirkungen ausgehen.

d) Ergebnis

Die Betrachtung des unternehmerischen Zielsystems sollte den komplexen Sachverhalt aufzeigen, der mit der Formulierung der erhaltungspolitischen Zielsetzung verbunden ist. In den Erhaltungskonzeptionen der betriebswirtschaftlichen Literatur wird im allgemeinen den im einzelnen noch zu behandelnden Erhaltungszielen jeweils ein normativer Charakter beigemessen. Wie wir gesehen haben, bedeutet ein solches Vorgehen eine Problemeinengung, da in diesem Falle die Erhaltungsziele losgelöst von den einzelwirtschaftlichen Entscheidungsträgern fixiert werden. An anderer Stelle wurde bereits darauf hingewiesen, daß die zielsetzende Entscheidung einzig und allein bei der Stelle fällt, die die Entscheidungszuständigkeit besitzt bzw. die Verantwortung übernimmt. Die Vielfalt einzelwirtschaftlicher Interessenlagen sowie wirtschaftlicher Strukturen und Situationen läßt eine Normierung des Erhaltungszieles nicht zu.¹⁾

Bei der Ableitung eines operationalen Erhaltungszieles in Zeiten einer Geldentwertung wird von den inflationsnahen Einwirkungen auf den einzelwirtschaftlichen

1) Vgl. Schmidt, Ralf-Bodo: Die Kapitalerhaltung der Unternehmung ..., a.a.O., S. 426.

Leistungsprozeß ausgegangen. Hierbei wird angenommen, daß die negativen, die einzelwirtschaftlichen Gebilde treffenden Wirkungen als Kriterium bei der erhaltungs-politischen Zielsetzungsentscheidung der Unternehmensleitung Berücksichtigung finden. Die Feststellung, daß das Erhaltungsziel letztlich dem Entscheidungsbefehl der Unternehmensträger unterworfen sei, sieht Schmidt ¹⁾ als ein Indiz dafür an, daß es sich in diesem Falle um einen "systembezogenen" Tatbestand im Gutenberg'schen Sinne handelt.

B) Grundsätzliche Stellungnahme zur einzelwirtschaftlichen Zielsetzung der Unternehmenserhaltung in der betriebswirtschaftlichen Theorie

I. Die betriebswirtschaftlichen Erhaltungsmaßstäbe als Interpretationsgrößen des Erhaltungszieles

a) Die Produktionsfaktoren der Unternehmung als Betrachtungsobjekt

Aus den obigen Ausführungen geht hervor, daß die einzelwirtschaftliche Aufgabe der Unternehmenserhaltung dann erfüllt ist, wenn die im unternehmerischen Leistungsprozeß verbrauchten Produktivkräfte mindestens wieder ersetzt worden sind. Die Notwendigkeit zur Erfüllung dieser Aufgabe leitet sich aus der besonderen Struktur des Wirtschaftsgebildes Unternehmung und aus der Eigenart des Leistungsvollzugs ab.

1) Vgl. Schmidt, Ralf-Bodo: Die Kapitalerhaltung der Unternehmung ..., a.a.O., S. 427.

Die Unternehmung kann als eine auf die Dauer geplante Wirtschaftseinheit charakterisiert werden. Dabei ist zu beachten, daß über die zeitliche Limitierung nur willkürliche Angaben gemacht werden können. In diesem Zusammenhang erscheint es sinnvoll, zwischen einer Entwicklung auf kurze und lange Sicht zu unterscheiden. Eine unternehmerische Betätigung auf kurze Sicht liegt z.B. bei einem Partiegeschäft vor, während langfristig gesehen die Unternehmung als ein auf die Dauer errichtetes Wirtschaftsgebilde zu charakterisieren ist. Je nachdem, welchen Zeitraum man der Beurteilung zugrunde legt, zeigt sich das Problem der Unternehmenserhaltung in einem anderen Licht. Eine auf die Dauer angelegte Unternehmung wird dem Phänomen Geldentwertung in der Regel mehr Beachtung schenken als eine auf kurze Sicht geplante Unternehmung. Diese Überlegung ist insofern von Bedeutung, als die Vorstellung von der Unternehmung als Dauergebilde im allgemeinen mehr den Realitäten entsprechen dürfte.

In einer auf lange Sicht angelegten Unternehmung kommt es zu einem sich ständig wiederholenden Leistungsprozeß. Die Durchführung dieses Leistungsprozesses bedeutet einen Verzehr von in der Unternehmung vorhandenen Produktivkräften, um die Erstellung einer Absatzleistung zu ermöglichen. Ein dauerhafter Vollzug dieses Leistungsprozesses ist nur möglich, wenn die in die Absatzleistungen eingegangenen Produktivkräfte wieder beschafft werden. Voraussetzung ist natürlich, daß der Markt die Absatzleistungen der Unternehmung in entsprechender Weise honoriert.

Als Grundlage des Leistungsprozesses dienen alle im Unternehmen eingesetzten Produktionsfaktoren. Da eine nachhaltige Sicherung der Produktions-

gemeinschaft, wie wir gesehen haben, eine Regeneration der im Leistungsprozeß verbrauchten Produktivgüter voraussetzt, gilt es, diese Produktionsgrundlagen näher zu bestimmen. Ganz allgemein kann gesagt werden, daß der Leistungsprozeß nur durch das Zusammenwirken aller erforderlichen Produktivkräfte ermöglicht wird. Dieses Zusammenwirken stützt sich sowohl auf materielle als auch auf immaterielle Produktionsfaktoren. Demnach muß sich der mit der Frage der Unternehmenserhaltung im Zusammenhang stehende Regenerationsprozeß auf beide Arten von Produktionsfaktoren erstrecken.

Unter einer immateriellen Sicherung der Unternehmung versteht Hasenack ¹⁾ die Erhaltung der "organisierten Produktions g e m e i n s c h a f t". Bei dieser Betrachtungsweise handelt es sich um die Erhaltung der immateriellen Unternehmenswerte bzw. des immateriellen Unternehmensgefüges in der Terminologie Hasenack's ²⁾. Seiner Meinung nach handelt es sich hierbei um Produktivkräfte, die Elemente des Innen- und/oder Außengefüges der Unternehmung darstellen. Zu diesen immateriellen Produktionsfaktoren der Unternehmung zählen z.B. der Firmenwert, die Patent- und Lizenzrechte, der Produktionsfaktor Arbeit, die Organisation, sowie die Kredit- und Marktbeziehungen.

Aus dieser Aufzählung wird bereits ersichtlich, daß es sich hierbei um eine Vielzahl artverschiedener Produktivkräfte handelt, deren Quantifizierung erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Ihre Berücksichtigung im

1) Vgl. Hasenack, Wilhelm: Die Anlagenabschreibung ..., a.a.O., S. 129.

2) Derselbe, Kategorien, betriebliche, a.a.O., Sp. 3096

Problemkreis der Erhaltungspolitik erweist sich somit als ein vielschichtiges Problem. Dies dürfte der Grund dafür sein, daß sich die betriebswirtschaftlichen Erhaltungskonzeptionen fast ausschließlich auf die materiellen Produktionsfaktoren beschränken.

Die Regeneration der materiellen Produktivkräfte soll dafür Sorge tragen, daß die Erhaltung der "mechanisch-technischen Produktionsfähigkeit" ¹⁾ der Unternehmung sichergestellt ist. Objekte dieser Erhaltungskonzeption sind die materiellen Produktivkräfte wie z.B. Gebäude, maschinelle Anlagen, Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, sowie Geldmittel. Ihr Vorhandensein ist in Verbindung mit den immateriellen Produktivkräften von entscheidender Bedeutung für die Funktionsfähigkeit des unternehmerischen Leistungsprozesses.

Während man sich in der Literatur im allgemeinen über die Notwendigkeit der Erhaltung der unternehmerischen Produktivkräfte einig ist, bestehen hinsichtlich des Erhaltungszieles erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Die einzelnen Autoren tendieren aufgrund der von ihnen vertretenen Erhaltungskonzeptionen zur Normierung eines bestimmten, ihrer jeweiligen Betrachtungsweise adäquaten Erhaltungszieles. Aufgrund der Schwierigkeit, die sich bei der Quantifizierung der immateriellen Produktivkräfte ergibt, liegt die Vermutung nahe, daß der Ableitung eines zweckmäßigen Erhaltungszieles bei Geldentwertung ausschließlich die materiellen Produktivkräfte zugrunde liegen.

Eine derartige Vermutung ist jedoch nicht gerechtfertigt. Die einzelnen Erhaltungsziele sind zwar im Rah-

1) Senack, Wilhelm: Die Anlagenabschreibung ..., S. 129.

men der materiellen Betrachtungsweise entwickelt und in zahlreichen Rechenbeispielen wiedergegeben worden, ihr Geltungsbereich ist jedoch damit nicht auf die materiellen Produktivkräfte beschränkt. Die in diesem Zusammenhang gemachten Ausführungen über das Erhaltungsziel gelten somit auch für die immateriellen Produktivkräfte.

Die verschiedenartigen, in der Theorie vertretenen Erhaltungsauffassungen resultieren aus der unterschiedlichen Beurteilung des Erhaltungsproblems durch die einzelnen Autoren. Den von ihnen in den einzelnen Erhaltungskonzeptionen angestrebten Erhaltungszielen liegen ganz bestimmte Erhaltungsmaßstäbe zugrunde. Dadurch ergeben sich hinsichtlich der Beurteilung der Frage der Unternehmenserhaltung materielle Unterschiede.

Im folgenden soll zunächst geprüft werden, inwieweit sich diese Erhaltungsmaßstäbe für eine objektive Stellungnahme zur Frage der Unternehmenserhaltung in Zeiten einer Geldentwertung eignen. Hierbei soll von der Unterscheidung zwischen Kapital- und Substanzerhaltung ausgegangen werden.

b) Die betriebswirtschaftlichen Erhaltungsmaßstäbe

1. Die Betrachtungsweisen der Kapitalerhaltungskonzeptionen

aa) Der Erhaltungsmaßstab bei nomineller Kapitalerhaltung

Die Zielsetzung der nominellen Kapitalerhaltungskonzeption erstrebt die "Erhaltung eines geldziffernmäßig bestimmten Ursprungskapitals in Einheiten einer effektiven Währung, ohne Rücksicht auf deren Kaufkraftände-

rungen" ¹⁾. Im Mittelpunkt dieser Theorie steht somit die passive Bilanzseite. Bei der Feststellung des Erhaltungszustandes orientiert sich diese Konzeption an der im Unternehmen gebundenen Kapitalsumme. Damit übt das Kapital, das Walb ²⁾ als "Geldausdruck der in einem Unternehmen investierten Güter" definiert, die Funktion eines Erhaltungsmaßstabes aus. Den Vorschriften des deutschen Handels- und Steuerrechts liegt diese Denkweise zugrunde.

Dem Wesen der Doppik entsprechend determiniert diese Betrachtungsweise die Erfolgsgröße der unternehmerischen Betätigung. In der Erfolgsrechnung wird der Erfolg als Differenz zwischen Aufwands- und Ertragsgrößen ermittelt, wobei der Aufwand zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten anzusetzen ist. Der Wertansatz für die Aufwands- und Ertragsgrößen orientiert sich an den zugrunde liegenden pagatorischen Vorgängen, d.h. beide Größen werden an Ausgaben und Einnahmen gemessen ³⁾. Nach Rieger ist der Ausgangspunkt eines jeden Geschäftes eine Aufwendung in Geld, und entsprechend ist der Schlußstein eine Einnahme in Geld. Der Erfolg einer geschäftlichen Transaktion wird durch einen Vergleich dieser beiden pagatorischen Größen abgeleitet ⁴⁾. Eine solche Ermittlungsmethode ist durch den Grundsatz Mark gleich Mark gekennzeichnet.

1) Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 17.

2) Vgl. Walb, Ernst: Die Erfolgsrechnung ..., a.a.O., S. 330 f.

3) Vgl. Schmalenbach, Eugen: Dynamische Bilanz, 4. Aufl., a.a.O., S. 113 ff.

4) Vgl. Rieger, Wilhelm: a.a.O., S. 203.

Die Betrachtungsweise der Nominalisten ¹⁾, von denen Rieger als Hauptvertreter angesehen werden kann, beruht auf der Fiktion eines wertstabilen Geldes. Diese Autoren lehnen eine Korrektur der Erfolgsrechnung in Zeiten einer Geldentwertung ab. Ihrer Meinung nach handelt es sich bei der Unternehmungsrechnung um eine Geldrechnung und nicht um eine Geldwertrechnung. Rieger ²⁾ leugnet zwar nicht die Existenz von Geldwertschwankungen, es ist jedoch nach seinen Worten in der Unternehmungsrechnung der unveränderliche Geldwert proklamiert. "Es ist begrifflich ausgeschlossen, daß beim Geld ein Preisrückgang, ein Wertrückgang oder eine Wertveränderung stattfindet" ³⁾.

Aus diesen Überlegungen heraus wird ersichtlich, daß die Nominalisten die Erhaltung des ursprünglich investierten nominellen Kapitals erstreben. Geldwertveränderungen in Form einer Geldentwertung gefährden jedoch bei dieser Erhaltungskonzeption die unternehmerischen Produktionsfaktoren. Die Gefahr liegt in erster Linie darin, daß der Unternehmung finanzielle Mittel entzogen werden, die diese für die Erhaltung ihrer Produktionskräfte benötigt. Die Folge kann ein sukzessiver Produktivkräfteschwund in substantieller und/oder kaufkraftmäßiger Hinsicht sein.

1) Vgl. z.B.: Leitner, Friedrich: Wirtschaftslehre der Unternehmung, a.a.O., S. 96 ff.; Le Coutre, Walter: Zeitgemäße Bilanzierung, Die statische Bilanzauffassung und ihre praktische Anwendung. Schriftenreihe "Sonderreihe der Betriebswirtschaftlichen Blätter", hrsg. von F. Dörfel, K. Seidel und J. Ziegler, Heft 4, Wien 1934, S. 8 ff.; Gnam, Arnulf: Axiome der Bilanzierung ..., a.a.O.; Fettel, J.: Die nominale Geldrechnung ..., a.a.O.; sowie: Geldliche und güterliche Begriffe ..., a.a.O.

2) Vgl. Rieger, Wilhelm: a.a.O., S. 252 f.

3) Ebenda, S. 244.

bb) Der Erhaltungsmaßstab bei realer Kapitalerhaltung
Der Begriff reale Kapitalerhaltung stammt von Walb ¹⁾.
Diese Erhaltungskonzeption ist ausgerichtet auf die
"Erhaltung eines geldziffernmäßig bestimmten Ursprungskapitals in Einheiten gleicher Kaufkraft" ²⁾. Es wird
also die in Zeiten einer Inflation als Wertmesser versagende nominale Geldeinheit durch eine solche gleichbleibender Kaufkraft ersetzt. Als Erhaltungsmaßstab dient am Ende der zu messenden Periode das den jeweiligen, zu diesem Zeitpunkt maßgebenden, Kaufkraftverhältnissen angepaßte Anfangskapital. Der Kapitalbegriff bezieht sich bei diesem Erhaltungskonzept auf das im Unternehmen investierte Eigenkapital.

Die Zielsetzung dieser Theorie unterscheidet sich somit von derjenigen der nominellen Kapitalerhaltung durch einen unterschiedlichen Begriffsinhalt des zu erhaltenden Objekts. Im einen Falle soll der Produktionsfaktor Kapital in nomineller Größe erhalten werden, im anderen Falle in realer Größe, d.h. in Einheiten gleicher Kaufkraft.

Die Vertreter ³⁾ dieser Theorie gehen von der Tatsache aus, daß die Geldeinheit einen potentiellen Faktor gegenüber den Produktivkräften darstellt. Diese Überlegungen kommen im Zusammenhang mit der realen Kapitalerhaltungskonzeption bei Walb ⁴⁾ klar zum Ausdruck, wenn er meint: "Da ein Kapital eine wirtschaftliche Macht bedeutet, so ist es grundsätzlich in Wirklich-

1) Vgl. Walb, Ernst: Die Erfolgsrechnung ..., a.a.O., S. 339.

2) Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 17.

3) Vgl. z.B.: Walb, Ernst: Die Erfolgsrechnung ..., a.a.O., S. 319 ff.; Schmalenbach, Eugen: Dynamische Bilanz, 4. Aufl., a.a.O., S. 217 - 274; Mahlberg, Walter: Bilanztechnik und Bewertung ..., a.a.O.; Wilk Lionel A.: Accounting for Inflation. London 1960.

4) Vgl. Walb, Ernst: Die Erfolgsrechnung ..., a.a.O., S. 340.

keit nur dann erhalten, wenn seine Machtwirkung die gleiche ist. Diese besteht aber letzten Endes in seiner unveränderten Kaufkraft in der Wirtschaft". Folglich ist das Ziel der realen Kapitalerhaltungskonzeption dann realisiert, wenn das Kapital nach Ablauf der Abrechnungsperiode die gleiche Kaufkraft wie zu Beginn repräsentiert bzw. wenn das Kapital "im Rahmen der Gesamtwirtschaft den seitherigen **W i r k u n g s - g r a d u n v e r ä n d e r t** zu erzielen vermag" ¹⁾.

Die Befürworter der realen Kapitalerhaltung gehen von der Überlegung aus, daß ein nominalistisches Denken nur so lange sinnvoll ist, "als das nominelle Geld in der Wirtschaft seine Funktionen ungestört ausüben kann" ²⁾. In Zeiten einer Inflation verliere jedoch das Geld seine Funktion als Wertmaß. Beispielhaft vergleicht Schmalenbach ³⁾ diesen Geldmaßstab mit dem Metermaß; "wenn man mit einem Metermaß messen wollte, das heute lang und morgen kurz ist, so wäre das eine elende Messerei".

Betrachtet man unter diesem Aspekt die Unternehmungsrechnung, dann wird deutlich, daß die einzelnen Wertansätze nicht ohne weiteres verglichen werden können, sobald sie eine unterschiedliche Kaufkraft repräsentieren. Wenn das Ergebnis der Erfolgsrechnung einen wirklichen Aussagewert besitzen soll, muß der inhalt-

1) Mahlberg, Walter: Bilanztechnik und Bewertung ..., a.s.O., S. 14.

2) Walb, Ernst: Die Erfolgsrechnung ..., a.s.O., S. 339.

3) Vgl. Schmalenbach, Eugen: Die steuerliche Behandlung der Scheingewinne. Jena 1922, S. 12.

liche Gehalt der abzurechnenden Erträge und Aufwendungen der gleiche sein ¹⁾. Die nominelle Unternehmungsrechnung ist in Inflationszeiten in eine Wertrechnung umzuformen. Dabei bilden die Zahlen der Nominalrechnung die Rechenbasis der Korrektur.

Als brauchbare Umrechnungsfaktoren sind in der heutigen Wirtschaftsstruktur die Warenindices (Lebenshaltungs-, Kleinhandels- und Großhandelsindex) zu nennen. Insbesondere Schmalenbach ²⁾ hat diese Indices hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit überprüft. Sein Haupteinwand gegen den Lebenshaltungs- bzw. Kleinhandelsindex beruht auf der Tatsache, daß diese beiden Indices einseitig bestimmte Warengruppen berücksichtigen. Der Großhandelsindex ist demgegenüber aufgrund einer repräsentativeren Auswahl der Güter objektiver und von allgemeinerer Bedeutung. Schmalenbach entschied sich aus diesem Grund, ebenso wie Walb, für den Großhandelsindex.

Die Darstellung der realen Kapitalerhaltungskonzeption ist als Versuch zu werten, die Auswirkungen einer Geldentwertung zu eliminieren. Die Zielsetzung dieser Theorie erstreckt sich auf die kaufkraftmäßige Erhaltung des Kapitals. Damit ist das Problem der Unternehmenserhaltung auf die Erhaltung des Produktionsfaktors Kapital beschränkt, d.h. die geldmäßigen Vorgänge der Unternehmung stehen auch hier im Vordergrund.

Der Vollständigkeit halber soll an dieser Stelle noch auf die funktionelle Kapitalerhaltung hingewiesen werden. Die

1) Vgl. z.B.: Walb, Ernst: Die Erfolgsrechnung ..., a.a.O., S. 340; Hax, Karl: Bilanzgewinn und Geldwertschwankungen. In: ZfhF, N.F., 3. Jg. 1951, S. 439.

2) Vgl. Schmalenbach, Eugen: Dynamische Bilanz, 4. Aufl., a.a.O., S. 227 ff.

Vertreter ¹⁾ dieser Auffassung erstreben die "Erhaltung der den Kaufkraftverhältnissen angepaßten Erwerbskraft des Gesamtkapitals und Sicherung der Funktionsfähigkeit des Kapitaldienstes" ²⁾. Nach dieser Vorstellung gilt die Unternehmung als erhalten, wenn sie den Versorgungszustand der Gewinnbegünstigten in der Zukunft sichert, wobei die jeweiligen Kaufkraftverhältnisse zu berücksichtigen sind. Der Erhaltungsmaßstab dieser Theorie ist "der Barwert der künftigen Erfolge, also der Zukunftserfolgswert oder Ertragswert" ³⁾ der Unternehmung.

Die theoretische Bedeutung dieser Erhaltungskonzeption ist nicht zu leugnen. Die Realisierung in der Praxis scheitert jedoch an den Schwierigkeiten der Bestimmung eines Erhaltungsmaßstabes. Insbesondere die Ermittlung der zukünftigen Nettoeinnahmen, die neben anderen Faktoren für die Feststellung des unternehmerischen Ertragswertes erforderlich ist, erweist sich als äußerst problematisch, da sie von subjektiven Erwartungen geprägt wird.

1) Vgl. z.B.: Rössle, Karl: a.a.O., S. 164 ff.; Schnettler, Albert: Grundsätzliches zum Problem der betrieblichen Substanzerhaltung. In: BFuP, 5. Jg. 1953, Heft 4, S. 193 ff.; Hansen, Palle: The Accounting Concept of Profit, An Analysis on Evaluation in the Light of the Economic Theory of Income and Capital. Kopenhagen und Amsterdam 1962; Hicks, J.R.: Maintaining Capital Intact: A Further Suggestion. In: Economica, N.S., Vol. 9, Numbers 33 - 36, 1942, S. 174 ff.

2) Liebl, Josef: Kapitalerhaltung und Bilanzrechnung. In: BFuP, 5. Jg. 1953, Heft 9, S. 499.

3) Von Colbe, Walther Busse: Substanzerhaltung. In: HdB, a.a.O., Band III, Stuttgart 1957/1958/1960, Sp. 5314.

2. Die Betrachtungsweisen der Substanzerhaltungskonzeptionen

aa) Grundgedanken dieser Konzeptionen

Im Gegensatz zu den bisher dargestellten, geldmäßig orientierten Erhaltungskonzeptionen rückt bei den Substanzerhaltungstheorien nicht der Wert der zu erhaltenden Produktivkräfte in den Vordergrund der Betrachtung, sondern ihre mengenmäßige Erscheinungsform.

Erhaltungsmaßstab ist der substantielle Bestand an Produktivkräften, der zu Beginn der Abrechnungsperiode im Unternehmen vorhanden war. Der Kapitalbegriff dieser Theorien umfaßt die Unternehmungssubstanz; reines Güterdenken beherrscht diese Konzeptionen.

Die gütermäßig orientierten Auffassungen gehen davon aus, daß die Funktionsfähigkeit des unternehmerischen Leistungsprozesses von der Sicherung der substantiellen Produktivkräfte abhängt. Um die verbrauchten Produktivkräfte in gütermäßiger Form wieder beschaffen zu können, sind aus den Gelderlösen durch eine entsprechende Aufwandsverrechnung die erforderlichen Mittel im Unternehmen zurückzuhalten. Dies bedeutet, daß mit dem Gewinnbegriff der Substanzerhaltungskonzeptionen die Möglichkeit verbunden wird, die Produktivkräfte wieder zu beschaffen.

Die der Erfolgsermittlung zugrunde liegenden Aufwendungen richten sich nicht nach den ursprünglichen Ausgaben für die Einsatzgüter, sondern nach ihrem zukünftigen Wert. Es soll der Unternehmensleitung die Möglichkeit gegeben werden, die im unternehmerischen Leistungsprozeß untergegangenen Produktivgüter zu erneuern.

Der Mehrzahl der Anhänger des Substanzerhaltungsgedankens kommt es darauf an, die Voraussetzungen für den Ersatz der Produktivkräfte zu schaffen. Ihre Überlegungen in Verbindung mit der Frage der Substanzerhaltung beschränken sich im wesentlichen auf den Bereich des Rechnungswesens. Insbesondere Hasenack ¹⁾, Schieb ²⁾ und Schmidt ³⁾ weisen jedoch darauf hin, daß damit der Regenerationsprozeß noch nicht abgeschlossen ist. Das Ziel der Substanzerhaltung ist ihrer Meinung nach erst dann realisiert, wenn die verbrauchten Produktivkräfte wieder beschafft worden sind. Sie betrachten die Frage der Substanzerhaltung als ein Problem des gesamten Regenerationsprozesses, d.h. als Teil der von der Unternehmensführung betriebenen Unternehmenspolitik.

Es ist das Verdienst Geldmacher's ⁴⁾, als erster eindringlich auf die Notwendigkeit der substantiellen Erhaltung hingewiesen zu haben. Er erkannte aufgrund der Auswirkungen, die die Inflation 1923 mit sich brachte, daß die Problematik der Substanzerhaltung auf der Nominalwertrechnung beruht. Die Erhaltung der Substanz ist seiner Meinung nach unmöglich, da die Aufwandsbewertung in der traditionellen Rechnung an die historischen Anschaffungswerte gebunden ist ⁵⁾.

1) Vgl. Hasenack, Wilhelm: Die anlagenabschreibung ..., a.a.O., S. 137 ff.

2) Vgl. Schieb, Britta: a.a.O., S. 118 ff.

3) Vgl. Schmidt, Ralf-Bodo: Die Kapitalerhaltung der Unternehmung ..., a.a.O., S. 416 ff.

4) Vgl. Geldmacher, Erwin: Wirtschaftsruhe und Bilanz, a.a.O.

5) Ebenda, S. 54 ff.

Als gangbarer Weg für die Erreichung des substantiellen Erhaltungszieles wird von den Vertretern ¹⁾ der Substanzerhaltungstheorien die Bewertung zu Wiederbeschaffungspreisen gefordert. Entscheidend ist nicht der im Zeitpunkt der Anschaffung maßgebliche Wert der Produktionsfaktoren, sondern der zukunftsorientierte Beschaffungspreis der zu ersetzenden Produktionskräfte.

Das diesem Erhaltungsziel zugrunde liegende Prinzip kann in der Formel "Ware - Geld - Ware" ²⁾ ausgedrückt werden. Diesen Sachverhalt erläutert Findeisen ³⁾ wie folgt: "Die Ware ist der Zweck alles Wirtschaftens. Geld in diesem Sinne ist nur Warensubstitution". In den Augen der Substantialisten ist das Geld ein Zwischenglied im Rahmen des unternehmerischen Leistungsprozesses, d.h. ein Mittel zum Zweck.

1) Vgl. neben Geldmacher insbesondere: Schmidt, Fritz: Die organische Tageswertbilanz, a.a.O.; sowie: Bilanzwert ..., a.a.O.; Hasenack, Wilhelm: Die Anlagenabschreibung ..., a.a.O., S. 113 ff.; Sommerfeld, Heinrich: Der Unternehmer als Verwalter von Volksvermögen. Hamburg 1934; Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch und Aufsatz), a.a.O.

2) Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 21.

3) Vgl. Findeisen, Franz: Der eiserne Bestand in betriebswirtschaftlicher und steuerlicher Beziehung unter Berücksichtigung des Geldentwertungsgesetzes vom 20. März 1923. Schriftenreihe "Bücherei für Bilanz und Steuern", hrsg. von H. Großmann, Band 9, Berlin 1923, S. 11.

Die Substantialisten sind sich in der Forderung nach Substanzerhaltung grundsätzlich einig. Hinsichtlich der inhaltlichen Bestimmung des Erhaltungszieles bestehen jedoch Unterschiede. Der Grund liegt in der unterschiedlichen Interpretation des Substanzerhaltungsmaßstabes. Der Vollständigkeit halber sollen die wichtigsten Auffassungen angeführt werden.

bb) Der Erhaltungsmaßstab bei reproduktiver Substanzerhaltung

Die Betrachtungsweise der reproduktiven Substanzerhaltung, als deren Hauptvertreter Erwin Geldmacher ¹⁾ und Fritz Schmidt ²⁾ genannt werden können, zielt auf den Ersatz der Produktivkräfte in ursprünglicher, unveränderter Form ab. Der Grundgedanke dieser Theorie liegt darin, die Produktionskräfte in bezug auf Art, Qualität und Quantität zu erhalten.

Gewinn liegt erst dann vor, wenn im Unternehmen derjenige Teil des Ertrages zurückbehalten wird, der die Regeneration der verbrauchten Produktionsmittel in identischer Form sicherstellt. Der vom Ertrag abzurechnende Aufwand ist zum Wiederbeschaffungspreis zu bewerten. Dabei bietet sich bei der Bewertung der Kostengüter der Tagespreis zum Zeitpunkt des Verbrauchs, des Umsatzes oder der effektiven Wiederbeschaffung an. Als zweckmäßige

1) Vgl. bei Erwin Geldmacher insbesondere: Wirtschafts-unruhe und Bilanz, a.a.O.; Kapitalbewertung und Kapitalerhaltung, a.a.O., S. 350 ff.; sowie: Betrieb und Zeitlage, a.a.O., S. 81 ff.

2) Vgl. bei Fritz Schmidt insbesondere: Die organische Bilanz ..., a.a.O.; Bilanzwert ..., a.a.O.; sowie: Die organische Tageswertbilanz, a.a.O.

Bewertungsgrundlage empfiehlt Schmidt ¹⁾ den Tagespreis zum Umsatztag, da er nur den Teil des Umsatzes als Gewinn ansieht, der den Tageswert der Kosten übersteigt. Dieser Anforderung werden die Tagespreise zum Zeitpunkt des Verbrauchs bzw. der effektiven Wiederbeschaffung nicht gerecht. Zudem liegt der Beschaffungspreis des Wiederbeschaffungstages in der Zukunft und ist i. d. R. nur durch eine Schätzung zu ermitteln.

Eine weitere Schwierigkeit dieser Theorie besteht darin, daß die aktiven und passiven Geldwerte in der Aufwandsverrechnung nicht berücksichtigt werden können. Einen gangbaren Weg fand Schmidt ²⁾ in dem "Prinzip der Wertgleichheit", d.h. er betrachtete es in Zeiten einer Geldentwertung als eine Aufgabe der Unternehmungspolitik, die Wertgleichheit der aktiven und passiven Geldwerte anzustreben.

Die Problematik eines derartigen Erhaltungsmaßstabes besteht darin, daß ein Ersatz der verbrauchten Produktivkräfte in identischer Form aufgrund unternehmenspolitischer Überlegungen nicht mehr gewollt oder/und aufgrund technischer Entwicklung nicht mehr möglich ist.

cc) Der Erhaltungsmaßstab bei relativer Substanzerhaltung

Die Reproduktionstheorie ist von Fritz Schmidt im Rahmen seiner organischen Bilanzlehre zur relativen Substanzerhaltungstheorie weiterentwickelt worden. Im Gegensatz zu der reproduktiven Erhaltungskonzeption richtet sich der Erhaltungsmaßstab im letzteren Falle nicht nach der absoluten Produktivgütermenge, sondern nach der relativen Entwicklung der Gesamtwirtschaft. Die Substanzerhaltung ist nach dieser Auffassung dann sichergestellt, wenn die Unternehmung ihre " r e l a t i v e S t e l l u n g
i n d e r P r o d u k t i o n d e r G e s a m t -

1) Vgl. Schmidt, Fritz: Die organische Tageswertbilanz, S. 8. U. S. 72 f.

2) Ebenda, S. 131 ff.

wirtschaft" ¹⁾ behauptet hat. Schmidt ²⁾ betrachtet die Unternehmung als einen proportionalen Ausschnitt aus der Gesamtwirtschaft, d.h. zwischen der Produktivität der Unternehmung und der Gesamtwirtschaft besteht eine bestimmte Relation. Die Aufrechterhaltung dieser Proportionalität ist als Zielsetzung der relativen Substanzerhaltungstheorie zu betrachten ³⁾. Die Unternehmung muß also "in gleichem Umfange wie bisher produktionskräftig" ⁴⁾ bleiben.

Die relative Erhaltungskonzeption kommt hinsichtlich der Zielsetzung der qualifizierten Erhaltungskonzeption von Sommerfeld sehr nahe. Sommerfeld ⁵⁾, der diese Theorie im Rahmen seiner eudynamischen Bilanzlehre vertritt, fordert ebenfalls die Aufrechterhaltung eines proportionalen Verhältnisses zwischen der unternehmerischen Entwicklung und dem allgemeinen Trend der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Er betrachtet einen Stillstand in der unternehmerischen Entwicklung als Rückschritt. Durch eine ausreichende Substanzmehrung soll der Unternehmung die Möglichkeit gegeben werden, "mit der . . . technischen und organisatorischen Entwicklung" ⁶⁾ mitgehen zu können. Die für eine Unterneh-

1) Schmidt, Fritz: Die organische Tageswertbilanz, a.a.O., S. 139.

2) Ebenda, S. 47 f.

3) Ebenda, S. 146.

4) Ebenda, S. 139.

5) Vgl. Sommerfeld, Heinrich: Der Unternehmer als Verwalter von Volksvermögen, a.a.O.; Der Einfluß der Vermögensstruktur auf die Betriebsenergie, Ein Beitrag zur betriebswirtschaftlichen Konjunkturlehre. In: Zeitschrift für Handelswissenschaft und Handelspraxis, 21. Jg. 1928, Heft 10, S. 232.

6) Derselbe, Der Unternehmer als Verwalter von Volksvermögen, a.a.O., S. 13.

menserweiterung erforderlichen Mittel soll die Unternehmensführung durch eine entsprechende Reservenpolitik in der Unternehmung binden.

Abschließend läßt sich zur relativen bzw. qualifizierten Erhaltungskonzeption sagen, daß in der Theorie beide Konzeptionen aufgrund ihrer Prämissen als formal widerspruchsfrei charakterisiert werden können. Die Realisierung dieser Erhaltungsziele erweist sich jedoch in der Praxis als äußerst problematisch, da die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der Aufwandsverrechnung zu quantifizieren ist. Diese Aufgabe kann nur unter Verwendung von Schätzwerten gelöst werden.

dd) Der Erhaltungsmaßstab bei leistungsäquivalenter Substanzerhaltung

Als weitere Form des substantiellen Erhaltungsprinzips ist noch die leistungsäquivalente Erhaltungstheorie von Hasenack ¹⁾ zu nennen. Auch diese Theorie unternimmt den Versuch, die Dynamik des Wirtschaftslebens in ihrer Zielsetzung zu berücksichtigen. Dabei stellt sie jedoch nicht auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ab, wie dies sowohl bei der relativen als auch bei der qualifizierten Auffassung der Fall war, sondern auf die Entwicklung der Branche. Dem leistungsäquivalenten Erhaltungsziel wird dann Rechnung getragen, wenn die Unternehmung mit der wirtschaftlichen Entwicklung in der jeweiligen Branche Schritt halten kann.

Die Zielsetzung der leistungsäquivalenten Erhaltungskonzeption besteht darin, die Wiederbeschaffung von Produk-

1) Vgl. Hasenack, Wilhelm: Die Anlagenabschreibung ..., a.a.O., S. 113 ff.

tivgütern zu ermöglichen, "welche mengenmäßig und qualitätsmäßig mindestens die gleiche Produktionsleistung sicherstellen wie der ursprüngliche Produktivgüter-Bestand" ¹⁾. Bei diesem Ziel geht es jedoch nicht darum, eine nach Menge und Qualität identische Produktionsleistung zu gewährleisten, sondern um die Erhaltung der unternehmerischen Leistungsfähigkeit unter Beachtung des technischen Fortschritts und der auftretenden Bedarfsverschiebungen ²⁾.

Erhalten werden soll also die Funktionsfähigkeit der Produktivkräfte proportional der Wirtschaftsentwicklung in der Branche. Der Unternehmensführung soll dadurch die Möglichkeit eingeräumt werden, die Stellung der Unternehmung gegenüber der Konkurrenz auf dem Absatzmarkt behaupten zu können.

Im Zusammenhang mit der leistungsäquivalenten Substanzerhaltung wird auch von entwicklungsadäquater Substanzerhaltung gesprochen. Es handelt sich hierbei um keine selbständige Erhaltungskonzeption. Der Terminus entwicklungsadäquate Substanzerhaltung erfaßt vielmehr den gleichen Sachverhalt, nur unter einer anderen Perspektive.

Im Mittelpunkt dieser Betrachtungsweise stehen die sachlichen Produktivkräfte der Unternehmung, und zwar unter Beachtung der allgemeinen technischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Mit der leistungsäquivalenten Substanzerhaltung ist im allgemeinen eine entwicklungsadäquate Erhaltung der Produktivkräfte verbunden. Während im ersteren Falle die Sub-

1) Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 19.

2) Vgl. Schnettler, Albert: a.a.O., S. 197.

stanzerhaltung unter dem Gesichtspunkt einer mengen- und qualitätsmäßigen Produktionsleistung betrachtet wird, liegt im zweiten Falle das Schwergewicht auf der Erhaltung der Produktionsfaktoren in entwicklungsadäquater Form. Hierunter wird eine Ersatzbeschaffung von Produktionsfaktoren verstanden, die der jeweiligen technischen und wirtschaftlichen Entwicklung angepaßt ist.

In einer neueren Veröffentlichung weist Hasenack ¹⁾ auf diese unterschiedliche substantielle Betrachtungsweise hin. Wenn Krüger ²⁾ ausführt, daß die Unternehmenserhaltung eine leistungsäquivalente und entwicklungsadäquate Substanzerhaltung verlange, dann kommt damit der zweiseitige Aspekt dieser Erhaltungstheorie klar zum Ausdruck.

Erhaltungsmaßstab ist demnach die Leistungsfähigkeit der substantiellen Produktionsfaktoren unter Berücksichtigung der branchenmäßigen Entwicklung, d.h. die Betriebskräfte sollen "entwicklungsadäquat und in ihrer Leistungsfähigkeit konstant bleiben" ³⁾. Unter dem Aspekt der Operationalität erscheint eine derartige Zielsetzung als problematisch. Einerseits ergeben sich erhebliche Schwierigkeiten bei der Ermittlung eines leistungsäquivalenten und entwicklungsadäquaten Aufwandes; andererseits dürfte in der Regel eine derartige Konzeption bereits an Wirtschaftlichkeitsüberlegungen scheitern.

Zusammenfassend läßt sich zu den Substanzerhaltungskonzeptionen sagen, daß die Zielsetzungen dieser Theorien an der Erhaltung der substantiellen Produktivgüter ausgerichtet sind. Die Realisierung des Regenerationsprozesses entsprechend dieser Zielsetzung setzt eine Aufwandsbewertung zu Wiederbeschaffungspreisen voraus; dadurch sollen die erforderlichen finanziellen Mittel im Unternehmen zurückbehalten werden.

1) Vgl. Hasenack, Wilhelm: Betriebsvergleich, Substanzwert- und Betriebserhaltungs-Probleme. In: BFuP, 13. Jg. 1961, Heft 3, S. 175 f.

2) Vgl. Krüger, Gerhard: Probleme des Gestaltungsreiches. In: Gegenwartsfragen der Unternehmung, Offene Fragen der Betriebswirtschaftslehre, Festschrift zum 70. Geburtstag von Fritz Henzel, hrsg. von B. Bellinger, Wiesbaden 1961, S. 128.

3) Eckardt, Horst: a.a.O., S. 34.

Die Gemeinsamkeit in diesen Auffassungen liegt in der substantiellen Unternehmenserhaltung, d.h. in der Erhaltung der Produktivkräfte in substantieller Form. Im Gegensatz zu den Kapitalerhaltungstheorien stehen gütermäßige Vorgänge im Vordergrund.

c) Stellungnahme zu den einzelnen Erhaltungsmaßstäben

Eine Darstellung der den einzelnen Erhaltungstheorien zugrunde liegenden Erhaltungsmaßstäbe war erforderlich, um zu dem in der betriebswirtschaftlichen Theorie herrschenden Meinungsstreit bei Wahrung wissenschaftlicher Objektivität Stellung nehmen zu können. Die betriebswirtschaftliche Diskussion in diesem Bereich erstreckt sich auf die Frage, welcher Erhaltungsmaßstab für die Beurteilung der unternehmerischen Betätigung anzulegen ist. Der überwiegende Teil der betriebswirtschaftlichen Autoren entscheidet sich hierbei normativ für den einen oder anderen der oben erwähnten Erhaltungsmaßstäbe, je nachdem welche Erhaltungskonzeption von den einzelnen Wissenschaftlern vertreten wird.

In dieser Arbeit wird die Normierung eines Erhaltungsmaßstabes abgelehnt. Denn unter unternehmungspolitischen Aspekt ist zu beachten, daß sich das Problem der Unternehmenserhaltung im Bereich des unternehmerischen Zielkomplexes niederschlägt. Bedeutsam ist dieser Sachverhalt deshalb, weil dadurch die Beurteilung der Erhal-

tungsmaßstäbe den subjektiven Erwägungen der Entscheidungsträger aufgrund der jeweiligen Motivationsstruktur unterliegt. Den Entscheidungsträgern einen bestimmten Erhaltungsmaßstab unterstellen zu wollen, würde eine unzulässige Problemeinengung bedeuten.

Da in dieser Arbeit die Normierung eines bestimmten Erhaltungsmaßstabes abgelehnt wird, bedeutet eine Stellungnahme zu den einzelnen Erhaltungsmaßstäben keine Entscheidung für den einen oder anderen Erhaltungsmaßstab. Es ist vielmehr zu prüfen, welchen Aussagewert die einzelnen Erhaltungsmaßstäbe besitzen und unter welchen Bedingungen sinnvolle Ergebnisse erzielt werden können. Für eine materielle Auseinandersetzung mit dem Erhaltungsproblem, so meint Hasenack ¹⁾, müßten "die Bedingungen des praktischen Wirtschaftslebens erforscht werden, unter denen die einzelnen Theorien jeweils Berechtigung haben" ²⁾.

Eine Beurteilung der einzelnen Erhaltungsmaßstäbe setzt eine Charakterisierung der jeweils zu erhaltenden Objekte voraus, d.h. es ist der materielle Inhalt der einzelnen Erhaltungsmaßstäbe zu bestimmen. Kriterium eines jeden Erhaltungsmaßstabes ist die Art und Weise, in der die am Absatzmarkt erzielten Gegenwerte für die im unternehmerischen Leistungsprozeß verbrauchten Produktionsfaktoren verwendet werden sollen. Demzufolge unterscheiden sich die einzelnen Erhaltungsmaßstäbe durch die diesen Gegenwerten beigemessene Zweckbestimmung.

1) Vgl. Hasenack, Wilhelm: Selbstfinanzierung und Kapitalerhaltung, a.a.O., S. 56.

2) In ähnlichem Sinne äußert sich Schieb, Brigitta: a.a.O., S. 37 f.

Nach der nominellen Erhaltungskonzeption soll das im Unternehmen gebundene Kapital (Eigen- und Fremdkapital) nominell erhalten werden, d.h. als Maßstab zur Feststellung des Erhaltungszustandes der Unternehmung dient in diesem Falle das Nominalkapital. Damit wird die Verwendungsart der am Markt erzielten Erlöse eindeutig festgelegt. Von den am Markt erzielten Erlösen soll der Teil im Unternehmen zurückbehalten werden (entsprechende Ertragserzielung vorausgesetzt), der die Rückzahlung der Kapitaleinlagen an die Eigentümer bzw. die Begleichung der Verbindlichkeiten an die Gläubiger in nomineller Höhe gewährleistet. Was über den Nominalwert des Gesamtkapitals hinaus als Erlös für die unternehmerischen Leistungen erzielt wird, ist Gewinn.

Dieser Kapitalerhaltungsmaßstab liegt der offiziellen Unternehmensrechnung zugrunde. Als Rechengröße verwendet die arbeitsteilige Wirtschaft das Geld. "Ist der Wert des Geldes hinreichend wertstabil, so ist die Geldeinheit die natürliche Bewertungseinheit des betrieblichen Rechnungswesens" ¹⁾.

Sowohl der Kapitalerhaltungsmaßstab als auch die daraus abgeleitete Gewinngröße werden in Geldeinheiten ausgedrückt. Da alle Einzelwirtschaften die Geldeinheit als Rechengröße verwenden, ist der Anschluß an die Gesamtwirtschaft gesichert. "Die geldmäßig bestimmte Rechnung baut auf Kapital- und Gewinninhalten auf, die für a l l e B e t r i e b e grundsätzlich gleich liegen .. Da der Geldkapitalbegriff ein völlig einheitlicher ist, stehen somit alle Betriebe auf einer gleichen Grundlag

1) Schmalenbach, Eugen: Dynamische Bilanz, 4. Aufl., a.a.O., S. 235.

und grundsätzlich im Einklang mit der ganzen übrigen rechnenden Wirtschaft. Der Gewinnbegriff ist hier ganz allgemeiner Art" ¹⁾. Der dieser Rechenweise zugrunde liegende Kapitalerhaltungsmaßstab eignet sich damit für eine allgemeine Beurteilung der einzelwirtschaftlichen Situation, d.h. er liefert vom objektiven Standpunkt aus betrachtet Vergleichsmöglichkeiten.

Der objektive Aussagewert des nominellen Kapitalerhaltungsmaßstabes ist jedoch nur bei Geldwertstabilität gewährleistet. Da der Kapitalerhaltungsmaßstab in Geldeinheiten definiert ist, wirkt sich eine Wertänderung der Geldeinheit, wie sie durch eine Inflation hervorgerufen wird, unmittelbar auf den Aussagewert des Erhaltungsmaßstabes aus.

Eine Beurteilung des durch den nominellen Erhaltungsmaßstab festgestellten Erhaltungszustandes ist folglich nur bei Stabilität des Maßes sinnvoll, "denn der Sinn des Maßes ist Unveränderlichkeit" ²⁾. Die Rechengröße Geld des Erhaltungsmaßstabes Nominalkapital unterliegt in Zeiten einer Inflation wertmäßigen Schwankungen entsprechend dem gesamtwirtschaftlichen Trend; zu verschiedenen Zeitpunkten besitzt diese Maßgröße eine andere wirtschaftliche Bedeutung. Folglich weist auch der Erhaltungsmaßstab "Nominalkapital" zu verschiedenen Zeitpunkten materielle Unterschiede auf.

Insbesondere Schmalenbach ist es zu verdanken, auf die Fehlerhaftigkeit des nominellen Erhaltungsmaßstabes in Inflationszeiten hingewiesen zu haben. Er fordert bei einer derartigen gesamtwirtschaftlichen Situation einen der realen Kapitalerhaltung entsprechenden Maßstab.

1) Walb, Ernst: Die Erfolgsrechnung ..., a.a.O., S. 347.

2) Schmalenbach, Eugen: Dynamische Bilanz, 4. Aufl., a.a.O., S. 221.

Nach dieser Konzeption sollen die im Unternehmen zurückzuhaltenden Erlöse die Rückzahlung der ursprünglichen Kapitaleinlage der Eigentümer ermöglichen, jedoch nicht nominell, sondern entsprechend der allgemeinen Kaufkraftentwicklung. Gewinn liegt erst dann vor, wenn das Eigenkapital kaufkraftmäßig erhalten ist. Erhaltungsmaßstab ist demnach das in Geldeinheiten gleicher Kaufkraft definierte ursprüngliche Eigenkapital. Dies bedeutet nichts anderes, als daß sich der diesem Maßstab zugrunde liegende Kapitalbegriff an die allgemeine Kaufkraftentwicklung anpaßt. Mit dem realen Kapitalbegriff ist dadurch jeweils die Vorstellung verbunden, welche Kaufpotenz dem Eigenkapital gegenüber dem am Markt herrschenden Güter- und Leistungsangebot beizumessen ist.

Die Zweckbestimmung eines derartigen materiellen Kapitalinhaltes ist somit frei von subjektiven Erwägungen. Insbesondere in Zeiten einer Inflation erweist sich demzufolge ein kaufkraftmäßiger Kapitalerhaltungsmaßstab für eine objektive Beurteilung des Erhaltungszustandes der Unternehmung als durchaus brauchbares Instrument. Denn der Kapitalinhalt wird in diesem Falle in Verbindung mit dem allgemeinen Preisniveau gesehen.

Eine gänzlich andere Bedeutung ist dem Erhaltungsmaßstab der Substanzerhaltungskonzeption beizumessen. Nach dieser Konzeption soll ein Gewinn nur dann ausgewiesen werden, wenn die Erhaltung des Unternehmungsvermögens, d.h. des Güterbestandes, sichergestellt ist. Nach Schmidt ¹⁾ erzielt die Unternehmung erst dann einen Gewinn, "wenn sie beim Umsatz für ein ausgehendes Gut mehr erhält als dieses Gut im Zeitpunkte des Ausganges bei der Neubeschaf

1) Vgl. Schmidt, Fritz: Die organische Tageswertbilanz, a.a.O., S. 77.

fung oder Neuherstellung kostet, einerlei welcher Geldbetrag früher bei seiner Anschaffung einmal gezahlt worden ist". Es sollen demnach die im Unternehmen zurückzuhaltenden Erlöse die Beschaffung identischer Sachgüter ermöglichen (reproduktive Substanzerhaltung) bzw. eine Sachgüterbeschaffung sicherstellen, die der technischen bzw. ökonomischen Entwicklung in der Wirtschaft Rechnung trägt (relative bzw. leistungsäquivalente Substanzerhaltung).

Ein derartiger gütermäßiger Erhaltungsmaßstab bedient sich zwar ebenfalls der Geldeinheit als Ausdrucksmittel, jedoch ohne Werturteil. Zur Beurteilung des Erhaltungszustandes der Unternehmung kommt vielmehr das Vermögen der Unternehmung in Betracht. Damit wird deutlich, daß der materielle Inhalt des substantiellen Erhaltungsmaßstabes von subjektiven Erwägungen geprägt ist. Denn "was als Kapital zu erhalten ist, und demgemäß, was Erfolg wird, hängt ab von den Kosten einzelner Güter, liegt also zum mindesten branchenmäßig verschieden" ¹⁾.

Der Gewinn wird in diesem Falle "wie in der N a t u r a l - w i r t s c h a f t gemessen und Geld bloß als Generalnenner verwendet" ²⁾. Daraus folgt, daß es sich bei dem mit dem substantiellen Erhaltungsmaßstab im Zusammenhang stehenden Gewinninhalt dem Charakter nach um einen Individualgewinn handelt, "der nur für die betreffenden Betriebe eine Bedeutung haben kann, für eine allgemeine Beurteilung aber nicht mehr brauchbar ist" ³⁾.

1) Walb, Ernst: Die Erfolgsrechnung ..., a.a.O., S. 347.

2) Brunner, Josef: Geldwertschwankungen in Erfolgsrechnung und Bilanz, Neue amerikanische Praxis und Lehre. Diss. Zürich 1962, S. 75.

3) Walb, Ernst: Die Erfolgsrechnung ..., a.a.O., S. 347.

Walb ¹⁾ erläutert diese Erkenntnisse an folgenden Beispielen: "Ein Getreidehändler hat Gewinn, wenn sein Kapital mehr Getreidequanten, ein Metallhändler, wenn es mehr Metallquanten deckt. Ist der eine Preis gestiegen, der andere gefallen, so ist zweifellos die Stellung des einen in der Gesamtwirtschaft gebessert, die des anderen verschlechtert. Trotzdem würde der eine, wenn sein Quantum das alte nicht ganz erreicht, Verlust, der andere, wenn es nur wenig darüber hinausgeht, Gewinn aufweisen".

Derartige Ergebnisse können insbesondere kurzfristig für die einzelne Unternehmung von Bedeutung sein, einen Aussagewert in bezug auf andere Unternehmungen können sie jedoch im allgemeinen nicht beanspruchen. "Denn Gütermengen verschiedenster Art, die hier die Grundlage der Erfolgsrechnung bilden, bieten eben keine Vergleichsmöglichkeiten" ²⁾. Der substantielle Erhaltungsmaßstab kann demgemäß als eine unternehmensindividuelle Meßgröße charakterisiert werden, ohne Verbindung zu der in Geld rechnenden Außenwelt des Unternehmens.

In einem vorläufigen Ergebnis kann festgestellt werden, daß die einzelnen Erhaltungsmaßstäbe aufgrund der in den Erhaltungskonzeptionen gesetzten Prämissen keine logischen Widersprüche aufweisen. Dies bedeutet jedoch nicht, daß dadurch die empirische Richtigkeit der diesen Maßstäben zugrunde liegenden Erhaltungskonzeptionen gegeben ist. Eine Entscheidung für die eine oder andere Erhaltungskonzeption muß sich vielmehr an gesamtwirtschaftlichen Gegebenheiten orientieren, da jeder Erhaltungsmaßstab "nur einen Teil der möglichen Wirtschaftsbewegungen berücksichtigt".

1) Walb, Ernst: Die Erfolgsrechnung ..., a.a.O., S. 31

2) Ebenda, S. 349.

3) Schieb, Brigitta: a.a.O., S. 38.

Da dieser Arbeit das Phänomen der Geldentwertung zugrunde liegt, muß demzufolge der sich daraus ergebenden Problematik bei der Bestimmung eines zweckmäßigen Erhaltungszieles Rechnung getragen werden. Diese Stellungnahme setzt eine Analyse des Geldentwertungsphänomens und deren Wirkungen auf die Wirtschaftseinheit Unternehmung voraus. Im folgenden soll eine Analyse des Phänomens "Geldentwertung" hierüber näheren Aufschluß geben.

II. Die negativen Einflüsse einer Geldentwertung auf die Unternehmung als zielbestimmender Faktor

a) Die Existenz der Geldentwertung in der Marktwirtschaft

1. Das Kriterium der Preissteigerung

In Zeiten einer Geldentwertung ist es nicht verwunderlich, daß die Frage der Unternehmenserhaltung in den Vordergrund der betriebswirtschaftlichen Diskussion rückt. Seit den folgenschweren Auswirkungen, die die Inflation der zwanziger Jahre für die deutsche Wirtschaft mit sich gebracht hat, widmete sich die betriebswirtschaftliche Theorie und Praxis eingehender dem Phänomen der Geldentwertung. Daß sich hier die betriebswirtschaftliche Forschung umso intensiver mit dem Problembereich beschäftigt, je augenscheinlicher eine inflatorische Wirtschaftsentwicklung reale Gestalt annimmt, ist verständlich.

Als Indiz für eine solche inflatorische Entwicklung wird meist ausschließlich die Tatsache einer allgemeinen Preissteigerung angesehen ¹⁾. Dieses Kriterium steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der in unserem Staat herr-

1) Diese Behauptung beruht auf der Annahme einer offenen Inflation.

schen, marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsform. In unserer auf dem Wettbewerbsprinzip beruhenden Marktwirtschaft vollzieht sich die Preisbildung im Prinzip nach dem Wirkungszusammenhang von Angebot und Nachfrage. Demnach sind Preisveränderungen als eine Folge von Angebots- und/oder Nachfrageschwankungen anzusehen. Ein Steigen oder Fallen der Preise bringt die auf der Angebots- und/oder Nachfrageseite auftretenden Veränderungen in Übereinstimmung. Dieser im gesamtwirtschaftlichen Sektor liegende Tatbestand ist für die einzelne Unternehmung von erheblicher Bedeutung. Dies resultiert daher, daß die einzelne Unternehmung als integrierter Bestandteil der Gesamtwirtschaft anzusehen ist. Jede Unternehmung ist nach den Worten Schmidt's ¹⁾ "durch den Markt tausendfältig verflochten in die Gesamtwirtschaft". Demzufolge wirkt der Preismechanismus des Marktes auf die einzelne Unternehmung ein.

Die folgenden Tabellen zeigen die Entwicklung der Baupreise und der wichtigsten industriellen Kostengüterpreise in der Bundesrepublik Deutschland seit 1958:

Indices der Baupreise für Neubau ²⁾

Bezugszeitpunkt: 1962 = 100

Jahre	Wohngebäude	Bürogebäude	Gewerbliche Betriebsgebäude
1958	78,5	77,1	79,0
1959	81,6	81,2	82,1
1960	86,9	86,8	87,4
1961	92,8	92,7	93,0
1962	100,0	100,0	100,0
1963	104,6	105,0	104,5
1964	108,6	109,5	108,6
1965	112,6	113,6	112,8
1966	116,1	117,4	115,9

Tab. 1: Preisindices für Neubau in den Jahren 1958 - 1966

- 1) Vgl. Schmidt, Fritz: Die organische Tageswertbilanz, a.a.O., S. 30.
- 2) Zahlenquelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, 1967, hrsg. vom statistischen Bundesamt, Wiesbaden. Stuttgart und Mainz 1967, S. 466.

Indices industrieller Kostengüterpreise ¹⁾

Bezugszeitpunkt: 1962 = 100

Jahre	Güterpreise ²⁾		Tariflöhne und -gehälter ⁴⁾	
	Investitions- güter ³⁾	Verbrauchs- güter ³⁾	Stundenlöhne	Monatsgehälter
1958	92,0	94,9	-	-
1959	-	-	78,5	80,8
1960	93,3	95,6	84,1	86,3
1961	96,2	97,8	91,0	93,1
1962	100,0	100,0	100,0	100,0
1963	101,0	101,1	106,7	105,8
1964	102,8	101,9	113,8	110,7
1965	105,9	104,4	122,6	117,9
1966	108,6	106,7	131,5	125,1

Januar				
1967	108,8	107,5	136,3	128,0

Tab. 2: Preisindices industrieller Kostengüter in den Jahren 1958 - 1967.

Aus dieser Übersicht wird ersichtlich, daß bei diesen Kostengütern ein seit Jahren zu beobachtender Preisanstieg vorliegt. Hierbei treten insbesondere bei den einzelnen

- 1) Zahlenquelle: Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland, 1966 sowie 1967, hrsg. vom statistischen Bundesamt, Wiesbaden. Stuttgart und Mainz 1966, S. 472 und S. 516, sowie 1967, S. 444 und S. 490.
- 2) Es handelt sich hierbei um Jahresdurchschnittswerte; Stichtag ist der 21. eines jeden Monats.
- 3) Aufteilung der Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung.
- 4) Betrifft Tariflöhne und -gehälter in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften für männliche und weibliche Arbeiter bzw. Angestellte.

Waren Gütern innerhalb der Warengruppen Investitions- und Verbrauchsgüter erhebliche Unterschiede hinsichtlich des Umfanges der Preissteigerungen auf. Die folgenden Beispiele sollen diesen Sachverhalt verdeutlichen:

Preisindices bei einzelnen Warengruppen ¹⁾

Bezugszeitpunkt: 1962 = 100

Jahre	NE-Metalle und -Me- tallhalb- zeug	Prüf- maschi- nen	Papier- und Druk- kereima- schinen	Elektro- techni- sche Er- zeugnis- se	Bergbau- liche Er- zeug- nisse	Gummi- und Asbest- waren
1958	98,5	82,1	85,1	99,4	101,2	99,2
1961	102,0	93,8	94,2	99,0	99,2	101,3
1962	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1963	100,4	102,4	102,6	99,5	101,8	98,8
1964	123,1	106,8	106,5	100,2	101,4	97,8
1965	141,3	111,2	111,3	102,7	105,7	99,2
1966	159,4	114,1	116,4	104,6	105,4	100,3

März						
1967	134,4	114,9	119,2	103,0	105,3	96,8

Tab. 3: Preisindices einzelner Warengruppen in den Jahren 1958 - 1967.

Während die Preisindices bei NE-Metallen und -Metallhalbzeug zwischen 1958 und 1966 um ca. 62 % und bei Prüfmaschinen bzw. bei Papier- und Druckereimaschinen um ca. 39 % bzw. 37 % erheblich angestiegen sind, haben sich im gleichen Zeitraum die Preisindices bei elektrotechnischen

1) Zahlenquelle: Statistisches Jahrbuch ..., 1967, a.a.O., S. 444 ff.

und bergbaulichen Erzeugnissen, sowie bei Gummi- und Asbestwaren nur geringfügig verändert. Diese Entwicklung zeigt, daß in Zeiten einer Geldentwertung der im allgemeinen nach oben gerichtete Preistrend nicht bei allen Warenarten im gleichen Umfang in Erscheinung tritt. Bei einzelnen Warengruppen sind sogar rückläufige Preisbewegungen zu beobachten ¹⁾.

2. Preisschwankungen aufgrund von Geldwertänderungen und/oder Sachwertschwankungen

Die Ursachen für diese unterschiedlichen Preisreaktionen bei den einzelnen Warengruppen und -arten lassen sich aus einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung heraus feststellen. Für die in der Realität auftretenden Preisänderungen sind nicht nur die Veränderungen des Geldwertes maßgebend, sondern - von anderen Faktoren einmal abgesehen - auch die auf den Markt kommende Warenmenge. Aufgrund dieser Tatsache unterscheidet Schmalenbach ²⁾ zwischen Preisschwankungen, die von Veränderungen des Geldwertes herrühren und solchen, die von der Warenseite herkommen.

Theoretisch ist diese Einteilung insofern von Bedeutung, als die ersteren eine Änderung des allgemeinen Preisniveaus anzeigen, während die letzteren den Knappheitsgrad der einzelnen Warengruppen im Rahmen des Sozialprodukts ausdrücken. Im allgemeinen führen Änderungen des Geld-

1) Vgl. u.a. die Preisentwicklung bei den Mineralölzeugnissen und Kohlenwertstoffen, beim Roheisen, sowie bei den Kunststoffzeugnissen. Zahlenquelle: Statistisches Jahrbuch ..., 1967, a.a.O., S. 444 ff.

2) Vgl. Schmalenbach, Eugen: Dynamische Bilanz. 13. Aufl., Köln und Opladen 1962, S. 186.

wertes aufgrund inflatorischer bzw. deflatorischer Einflüsse zu einem Steigen bzw. Fallen des allgemeinen Preisniveaus, während Sachwertschwankungen ¹⁾ die Relation der einzelnen Warenpreise zueinander verändern.

Sieht man von anderen Einflußgrößen einmal ab, dann wird der effektive Marktpreis der einzelnen Güter durch diese beiden Faktoren bestimmt. In der Regel bestehen zwischen diesen beiden, den einzelnen Güterpreis beeinflussenden Faktoren Wechselbeziehungen, d.h. es ist möglich, daß sich die Wirkungen der einzelnen Faktoren verstärken oder kompensieren.

Aus diesen Überlegungen heraus ist Hax ²⁾ der Auffassung, daß es im Einzelfall niemals eindeutig festzustellen sei, ob und inwieweit Preisänderungen auf Geld- oder Sachwertschwankungen beruhen ³⁾. Die in der Realität zu beobachtenden Preisschwankungen einzelner Güter lassen sich nicht auf bestimmte Entstehungsursachen zurückführen, da die verschiedensten Einflußgrößen in der Regel gleichzeitig wirksam werden.

-
- 1) Bei den Sachwertschwankungen unterscheidet Hax zwischen einmaligen Preisänderungen struktureller Art, bei denen eine Umkehr nicht zu erwarten ist, und reversiblen Preisänderungen. Vgl. Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 29.
 - 2) Vgl. Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 27.
 - 3) In ähnlichem Sinne äußern sich u.a.: Engelmann, Konrad: Methoden zur Neutralisierung ..., a.a.O., S. 1; Bertrams, Otto: Der eiserne Bestand in der Bilanz. In: ZfhF, 17. Jg. 1923, S. 480; Hasenack, Wilhelm: Die Anlagenabschreibung ..., a.a.O., S. 142.

Zu Recht betont Engelmann ¹⁾, daß für die Unternehmensführung allein die betriebswirtschaftliche Seite der jeweiligen Entwicklung von Interesse sei. Sie müsse sich der Konsequenzen für ihr Unternehmen "bewußt werden und Vorsorge für ihre rechnerische Erfassung treffen, um entsprechend disponieren zu können".

Im Rahmen dieser Arbeit ist es nicht erforderlich, die Preisschwankungen auf die eine oder andere Ursache zurückzuführen. Denn in Zeiten einer Geldentwertung erstreckt sich die Problematik der Unternehmenserhaltung nicht auf die Ursache der Preisänderung, sondern auf die reale Erscheinung der Preisänderung selbst.

3. Die Messung der Geldentwertung

Die Unternehmensführung muß sich in Zeiten einer Geldentwertung auf die Dauer mit einem allgemein steigenden Preistrend als einem Datum abfinden. Eine solche wirtschaftliche Entwicklung, die durch ein steigendes Preisniveau gekennzeichnet ist, führt zu einem allgemeinen Kaufkraftschwund des Geldes, d.h. der Geldwert sinkt. Diese Interdependenz beruht darauf, daß Preisniveau und Geldwert zwei Seiten derselben Erscheinung darstellen ²⁾.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach einer Messung der Geldentwertung. Voraussetzung für die Messung der Geldentwertung ist eine festgesetzte Maßeinheit als Vergleichsbasis. Dieses Wertmaß wird durch eine bestimmte Menge eines Rechengutes dargestellt. Walb ³⁾ stellt

1) Vgl. Engelmann, Konrad: Methoden zur Neutralisierung ..., a.a.O., S. 1.

2) Vgl. hierzu die Ausführungen von Erhard, Heinz: Die Rechnung der Unternehmung bei Geldwertänderungen. Diss. Tübingen 1953, S. 30.

3) Vgl. Walb, Ernst: Die Erfolgsrechnung ..., a.a.O., S. 342.

folgende Maßeinheiten zur Diskussion: das Goldagio, die Devisenpreise und die Warenindicies.

Als unbrauchbare Maßstäbe erwiesen sich das Goldagio und die Devisenpreise. Voraussetzung für die Anwendung des Goldagio zur Messung des Geldwertes ist eine Goldwährung; diese Währungsart liegt bei der Mehrzahl der Volkswirtschaften nicht vor. Auch würde dem Wertmaß Goldagio der Nachteil anhaften, daß dieses Gut selbst im Preis schwankt, da es dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterliegt. Für die Ablehnung der Devisenpreise ist die Tatsache ausschlaggebend, daß die staatliche Devisenbewirtschaftung zu manipulierten Devisenpreisen führt.

Demgegenüber erwiesen sich die Warenindices aufgrund ihrer Marktnähe als durchaus sinnvolle Wertmaßstäbe. Allerdings handelt es sich bei diesen Indexzahlen um künstliche Maßstäbe, die mittelbar aus der Entwicklung der Warenpreise abgeleitet werden. Der Wert der Geldeinheit, d.h. die Kaufkraft des Geldes steht in einem interdependenten Zusammenhang mit dem allgemeinen Preistrend. Ein steigendes Preisniveau, ausgedrückt im Warenindex, deutet auf eine Geldwertminderung hin; demgegenüber bedeutet ein sinkender Warenindex eine Erhöhung des Geldwertes. Damit ist die Indexzahl als ein Hilfsinstrument zu charakterisieren, mit dessen Hilfe die Veränderungen des Geldwertes gemessen werden können.

Die Vielfalt der im wirtschaftlichen Leistungsprozeß in Erscheinung tretenden Warengruppen und die individuellen Anforderungen der Wirtschaftssubjekte an die Indexzahlen verhindern jedoch die Ableitung eines allgemeingültigen

Maßstabes. Fisher ¹⁾, der sich frühzeitig mit Kaufkraftfragen beschäftigt hat ²⁾, weist darauf hin, daß es "eine unendlich große Anzahl möglicher Formen von Indexnummern" gibt.

Damit stellt sich die Frage nach der Art der zu verwendenden Indexzahl ³⁾. Entscheidend für die Verwendung der Indices, die ihrer Art nach Spezial- oder Gruppenindices sein können, ist der Zweck, der mit einem solchen Rechenmaßstab verfolgt wird. Aufgrund der Vielzahl der möglichen Indices ist die Normung einer bestimmten Maßeinheit abzulehnen. Ein absolutes, allgemeingültiges Wertmaß für den Wert des Geldes gibt es in der Realität nicht.

Im Rahmen der Diskussion über die Frage der Unternehmenserhaltung bei Geldentwertung wurden insbesondere der Lebenshaltungskostenindex und der Großhandelsindex vorgeschlagen. Beiden Indexarten liegen die Preise ausgewählter Tauschobjekte zugrunde. Die Vielzahl der im Markt befindlichen Warengruppen zwingt dazu, so wird argumentiert, die Auswahl der Güter auf einen bestimmten "Warenkorb" zu beschränken. Hier liegt im wesentlichen der Ansatzpunkt für die Kritik an den Indexzahlen, obwohl allgemein deren Notwendigkeit für die Messung des Geldwertes anerkannt wird.

-
- 1) Vgl. Fisher, Irving: Die Kaufkraft des Geldes, Ihre Bestimmung und ihre Beziehung zu Kredit, Zins und Krisen. Aus dem Englischen übersetzt von I. Stecker, 2. Aufl., Berlin und Leipzig 1922, S. 161.
 - 2) Derselbe, Stabilizing the Dollar, A Plan to Stabilize the General Price Level Without Fixing Individual Prices. New York 1920; The Making of Index Numbers, A Study of Their Varieties, Tests, and Reliability. 2nd ed., Boston und New York 1923; Die Illusion des Geldes. Aus dem Englischen übersetzt von H. Scheibler, Berlin o.J.
 - 3) Ausführlich hat sich mit dieser Frage Keynes beschäftigt. Vgl. Keynes, John Maynard: Vom Gelde. Aus dem Englischen: A Treatise on Money, 1930, übersetzt von O. und L. Krämer, München und Leipzig 1932.

Der Index für die Lebenshaltungskosten stellt im wesentlichen auf die Preise der lebensnotwendigen Güter ab, d.h. er beschränkt sich auf maßgebliche Konsumgüterpreise der Haushalte. Schmalenbach ¹⁾ weist darauf hin, daß dieser Index ursprünglich als Anhaltspunkt gedient habe, Nominallöhne in Reallöhne umzurechnen. Dieser Index war nicht zur Messung der Kaufkraft des Geldes, sondern als Maßstab zur Ermittlung der Kaufkraft der Lohn- und Gehaltseinkommen gedacht. Sein Nachteil wird anhand dieses historischen Hintergrundes offensichtlich: Da der Index für die Lebenshaltungskosten lediglich die konsumtiven Güter des täglichen Bedarfs erfaßt, ist er einseitig und subjektiv bestimmt.

Von allgemeinerer und objektiverer Bedeutung als der Lebenshaltungskostenindex ist der Großhandelsindex. Diesem Maßstab liegt eine entsprechende Auswahl repräsentativer Güter aus der Lebensmittelbranche und der Industrie zugrunde. Aber auch bei diesem Index richtet sich der Haupteinwand gegen das Auswahlprinzip der zu berücksichtigenden Güter. Denn auch diese Maßgröße erfaßt einseitig nur einzelne Gütergruppen bestimmter Wirtschaftssektoren.

Brauchbarer erscheint dem Verfasser der Preisindex für das Bruttosozialprodukt in einer Volkswirtschaft. In diesem Falle steht weder ein bestimmter Personenkreis, wie z.B. beim Lebenshaltungskostenindex, noch eine bestimmte Branche, wie z.B. beim Großhandelsindex, einseitig im Vordergrund. Dem Preisindex des Bruttosozialprodukts liegen die Preise der von der Gesamtwirtschaft erbrachten Produktionsleistungen zugrunde.

1) Vgl. Schmalenbach, Eugen: Dynamische Bilanz, 4. Aufl., a.a.O., S. 227.

Dabei ist jedoch zu beachten, daß sich in einem solchen Index auch die Preisentwicklung eingeführter Waren und Dienstleistungen niederschlägt. Denn die von der Volkswirtschaft erbrachte Produktionsleistung wird "als Differenz aller von der Volkswirtschaft erzeugten Waren und Dienstleistungen und der Summe aller Vorleistungen, zu denen auch eingeführte Güter gehören, errechnet" ¹⁾. Für die Preisentwicklung in einer Volkswirtschaft sind jedoch nicht nur die Preise des Bruttosozialprodukts entscheidend, sondern auch die Preissituation auf dem Importmarkt und zwar für Güter, die direkt an den inländischen Verbraucher gehen. Folglich wirken sich bei der letzten inländischen Verwendung von Gütern "neben der im Sozialprodukt zum Ausdruck kommenden Preisentwicklung der Produktionsleistung der Inländer auch die häufig abweichende Preisentwicklung der eingeführten Waren und Dienstleistungen aus" ²⁾.

Bei der Verwendung solcher Generalindices - hier speziell des Großhandelsindex und des Preisindex des Bruttosozialprodukts, gegebenenfalls unter Berücksichtigung der Preisindices der für den direkten Verbrauch bestimmten Importe - darf nicht übersehen werden, daß mit Hilfe dieser Maßstäbe die Kaufkraft des Geldes völlig einwandfrei nicht erfaßt werden kann ³⁾. Neben dem Mangel einer unvollständigen Erfassung der Tauschobjekte kommt der Nachteil hinzu, daß die Indexzahlen die Verschiebungen in der Güterproduktion, -konsumtion und -qualität sowie in den Sortimenten, Vertragsbedingungen und im technischen Fortschritt unberücksichtigt lassen ⁴⁾.

1) Statistisches Jahrbuch ..., 1967, a.a.O., S. 510.

2) Ebenda, S. 510.

3) Vgl. u.a.: Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 270; Carell, Erich: Allgemeine Volkswirtschaftslehre. 12. Aufl., Heidelberg 1966, S. 362; Erhard, Heinz: a.a.O., S. 30 f.

4) Vgl. Brunner, Josef: a.a.O., S. 9.

Dieser Gesichtspunkt ist insbesondere bei den Indices für das Bruttosozialprodukt zu berücksichtigen. Denn bei diesen Daten "handelt es sich um Preisindices mit wechselnder Wägung, denen der **W a r e n k o r b** des jeweiligen Berichtsjahres zugrunde liegt" ¹⁾.

Aufgrund dieser Haupteinwendungen gegen die Generalindices wäre es jedoch verfehlt, die Brauchbarkeit eines derartigen Geldwertmaßstabes gänzlich abzulehnen. Immerhin können in der Praxis mit Hilfe dieser Indices brauchbare Ergebnisse innerhalb bestimmter Fehlergrenzen erzielt werden, die weniger absolut richtige Ergebnisse liefern als vielmehr Entwicklungstendenzen aufzeigen können.

Die folgende Übersicht veranschaulicht die Preisentwicklung des Bruttosozialprodukts und des Inlandverbrauchs von Gütern in Deutschland seit 1960, wobei als Bezugszeitpunkt das Jahr 1954 gewählt worden ist. Die Problematik eines derartigen, sich über Jahre erstreckenden Vergleichs besteht insbesondere darin, daß strukturelle Verschiebungen in der Güterproduktion nicht berücksichtigt werden. Es handelt sich um sogenannte Preisindices "wechselnder Wägung" ²⁾. Zumindest können jedoch die Preisindices des Bruttosozialprodukts, bzw. bei Berücksichtigung von Im- und Export die Preisindices der letztlich auf dem Inlandmarkt angebotenen Güter, Anhaltspunkte für eine Beurteilung der Entwicklungstendenz des inländischen Geldwertes liefern. Den Preisindices der auf dem Inlandmarkt angebotenen Güter dürfte hierbei die größere Bedeutung beizumessen sein, da in diesen Maßgrößen die inländische Kaufkraft einer Währung deutlich zum Ausdruck kommt.

1) Statistisches Jahrbuch, 1967, a.a.O., S. 510.

2) Ebenda, S. 510.

Preisentwicklung des Bruttosozialprodukts und
der auf dem Inlandmarkt angebotenen Güter: ¹⁾

Bezugszeitpunkt: 1954 = 100

Jahr	Preisindices mit wechselnder Wägung (Warenkorb des jeweiligen Berichtsjahres)				
	Brutto- sozial- produkt	Einfuhr	Letzte Ver- wendung ²⁾ von Gütern	Letzte in- ländische Verwendung von Gütern	Ausfuhr
1960	116,4	96,5	- 112,8	114,3	106,1
1961	121,4	94,8	116,4	118,5	107,4
1962	126,8	94,1	120,3	123,1	108,0
1963	130,5	93,2	122,8	126,6	107,1
1964	134,1	93,9	125,6	129,9	108,1
1965 ³⁾	139,1	96,2	129,3	134,0	110,1
1966 ³⁾	144,2	98,6	133,8	139,6	112,4

Tab. 4: Preisindices des Bruttosozialprodukts in den
Jahren 1960 - 1966.

b) Das Entstehen von Scheingewinnen in Zeiten einer
Geldentwertung

1. Die Erfolgskonzeption der traditionellen Unter-
nehmensrechnung als Ausgangspunkt

Der materielle Gehalt des Erfolgs einer Unternehmung wird
bestimmt durch den Maßstab, den die Unternehmensführung
für die Erhaltung der Unternehmung anlegt. Daraus wird

1) Zahlenquelle: Statistisches Jahrbuch ..., 1967,
a.a.O., S. 533.

2) Bruttosozialprodukt + Einfuhr = Letzte inländische
Verwendung von Gütern + Ausfuhr

3) Vorläufige Ergebnisse

deutlich, daß der Unternehmungserfolg ganz verschiedenen Inhalts sein kann. Sein Charakter leitet sich aus dem Sinn und Zweck ab, der der Erfolgsgröße zuerkannt wird.

Die nominelle Erfolgskonzeption betrachtet die Erfolgsgröße als Maßstab für die finanzielle Leistungsfähigkeit der Unternehmung, d.h. der Unternehmungserfolg repräsentiert die Ergiebigkeit des in der Unternehmung eingesetzten Nominalkapitals. Dieser Maßstab strebt die Erhaltung des Nominalkapitals der Unternehmung an.

Grundlage für die Ermittlung der Erfolgsgröße bildet das unternehmerische Rechnungswesen. Dieses Instrument ist durch das "monetary postulate" ¹⁾ charakterisiert, einer Prämisse, die die Recheneinheit Geld als schwankungslos ansieht. Dieser Auffassung entspricht die Handhabung der Finanzverwaltung, die den Bilanzgewinn als Grundlage der Besteuerung verwendet. In § 4 EStG wird der Gewinn definiert als 'Unterschiedsbetrag zwischen dem Betriebsvermögen am Schluß des Wirtschaftsjahrs und dem Betriebsvermögen am Schluß des vorangegangenen Wirtschaftsjahrs, vermehrt um den Wert der Entnahmen und vermindert um den Wert der Einlagen'

Dies bedeutet für die Erfolgsrechnung, daß vergangenheitsorientierte Ausgaben mit den in der Gegenwart anfallenden Einnahmen verglichen werden. Inflationäre Effekte,

1) American Accounting Association, Committee on Concepts and Standards Underlying Corporate Financial Statements: Price Level Changes and Financial Statements, Supplementary Statement No. 2. In: The Accounting Review, Oktober 1951, Vol. 26, No. 4, S. 468.

die von einem dauernden Geldwertverfall auf die Erfolgsrechnung ausgehen, werden nicht berücksichtigt. Hax bezeichnet eine solche Erfolgskonzeption, die auf die Erhaltung eines bestimmten Geldkapitals abstellt, als Geldkapitalrechnung.¹⁾

Rieger²⁾ legt für die Gewinnermittlung die gesamte Lebensdauer der Unternehmung zugrunde, d.h. er vergleicht den ursprünglichen Einsatz an Geld mit dem nach der Auflösung der Unternehmung vorhandenen Geldbestand. Die in seiner sogenannten Totalrechnung angestellten Überlegungen lassen sich hinsichtlich der Erfolgskonzeption auf die einfache Formel zurückführen: Geld - Ware - Mehrgeld³⁾. Bezüglich des Phänomens "Geldentwertung" geht Rieger noch einen Schritt weiter. Während die allgemeine Auffassung über das Wesen des Rechnungssystems auf der Fiktion einer stabilen Geldeinheit beruht, schließt nach seiner Meinung der Geldbegriff Wertänderungen aus. Er sieht in der Recheneinheit Geld das Postulat der Wertstabilität verankert⁴⁾. In der dem Rechnungswesen zugrunde liegenden Geldrechnung muß nach Rieger⁵⁾ "so gerechnet werden, als ob es einen Geldwert gar nicht gäbe - nicht einmal die Frage darf aufgeworfen werden".

1) Vgl. Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 20.

2) Vgl. Rieger, Wilhelm: a.a.O.; ferner: Miller, Maria: Die Berücksichtigung von Geldwertschwankungen in Buchhaltung und Bilanz. Schriftenreihe "Nürnberger Beiträge zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften", hrsg. von H. Proesler und W. Vershofen, Nürnberg 1932.

3) Vgl. Rieger, Wilhelm: a.a.O., S. 203 ff.

4) Ebenda, S. 244.

5) Ebenda, S. 253.

Bestimmend für den vorherrschend nominellen Charakter des traditionellen Rechnungswesens waren die kaufmännische Übung und die handels- und steuerrechtlichen Vorschriften. Wenn man die Entwicklung in der Praxis berücksichtigt, die in großem Umfang die Steuerbilanz als Grundlage für die Handelsbilanz verwendet, wird die dominierende Stellung der Geldkapitalrechnung in der Unternehmensrechnung verständlich.

2. Das Entstehen von Scheingewinnen als Gefahrenherd

aa) Der Begriff Scheingewinn

Die Charakterisierung der Erfolgskonzeption der offiziellen Unternehmensrechnung steht in engem Zusammenhang mit der Gefährdung der unternehmerischen Produktivkräfte in Zeiten einer Geldentwertung. Die Feststellung der Auswirkungen eines Kaufkraftschwundes setzt jedoch die Klärung der Frage nach dem Gefahrenherd voraus, d.h. es ist die Ursache zu erforschen, weshalb in Zeiten einer Inflation die unternehmerischen Produktionsfaktoren gefährdet sind. Ausgangspunkt der Analyse bildet der Erfolgsbegriff des auf dem Nominalwertprinzip beruhenden traditionellen Rechnungswesens.

In dieser Rechnung sind alle diejenigen Erlösteile als Gewinn zu betrachten, die für die Erhaltung des Nominalkapitals nicht benötigt werden. Grundlage einer solchen Rechnung bildet die Bewertung des Aufwandes zu Anschaffungspreisen, d.h. der Erfolg der unternehmerischen Tätigkeit ergibt sich als Unterschiedsbetrag zwischen den erzielten Erträgen und den Aufwendungen einer Periode, wobei der Wertansatz der Aufwendungen auf dem Anschaffungspreis basiert.

Mit einer Inflation geht grundsätzlich eine Änderung der Preissituation auf allen mit der Unternehmung in Verbindung stehenden Märkten einher. Diese Entwicklung kann

jedoch im offiziellen Rechnungswesen keine Berücksichtigung finden, da sich die Aufwandsverrechnung an der zum historischen Beschaffungszeitpunkt bestehenden Preissituation zu orientieren hat. Durch eine solche Verrechnungsmethode werden im Unternehmen Mittel zurückbehalten - entsprechender Ertrag vorausgesetzt -, die für die nominelle Kapitalerhaltung erforderlich sind.

Die Aussagefähigkeit dieses nominalen Erfolgsbegriffs ist jedoch im Hinblick auf die reale bzw. substantielle Erhaltungskonzeption eingeschränkt. Die Nominalwertrechnung weist einen Gewinn aus, der im Sinne anderer Erhaltungskonzeptionen nur als "scheinbarer Gewinn" angesehen wird. Unter der Annahme einer entsprechenden Ertragserzielung kann zusammenfassend gesagt werden, daß sich der Gewinn der Nominalwertrechnung aus zwei Teilen zusammensetzt: Ein Teil des Nominalgewinnes ist dadurch gekennzeichnet, daß er nicht auch bei Anwendung eines anderen Erhaltungsmaßstabes als Gewinn aufzufassen ist; dieser im angelsächsischen Sprachgebrauch als "fictitious profit" bezeichnete Gewinnbestandteil ist bei uns unter dem Ausdruck "Scheingewinn" bekannt. Der verbleibende Gewinnanteil stellt den echten Gewinn (i.S. des jeweils zugrunde gelegten Erhaltungsmaßstabes) dar; in der betriebswirtschaftlichen Terminologie spricht man vereinzelt auch vom "tatsächlichen" Gewinn bzw. "Realgewinn" ¹⁾.

1) Vgl. z.B.: Gnam, Arnulf: Betrachtungen zum Gutachten ..., a.a.O., S. 240; Hax, Karl; Knorr, Ernst; Meier, Albert: Ein Verfahren zur Erfassung und Neutralisierung von Geldwertveränderungen. In: Wpg, 5. Jg. 1952, Nr. 13, S. 295; Schneider, Wilhelm: Das Problem der Geldwertschwankungen in der Betriebswirtschaftslehre und im Steuerrecht unter besonderer Berücksichtigung des Auslandes. Diss. Köln 1959, S. 23 f.

Die terminologische Bestimmung des Begriffs Scheingewinn bereitet erhebliche Schwierigkeiten. Erschwerend für die Ableitung eines inhaltlich eindeutigen Scheingewinnbegriffs ist die Tatsache, daß diesem Begriff, je nach den vertretenen Erhaltungskonzeptionen, ein unterschiedlicher Inhalt beigelegt wird. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die in der betriebswirtschaftlichen Literatur gegebenen Begriffsbestimmungen im Zusammenhang mit der einen oder anderen Erhaltungsauffassung zu verstehen sind. Beispielfür für die Substanzerhaltungstheoretiker soll die Definition Leitner's ¹⁾ verwendet werden: "Scheingewinne sind Quasi-Gewinne, die sich nur verrechnungstechnisch als Kapitalzuwachs darstellen, nur den Wert der Vermögensmasse, nicht deren Substanz oder Form verändern".

Demgegenüber definiert Erhard ²⁾, der als Anhänger der realen Kapitalerhaltung gilt, den Scheingewinn wie folgt: "Wir verstehen unter Scheingewinn den Unterschied zwischen dem Ergebnis der nominalen Geldrechnung und der Rechnung mit einer festen Werteinheit, also der Rechnung der realen Kapitalerhaltung, wenn dieser Unterschied positiv ist". Analog bezeichnet er eine negative Differenz als "Scheinverlust".

Im allgemeinen kann derjenige Teil des Gewinnes der Nominalwertrechnung als Scheingewinn bezeichnet werden, der für die Sicherung der realen Kapitalerhaltung bzw. der Substanzerhaltung erforderlich ist, wobei im ersten Falle objektive Gesichtspunkte im Vordergrund der Betrachtung stehen, während im zweiten Falle subjektive Erwägungen den Ausschlag geben.

1) Vgl. Leitner, Friedrich: Einkommen und Ertrag. Berlin 1922, S. 13.

2) Vgl. Erhard, Heinz: a.a.O., S. 34.

Das die Unternehmenspolitik beherrschende Erhaltungsziel bestimmt rückwirkend den Umfang der Scheinerfolge. Diese terminologischen Grundlagen zeigen ganz generell das Wesen der Scheingewinne auf. Über den Umfang der Scheingewinne, die durch die Wirkungen einer Inflation entstehen, vermag eine derartige Charakterisierung keinerlei Informationen zu liefern. Um Aussagen über den Umfang der Scheingewinne und die damit im Zusammenhang stehenden Gefahren machen zu können, ist es vielmehr erforderlich, die Entstehungsursachen der Scheingewinne näher zu analysieren.

bb) Die Entstehungsursache der Scheingewinne

Ursächlich für das Entstehen der Scheingewinne sind die Preisänderungen der am Markt angebotenen Produkte und Leistungen. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, daß grundsätzlich nicht festgestellt werden kann, ob bzw. in welchem Ausmaß Preisschwankungen einzelner Güter von der Waren- und/oder Geldseite ausgehen ¹⁾.

Wiederum kommt die Tatsache, daß eine auf die Sicherung der Unternehmung ausgerichtete Erhaltungspolitik durch die Art der Ausgestaltung des traditionellen Rechnungswesens erschwert wird. Zwei Sachverhalte rechtfertigen diese Behauptung: Einerseits liegt dem traditionellen Rechnungssystem die Fiktion zugrunde, daß es sich bei dem Wert des Geldes um eine wertstabile Maßeinheit handelt. Andererseits wird unser Rechnungswesen von den Grundsätzen des Nominalwertprinzips beherrscht, d.h. Erhaltungsmaßstab ist das nominelle Kapital der Unternehmung. Diesem

1) Vgl. S. 74 ff.

Grundsatz zufolge ist die Erhaltung eines "geld-ziffernmäßig bestimmten Anfangskapitals" ¹⁾ dann sichergestellt, wenn in der Erfolgsrechnung der Aufwand der Verbrauchsgüter, bewertet zu Anschaffungspreisen, durch die Erträge gedeckt ist.

Dieser Zusammenhang zeigt zwar die Entstehungsursache der Scheingewinne deutlich auf, es wird jedoch nicht ersichtlich, an welchen unternehmerischen Werten Scheingewinne entstehen. Zur Beantwortung dieser Frage erscheint die Einteilung der Unternehmenswerte in Sach- und Geldwerte als zweckmäßig.

Das Sachvermögen der Unternehmung ist dadurch gekennzeichnet, daß die einzelnen Vermögensteile in der Regel zu unterschiedlichen Zeitpunkten angeschafft worden sind. In der Bilanzrechnung werden diese Vermögensteile mit ihren Anschaffungswerten aktiviert. Diese Wertansätze bilden die Basis für die Errechnung des Aufwandes an Verbrauchsgütern.

Bei einer solchen Rechenmethode ist in Zeiten einer Geldentwertung dem Scheingewinnproblem in doppelter Hinsicht Aufmerksamkeit zu schenken. Im einen Falle erstreckt sich der Problembereich auf die abstrakte Form des Sachgutes, d.h. auf das in diesem Gut gebundene Kapital und im anderen Falle auf die Substanz des Sachgutes, d.h. auf die konkrete Erscheinung. Beide Blickrichtungen unterscheiden sich dadurch, daß einerseits das allgemeine Preisniveau und andererseits der Wiederbeschaffungspreis des einzelnen Sachgutes als Anhaltspunkt zur Ermittlung der Scheingewinne herangezogen wird.

1) Walb, Ernst: Die Erfolgsrechnung ..., a.a.O., S. 328 f.

Steigt z.B. das allgemeine Preisniveau im Zeitraum t_0 bis t_1 um 10 %, dann erscheint der zu verrechnende Aufwand der zum Zeitpunkt t_0 angeschafften Sachgüter kaufkraftmäßig als zu klein. Die Ausgabe zum Zeitpunkt t_0 hatte kaufkraftmäßig einen höheren Wert als im Zeitpunkt ihrer Verrechnung t_1 . Infolge eines Messungsfehlers entspricht der durch die Aufwandsverrechnung gebundene Ertrag kaufkraftmäßig nicht mehr dem ursprünglichen Aufwand. In Höhe dieser Abweichung entsteht ein Scheingewinn. Für die Höhe dieses Scheingewinnes sind drei Faktoren maßgebend: Die zu den Zeitpunkten der Sachgüterbeschaffung und der Aufwandsverrechnung herrschenden Kaufkraftverhältnisse des Geldes und der nach dem Nominalprinzip zu verrechnende Aufwand. Inwieweit diese Scheingewinne durch die Art der Finanzierung beeinflusst werden, soll in Verbindung mit den geldwerten Posten geklärt werden. Im allgemeinen ist es nicht möglich, die Finanzierungsart des einzelnen Aufwandspostens zu ermitteln.

Derartige Scheingewinne hängen mit den Veränderungen der allgemeinen Preisentwicklung zusammen. Richtung und Ausmaß der individuellen Güterpreisbewegungen sind jedoch in der Regel nicht identisch mit den Veränderungen des Preisniveaus. Das Preisniveau ist lediglich ein Spiegelbild der einzelnen Güterpreise in ihrer Gesamtheit. Wäre z.B. der Wiederbeschaffungspreis eines Sachgutes stärker gestiegen als das allgemeine Preisniveau, dann könnte selbst eine Aufwandsverrechnung unter Berücksichtigung des Kaufkraftschwundes noch nicht die Voraussetzung für die Ersatzinvestition schaffen. Bei einer derartigen Preissteigerung müßte sich - bei isolierter Betrachtung - die Aufwandsverrechnung an den Wiederbeschaffungspreisen orientieren, wenn die Substanz der Unternehmung erhalten werden soll. Bei beiden Konzeptionen zeigt sich deutlich, daß bei der Ermittlung der Scheingewinne im Sachvermögen auch die Preisentwicklung früherer Perioden zu berücksichtigen ist.

Bei den Geldwerten handelt es sich um diejenigen unternehmerischen Vermögensarten, deren Wert unmittelbar in der Nominalform repräsentiert wird. Hierzu

zählen z.B. auf der Aktivseite die Kassen- und Bankguthaben sowie die Forderungen und auf der Passivseite das Fremdkapital. Die an diesen Werten entstehenden Geldwertgewinne oder Geldwertverluste lassen sich ausschließlich auf die allgemeinen Preisniveauänderungen zurückführen. Dabei treten die negativen Auswirkungen eines Kaufkraftschwundes in vollem Umfang in Erscheinung.

Aufgrund einer inflatorischen Preisentwicklung, gekennzeichnet durch einen allgemein steigenden Preistrend, kommt den aktiven Geldwertposten eine geringere reale Bedeutung zu als zu einem früheren Zeitpunkt. Diesen Geldwertverlusten stehen allerdings Geldwertgewinne bei den passiven Geldwertposten gegenüber. Die Art des Geldwterfolges bei den geldwerten Posten hängt somit davon ab, ob die an den Nominalwerten entstandenen Geldwertgewinne oder -verluste überwiegen.

Bei der Beurteilung des Ergebnisses der traditionellen Rechnung sind, so läßt sich zusammenfassend sagen, diese Auswirkungen der Geldentwertung zu berücksichtigen. Denn die Voraussetzungen zur Erhaltung der Produktivkräfte können erst dann geschaffen werden, wenn Klarheit besteht über Art und Ausmaß der möglichen Wertminderungen an den Produktivkräften.

cc) Die Bedeutung der Scheingewinne

Im Zusammenhang mit der Charakterisierung des Scheingewinnbegriffs wurde ersichtlich, daß sich in Zeiten einer Geldentwertung der Gewinn der traditionellen Unternehmensrechnung (Nominalgewinn), der als eine monetäre Größe ausgewiesen wird, aus zwei Komponenten zusammensetzt: Aus dem Realgewinn und aus dem Scheingewinn. Aus der Terminologie "Scheingewinn" wird bereits ersichtlich, daß es sich um einen in der Nominalwertrechnung ausgewiesenen Gewinnbestandteil handelt, der in der Sicht anderer Erhaltungskonzeptionen nicht in Erscheinung tritt. Erst wenn es der Unternehmensführung gelingt,

diese Gewinngröße im Unternehmen zurückzuhalten, besteht für sie die Möglichkeit, die unternehmerischen Produktionsfaktoren aus eigener Kraft zu sichern.

Voraussetzung für die Realisierung dieses Zieles ist in jedem Falle, daß sich Nominal- und Scheingewinn der Höhe nach entsprechen. Sind die durch eine Inflation verursachten Scheingewinne größer als der Nominalgewinn, tritt zwangsläufig eine Wertminderung an den im Unternehmen gebundenen Produktivkräften ein, wenn die fehlenden Mittel nicht durch eine Außenfinanzierung ersetzt bzw. wenn die Scheingewinne nicht im Unternehmen zurückbehalten werden.

Die Analyse der Entstehungsursachen hat gezeigt, an welchen Objekten, in welchem Umfange und welchen Inhalts Scheingewinne bei Geldentwertung entstehen. Diese Tatsache gilt als Anhaltspunkt für die Beantwortung der Frage, welche Konsequenzen sich für die Unternehmen dadurch ergeben, daß die Scheingewinne nicht im Unternehmen zurückbehalten bzw. nicht aus dem Nominalgewinn gedeckt werden können. In diesem Falle besteht für das Unternehmen die Gefahr einer kaufkraftmäßigen und/oder substantiellen Wertminderung an ihren Produktivkräften.

In Zeiten einer Geldentwertung liegt die Bedeutung der Scheingewinne also darin, daß sie Gefahren in sich bergen, die das Ziel der Unternehmenserhaltung in Frage stellen. Die Verwirklichung dieser Gefahren hängt unmittelbar mit den materiellen Auswirkungen der Scheingewinne zusammen.

3. Die materiellen Auswirkungen der Scheingewinne

aa) Der Gewinn als Grundlage des Verbrauchs

Das traditionelle Rechnungswesen - hier insbesondere die Abschlußrechnung - weist den nominellen Ertragszuwachs als Gewinn aus, ohne die materiellen Auswirkungen zu beachten, die von einer solchen Handhabung ausgehen.

Ganz allgemein läßt sich sagen, wobei einmal von den differierenden Meinungen in der betriebswirtschaftlichen Literatur abgesehen werden soll, daß der Bilanzgewinn "auf jeden Fall als Maßstab für die finanzielle Leistungsfähigkeit der Unternehmung" ¹⁾ anzusehen ist. Es handelt sich hierbei um eine abstrakte Größe, die durch bestimmte Rechenoperationen ermittelt wird.

Die errechnete Gewinngröße wird unter dem Gesichtspunkt der Gewinnverwendung nicht danach beurteilt, ob sie oder ein Teilbetrag für die Sicherung der unternehmerischen Produktionsfaktoren notwendig ist. Anhaltspunkt für die Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit bildet der Nominalgewinn und nicht der Realgewinn ²⁾. Die Folgen einer derartigen Handhabung werden deutlicher, sobald man solche Überlegungen unter dem Gesichtspunkt der Gewinnverwendung anstellt. In diesem Bereich fällt nämlich eine Entscheidung darüber, in welchem Umfange finanzielle Mittel das Unternehmen verlassen werden. Der Umfang der Gewinnverwendung richtet sich nach der Höhe des errechneten Nominalgewinnes. Aus diesem Sachverhalt wird ersichtlich, daß der Vorgang der Gewinnverwendung auf den Grundlagen des Gewinnermittlungsprozesses beruht.

Im allgemeinen ist der Gewinnverwendungsprozeß durch die Tatsache gekennzeichnet, daß Teile des Ertragsüberschusses an Gewinnbegünstigte abgegeben werden. Die Gewinnbegünstigten orientieren sich bei der Geltendmachung ihrer Ansprüche in der Regel an den nominellen Ertragsüberschüssen. Die Unternehmensführung muß sich der Gefahren, die mit dem Vorgang der Gewinnverwendung verbunden sind, bewußt sein. Gelingt es der Unternehmensfüh-

1) Hax, Karl: Bilanzgewinn und Geldwertschwankungen, a.a.O., S. 434.

2) Dies gilt sowohl für den Bilanzgewinn der Handelsbilanz als auch denjenigen der Steuerbilanz.

rung in Inflationszeiten nicht, diejenigen Gewinnteile im Unternehmen zu binden, die für die Erhaltung der Produktivkräfte erforderlich sind (Scheingewinne), so kann die erhaltungspolitische Zielsetzung nicht realisiert werden.

An instruktiven Beispielen aus der Praxis haben Gürtler ¹⁾ und Jones ²⁾ nachgewiesen, wie sich eine am Nominalgewinn orientierte Gewinnverteilung in Inflationszeiten auf die Erhaltung des im Unternehmen gebundenen Kapitals auswirkt. Gürtler, dessen Aussagen sich auf die Auswertung von elf Bilanzen schweizerischer Industrieunternehmen in den Jahren 1913 bis 1922 stützen und Jones, der neun amerikanische Stahlgesellschaften in den Jahren 1941 bis 1947 untersucht hat, kommen zu dem Ergebnis, daß in diesen Unternehmen Scheingewinne in beträchtlichem Umfang verteilt worden sind.

Die gleichen Überlegungen lassen sich heute in der Praxis vielerorts feststellen. Der Philips-Konzern z.B. hat substantielle Erwägungen bereits seit Jahren im Rahmen seiner Erhaltungspolitik in die Tat umgesetzt. Jährlich werden Teile des Nominalgewinnes dieses Unternehmens von der Ausschüttung ausgeschlossen, um die Wiederbeschaffung verbrauchter Vermögensgüter zu sichern. Im Jahre 1968 betragen diese in der Bilanz als "Neubewertungsrücklage" bezeichneten Reserven hfl 925 Mio. ³⁾. Seit 1959 hat sich

1) Vgl. Gürtler, Max: Schweizerische Bilanzen unter dem Einfluß von Konjunktur und Scheingewinn. Schriftenreihe, "Betriebs- und Finanzwirtschaftliche Forschungen", hrsg. von F. Schmidt, Serie II, Heft 20, Berlin und Wien 1925.

2) Vgl. Jones, Ralph C.: Effect of Inflation on Capital and Profits: The Record of Nine Steel Companies. In: The Journal of Accountancy, Januar 1949, S. 9 ff.

3) Vgl. Geschäftsbericht der N.V. Philips' Gloeilampenfabrieken und der N.V. Gemeenschappelijk Bezit van Aandeelen Philips' Gloeilampenfabrieken für 1968, S. 18 f. und S. 26 f.

damit die Neubewertungsrücklage von hfl 374 Mio. um hfl 551 Mio. erhöht ¹⁾. Allein für das Geschäftsjahr 1968 sind der Neubewertungsrücklage hfl 130 Mio. neu zugewiesen worden ^{2) 3)}.

Ähnliche Überlegungen sind beim Unileverkonzern anzu- treffen. Die Geschäftsleitung hat im Geschäftsbericht für 1968 vorgeschlagen, aus dem im Unternehmen einzu- behaltenden Gewinn einen Betrag von hfl 49 Mio. der "Rücklage für Wiederbeschaffung von Sachanlagen" zuzu- führen ⁴⁾. Hierfür wird als Begründung die andauernde "Erhöhung der Wiederbeschaffungskosten von Gebäuden, Maschinen und Betriebsausstattung" angeführt ⁵⁾. Für den gleichen Zweck ist für 1967 ein vergleichbarer Be- trag von hfl 38 Mio. dieser Rücklage zugewiesen worden ⁶⁾. Die für 1968 und frühere Jahre gebildete "Rücklage für Wiederbeschaffung von Sachanlagen" hat inzwischen eine Höhe von hfl 187 Mio. erreicht ⁷⁾.

Dieser Sachverhalt läßt deutlich die materiellen Aus- wirkungen in Erscheinung treten, die mit dem Ent- stehen von Scheingewinnen verbunden sind. Die

1) Vgl. Geschäftsbericht des Philips-Konzerns, a.a.O., S. 49.

2) Ebenda, S. 18 f. und S. 30.

3) Für die Zuweisung zur Neubewertungsrücklage für 1968 bestanden folgende Anweisungen:

1. Die Abschreibung auf die Sachanlagen, der Rohstoff- verbrauch und die übrigen Bestandteile der Herstel- lungskosten sind auf der Basis des Wiederbeschaf- fungswertes zu ermitteln.

2. Für denjenigen Teil des Eigenkapitals, der in Ak- tivposten angelegt ist, die nicht zum Sachvermögen gehören, sind zusätzliche Beträge zur Aufrechter- haltung der Kaufkraft des Eigenkapitals der Neube- wertungsrücklage zuzuweisen. Vgl. Geschäftsbericht des Philips-Konzerns, a.a.O., S. 20.

4) Vgl. Geschäftsbericht und Jahresabschluß der Firmen Unilever N.V. und Unilever Limited einschließlich Tochtergesellschaften für 1968, S. 28.

5) Vgl. Geschäftsbericht und Jahresabschluß des Unile- verkonzerns für 1967, S. 37.

6) Ebenda, S. 37 und S. 38.

7) Vgl. Geschäftsbericht des Unileverkonzerns für 1968, a.a.O., S. 33.

Produktivkräfte sind in dem Maße gefährdet, wie Scheingewinne der Unternehmung entzogen werden. Dabei kann hinsichtlich der Art der Gewinnverwendung unterschieden werden zwischen einem Verbrauch in Form der Besteuerung und einem Verbrauch in Form der Ausschüttung und Leistungsabgeltung.

bb) Der Verbrauch in Form der Besteuerung

Der Verbrauch von Gewinn in Form der Besteuerung kann als erzwungene Gewinnverwendung bezeichnet werden. Die Problematik dieses Zwangscharakters wird noch durch die Art der Besteuerung erhöht. Sie ist dadurch gekennzeichnet, daß der Nominalgewinn die Besteuerungsgrundlage für die Ertragsteuern ¹⁾ bildet. Der anteilige Gewinnanspruch des Staates erstreckt sich somit sowohl auf den Realgewinn als auch auf den Scheingewinn. Dies hat zur Folge, daß ein Teil des Nominalgewinnes an den Fiskus abzuführen ist. Übersteigen die an den Staat abzuführenden Ertragsteuern den Realgewinn der Unternehmung, dann tritt eine Wegsteuerung unternehmerischer Werte ein, oder anders ausgedrückt, der verbleibende Gewinnrest der Nominalwertrechnung reicht für die Erhaltung der Unternehmung nicht mehr aus.

Ob und in welcher Höhe die Realisierung der Gewinnansprüche des Staates eine Wertminderung herbeiführt, hängt somit von der Höhe des Nominal- und Realgewinnes sowie von der Höhe des Steuersatzes ab. Reicht der Realgewinn zur Deckung der aus dem Nominalgewinn und dem jeweiligen Ertragsteuersatz ermittelten Steuer-schuld aus, so kommt es nicht zu einer Wegsteuerung von Produktivkräften. Damit wird deutlich, daß mit

1) Hierzu zählen die Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer und die Gewerbebeertragsteuer.

einer Besteuerung der Scheingewinne nicht in jedem Falle ein unternehmerischer Produktivkräfteschwund verbunden sein muß.

Versuche, generelle Aussagen über die Besteuerung der Scheingewinne zu machen, scheitern an den uneinheitlichen Steuersätzen im Einkommen- und Körperschaftsteuerrecht. Während die Steuersätze im Einkommensteuerrecht eine Steuerprogression aufweisen, handelt es sich bei der Körperschaftsteuer um einen gespaltenen Steuertarif. Im ersten Falle richtet sich der auf die Scheingewinne anzuwendende Steuersatz nach der jeweiligen Höhe des steuerpflichtigen Nominalgewinnes. Im zweiten Falle beträgt der Steuersatz für einbehaltene Gewinne 51 % und für ausgeschüttete Gewinne 15 % ¹⁾. Diesem Gesetz zufolge werden also die für die Erhaltung der unternehmerischen Produktivkräfte erforderlichen Scheingewinne, soweit sie im Unternehmen zurückbehalten werden, zu einem höheren Steuertarif belastet.

Aufgrund dieser Überlegungen stellt sich die Frage, ob eine Scheingewinnbesteuerung gerechtfertigt ist. Eine Stellungnahme erfordert eine Interessenabwägung vom Standpunkt des Individuums und der Gemeinschaft. Das Einzelinteresse fordert insbesondere aus dem Gerechtigkeits- und Gleichheitsgrundsatz die Besteuerung der Scheingewinne im Unternehmen. Diesem Gedanken steht als Ausfluß des Gemeinschaftsinteresses der Wunsch nach Erhaltung der steuerlichen Leistungsfähigkeit der Unternehmung gegenüber. In Zeiten einer schleichenden Inflation sollte unter Berücksichtigung dieser Umstände das Einzelinteresse im Vordergrund stehen, da bei einer derartigen Entwicklung das Gemeinschaftsinteresse nicht unmittelbar bedroht ist. Die Meinungen in der Literatur gehen hierüber weit auseinander. U. a. halten Rieger ²⁾ und Gnam ³⁾ eine Scheingewinnbesteuerung für durchaus gerechtfertigt. Anderer Ansicht

1) Vgl. Körperschaftsteuergesetz § 19.

2) Vgl. Rieger, Wilhelm: a.a.O., S. 249.

3) Vgl. Gnam, Arnulf: Betrachtungen zum Gutachten ..., a.a.O., S. 210 f.

sind z.B. Pohmer ¹⁾, Bansbach ²⁾ und Binder ³⁾. Sie wenden sich gegen die derzeitige Regelung der Scheingewinnbesteuerung. Ihre Auffassung begründen sie mit dem Hinweis, daß eine Scheingewinnbesteuerung zu einer Wegsteuerung der für die Werterhaltung der Unternehmung erforderlichen finanziellen Mittel führt. Daß eine derartige generelle Aussage über die Wirkungen der Scheingewinnbesteuerung nicht möglich ist, haben wir oben aufgezeigt ⁴⁾.

Die Besteuerung ist nicht die einzige Ursache dafür, daß der Unternehmung Gewinne entzogen werden. Als weitere Möglichkeit ist der Verbrauch von Gewinn in Form der Ausschüttung und Leistungsabgeltung zu nennen.

cc) Der Verbrauch in Form der Gewinnausschüttung und Leistungsabgeltung

Der Nominalgewinn bildet nicht nur die Grundlage der Steuerschuldforderung des Staates aufgrund der Ertragsteuergesetze, sondern er steht auch im Mittelpunkt aller Überlegungen, die im Zusammenhang mit einer Gewinnausschüttung oder Leistungsabgeltung angestellt werden. Dabei kann unterschieden werden zwischen den Ansprüchen der Eigenkapitalgeber, der Unternehmensleitung und der Belegschaft ⁵⁾. Inwieweit diese gewinnbegünstigten Personen die

1) Vgl. Pohmer, Dieter: Zum Thema: Gutachten des Obersten Finanzgerichtshofs (OFH) über die Zulässigkeit des Last in - First out (Lifo)-Verfahrens und des First in - First out (Fifo)-Verfahrens. In: Wpg, 3. Jg. 1950, Nr. 8, S. 373.

2) Vgl. Bansbach, Max; Vöhringer, Fritz: Steuerausfall durch Eiserne Bestandsbewertung? In: BB, 6. Jg. 1951, Heft 8, S. 203.

3) Vgl. Binder, Odilo: Der Eiserne Bestand in der Praxis. In: BB, 5. Jg. 1950, Doppelheft 35/36, S. 909.

4) Vgl. S. 96 f.

Möglichkeit haben, ihre Ansprüche durchzusetzen, hängt von den individuellen Verhältnissen in den einzelnen Unternehmen ab. Berücksichtigt man noch die Tatsache, daß die Ansprüche dieser gewinnbegünstigten Personen auf subjektiven Erwartungen beruhen, dann wird die Komplexität dieses Problemkreises in diesem Bereich offenbar.

Bevor die Problematik des einzelnen Gewinnanspruchs der jeweiligen Interessengruppe aufgezeigt wird, soll die Frage beantwortet werden, welcher Teil des Gewinnes unter dem Gesichtspunkt der Unternehmenserhaltung als "verwendungs- bzw. verteilungsfähig" anzusehen ist. Als verwendungs- bzw. verteilungsfähig ist derjenige Teil des Realgewinnes anzusehen, der nach Abzug der Steuerschuld aufgrund der Nominalgewinnbesteuerung verbleibt. Sowohl die Steuerschuld als auch die Gewinnansprüche begünstigter Personen sind somit aus dem Realgewinn zu befriedigen, wenn die Voraussetzungen für das Erreichen des von der Unternehmensführung gesetzten Erhaltungszieles geschaffen werden sollen. Hieraus ist zu schließen, daß eine Verteilung von Scheingewinnen der erhaltungspolitischen Zielsetzung der Unternehmung widerspricht. Damit mündet die Frage nach dem Umfang des verwendungs- bzw. verteilungsfähigen Gewinnes in den Problemkreis der Selbstfinanzierung ein.

Die Grundlage der Gewinnansprüche der Gewinnbegünstigten bildet jedoch in der Regel nicht der verteilungsfähige Gewinn, sondern der in der Nominalwertbilanz errechnete Ertragsüberschuß. Dabei ist es gleichgültig, ob sich die Entscheidung hinsichtlich der Gewinnverteilung auf das Ergebnis der Handels- bzw. Steuerbilanz oder einer dritten internen Bilanz erstreckt. Entscheidend ist vielmehr, daß der Scheingewinn im Unternehmen zurückbehalten werden kann. Im allgemeinen wird die dominierende Interessentengruppe der Gewinnbegünstigten den Ausschlag für eine derartige Entscheidung geben.

Der Gewinnausschüttungsanspruch des Eigenkapitalgebers resultiert aus der Überlassung von Kapital an das Unternehmen. Die Höhe des einzelnen Anspruches hängt davon ab, welchen Zweck der Kapitalgeber mit seiner Bereitschaft zur Kapitalüberlassung verfolgt. Eine generelle Aussage hierüber ist nicht möglich, da die Erwartungen hinsichtlich der Gewinnausschüttung von unterschiedlichen subjektiven Faktoren bestimmt werden ¹⁾. Die subjektiven Vorstellungen der Gewinnbegünstigten können sich zwischen einer Bandbreite von maximaler kurzfristiger Gewinnausschüttung und Gewinnreservierung bewegen. Ein Verzicht des Eigenkapitalgebers auf eine Ausschüttung von Scheingewinnen hängt im wesentlichen davon ab, ob der Eigenkapitalgeber langfristig an einer sicheren Kapitalanlage und/oder an einer gesicherten Einkommensquelle interessiert ist. Das letztere Motiv liegt dann vor, wenn der Gewinnbegünstigte die zukünftigen Gewinnaussichten höher einschätzt als die gegenwärtigen. Je mehr Eigenkapitalgeber bei einer Unternehmung in Erscheinung treten, desto differenzierter werden die Gewinnausschüttungsansprüche infolge der möglichen Interessengegensätze sein.

Neben den Eigenkapitalgebern können auch Personen der Geschäftsleitung gewinnberechtigt sein. Welche Personen im einzelnen diesem Kreis angehören, hängt von den individuellen Verhältnissen in der jeweiligen Unternehmung ab. Anhaltspunkte für die Beurteilung dieser Ansprüche liefern im allgemeinen die unternehmerischen Entscheidungsstrukturen. Die Ansprüche dieser gewinnbegünstigten Personen-Gruppe leiten sich vorwiegend aus getroffenen Tantiemevereinbarungen her.

1) Als wichtigste Faktoren wären zu nennen: Individuelle Verhältnisse der Eigenkapitalgeber im privaten Bereich, die Risikobereitschaft und das Spekulationsmotiv.

Die Beteiligung der Belegschaft an dem im Unternehmen erzielten Gewinn ist in den letzten Jahrzehnten aufgrund zunehmender Demokratisierung unseres Wirtschaftssystems immer mehr in den Vordergrund getreten. Insbesondere im Bereich der Großindustrie werden Teile der Ertragsüberschüsse in Form von Gewinnbeteiligungen an Belegschaftsmitglieder verteilt. Dieser Anspruch der Belegschaft beruht auf Vereinbarungen zwischen den beiden Sozialpartnern.

Schmidt¹⁾ sieht zwischen den Gewinnansprüchen der Kapitaleigner und denjenigen der Unternehmensleitung bzw. Belegschaft materiell keinen Unterschied. In allen drei Fällen handelt es sich im Bereich der unternehmerischen Gewinnverwendung seiner Meinung nach um Ansprüche von gewinnbegünstigten Personen auf Gewinnausschüttung. Bei einer derartigen Auffassung steht m. E. die Unternehmung einseitig im Vordergrund; denn sie orientiert sich ausschließlich am Symptomatischen der jeweiligen Erscheinung, nämlich an den finanzwirksamen Konsequenzen für die Unternehmung. Sobald man jedoch die Gewinnanspruchsberechtigten in die Betrachtung miteinbezieht, tritt der eigenständige Charakter des Gewinnanspruches der jeweiligen Personengruppe deutlich in Erscheinung. Der bedeutsame Unterschied zwischen den Ansprüchen der einzelnen Gewinnbegünstigten liegt darin, daß der Gewinnanspruch des Kapitaleigners aus der Überlassung von Kapital resultiert, während die Gewinnansprüche der Unternehmensleitung und der Belegschaft dem Charakter nach Leistungsentgelte darstellen. Es ist zuzugeben, daß sich im Einzelfall in der Praxis diese Differenzierungskriterien nicht immer eindeutig feststellen lassen; dies rechtfertigt jedoch nicht, die Zuwendungen an die Unternehmensleitung bzw. Belegschaft aufgrund von

1) Vgl. Schmidt, Ralf-Bodo: Die Gewinnverwendung der Unternehmung, a.a.O., S. 140 ff.

Tantieme- bzw. Gewinnbeteiligungsvereinbarungen mit dem Begriff der Gewinnausschüttung gleichzusetzen.

Die Grundlage für die Gewinnansprüche der Eigenkapitalgeber, der Geschäftsleitung und der Belegschaft bildet im allgemeinen der Nominalgewinn, also auch der Scheingewinn. Die Möglichkeit, denjenigen Gewinnanteil im Unternehmen zurückzubehalten, der für die Erhaltung der Unternehmung erforderlich ist (Scheingewinn), hängt davon ab, inwieweit die Unternehmung zur Befriedigung dieser Ansprüche verpflichtet ist. Reicht der nach Abzug der Besteuerung verbleibende Realgewinn nicht aus, die aufgrund von Rechtstiteln ¹⁾ eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, dann sind die unternehmerischen Produktivkräfte gefährdet. Bei den nichtkodifizierten Gewinnansprüchen besteht eine mehr oder weniger große Dispositionsfreiheit derjenigen Interessengruppen, die eine Entscheidung hinsichtlich der Gewinnverwendung zu treffen haben.

Abschließend läßt sich sagen, daß die materiellen Auswirkungen der Scheingewinne auf eine substantielle und/oder kaufkraftmäßige Gefährdung der unternehmerischen Produktionsfaktoren hinauslaufen. Die Erhaltung der unternehmerischen Produktivkräfte ist in Inflationszeiten nur möglich, wenn es gelingt, die Scheingewinne vor einem Verbrauch zu bewahren. Diese Entscheidung hängt, wie wir gesehen haben, vom Willen derjenigen Organe ab, die über die Gewinnverwendung zu befinden haben und von der Wirksamkeit, mit der die Gewinnbegünstigten ihre Interessen vertreten. Alle diese Schwierigkeiten können von den Einzelwirtschaften in Zeiten einer Geldentwertung nur mit Hilfe einer wirksamen Erhaltungspolitik überwunden werden.

1) Eine Rechtspflicht in bezug auf eine bestimmte Gewinnverwendung kann z.B. bestehen: Bei den Eigenkapitalgebern aufgrund von Dividendengarantien oder Gewinnabführungsverträgen, bei der Unternehmensleitung aufgrund von Tantiemevereinbarungen und bei den Belegschaftsmitgliedern aufgrund von Gewinnbeteiligungsvereinbarungen.

c) Ergebnis

Die bisherigen Ausführungen haben deutlich gezeigt, daß sich die Betriebswirtschaftslehre schon frühzeitig der Konsequenzen einer Inflation bewußt war. Dies beweisen die zahlreichen theoretischen Erhaltungskonzeptionen, in denen das Problem der Unternehmenserhaltung angesprochen wird. Welche Zielsetzungen die einzelnen Konzeptionen verfolgen, geht jeweils aus den normativ zugrunde gelegten Erhaltungsmaßstäben hervor. Damit erweist sich der in den einzelnen Erhaltungskonzeptionen jeweils angenommene Erhaltungsmaßstab als ein mit dem materiellen Gehalt des Erhaltungszieles im Zusammenhang stehender Komplex.

Die Erkenntnisse, die aufgrund einer derartigen Modellbetrachtung gewonnen werden, sind theoretischer Natur, d.h. ihr Aussagewert beruht auf gesetzten Prämissen. Den Erfordernissen der Praxis kann eine derartige Problemlösung jedoch nicht gerecht werden.

Sobald eine realitätsnahe Betrachtung zugrunde gelegt wird, müssen sich die Aussagen über das Erhaltungsziel auf die in der Praxis gewonnenen Erfahrungen stützen ¹⁾. Da jedoch im Bereich des Erfahrungsobjektes sowohl objektive als auch subjektive Elemente in Erscheinung treten, ergibt sich für das gewonnene Erfahrungsmaterial eine unterschiedliche betriebswirtschaftliche Würdigung. Objektive Aussagen lassen sich, wie oben dargestellt, aufgrund des Kausalzusammenhanges zwischen Geldentwertung und Unternehmenserhaltung ableiten. Eine durchgeführte Analyse führte zu der Erkenntnis, daß die Unternehmensführung in Zeiten einer Geldentwertung mit der Gefahr eines substan-

1) Diese Konsequenz hat Bidlingmaier wie folgt deutlich herausgestellt: "Die Unternehmerziele sind Ausdruck menschlicher Entscheidungen und als solche prinzipiell uneinheitlich". Die Wirtschaftstheorie sei deshalb gezwungen, Zieltypologien zu eruieren, "die mit den Wirtschaftsabläufen in Unternehmungen weitgehend übereinstimmen". Vgl. Bidlingmaier, Johannes: a.a.O., S. 40 f.

tiellen bzw. kaufkraftmäßigen unternehmerischen Produktivkräfteschwundes konfrontiert ist. Ob und in welcher Form die Unternehmensführung gegen diese Gefahren entsprechende Gegenmaßnahmen ergreift, bleibt ihren subjektiven Erwägungen überlassen. Die differenzierten Entscheidungskriterien der einzelnen Entscheidungsträger lassen allgemeingültige Aussagen in diesem Bereich nicht zu. Nicht nur die erhaltungspolitische Zielsetzung ist Gegenstand des unternehmerischen Entscheidungsprozesses; auch bei der Realisierung des Erhaltungszieles handelt es sich um ein echtes Entscheidungsproblem ¹⁾.

¹⁾ Vgl. Schmidt, Ralf-Bodo: Die Kapitalerhaltung der Unternehmung ..., a.a.O., S. 427 ff.

Teil III. Die Erhaltung der Unternehmung bei Geldentwertung als Problem erhaltungspoliti- scher Entscheidungen

A) Die Bedeutung des Rechnungswesens für die Erhaltungspolitik

I. Die Bedeutung des Rechnungswesens im allgemeinen

Ausgangspunkt für die Würdigung der Bedeutung des Rechnungswesens bildet die Tatsache, daß es sich bei den in unseren Unternehmungen ablaufenden Leistungsprozessen um äußerst komplexe Erscheinungen handelt. Dem Rechnungswesen fällt die Aufgabe zu, das vielseitige und umfangreiche Geschehen in den Unternehmungen zahlenmäßig zu erfassen und entsprechend der Zwecksetzung aufzubereiten. Childs ¹⁾ definiert das Rechnungswesen "as the systematic recording of business transactions, their summarization and the interpretation of the summaries".

Das Rechnungswesen verfolgt keinen Selbstzweck, sondern ist im Zusammenhang mit der Mittel-Zweckbeziehung zu sehen. Es dient sowohl unternehmensexternen als auch unternehmensinternen Zwecken ²⁾. Aus dieser Zwecksetzung folgt, daß das Rechnungswesen ein Informationsinstrument sowohl für die Außenwelt als auch für die Unternehmensführung darstellt.

1) Vgl. Childs, William H.: Accounting for Management Control. New York 1960, S. 6. Vgl. hierzu u.a. auch: Schäfer, Erich: Die Unternehmung, Einführung in die Betriebswirtschaftslehre. 6. Aufl., Köln und Opladen 1966, S. 392; Schulze, Hans-Herbert: Zum Problem der Messung des wirtschaftlichen Handelns mithilfe der Bilanz. Schriftenreihe "Betriebswirtschaftlichen Forschungsergebnisse", hrsg. von E. Kosiol, Band 25, Berlin 1966, S. 107 f.

2) Vgl. Childs, William H.: a.a.O., S. 22.

Im Rahmen dieser Arbeit interessiert insbesondere die unternehmensinterne Informationsfunktion des Rechnungswesens. In diesem Sinne stellt das Rechnungswesen einen Teilbereich des Informationssystems der Unternehmung dar, das die Grundlage für den unternehmerischen Entscheidungsprozeß ¹⁾ im Rahmen der Unternehmungspolitik bildet. Das Rechnungswesen unterstützt in dieser Funktion die Unternehmensführung beim Treffen ihrer zielsetzenden und ziel erreichenden Entscheidungen ²⁾.

Wenn im folgenden die Teilbereiche Buchhaltung und Kostenrechnung als Informationsinstrumente besonders herausgestellt werden, so soll damit nicht die Bedeutung z.B. der Statistik für die Erhaltungspolitik geschmälert werden. Die Daten dieser beiden Rechnungen nehmen aber im Rahmen der Erhaltungspolitik eine zentrale Stellung ein. Im folgenden Kapitel liefern Buchhaltung und Kostenrechnung die Unterlagen für die Analyse der nominellen Gewinngröße und die Quantifizierung der im Unternehmen entstandenen Scheingewinne. An anderer Stelle soll dann noch die spezielle Bedeutung der Kostenrechnung für die Preispolitik gesondert herausgestellt werden.

1) Vgl. insb. Gutenberg, Erich: Einführung in die Betriebswirtschaftslehre. Schriftenreihe "Die Wirtschaftswissenschaften", hrsg. von E. Gutenberg, Reihe A (Betriebswirtschaftslehre), 1. Beitrag, Wiesbaden 1958, S. 43; beachte auch Pöhlmann, Gerhard: Der Prozeß der Unternehmensführung. Schriftenreihe "Die Unternehmung im Markt", hrsg. von G. Bergler, J. Fettel, O. Hintner, H. Linhardt und E. H. Sieber, Band 11, Berlin 1964.

2) Diese Unterscheidung wurde in Anlehnung an Schmidt übernommen. Vgl. Schmidt, Ralf-Bodo: Die Kapitalerhaltung der Unternehmung ..., a.a.O., S. 411 ff.

II. Die Bedeutung von Buchhaltung und Kostenrechnung im besonderen

a) Die Erfassung der Wertströme und Bestandsgrößen

Die Unternehmensführung verfolgt mit der Erfassung der unternehmerischen Transaktionen im Buchhaltungssystem im wesentlichen die Absicht, Informationen über die Ergebnisse dieser Tätigkeit zu erhalten. Der Realisierung dieser Absicht entspricht die Erstellung einer jährlichen Abschlußrechnung, in der sich die Ergebnisse der Buchhaltung niederschlagen. Hierbei sind der Bilanz- und Erfolgsrechnung als den Ergebnisträgern der Buchhaltung besondere Bedeutung beizumessen. Während die Bilanz das in der Unternehmung gebundene Vermögen und das eingesetzte Kapital zum Abschlußstichtag wiedergibt, erfaßt die Erfolgsrechnung die den Erfolg bestimmenden Komponenten Ertrag und Aufwand. Die in der Bilanz dargestellten Bestandsgrößen sind für eine analytische Betrachtung des Unternehmungserfolges ungeeignet; diese Aufgabe fällt der Erfolgsrechnung zu, die in umfassender Art und Weise die Komponenten des Erfolges (= Stromgrößen) erfaßt.

b) Die Ermittlung des Unternehmungserfolges im Jahresabschluß

In der betriebswirtschaftlichen Literatur bestehen hinsichtlich der mit der Bilanzierung verbundenen Zwecksetzung verschiedene Auffassungen. Schmalenbach ¹⁾, Walb. ²⁾ und Kosiol ³⁾ z.B. sehen in der Bilanz ein Instrument der Erfolgsermittlung, während le Coutre ⁴⁾ den

1) Vgl. Schmalenbach, Eugen: Dynamische Bilanz, 13. Aufl., a.a.O., S. 44 ff.

2) Vgl. Walb, Ernst: Die Erfolgsrechnung ..., a.a.O., S. 23.

3) Vgl. Kosiol, Erich: Buchhaltung und Bilanz. 2. Aufl., Berlin 1937, S. 11 ff.

4) Vgl. le Coutre, Walter: Grundzüge der Bilanzkunde, Eine totale Bilanzlehre, Teil I. 4. Aufl., Wolfenbüttel 1949, S. 4 ff.

Bilanzzweck in der Ermittlung und Darstellung des Vermögens und Kapitals der Unternehmung sieht.

Wenn Schmalenbach den Erfolgsermittlungscharakter der Bilanz betont, dann will er damit nicht die Möglichkeit der Bildung einer Vermögensbilanz bestreiten ¹⁾. Er wendet sich vielmehr gegen eine dualistische Bilanzauffassung. Eine solche liegt seiner Meinung nach vor, "wenn jemand versucht, von einer Bilanz sowohl eine Darstellung des Vermögens als auch eine solche des Erfolges zu gewinnen" ²⁾. Seiner Meinung nach wäre ein derartiger Versuch als unwissenschaftlich zu bezeichnen ³⁾.

Entscheidend für den Charakter der Bilanz ist letztlich die jeweilige Zwecksetzung, die mit der Bilanzrechnung verbunden ist. Zwischen der Aufgabenstellung der Bilanz und den jeweiligen bilanziellen Wertansätzen besteht ein interdependenter Zusammenhang. Für die Charakterisierung der Jahresabschlußbilanz ist die Tatsache bedeutsam, daß sich die Ergebnisse der Buchhaltung in der Bilanzrechnung niederschlagen. In diesem Zusammenhang ist die Bilanz als systematischer Abschluß der Buchhaltung aufzufassen ⁴⁾. Diese Überlegungen führten im wesentlichen bei Schmalenbach zu der Auffassung, daß die Bilanz im Rahmen einer regelmäßigen Jahresabschlußrechnung ausschließlich der Erfolgsermittlung zu dienen habe ⁵⁾.

1) Schmalenbach meint vielmehr: "Wer sein Vermögen zu oft zählt, tut unproduktive Arbeit. Aber den Erfolg soll er messen, fort und fort messen; ... Ob ein Unternehmen vorwärts geht, ob es stagniert oder gar rückwärts geht, das muß der Leiter einer Unternehmung wissen, um danach die Betriebssteuerung einzurichten". Vgl. Schmalenbach, Eugen: Dynamische Bilanz, 13. Aufl., a.a.O., S. 49.

2) Ebenda, S. 44 f.

3) Ebenda, S. 45.

4) Vgl. Kosiol, Erich: Buchhaltung und Bilanz, a.a.O., S. 14.

5) Vgl. Schmalenbach, Eugen: Dynamische Bilanz, 12. Aufl., a.a.O., S. 49 ff.; ebenso: Walb, Ernst: Die Erfolgsrechnung ..., a.a.O., S. 23.

Den Erfordernissen der Praxis entsprechend dienen Bilanz- und Erfolgsrechnung im Rahmen der Abschlußrechnung der Erfolgsermittlung. Während die Bilanzrechnung die Erfolgsgröße aufgrund eines Beständevergleichs (Vermögen - Kapital) ermittelt, stützt sich das Ermittlungsmodell der Erfolgsrechnung auf die Wertströme Aufwand und Ertrag. Beide Rechnungen erfassen den Leistungsprozeß jeweils unter einem anderen Gesichtspunkt; der erfolgsrechnerische Charakter ist jedoch beiden Rechnungsarten immanent. Im Rahmen unseres traditionellen Rechnungswesens (Doppik) sind Bilanz- und Erfolgsrechnung untrennbar miteinander verbunden.

Für die Erhaltungspolitik ist diese Erkenntnis eines interdependenten Zusammenhanges zwischen Bilanz- und Erfolgsrechnung von wesentlicher Bedeutung. Denn die Daten beider Rechnungen liefern wichtige Anhaltspunkte für die Feststellung des Umfanges der Scheinerfolge.

c) Ermittlung und Darstellung des Einflusses der Geldentwertung

1. Das traditionelle Rechnungswesen als Grundlage

Ausgangspunkt für die Feststellung der Scheinerfolge bildet das traditionelle Rechnungswesen. Seine Ausgestaltung beruht auf den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung und auf den Vorschriften des Handels- und Steuerrechts, um nur die wichtigsten Einflußgrößen zu nennen. Die unterschiedlichen Zwecksetzungen, die mit der Handhabung der Unternehmensrechnung verbunden sind, formten dieses Rechnungswesen zu einem heterogenen, verschiedenen Aufgaben dienenden Gebilde.

Die in der Praxis übliche Art der Unternehmensrechnung kann dem Erfordernis einer Scheinerfolgsermittlung aus folgendem Grunde nicht gerecht werden: Die Ermittlung des Erfolges in

der heutigen Unternehmensrechnung zielt grundsätzlich auf die Erhaltung des Nominalkapitals ab. Partiiell mischen sich Prinzipien der Substanzrechnung mit solchen der Geldkapitalrechnung ¹⁾. Aufgrund des Vorherrschens nomineller Rechnungsgrundsätze ist das traditionelle Abrechnungsverfahren für den Nachweis der kaufkraftmäßigen oder substantiellen Erhaltung der unternehmerischen Produktivkräfte ungeeignet.

Der nominelle Charakter der Unternehmensrechnung führt dazu, daß der damit im Zusammenhang stehende Erfolgsbegriff im wesentlichen als pagatorische Größe durch Einnahmen und Ausgaben definiert werden kann. "Der Erfolg wird derart als geldmäßiger Überschuß ermittelt, als ob die baren Einnahmen und Ausgaben in der zugehörigen Rechnungsperiode ertrags- und aufwandsmäßig zutreffend stattgefunden hätten" ^{2) 3)}. Zwangsläufig führt eine derartige Rechnungsart zur nominalen Kapitalerhaltung ⁴⁾, d.h. es besteht zwischen dem pagatorischen Erfolgsbegriff und der nominalen Kapitalerhaltungskonzeption ein streng systematischer Zusammenhang.

Insbesondere in Zeiten einer Inflation wird es selbst für die Unternehmensleitung und erst recht für dritte Personen äußerst schwierig, aus der offiziellen Unternehmensrechnung die Situation der Unternehmung richtig beurteilen zu können. Diese mangelhafte Aussagefähigkeit des Abschlusses beeinträchtigt die Brauchbarkeit der Unternehmensrechnung

1) Vgl. Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 54.

2) Kosiol, Erich: Pagatorische Bilanz (Erfolgsrechnung). In: Lexikon des kaufmännischen Rechnungswesens, Handwörterbuch, hrsg. von K. Bott, Band III, 2. Aufl., Stuttgart 1956, Sp. 2089.

3) In: *Deutsches Bilanzrecht*, 2. Aufl., Köln 1946/47.

4) Vgl. Kosiol, Erich: Pagatorische Bilanz (Erfolgsrechnung), S. 212.

insbesondere in der Funktion als Kontroll- und Steuerungsinstrument.

Was lag in diesem Falle für die Lösung des unternehmerischen Erhaltungsproblems näher, als eine Änderung der traditionellen Rechenmethoden vorzuschlagen, um den Auswirkungen einer Geldentwertung Rechnung tragen zu können. Alle Überlegungen in dieser Richtung zielen darauf ab, die Frage der Unternehmenserhaltung mit dem Problemkreis der Unternehmensrechnung zu identifizieren.

Damit rückt bei der Behandlung des Geldentwertungsproblems die erfolgsermittelnde Funktion von Bilanz- und Erfolgsrechnung in den Mittelpunkt des Interesses. Im Rahmen der Erfolgsermittlung soll den einzelnen Erhaltungsmaßstäben Beachtung geschenkt werden.

Die Bedeutung dieser Korrekturvorschläge liegt in einem modifizierten Aufwandsbegriff, was zum Ausweis von Realgewinnen unterschiedlichen materiellen Inhalts führt (Gewinn vom Standpunkt der kaufkraftmäßigen Kapitalerhaltung bzw. vom Standpunkt der Substanzerhaltung). In beiden Fällen werden die Erlöse unter ganz bestimmten Zweckgesichtspunkten interpretiert, einmal unter Berücksichtigung genereller Preisänderungen und zum anderen unter Zugrundelegung von Einzelpreisänderungen.

Diese in der Literatur vorgeschlagenen Korrekturen tragen normativen Charakter. Um mit den Schwierigkeiten einer Geldentwertung fertig werden zu können, empfahl z.B. Schmalenbach ¹⁾ die Indexrechnung sowie Schmidt ²⁾ die

1) Vgl. Schmalenbach, Eugen: Dynamische Bilanz, 4. Aufl. a.a.O., S. 235 ff.

2) Vgl. Schmidt, Fritz: Die organische Preiswertbilanz, a.a.O.

geswertrechnung. Sweeney ¹⁾ zog beide Korrekturvorschläge für eine Anwendung im einzelwirtschaftlichen Bereich in Erwägung.

In der neueren Betriebswirtschaftslehre und in der Wirtschaftspraxis haben sich derartige Überlegungen nicht durchsetzen können. "Denn eine Erfolgsrechnung, die das Ergebnis des Leistungsprozesses der Unternehmung aus Zahlungsvorgängen ableitet, muß konsequent eine Bewertung zum Anschaffungswert - dem im Hinblick auf die Bestimmbarkeit seines Umfanges einzig verlässlichen, unbestechlichen und unumstrittenen Wert unter den möglichen Wertkategorien - fordern" ²⁾. An dem der nominellen Unternehmensrechnung zugrunde liegenden Kapitalerhaltungsmaßstab muß im Rahmen der jährlichen Erfolgsermittlung aus Gründen der Objektivität festgehalten werden, wenn das Ergebnis der Unternehmensrechnung von bewertender Willkür frei sein soll ³⁾. Auf diese Notwendigkeit hat insbesondere Break in einer Untersuchung hingewiesen. Er ist davon überzeugt, "that one definition of capital maintenance is superior to all others - namely, that which uses as its standard the original money value of all capital assets involved in the

1) Vgl. Sweeney, Henry W.: a.a.O., S. 27 ff. und S. 50 ff.

2) Schmidt, Ralf- Bodo: Die Kapitalerhaltung der Unternehmung ..., a.a.O., S.431.

3) Interessant sind hierzu die Ausführungen der American Accounting Association: "In periodic reports to stockholders, the primary financial statements, prepared by management and verified by an independent accountant, should, at the present stage of accounting development, continue to reflect historical dollar costs", denn "there is no clear indication that businessmen, stockholders, employees, and the general public either desire or could now accept, without considerable confusion, any departure from historical cost". Vgl. American Accounting Association, Committee on Concepts and Standards Underlying Corporate Financial Statements, a.a.O., S. 469.

computation of income" ¹⁾; zwei Gesichtspunkte waren bei ihm für dieses Urteil ausschlaggebend, "first, clarity and precision and, second, .. lack of arbitrary distinctions" ²⁾.

Diesen Erfordernissen werden die "original costs" gerecht, denn nur "such 'values' are 'objectively' determined" ³⁾. Man verteidigt diesen Wertansatz zu recht mit dem Argument, daß die "historical-cost" Information "has a high degree of verifiability and lack of personal bias since the information is derived from completed market transactions" ⁴⁾.

Aus diesen Überlegungen heraus wird jedoch deutlich, daß die Daten des traditionellen Rechnungswesens keine Informationen hinsichtlich der Auswirkungen einer Inflation liefern können. Diese Erkenntnisse zwingen die Unternehmensführung dazu, den pagatorischen Erfolg durch eine nachträgliche Korrektur von derartigen Einflüssen zu befreien ⁵⁾; "the most practicable procedure in the foreseeable future is to present the adjusted data as supplementary to the unadjusted (conventional) statements", wobei "the presentation ... either as supplementary exhibits or in extra columns in the primary exhibits" ⁶⁾ erfolgen kann ⁷⁾.

- 1) Break, George F.: Capital Maintenance and the Concept of Income. In: The Journal of Political Economy, ed. by E. J. Hamilton, Vol. 62, No. 1, Februar 1954, S. 48.
- 2) Ebenda, S. 61.
- 3) Kennedy, Ralph D.; McMullen, Stewart Y.: Financial Statements: Form, Analysis, and Interpretation. 5th ed., Homewood 1968, S. 438.
- 4) American Accounting Association, Committee to Prepare a Statement of Basic Accounting Theory: A Statement of Basic Accounting Theory. Evanston 1966, S. 32.
- 5) Vgl. Hasenack, Wilhelm: Buchhaltung und Abschluß, Mit praktischen Übungen und Lösungen, Band I: Wesen und Technik. Essen 1954, S. 139.
- 6) American Institute of Certified Public Accountants: Reporting the Financial Effects of Price-Level Changes. Accounting Research Study No. 6, New York 1963, S.

auch American Accounting Association, Committee to Prepare a Statement a.a.O., S. 31 und ... 98.

Nach Sweeney lohnt sich eine Korrektur erst dann, wenn pro Abrechnungsjahr mindestens eine 5 %ige Änderung des allgemeinen Preisniveaus eingetreten ist ¹⁾. Er will die Korrekturversuche in Verbindung mit unternehmerischen Wirtschaftlichkeitsüberlegungen sehen. In dieser Hinsicht ist ihm zuzustimmen, nicht jedoch bei dem von ihm vorgeschlagenen Limit eines 5 %igen Geldentwertungsfaktors, und zwar aus drei Gründen:

1. Die unternehmungsindividuellen Verhältnisse in der Organisation des Rechnungswesens sind sehr verschieden. Entsprechend unterschiedlich gestalten sich die Wirtschaftlichkeitsrechnungen hinsichtlich einer Erfolgsanalyse.
2. In Zeiten einer schleichenden Inflation ist die jährliche Geldentwertungsquote Teil eines gesamtwirtschaftlichen Trends. Bei der Ermittlung des kaufkraftmäßigen Realerfolges ist nicht nur die Geldentwertung einer einzigen Abrechnungsperiode zu beachten, sondern auch die aus früheren Perioden stammenden Scheinerfolge, insbesondere im Sachvermögen.
3. Das Limit von 5 % betrifft ausschließlich die Konzeption der realen Kapitalerhaltung. Stellt man den substantiellen Gesichtspunkt in den Mittelpunkt erhaltungspolitischer Überlegungen, so ist die Aussagekraft einer derartigen Größe beschränkt. Denn die Preisveränderungen individueller Sachgüter stehen im Mittelpunkt der Substanzerhaltungskonzeption. Die generelle Kaufkraftveränderung ist in diesem Falle lediglich für das monetäre Vermögen und das Fremdkapital von Bedeutung.

Im folgenden soll auf die Techniken der Scheinerfolgsermittlung näher eingegangen werden. Von den in der Praxis angewandten Verfahren kann nur exemplarisch auf die wichtigsten Formen eingegangen werden.

¹⁾ Vgl. Sweeney, Henry, W.:

2. Berücksichtigung des Geldentwertungseinflusses in ergänzenden Nebenrechnungen zum Jahresabschluß

aa) Das Verfahren der kalkulatorischen Erfolgsrechnung

Die Aufgabe dieser sogenannten Nebenrechnungen liegt in der Ermittlung des Realerfolges d.h. eines Erfolges, dessen Verbrauch (Entnahme bzw. Besteuerung) die Produktivkräfte der Unternehmung in kaufkraftmäßiger bzw. substantieller Hinsicht nicht gefährdet. Diese Aufgabe kann eine, von Kosiol ¹⁾ als kalkulatorische Erfolgsrechnung bezeichnete Nebenrechnung erfüllen, die den Erfolg der offiziellen Abschlußrechnung entsprechend dem gesetzten Erhaltungsziel modifiziert. Bei dieser auch unter dem Begriff Hausbilanz bekannten Rechnung "handelt es sich, wie schon der Name andeutet, um Zahlenaufstellungen, die man nur für den Hausgebrauch, nicht aber für offizielle Zwecke vornimmt. Sie haben aber trotzdem die wichtige Aufgabe, das offizielle Zahlenmaterial von seinen Verzerrungen, verursacht durch Preis- und Geldwertänderungen, im Rahmen des praktisch überhaupt Möglichen zu befreien" ²⁾.

Da die gesetzlichen Bestimmungen eine Erfolgskorrektur im Sinne eines bestimmten Erhaltungszieles nicht vorsehen, hängt die Gestaltung in der Realität von den individuellen Gegebenheiten in den einzelnen Unternehmungen ab. Über den materiellen Gehalt der Realerfolge entscheidet die Art der Aufwandskorrektur. Die Ermittlung des Realerfolges im Sinne

1) Vgl. Kosiol, Erich: Kalkulatorische Bilanz (Erfolgsrechnung), a.a.O., Sp. 2112.

2) Hasenack, Wilhelm: Buchhaltung und Abschluß, a.a.O., S. 139.

3) Folgt man jedoch den Ausführungen von J. und H. Kremer, dann besteht für den Vorstand eine Verpflichtung zur Ermittlung und Reservierung von Scheingewinnen im Unternehmen. Vgl. Kremer, Johannes; Kremer Hellfried: Die Verantwortlichkeit von Vorstand, Aufsichtsrat und Wirtschaftsprüfer bezüglich der Behandlung von Scheingewinnen. In: Wpg, 5. Jg. 1952, Nr. 18, S. 417 ff.

der substantiellen Erhaltungskonzeption setzt eine Verrechnung des unternehmerischen Aufwandes zu Wiederbeschaffungspreisen voraus. Demgegenüber stützt sich die Aufwandskorrektur im Sinne der kaufkraftmäßigen Erhaltungskonzeption auf die Entwicklung der Geldwertindizes.

Grundlage für die Ermittlung des kaufkraftmäßigen Realgewinnes bilden im allgemeinen die Bilanz- und/oder Erfolgsrechnung. Als bekanntestes Verfahren ist an dieser Stelle die Umrechnung der bilanziellen Werte mit Hilfe von Geldwertindizes zu nennen. Hierbei kann als Leitbasis für die Umrechnung der Jahresanfang bzw. des Jahresende oder ein dritter Zeitpunkt gewählt werden ¹⁾. Für die Ermittlung der Scheingewinne sind insbesondere die Zeitpunkte Jahresanfang oder -ende am zweckmäßigsten ²⁾. Der Unterschied beider Methoden soll an den folgenden Beispielen kurz erläutert werden. Dabei wird von einer 5-tigen Geldentwertung pro anno ausgegangen:

¹⁾ Vgl. Schmelenbach, Eugen: Dynamische Bilanz, 4. Aufl., S. 87, 8. Abs.

²⁾ Wenn die Lagerverhältnisse eines Selbstverbrauchsunternehmens, dann empfiehlt sich als Leitbasis ein dritter Zeitpunkt.

1. Umrechnung der Bilanzwerte auf der Zeitbasis
Jahresende ¹⁾

Aktiva		Anfangsbilanz		Passiva	
	nominal	berich- tigt		nominal	berich- tigt
Sachan- lagen	120.000	126.000	Kapital	150.000	150.000
Vorräte	80.000	84.000	Rücklage gegen Geldentwertung	- -	7.500
Geld, For- derungen	60.000	63.000	Wertberichti- gung zum Sach- anlagevermögen	60.000	63.000
			Verbindlich- keiten	50.000	52.500
	<u>260.000</u>	<u>273.000</u>		<u>260.000</u>	<u>273.000</u>
	=====	=====		=====	=====

Aktiva		Schlußbilanz		Passiva	
	nominal	berich- tigt		nominal	berich- tigt
Sachan- lagen	120.000	126.000	Kapital	150.000	150.000
Zugänge	<u>30.000</u>	<u>30.000</u>	Rücklage gegen Geldentwertung	- -	7.500
	150.000		Wertberichti- gung zum Sach- anlagevermögen	70.000	73.500
Vorräte	100.000	100.000	Verbindlich- keiten	50.000	50.000
Geld, For- derungen	50.000	50.000	Gewinn	30.000	25.000
	<u>300.000</u>	<u>306.000</u>		<u>300.000</u>	<u>306.000</u>
	=====	=====		=====	=====

1) Vgl. Von Colbe, Walther Busse: Preis- und Geldwert-
schwankungen, Eliminierung von ... In: EdB, a.a.O.,
Band III, Stuttgart 1977/1978, Sp. 4425 f.

Bei dieser Methode werden die Bilanzwerte der Anfangsbilanz zu den Geldwertverhältnissen, die am Jahresende herrschen, stabilisiert. Der Einfachheit halber ist angenommen worden, daß die Zugänge im Sachanlagevermögen, die Vorräte und die aktiven und passiven Geldwertposten in der Schlußbilanz dem am Jahresende angenommenen Geldwertindex entsprechen. Der Scheingewinn, als Differenz von Nominalgewinn und Realgewinn, beträgt in unserem Beispiel DM 5.000,--. Er setzt sich wie folgt zusammen:

	<u>Geldeinheiten</u>
Erhöhte indirekte Abschreibungen	500
Zuschreibung zum verbrauchten Anfangsbestand bei den Vorräten	4.000
Geldentwertungsaufwand aus den Geldwertposten	500
Scheingewinn	<u>5.000</u>
	=====

2. Umrechnung der Bilanzwerte auf der Zeitbasis Jahresanfang

Aktiva			Schlußbilanz		Passiva	
	nominal	berich- tigt 1)		nominal	berich- tigt 1)	
Sachen- lagen	120.000	120.000	Kapital	150.000	150.000	
Zugänge	30.000	28.570	Wertberichti- gung zum Sach- anlagevermögen			
	<u>150.000</u>			70.000	70.000	
Vorräte	100.000	95.240	Verbindlich- keiten	50.000	47.620	
Geld, For- derungen	50.000	47.620	Gewinn	30.000	23.810	
	<u>300.000</u>	<u>291.430</u>		<u>300.000</u>	<u>291.430</u>	
	=====	=====		=====	=====	

- 1) Der Korrektur der Bilanzwerte wurde der Geldentwertungsfaktor von 0,9524 ($\frac{1}{105} \times 100$) zugrunde gelegt. Die berichtigten Werte sind auf DM 10,-- auf- bzw. abgerundet worden.

In diesem Beispiel werden die Bilanzwerte der Schlußbilanz zu den Geldwertverhältnissen am Jahresanfang umgerechnet. Die Berichtigung erstreckt sich nur auf die Neuwerte d.h. auf die während des Jahres angeschafften Wirtschaftsgüter. Hierzu gehören die Anlagezugänge sowie das Vorratsvermögen und die Geldwertposten ¹⁾. Bei den Übertragungswerten, das sind die aus dem Vorjahr übernommenen Sachanlagen, ist eine Korrektur nicht erforderlich, da sich die Geldentwertung in diesen Gütern nicht erfolgswirksam auswirkt.

Wie aus der Schlußbilanz ersichtlich ist, beträgt der korrigierte Gewinn 23.810 Geldeinheiten. Diese auf den Jahresanfang stabilisierte Erfolgsgröße ist entsprechend den Wertverhältnissen zum Jahresende umzuformen; denn nur gleichwertige Größen können bei der Scheingewinnermittlung verwendet werden. Der Scheingewinn errechnet sich wie folgt:

	DM
Nomineller Gewinn in Indexmark zum Jahresende	<u>30.000</u>
Umrechnung des berichtigten Gewinnes (23.810 Geldeinheiten) auf Indexmark zum Jahresende: Indexmark zum Jahresanfang : Geldentwertungsfaktor (23.810 : 0,9524)	<u>25.000</u>
Scheingewinn	<u>5.000</u> =====

Die Ermittlung der Scheingewinne kann jedoch auch durch eine Korrektur der Erfolgsrechnung erfolgen. Zu diesem Zweck sollen die Erträge und Aufwendungen auf das Jahresende stabilisiert werden ²⁾. Hauptfaktoren, die zur Entstehung

1) Bei allen diesen Werten ist angenommen worden, daß sich die Geldentwertung in vollem Umfange ausgewirkt hat.

2) Für die Umrechnung dieser Größen kann entsprechend den vorgegangenen Ausführungen als Zeitbasis auch der Jahresanfang oder ein dritter Zeitpunkt herangezogen werden.

von Selbsteingewinnen beitragen, sind die Kaufkraftverluste bei den Abschreibungen und beim Warenaufwand. Während bei den Abschreibungen die Preisentwicklung von dem Zeitpunkt der Anschaffung der Anlagegüter bis zum Zeitpunkt der Berücksichtigung zu beachten ist, können beim Warenaufwand Monats- oder Jahresdurchschnittsindizes des Geldwertschwundes für die Korrektur verwendet werden ¹⁾. Dieses Ergebnis ist noch zu ergänzen durch die Geldentwertungserfolge an den Geldwertposten, da diese in der Erfolgsrechnung nicht erfaßt werden. Wählt man als Zeitbasis für die Umrechnung das Ende des Geschäftsjahres, dann ist eine Korrektur der Erträge im allgemeinen nicht erforderlich.

an den Warenvorräten ergibt sich im allgemeinen ein höherer Lagerumschlag pro anno, der bei der Berechnung der Durchschnittsindizes zu berücksichtigen

An dem folgenden Beispiel soll dieser Sachverhalt verdeutlicht werden:

	Nominale Erfolgssrechnung			Berichtigte Erfolgssrechnung	
	Aufwand	Ertrag	Korrektur	Aufwand	Ertrag
Verkäufe		350.000			340.000
Warenaufwand					
Rohstoffe	100.000		2,5 %	102.500	
Hilfsstoffe	20.000		2,5 %	20.500	
Handelswaren	80.000		2,5 %	82.000	
Abschreibungen					
Gebäude	30.000		20 %	36.000	
Maschinen	50.000		10 %	55.000	
Steuern	20.000			20.000	
Sonstige Kosten	50.000			50.000	
Zwischensumme	350.000	350.000		390.500	340.000
Nominalgewinn		30.000			
Teilweise berichtigter Gewinn					40.000
Geldentwertungsverlust aus den Geldwertposten 2)					1.000
Berichtigter Gewinn (= Realgewinn)					39.000

Der Scheingewinn beträgt in diesem Beispiel DM 10.000.

Auch diejenigen Verfahren, die für die Ermittlung des substantiellen Erfolges bestimmt sind, stützen sich auf die Daten der Jahresabschlußrechnung¹⁾. Die einzelnen Bestand-

1) Gater empfiehlt eine Umbewertung der Jahresabschlußrechnungsposten. Vgl. Gater, *Handbuch der Bewertung und Bilanzierung*, der Liquidanz und der Leistungserfolges, *Handbuch der Bilanzierung und des Abrechnungs-Geldverkehrs*, 1968, 70. Heft, H. Gater und J. Zamp, 1968, 1969, S. 11.

2) Die Note wurde im Beispiel fiktiv unterstellt.

ser Weise den oben dargestellten Methoden zur Ermittlung des kaufkraftmäßigen Realerfolges.

Im Rahmen der Bilanzberichtigung ist das von J. und H. Kremer ¹⁾ vertretene Verfahren der Doppelbewertung zu nennen, das Braun ²⁾ als Methode der totalen Reservenbildung bezeichnet. Diesem Verfahren liegt der Grundgedanke der organischen Bilanztheorie von Schmidt zugrunde, wonach die am Bilanzstichtag im Unternehmen gebundenen Güter zum Tagesbeschaffungswert des Bilanzstichtages anzusetzen sind ³⁾. Sein Anwendungsbereich ist jedoch auf die Warenvorräte beschränkt. Bei dieser Methode werden die Inventurbestände an Warenvorräten sowohl zu Stichtagspreisen des Abschlußtages als auch zu denjenigen des vorjährigen Abschlußtages bewertet. Ein Vergleich zwischen diesen beiden Werten zeigt den Umfang der Preissteigerung an. Demgegenüber ergibt sich die mengenmäßige Bestandsveränderung im Vorratsvermögen als Differenz zwischen dem Anfangsbestand und dem Inventurbestand der Schlußbilanz auf der Preisbasis des Vorjahres. Der Unterschied zwischen der mengenmäßigen Bestandsveränderung auf der Preisbasis Jahresende und der Wertveränderung in der Nominalrechnung ergibt den Scheinerfolg. An dem Beispiel von Kremer ⁴⁾ soll dieser Sachverhalt ziffernmäßig dargestellt werden:

-
- 1) Vgl. Kremer, Johannes; Kremer Hellfried: a.a.O., S. 415 f.
 - 2) Vgl. Braun, Ernst: Eiserne Bestandsbewertung und totale Reservenbildung. In: DB, 8. Jg. 1955, Nr. 11, S. 246.
 - 3) Vgl. Schmidt, Fritz: Die organische Tageswertbilanz, a.a.O., S. 72.
 - 4) Vgl. Kremer, Johannes; Kremer Hellfried: a.a.O., S. 416.

1. Wertveränderung bei den Warenvorräten
entsprechend dem nominellen Bilanz-
ergebnis:

	DM
Inventurwert der Vorräte in der Anfangsbilanz	400.000
Inventurwert der Vorräte in der Schlußbilanz	360.000
Wertminderung in der Nominalwertrechnung	40.000
	=====

2. Bewertung des Schlußbestandes zu Stichtagspreisen:	Geldeinheiten	%
am Abschlußstichtag	360.000	109,1
am Abschlußstichtag des Vorjahres	330.000	100
= Preissteigerung	30.000	9,1
	=====	=====

3. Minderung der Sachwertsubstanz:

Anfangsbestand	400.000
Endbestand zu Stichtagspreisen des Vorjahres	330.000
= Substanzminderung zu Stich- tagspreisen des Vorjahres	70.000
+ Preissteigerung (9,1 % von DM 70.000)	6.400
= Substanzminderung zu Stichtags- preisen des Abschlußstichtages	76.400
	=====

4. Ermittlung des Scheinerfolges:

Substanzminderung zu Stichtags- preisen des Abschlußstichtages	76.400
./. Wertminderung in der Nomi- nalrechnung	40.000
Scheingewinn	36.400
	=====

Da dieses Verfahren sich lediglich auf die Ermittlung der Scheinerfolge im Vorratsvermögen beschränkt, ist es zu ergänzen durch eine Korrektur der Abschreibungen und gegebenenfalls unter Berücksichtigung der Geldentwertungserfolge bei den Geldwertposten ¹⁾. Für die Umrechnung der Abschreibungen ist der Wiederbeschaffungspreis der Anlagen zum Abschlußstichtag als Grundlage für eine Korrektur zu empfehlen, während sich für die Ermittlung der Scheinerfolge in den Geldwertposten die Indices der Kaufkraftveränderungen ²⁾ anbieten.

Anhaltspunkte für die Ermittlung des substantiellen Erfolges kann jedoch auch die Erfolgsrechnung liefern. Die Problematik dieses Verfahrens liegt in der technischen Durchführbarkeit. Es müßte für jeden einzelnen im unternehmerischen Leistungsprozeß stattfindenden Güterverschleiß der Wiederbeschaffungswert zum Umsatz- bzw. Verbrauchstag ermittelt werden. Eine solche Handhabung dürfte in der Regel allein an Wirtschaftlichkeitsüberlegungen scheitern.

Hax ³⁾ befürwortet jedoch eine direkte Aufwandsbewertung in den Fällen, in denen sich der Regenerationsprozeß permanent wiederholt. Dieser Prozeß läßt sich vielfach beim Vorratsvermögen beobachten. Unterstellt man z.B. bei einem monatlichen Materialumschlag eine permanente Wiederbeschaffung, dann ergibt sich für die Aufwandsbewertung ein durchschnittlicher Einstandspreis der Periode, verschoben um die

1) Vgl. hierzu die Anweisungen des Philips-Konzerns im Geschäftsbericht für 1968 bezüglich der Zuweisungen zur Neubewertungsrücklage für das Geschäftsjahr 1968, abgedruckt in dieser Arbeit S. 95, Fußnote 3).

2) Vgl. S. 77 ff.

3) Vgl. Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch). a.a.O., S. 160.

normale Umsatzerlöse. Der Einstandspreis von Januar bis Dezember ist der Einstandspreis von Dezember des Vorjahres bis November des Wirtschaftsjahres gegenüberzustellen. Dieser entspricht dem Wiederbeschaffungspreis, letzterer dem Einstandspreis. Mit dem also bereits erzielenden kumulierten Erlöse der normale Aufwand an Vorräten berichtigt werden ¹⁾.

Übereinstimmung bei all diesem Verfahren besteht insofern, als ihre Anwendung eine systematische Berechnung des Jahresabschlussergebnisses ermöglicht. Bei einem anderen Verfahren, des von Hax, Knorr und Meier ²⁾ sowie von Engelmann ³⁾ vertreten wird, beruht es auf der Korrektur auf die Bilanz- und/oder Erfolgskrechnung, wofür die Größe der Berichtigung ist die Umsatzgröße. Voraussetzung zur Durchführung dieses Verfahrens ist das Vorliegen von Aufzeichnungen über kostenträgerkalkulationen zu Wiederbeschaffungspreisen. Aus einem Vergleich zwischen dem kalkulierten Güterverbrauch zu Einstands- und Wiederbeschaffungspreisen ergibt sich der Scheinerfolg.

Der Unterschied zwischen der Methode von Hax, Knorr und Meier einerseits und dem methodischen Vorgehen durch Engelmann andererseits liegt darin, daß bei der Ermittlung der substantiellen Scheinerfolge die ersteren die Umrechnung auf die Verstoffkosten beschränken, während Engelmann die gesamten Produktionskosten berücksichtigt. An zwei Beispielen sollen die beiden Vorschläge dargestellt werden:

1) Vgl. Eckardt, Horst: a.a.O., S. 186.

2) Vgl. Hax, Karl; Knorr, Ernst; Meier, Albert: a.a.O., S. 187.

3) Vgl. Engelmann, Konrad: Die Verrechnung von Produktionsgewinnen ..., a.a.O., S. 150.

1. Vergleich zwischen kalkulierten und verrechneten Werkstoffkosten ¹⁾

a) Ermittlung des Werkstoffverbrauchs zu Einstandspreisen:

	DM
Anfangsbestand an Werkstoffen zu Einstandspreisen	500.000
+ Zugänge zu Einstandspreisen	750.000
	1.250.000
./. Endbestand an Werkstoffen zu Einstandspreisen	600.000
Werkstoffverbrauch zu Einstandspreisen	650.000
	=====

b) Ermittlung des Werkstoffverbrauchs zu Wiederbeschaffungspreisen (= kalkulierter Werkstoff-
erlös):

Artikel	Stückzahl	Kalkulierter Rohstoffwert	
		je Stück	insgesamt
		DM	DM
1	40.000	10,50	420.000,--
2	22.000	10,--	220.000,--
3	4.500	12,--	54.000,--
4	6.000	11,--	66.000,--
5	1.500	11,--	16.500,--
Werkstoffverbrauch zu Wiederbeschaffungspreisen			776.500,--
			=====

c) Ermittlung des Scheingewinnes aufgrund gestiegener Werkstoffpreise (= Differenz zwischen kalkulierten und verrechneten Werkstoffkosten):

	DM
Werkstoffverbrauch zu Wiederbeschaffungspreisen	776.500
Werkstoffverbrauch zu Einstandspreisen	650.000
Scheingewinn	126.500
	=====

Durch eine Ermittlung der Scheinerfolge in den Werkstoffen wird das Bilanzergebnis nur teilweise modifiziert. Für die Eliminierung der Auswirkungen einer Geldentwertung im Sachanlagevermögen empfehlen Hax, Knorr und Meier die Berechnung der Abschreibungen vom jeweiligen Wiederbeschaffungspreis der Anlagen ¹⁾. Bei diesem fiktiven Wertansatz kann es sich nur um den Wiederbeschaffungspreis der Verbrauchsperiode oder des jeweiligen Bilanzstichtages handeln ²⁾.

2. Vergleich zwischen kalkulierten und verrechneten Produktionskosten ³⁾

a) Stückkostenkalkulation:

Kostenelemente	Kalkulation per Einheit (vereinfacht)	
	zu Buchkosten	zu Wiederbeschaffungskosten
	DM	DM
Löhne	20	23
Rohmaterial	30	34
Abnutzung	5	8
Generalunkosten	15	18
Kosten per Einheit	70	83
Verkaufserlös	100	100
Überschuß über Buchkosten	30	
	===	
Überschuß über Wiederbeschaffungskosten		17
		===

- 1) Vgl. Hax, Karl; Knorr, Ernst; Meier, Albert: a.a.O., S. 293.
- 2) Vgl. Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 205.
- 3) Vgl. Engelmann, Konrad: Die Verrechnung von Inflations-Gewinnen ..., a.a.O., S. 156.

b) Ermittlung der Scheingewinne bei einem Produktionsvolumen von 10.000 Einheiten:

	DM		DM
Buchkosten	700.000	Wiederbeschaffungskosten	830.000
Verkaufserlös	<u>1.000.000</u>	Verkaufserlös	<u>1.000.000</u>
Buchgewinn	<u>300.000</u>	Berichtigter Gewinn	<u>170.000</u>
	=====		=====

Die Differenz zwischen Buchgewinn und dem auf der Grundlage der Wiederbeschaffungskosten berichtigten Gewinn ergibt einen Scheingewinn in Höhe von DM 130.000.

Diese beiden Methoden haben die Aufgabe, den substantiellen Erfolg der Unternehmung zu ermitteln. "Demnach ist .. nur das Gewinn am vollzogenen Umsatz, was über den Tageswert der Kosten hinausragt" ¹⁾. Wertveränderungen, die an den bilanziellen Geldwertposten infolge des allgemeinen Kaufkraftschwundes eintreten, werden bei dieser Rechnung nicht berücksichtigt. Eine nachträgliche Berichtigung des Ergebnisses dieser Rechnungen in der oben erwähnten Weise bereitet keine Schwierigkeiten ²⁾.

Die Reihe der Rechenverfahren für die Ermittlung der Scheinerfolge ließe sich bei den kalkulatorischen Nebenrechnungen beliebig ausdehnen. Dies gilt insbesondere für die Verfahren, deren Wirksamkeit hinsichtlich der Berichtigung des offiziellen Abschlußergebnisses nur auf bestimmte Wertkategorien beschränkt ist. Ein Eingehen auf diese unzähligen, partiell wirkenden Eliminierungsmethoden würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Zu erwähnen ist jedoch eine weitere Möglichkeit der Scheinerfolgsermittlung; sie steht im Zusammenhang mit der Durchführung der kurzfristigen Erfolgsrechnung.

1) Schmidt, Fritz: Die organische Tageswertbilanz, a.a.O., S. 72.

2) Vgl. S. 124.

bb) Das Verfahren der kurzfristigen Erfolgsrechnung

Die kurzfristige Erfolgsrechnung ist hinsichtlich ihrer Wertansätze an keinerlei Vorschriften und Traditionen gebunden. Entscheidend für den jeweiligen Wertansatz ist die Zwecksetzung, die die Unternehmensführung der kurzfristigen Erfolgsrechnung zuerkennt. Das Ergebnis dieser Rechnung stimmt in der Regel nicht mit dem Ergebnis der Jahresrechnung überein. "Aus der unterschiedlichen Umgrenzung und Bewertung der Erfolgselemente, die den Zwecken beider Rechnungen entsprechen, geht hervor, daß für jede von ihnen der Erfolg einen eigenen Inhalt hat" ¹⁾.

Recht frühzeitig hat Schmalenbach ²⁾ darauf hingewiesen, daß der kurzfristigen Erfolgsrechnung als Dispositionsgrundlage für die Steuerung von Unternehmen eine ungleich größere Bedeutung beizumessen sei als der Jahresrechnung. Diese Auffassung entspricht den Ausführungen von Beste ³⁾, wonach bei der kurzfristigen Erfolgsrechnung nicht die Aufgabe der Ermittlung der Rentabilität im Vordergrund zu stehen habe, sondern die Feststellung, inwieweit das Unternehmen "durch seine Tätigkeit seine Kraft erhalten, verringert oder vermehrt hat" ^{4) 5)}.

1) Beste, Theodor: Die kurzfristige Erfolgsrechnung. 2. Aufl., Köln und Opladen 1962, S. 31.

2) Vgl. Schmalenbach, Lorenz: Monatliche Gewinnberechnung. In: ZfhF, 7. Jg. 1912/1913, S. 181 ff.; Die Weiterbildung der monatlichen Erfolgsrechnung. In: ZfhF, 20. Jg. 1926, S. 149 ff.

3) Vgl. Beste, Theodor: a.a.O., S. 39 f.

4) Ebenda, S. 31.

5) Zu ermitteln sei demnach ein Erfolg, der "substantiell" konstant ist, denn durch diese Werte lassen sich die "materiellen Güter erkennen, die den Interessenten zugestanden werden oder die entzogen werden". Vgl. Beste, a.a.O.: S. 39. Beachte an dieser Stelle analog die Auffassung an der substantiellen Erhaltungskonzeption von Schmalenbach.

Für die Praxis läßt sich ein Postulat dieser Art nicht aufstellen, da über den materiellen Gehalt der Erfolgskomponenten in der kurzfristigen Erfolgsrechnung letzten Endes der Informationsbedarf der Unternehmensleitung entscheidet. Schließlich ist es denkbar, daß die Unternehmensführung an zwischenzeitlichen Erfolgsgrößen interessiert ist, die auf der Nominalwertrechnung beruhen.

Die Ermittlung der Scheinerfolge mit Hilfe einer kurzfristigen Erfolgsrechnung setzt einen Wertansatz für die Erfolgskomponenten voraus, der dem gesetzten Erhaltungsziel entspricht. Ist diese Bedingung erfüllt, dann kann die Unternehmensführung aus der Summe der 12 Monatsergebnisse den Grad der Werterhaltung ableiten. Hierbei ist das Ergebnis noch um die in der kurzfristigen Erfolgsrechnung nicht berücksichtigten außerordentlichen und betriebsfremden Aufwendungen und Erträge entsprechend dem Erhaltungsziel zu berichtigen.

Die in der Praxis üblichen Methoden lassen sich im wesentlichen auf zwei Grundformen zurückführen:

1. Jährliche Ermittlung der Scheingewinne

Für die Erfassung des Aufwandes an Kostengütern, die in der Regel monatlich erfolgt, bildet der im Erhaltungsziel gesetzte Erhaltungsmaßstab die Grundlage. Dies bedeutet bei dem in Zeiten einer Geldentwertung zur Diskussion stehenden kaufkraftmäßigen bzw. substantiellen Erhaltungsmaßstab, daß eine zieladäquate Aufwandsbewertung Auskunft über den monatlichen kaufkraftmäßigen bzw. substantiellen Erhaltungsgrad liefern kann. Die Höhe der Scheinerfolge läßt sich jedoch erst am Jahresende durch einen Vergleich zwischen dem Erfolg der offiziellen Abschlußrechnung und den zwölf Einzelergebnissen der kurzfristigen Erfolgsrechnung feststellen.

2. Monatliche Ermittlung der Scheingewinne

Dieses Verfahren setzt voraus, daß die kurzfristige Erfolgsermittlung zwischenzeitlich sowohl den Nominalerfolg als auch den dem jeweiligen Erhaltungsziel adäquaten Erfolg feststellt. Ein Vergleich der beiden monatlichen Rechnungen informiert die Unternehmensführung über den Umfang der monatlichen Scheinerfolge.

aufgrund eines Wirtschaftlichkeitsvergleichs zwischen diesen beiden Ermittlungsverfahren läßt sich feststellen, inwieweit die höheren Kosten der zweiten Methode den größeren Informationsumfang gegenüber dem ersteren Verfahren rechtfertigen. Die Beachtung dieses Aspekts beschränkt sich jedoch nicht nur auf die Verfahren der kurzfristigen Erfolgsrechnung; Wirtschaftlichkeitsüberlegungen sollten vielmehr grundsätzlich bei allen die Jahresabschlußrechnung ergänzenden, der Ermittlung der Scheinerfolge dienenden Nebenrechnungen angestellt werden.

B) Das Ziel der Unternehmenserhaltung als Konzeption der Erhaltungspolitik

I. Die Erhaltungspolitik als Problem zielsetzender Entscheidungen

Grundlage der Erhaltungspolitik ist die zielsetzende Entscheidung der Unternehmensführung, d.h. die von subjektiven Erwägungen geprägte Zielvorstellung im Zusammenhang mit der Erhaltung der unternehmerischen Produktivkräfte. Dies bedeutet nichts anderes, als daß die in der Theorie zu Ehren gekommenen und in den einzelnen Erhaltungskonzeptionen normativ festgelegten Erhaltungsziele als Objekte unternehmerischer Entscheidungen anzusehen sind und somit subjektiven Wertungen unterliegen. Welches Ziel die unternehmerische Erhaltungspolitik letztlich verfolgt,

hängt von der im Ermessen der Unternehmensführung liegenden Entscheidung ab. Diesen Akt einer individuellen Wahlhandlung - so könnte eine Entscheidung charakterisiert werden - definiert Schmidt ¹⁾ in Anlehnung an Kloidt, Dubberke und Göldner ²⁾ als "Ergebnis einer Auswahl unter alternativen Entscheidungsmöglichkeiten".

Bei der Charakterisierung der erhaltungspolitischen Zielsetzung darf jedoch nicht übersehen werden, daß es sich bei diesem Ziel nicht um ein im luftleeren Raum schwebendes Phänomen handelt, sondern im Zusammenhang mit dem komplexen Zielsystem der Unternehmung gesehen werden muß. In diesem Zielsystem, einem Bündel von artverschiedenen Zielvariablen, ist der erhaltungspolitischen Zielsetzung vielmehr die Bedeutung eines Teilzieles beizumessen. Mit artverschiedenen komplementären, konkurrierenden und indifferenten Einzelzielen steht demzufolge das Ziel der Unternehmenserhaltung - wie an anderer Stelle bereits hervorgehoben - ³⁾ in einem interdependenten Zusammenhang. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint es gerechtfertigt, das Ziel der Unternehmenserhaltung als einen, neben anderen die unternehmerischen Entscheidungen bestimmenden Motiven, richtungsweisenden Anhaltspunkt für die Unternehmungspolitik zu charakterisieren.

Dabei soll an dieser Stelle darauf verzichtet werden, eine Typologie einzelwirtschaftlicher Ziele zu erarbeiten, wie dies z.B. Schwantag ⁴⁾ versucht hat. Dabei bemühte er

1) Vgl. Schmidt, Ralf-Bodo: Die Kapitalerhaltung der Unternehmung ..., a.a.O., S. 420.

2) Vgl. Kloidt, Heinrich; Dubberke, Hans-Achim; Göldner, Jürgen: Zur Problematik des Entscheidungsprozesses. In: Organisation des Entscheidungsprozesses, hrsg. von E. Kosiol, Berlin 1959, S. 11 f.

3) Vgl. S. 41 f.

4) Vgl. Schwantag, Karl: Der Wirtschaftsprozess im Handelsbetriebe, Teil I: Gegenstand, Plandauer, Daten und
Die Organisation des Entscheidungsprozesses, Berlin 1951, Nr. 6, S. 347 f.

sich um ein Werturteil bei den von ihm aufgezählten Einzelzielen. Neben sieben weiteren Zielen setzt er in seiner Rangfolge das Ziel der "Kapital- (Vermögens-) Erhaltung" an die dritte Stelle. Ohne die wissenschaftliche Bedeutung derartiger Lösungsversuche schmälern zu wollen, muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß es sich hierbei um unzulässige Vereinfachungen handelt.

Zwei wesentliche Einwendungen sind gegen derartige objektive Werturteile vorzubringen:

1. Die Ziele der Entscheidungsträger im einzelwirtschaftlichen Bereich sind weder unabhängig von den durch die Wirtschaftsordnung geschaffenen Bedingungen, noch frei von subjektiven Erwägungen. Demnach entscheiden sowohl die vorliegenden Umweltbedingungen als auch die Motivationsstruktur der Entscheidungsträger in der jeweiligen Unternehmung über die Art und den Intensitätsgrad der im Rahmen des Zielsystems anzustrebenden Teilziele.
2. In Verbindung mit dem fiktiv unterstellten Zielgefüge drängt sich die Frage auf, ob die hier als gegeben zu betrachtende Zielstruktur überhaupt kompatibel ist, d.h. ob die Einzelziele in dieser angenommenen Art und Weise erreichbar sind. Für die Realisierung des unternehmerischen Zielsystems ist jedoch die Kenntnis dieser Sachlage von fundamentaler Bedeutung.

Auch bei der Charakterisierung der erhaltungspolitischen Zielsetzung müssen diese beiden Argumente berücksichtigt werden. Die aus dieser Tatsache abzuleitenden Folgerungen führen zu der Erkenntnis, daß allgemeine Aussagen über die erhaltungspolitische Zielsetzung infolge der in diesem Bereich auftretenden subjektiven Elemente auf nahezu unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen.

Soviel dürfte jedoch in der betriebswirtschaftlichen Diskussion über die Zielsetzung der Unternehmenserhaltung im allgemeinen unwidersprochen bleiben: Das Streben nach Erhaltung der Produktivkräfte ist eine einzelwirtschaftliche Notwendigkeit, d.h. die erhaltungspolitische Zielsetzung nimmt im unternehmerischen Zielkomplex die Stellung eines Minimumfaktors ein. Mit der unternehmerischen Zielfunktion verbindet sich demzufolge die Minimalanforderung der unternehmerischen Werterhaltung.

Von dieser Warte aus gelingt es auch Stellung zu der Frage zu nehmen, welche Bedeutung der erhaltungspolitischen Zielsetzung beizumessen ist. Zwei wesentliche Gesichtspunkte werden in diesem Zusammenhang von Schieb ¹⁾ genannt: Für die Unternehmensführung ist ihrer Ansicht nach sowohl die

1. kontrollierende als auch die

2. dispositive Funktion

der erhaltungspolitischen Zielsetzung von Interesse.

Zu 1.: Im ersteren Falle liegt die funktionale Bedeutung des Erhaltungszieles in der Erfüllung kontrollierender Aufgaben. Abgesehen von dem nicht unerheblichen Einfluß der Organisation auf den unternehmerischen Zielkomplex ist in diesem Zusammenhang die Tatsache bedeutsam, daß alle Entscheidungen zur Realisierung der unternehmerischen Einzelziele unter dem Einfluß unsicherer Erwartungen getroffen werden; sie sind mit einem Risiko verbunden. Es muß deshalb beachtet werden, selbst wenn man die Einheitlichkeit der unternehmerischen Willensbildung und rationales Verhalten unterstellt, daß im allgemeinen mehrere alternative Ver-

1) Vgl. Schieb, Brigitta: a.a.O., S. 37.

haltensweisen möglich sind. Deutlich zu erkennen ist dieser Sachverhalt bei dem wohl bedeutendsten Entscheidungskriterium, der Einstellung zum Risiko. Unter diesem Aspekt ergeben sich daher differenzierte Entscheidungsmöglichkeiten, je nachdem welche Einstellung der einzelne Entscheidungsträger gegenüber dem Risiko (= Risikoempfindlichkeit) einnimmt.

Bereits diese wenigen, nur rudimentär vorgebrachten Überlegungen machen deutlich, daß sich zwischen den im Erhaltungsziel gesetzten Erwartungen und den in der Realität sich abspielenden Vorgängen mögliche Abweichungen ergeben können. Für das Erkennen dieser Abweichungen ist aufgrund der erhaltungspolitischen Zielsetzungsentscheidung der Erhaltungsmaßstab in Gestalt einer Sollgröße vorgegeben. Mit Hilfe des Soll-Ist-Vergleiches kann festgestellt werden, inwieweit es der Unternehmensführung gelungen ist, das von ihr gesetzte Erhaltungsziel zu erreichen.

Zu 2.: Die Bedeutung des Erhaltungszieles als Dispositionsgrundlage (= dispositive Funktion) liegt in ihrem richtungsweisenden Charakter. Den unternehmerischen Entscheidungsträgern ist dadurch ein Anhaltspunkt vorgegeben, an dem die Vollzugsbandlungen zielorientierter Entscheidungen auszurichten sind. Aus den der Unternehmensführung alternativ zur Verfügung stehenden Mitteln ist eine Auswahl zu treffen und zwar in der Weise, daß sie der Forderung nach optimaler Zielerreichung Rechnung trägt.

II. Die Erhaltungspolitik als Problem zielerreichender Entscheidungen

Die Realisierung der von der Unternehmensführung im Rahmen der Erhaltungspolitik gesteckten Ziele ist ebenfalls Gegenstand unternehmerischer Entscheidungen. Die Unternehmensführung muß eine Entscheidung darüber treffen, mit welchen Mitteln sie das von ihr gesetzte Erhaltungsziel zu erreichen beabsichtigt. Es wird von ihr eine von subjektiven Erwägungen geprägte Entscheidung über den Einsatz erhaltungspolitischer Maßnahmen erwartet. Die Beurteilung dieser alternativen Entscheidungsmöglichkeiten ist jeweils an dem gesetzten Erhaltungsziel auszurichten, d.h. die Ziel-Mittelbeziehung darf hierbei nicht aus den Augen verloren werden.

So bedeutend dieser Mittel-Zweckzusammenhang auch sein mag, für die Charakterisierung der wirtschaftlichen Vollzugshandlungen im Rahmen des unternehmerischen Entscheidungsprozesses reicht er nicht aus. Das Ziel bildet zweifelsohne einen wichtigen Richtpunkt für die zielerreichenden Entscheidungen; welche Realisierungswege jedoch im einzelnen eingeschlagen werden, hängt ferner von den unternehmerischen Entscheidungskriterien (= Verhaltensregeln) ab. Sieht man von dem organisatorischen Problem im Entscheidungsprozeß, der Sicherstellung einer einheitlichen Willensbildung, einmal ab, dann erweist sich das Realisationsproblem der Erhaltungspolitik als ein mit der erhaltungspolitischen Zielsetzung und den subjektiven Entscheidungsregeln im Zusammenhang stehender Komplex; beide Komponenten sind ausschlaggebend für die erhaltungspolitischen Vollzugshandlungen.

Der überwiegende Teil der Autoren verlegt das Problem der Realisierung der erhaltungspolitischen Zielsetzung in den Bereich der Unternehmensrechnung. Insbesondere den Auf-

wandsverrechnungsmethoden wird hierbei eine zentrale Bedeutung beigemessen. Das Ziel der Unternehmenserhaltung gilt dann als erreicht, wenn durch eine entsprechende Aufwandsverrechnung genügend Mittel für die Erhaltung der unternehmerischen Produktivkräfte in der Unternehmung gebunden sind ¹⁾. Da zwischen der Art der Aufwandsverrechnung und dem jeweils angenommenen Erhaltungsmaßstab ein interdependenter Zusammenhang besteht, ist es nicht verwunderlich, daß sich die theoretischen Überlegungen zum Problem der Unternehmenserhaltung auf den engen Bereich der rechen-technischen Erfolgsermittlung beschränken.

Die in der Theorie entwickelten Kapital- und Substanzerhaltungskonzeptionen betrachten denjenigen Erlösbestandteil als Gewinn, der aufgrund des jeweils normativ festgelegten Erhaltungsmaßstabes verbleibt (Realgewinn). Man will denjenigen Teil des nominellen Erfolges, der für die Realisierung erhaltungspolitischer Zielsetzungen notwendig ist (Scheingewinn), durch rechentechnische Manipulationen vor einem Verbrauch (Ausschüttung bzw. Versteuerung) außerhalb der Unternehmung bewahren. Rein finanzielle Überlegungen im Bereich der Bilanzpolitik sollen eine Gewähr für die Realisierung erhaltungspolitischer Zielsetzungen bieten.

1) Dieser Sachverhalt kommt in folgenden Ausführungen klar zum Ausdruck:

"Alles, was an Aufwand verrechnet wird, führt demnach, genügend Ertrag vorausgesetzt, zu einer entsprechend großen Kapitalerhaltung" (im Original alles gesperrt gedruckt - Anm. des Verf.). Walb, Ernst: Die Erfolgsrechnung ..., a.s.O., S. 327;

"Die Verrechnung eines Aufwandes hat ... die wichtige Bedeutung, daß dadurch aus dem Erlös der entsprechende Wert des Verzehrten zurückgehalten, d.h. daß das Betriebsvermögen oder -kapital insoweit erhalten bleibt". Walb, Ernst: Finanzwirtschaftliche Bilanz, a.s.O., S.

"Aus dem erzielten Gelderlös ist ein Betrag auszusondern der ausreicht, die verbrauchten Produktivgüter wiederzu beschaffen. Dabei kommt es auf die M ö g l i c h k e i t der Wiederbeschaffung an, d.h. es ist nicht erforderlich daß die Wiederbeschaffung am Bilanzstichtag bereits durchgeführt worden ist". Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch, a.s.O., S. 19.

In dieser Funktion sind die bilanzpolitischen Maßnahmen zweifelsohne nicht unbedeutend; es darf jedoch nicht übersehen werden, daß dieses Instrument erst im Zusammenwirken mit weiteren - in anderen Bereichen zu treffenden - Maßnahmen die Realisierung der erhaltungspolitischen Zielsetzung herbeiführt ¹⁾. Der Vollzug der erhaltungspolitischen Zielsetzung geht über den buchmäßigen Bereich der Gewinnermittlung hinaus und schlägt sich in nahezu allen Unternehmensbereichen nieder.

In dieser Arbeit ist von einer lückenlosen Aufzählung des erhaltungspolitischen Instrumentariums Abstand genommen worden. Der Verfasser wollte den Gesamtzusammenhang zwischen Erhaltungsziel und Erhaltungsmaßnahmen klar herausarbeiten. Bei einer summarischen Aufzählung von Maßnahmen, die der Unternehmenserhaltung dienen können, hätte die Gefahr bestanden, daß diese Einheit zerstört worden wäre. Zum anderen kann die Bedeutung der einzelnen Maßnahmen nur im Zusammenhang mit der jeweiligen erhaltungspolitischen Zielsetzung richtig beurteilt werden. Im folgenden beschränkt sich die Betrachtung des erhaltungspolitischen Instrumentariums im wesentlichen auf Maßnahmen im ertragserzielenden, -reservierenden und -verwendenden Bereich.

C) Realkapital- oder Substanzerhaltung
als Zielsetzung der unternehmerischen
Erhaltungspolitik

Als Ausgangspunkt für die Beantwortung dieser offenen Frage muß klar herausgestellt werden: Unternehmenserhaltung bedeutet in unserer als Geldwirtschaft zu charakterisierenden Wirtschaftsform in erster Linie die Erhaltung des

1) Vgl. Hasenack, Wilhelm: Die Anlagenabschreibung ..., a.a.O., S. 137 ff.

Nominalkapitals. Das einzelwirtschaftliche Gebilde ist nicht nur aus gesetzlichen, sondern auch aus objektiven Gründen an diesen nominellen Erhaltungsmaßstab gebunden.

In Zeiten einer Inflation hat es sich jedoch als eine Tatsache erwiesen, daß eine derartige Konzeption keinen ausreichenden Schutz für eine kaufkraftmäßige und/oder substantielle Erhaltung der im Unternehmen gebundenen Produktionsfaktoren bietet. Hieraus erwächst für die Unternehmensführung die Notwendigkeit, den Produktivkräften über ihren nominellen Wert hinaus in kaufkraftmäßiger und/oder substantieller Hinsicht Aufmerksamkeit zu schenken ¹⁾. Zwischen der traditionellen Zielsetzung der nominellen Kapitalerhaltung und den Zielsetzungen dieser andersartigen Erhaltungskonzeptionen bestehen keine Zielkonflikte, sondern letztere bieten sich aus rationalen Erwägungen heraus ergänzend an.

Für die Bestimmung dieser subsidiären Erhaltungsziele war es erforderlich, die materiellen Auswirkungen festzustellen, von denen die Unternehmen in Zeiten einer Geldentwertung getroffen werden. Hierbei wurde die Gefahr eines kaufkraftmäßigen und/oder substantiellen Produktivkräfteschwundes im Unternehmen offenbar. Diese Erkenntnisse lassen es für die Unternehmensführung zweckmäßig erscheinen, in Zeiten einer Inflation die kaufkraftmäßige und/oder substantielle Erhaltung der Produktivkräfte anzustreben. Es kann also nicht darum gehen, der Unternehmensführung

1) Dadurch soll nach Walb die Erhaltung einer bestimmten Wirkungskraft der Produktionsgüter sichergestellt werden. In Zeiten stabilen Geldwertes sei dieses Ziel durch die nominelle Kapitalerhaltung befriedigend zu erreichen, da in diesem Falle "die nominelle Kapitalerhaltung alle andern Arten zwangsläufig" miteinschließen würde. Vgl. Walb, Ernst: Das Problem der Scheingewinne. Freiburg 1921, S. 12.

eine oder andere Art der Unternehmenserhaltung normativ vorzuschreiben. Denn beide Erhaltungsziele, das kaufkraftmäßige und das substantielle Erhaltungsziel, haben sich in Inflationszeiten als durchaus rationale Teilziele im unternehmerischen Zielkomplex erwiesen.

Ob und in welcher Form sich diese unter objektiven Gesichtspunkten abgeleiteten Zielsetzungen im unternehmerischen Zielsystem letztlich niederschlagen, hängt von den subjektiven Erwägungen der Entscheidungsträger ab. Es kann also nicht darum gehen, im Rahmen dieser Arbeit ein Werturteil über das eine oder andere Erhaltungsziel abgeben zu wollen, sondern allenfalls um den Versuch, ein Zweckmäßigkeitsurteil über die Erhaltungsziele zu treffen. Bei der Normierung eines allgemeingültigen Erhaltungszieles würden die subjektiven Elemente keine Berücksichtigung finden.

Die Beurteilung der Zweckmäßigkeit der in den einzelnen Erhaltungskonzeptionen angestrebten Erhaltungsziele hängt von dem Ergebnis der Prüfung ab, inwieweit die Erhaltungsziele den gesamtwirtschaftlichen Situationen Rechnung tragen. Hasenack empfiehlt, die einzelnen Erhaltungskonzeptionen daraufhin zu überprüfen, "welche Handhabung den Wirtschaftsprozess jeweils am reibungslosesten und am ergiebigsten gestaltet" ¹⁾. "Denn es scheint nicht so, als ob eine die allein seligmachende wäre. Keine von ihnen ist autonom" ²⁾.

Die erhaltungspolitische Zielsetzungsentscheidung liegt, wie bereits dargestellt, in Zeiten einer Geldentwertung zwischen einer kaufkraftmäßigen oder substantiellen Form der Unternehmenserhaltung. Diese im ersten Augenblick als

1) Hasenack, Wilhelm: Selbstfinanzierung und Kapitalerhaltung, a.a.O., S. 56.

2) Ebenda, S. 56.

Gegensatz erscheinende Problemstellung darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich bei den diesen Erhaltungskonzeptionen zugrunde liegenden Erhaltungsmaßstäben im Grunde um den gleichen Sachverhalt handelt, jedoch aus unterschiedlicher Perspektive. Einmal steht die geldmäßige und einmal die gütermäßige Erscheinungsform der unternehmerischen Produktivkräfte im Vordergrund der Betrachtung.

Der materielle Unterschied zwischen diesen beiden Erhaltungszielen tritt klar zu Tage, sobald man beide Zielsetzungen auf die ihnen eigentümlichen Erfolgsbegriffe hin analysiert. Denn zwischen der Bestimmung des Erhaltungszieles und dem materiellen Gehalt des Erfolgsbegriffes besteht ein komplexhafter Zusammenhang ¹⁾. Unter diesem Aspekt zeigt es sich, daß der Realgewinn eines dieser beiden Erhaltungskonzeptionen nicht zwangsläufig mit dem der anderen Erhaltungskonzeption übereinstimmen muß.

Den einzelnen Erhaltungskonzeptionen liegt ein unterschiedlicher Erhaltungsmaßstab zugrunde, d.h. der Wertansatz der Aufwandsverrechnung beruht auf einer unterschiedlichen Basis. Von dem jeweiligen Wertansatz hängt es ab, welches Erhaltungsziel angestrebt werden kann. Dabei sind folgende Fälle denkbar:

1. Aufwandsverrechnung zu Wiederbeschaffungspreisen
= kaufkräftmäßige Aufwandsverrechnung
(Die Realgewinne stimmen bei beiden Erhaltungskonzeptionen überein)

1) Vgl. Schulze, Hans-Herbert: a.a.O., S. 196.

2. Aufwandsverrechnung zu Wiederbeschaffungspreisen
 > kaufkraftmäßige Aufwandsverrechnung
 (Realgewinn der Substanzerhaltungskonzeption <
 Realgewinn der kaufkraftmäßigen Kapitalerhaltungskonzeption)
3. Aufwandsverrechnung zu Wiederbeschaffungspreisen
 < kaufkraftmäßige Aufwandsverrechnung
 (Realgewinn der Substanzerhaltungskonzeption >
 Realgewinn der kaufkraftmäßigen Kapitalerhaltungskonzeption)

Zu 1.: In diesem Falle ermöglicht die Aufwandsverrechnung zu Wiederbeschaffungspreisen die kaufkraftmäßige Kapitalerhaltung und umgekehrt.

Zu 2.: In einer derartigen Situation bindet eine Aufwandsverrechnung zu Wiederbeschaffungspreisen die erforderlichen Mittel, die für die Substanzerhaltung und die reale Kapitalerhaltung notwendig sind.

Zu 3.: Eine Aufwandsverrechnung zu Wiederbeschaffungspreisen entspricht in diesem Falle zwar dem substantiellen Erhaltungsziel, nicht jedoch der realen Kapitalerhaltungskonzeption.

Die Realgewinne dieser beiden Erhaltungskonzeptionen stimmen also nur überein, wenn die Aufwandsverrechnung zu Wiederbeschaffungspreisen der kaufkraftmäßigen Aufwandsverrechnung entspricht. Diese Situation wird jedoch in der Realität im allgemeinen nicht vorliegen. Beide Konzeptionen bedingen sich folglich nicht gegenseitig, "sondern nur noch einseitig in der Art, daß die eine Erhaltungstypart immer die andere einschließt" ¹⁾. Die Entscheidung zugunsten der einen oder anderen Erhaltungskonzeption wird davon abhängen, ob die Unternehmensführung die geldwirtschaftliche oder die güterwirtschaftliche Seite bei ihren Überlegungen für wichtiger hält ²⁾.

2) Ebenda, S. 16

Mit der Beteiligung am Wirtschaftsprozeß verfolgt der Unternehmer im Rahmen seines Zielsystems eine bestimmte Gewinnerzielungsabsicht. Dabei wird von allen Autoren, die den Substanzerhaltungsgedanken einseitig vertreten, die Tatsache ignoriert, daß nur mit Hilfe der Geldrechnung der Erfolg der Unternehmung ermittelt werden kann. "Der Gütervorrat eines Unternehmens ändert sich im Laufe der Jahrzehnte nach Art und Zusammensetzung erheblich. Maßstab des Erfolges kann deshalb nur die abstrakte Kapitalziffer sein" ¹⁾. Dabei kommt es in Zeiten einer Inflation weniger auf die nominelle Höhe des ursprünglich investierten Geldkapitals an, "sondern auf die Erhaltung eines Geldkapitals (= Eigenkapital im Sinne dieser Arbeit - Anm. des Verf.), ausgedrückt in Einheiten gleicher Kaufkraft" ²⁾.

Die Herausstellung der Bedeutung der realen Kapitalerhaltungskonzeption in Zeiten einer Inflation für die Beurteilung der einzelwirtschaftlichen Ertragssituation besagt nun nicht, daß das substantielle Erhaltungsziel im Rahmen des komplexen Zielsystems weniger wichtig ist. Für die Substanzerhaltungskonzeption spricht deren Bedeutung für die Erzeugung von Gütern und Dienstleistungen als der unmittelbaren Aufgabe der Unternehmung ³⁾. Die Durchführung dieses Produktionsprozesses findet ihre Zwecksetzung im Zielsystem der Unternehmung als der eigentlichen Aufgabe der Unternehmung. "An ihr, der nur mittelbaren Aufgabe, haben sich Art und Umfang der Betriebsstätigkeit, der unmittelbaren Aufgabe, auszurichten" ⁴⁾. Aus diesen Überlegungen heraus erklärt sich das einzelwirtschaftliche Interesse an der Konzeption der Substanzerhaltung. "Die Produktionskraft der Unternehmung ist Voraussetzung für ihre Ertragskraft, d.h. für ihre Fähigkeit, Geldüberschüsse abzuwerfen" ⁵⁾.

1) Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 15 f.

2) Ebenda, S. 17.

3) Vgl. Eckardt, Horst: a.a.O., S. 1.

4) Ebenda, S. 1.

5) Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 19.

Die Problematik der Substanzerhaltungskonzeption liegt darin, die Unternehmungssubstanz konkret zu bestimmen. Allgemeingültige Aussagen über das substantielle Erhaltungsziel leitet Hax aus der Verbindung zwischen den subjektiven Faktoren des Zielbildungsprozesses und dem Planungszeitraum her. Nach seiner Meinung genügt die Zielsetzung der reproduktiven Substanzerhaltung den Anforderungen einer kurzfristigen Planung. "Auf lange Sicht wird man sich aber den veränderten technischen und wirtschaftlichen Verhältnissen anpassen müssen", da der Produktionsprozeß ständigen Wandlungen unterliegt ¹⁾. Eine Identität zwischen verbrauchtem Produktionsgut und Ersatzgut ist dann meist nicht mehr gegeben. In diesem Falle steht man neben dem Problem der Aufwandsbewertung noch vor der Schwierigkeit, die Art des Aufwandes zu bestimmen.

Hinsichtlich der artmäßigen Bestimmung des Aufwandes schlägt Hax vor, "daß man ... sich nach der Vergangenheit richtet, also für die Aufwandverrechnung von dem tatsächlich verbrauchten Produktivgut ausgeht und nicht von dem wiederzubeschaffenden Ersatzgut" ²⁾. In bezug auf die Aufwandsbewertung ist man vielfach auf fiktive Bewertungsgrundlagen angewiesen, da das verbrauchte Produktivgut und somit auch dessen Wiederbeschaffungspreis am Markt nicht mehr in Erscheinung treten.

So schlägt beispielsweise Eckardt ³⁾ für die Nutzungen von Gebäuden vor, eine Korrektur der bilanziellen Abschreibungen mit Hilfe von Bauindices vorzunehmen. Ist beispielsweise ein gewerbliches Betriebsgebäude im Jahre 1958 erbaut worden, und betrug sein Bauindex, der für 1968 bei 120 stehen soll, damals 80, so ist in der Erfolgsrechnung

1) Vgl. Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 18.

2) Ebenda, S. 49.

3) Vgl. Eckardt, Horst: a.a.O., S. 185 f.

für 1968 die Abschreibung dieses Gebäudes mit dem Tageswertindex von 150 ¹⁾ zu korrigieren. Eine andere Möglichkeit besteht in der Anwendung von Spezialindices. Bei Anlagegütern, insbesondere beim beweglichen Anlagevermögen, geht man von einem Spezialindex aus, "der die verschiedenen Kostenfaktoren berücksichtigt, die bei der Produktion derartiger Anlagegüter mitwirken" ²⁾.

Schließlich ist der Fall denkbar, daß sich derartige Bewertungsgroßen überhaupt nicht oder nur aufgrund recht unzuverlässiger Daten ermitteln lassen. Als Ausweg empfiehlt sich in einer derartigen Situation die Verwendung der Preisindices des Bruttosozialprodukts.

Aus diesen Überlegungen wird deutlich, daß die Konzeption der Substanzerhaltung keine sichere Grundlage in Gestalt des Wiederbeschaffungspreises besitzt; dies führt zu der Einsicht, daß man sich bei der als notwendig erachteten Substanzerhaltungskonzeption mit Näherungslösungen begnügen muß, "mit denen man das Ziel der Substanzerhaltung zwar anstreben, aber nie mit Sicherheit erreichen kann" ³⁾.

Bei den folgenden, den Realisationsprozeß betreffenden Entscheidungen wird von dem Ziel der Substanzerhaltung ausgegangen, wobei das Vorratsvermögen exemplarisch behandelt werden soll.

1) $\frac{120}{80} \cdot 100 = 150$ (Tageswertindex)

2) Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 277.

3) Ebenda, S. 51.

D) Realisierung der erhaltungspolitischen
Zielsetzung, Möglichkeiten und Grenzen
beim Vorratsvermögen

I. Das Postulat ausreichender Ertragserzielung als Voraussetzung für die Realisierung der erhaltungspolitischen Zielsetzung

In der neueren Betriebswirtschaftslehre wird das Streben nach Rentabilität als Zielsetzung einzelwirtschaftlicher Betätigung kaum in Zweifel gezogen ¹⁾. Die Vorstellungen der älteren Literatur, den Erfolg der Unternehmung an der gesamtwirtschaftlichen Leistungseffizienz (gemeinwirtschaftliche Produktivität) ²⁾ messen zu wollen, dürfen als überwunden angesehen werden.

Trotzdem bleibt das Problem des Rentabilitätsstrebens auf der Tagesordnung der betriebswirtschaftlichen Diskussion. Der Grund hierfür liegt in den unterschiedlichen Auffassungen hinsichtlich der Höhe der anzustrebenden Rentabilität. Während die theoretische Betriebswirtschaftslehre aufgrund einer Modellbetrachtung mit dem Axion der Gewinnmaximierung arbeitet, wertet die empirisch eingestellte Betriebswirtschaftslehre in ihren Untersuchungen das Rentabilitätsstreben auf lange Sicht als den Kern der unternehmerischen Zielfunktion. Aufgrund empirischer Untersuchungen sowie gewonnener Erkenntnisse in einzelwirtschaftliche Zusammenhänge setzte sich die Auffassung durch, daß die Betriebswirtschaftslehre der Wirklichkeit eher gerecht wird, wenn sie das unternehmerische Verhalten dahingehend umdeutet, daß der Unternehmer auf lange Sicht einen optimalen (zufriedenstellenden) Gewinn anstrebt ³⁾.

1) Schon frühzeitig hat insbesondere Sieber auf die normative Relevanz der Rentabilität in der Betriebswirtschaftslehre hingewiesen. Vgl. Sieber, Eugen H.: Objekt und Betrachtungsweise der Betriebswirtschaftslehre. Schriftenreihe "Betrieb und Unternehmung", hrsg. von A. Hoffmann, Band 12, Leipzig 1931, S. 138 ff.

2) Vgl. Schmalenbach, Eugen: Dynamische Bilanz, 4. Aufl., a.a.O., S. 93 ff.

3) Vgl. S. 40.

An anderer Stelle ist bereits dargestellt worden, daß der materielle Gehalt des Gewinnbegriffs in einer Geldwirtschaft durch pagatorische Vorgänge bestimmt wird. "The common concept of profit is that it is the difference between the money received by a business and the money paid out" ¹⁾.

In Zeiten einer allgemeinen Geldentwertung ergibt sich für die Unternehmensführung die Notwendigkeit, einen Teil dieser Nominalgewinne entsprechend dem Erhaltungsziel (= Scheingewinn) im Unternehmen zurückzubehalten. Die Problematik dieses Sachverhaltes liegt nun darin, daß Gewinnbegünstigte ihre Gewinnansprüche an diesem Nominalgewinn orientieren. Der Nominalgewinn kann also keineswegs willkürlich für die Erreichung des substantiellen Erhaltungszieles im Unternehmen thesauriert werden. Dies gilt insbesondere für den Gewinnanspruch des Staates in Form seiner Steuerforderung und diejenigen Ansprüche der Entscheidungsträger, die auf einer für verbindlich erklärten Gewinnverwendung beruhen.

Die Sicherung der Produktivkräfte im Sinne des oben gesetzten Erhaltungszieles setzt voraus, daß der Nominalgewinn nach Abzug des Scheingewinnes (= Realgewinn) für die Begleichung der eingegangenen Gewinnverwendungsverpflichtungen und der Steuerschuld ausreicht. Es muß also folgende Bedingung erfüllt sein:

$$NG - SG = RG; \text{ wobei } RG = SS + GV \text{ } ^{2)}$$

Dieser Zusammenhang soll an einem Beispiel erläutert werden: Die Unternehmung X erzielt im Jahre 1965 einen Nominalgewinn in Höhe von 100 Geldeinheiten. Die steuerliche Belastung

1) Boulding, Kenneth, E.: Economic Analysis. 3rd. ed., London 1955, S. 492.

2) Den Symbolen liegt folgende Bedeutung zugrunde:

NG = Nominalgewinn

SS = Steuerschuld

SG = Scheingewinn

GV = Gewinnverwendungsver-

RG = Realgewinn

pflichtung

betrage 40 %, die eingegangenen Gewinnverwendungsverpflichtungen 10 % des Nominalgewinnes. Aufgrund einer Nebenrechnung sei ein Realgewinn in Höhe von 60 Geldeinheiten ermittelt worden. Dieser Betrag würde für die Begleichung der Steuerschuld und der Gewinnverwendungsverpflichtungen von 40 bzw. 10 Geldeinheiten ausreichen. Bei einem Realgewinn von kleiner als 50 Geldeinheiten könnten zwar diese beiden Verbindlichkeiten aus dem Nominalgewinn beglichen werden, die Erhaltung der unternehmerischen Produktivkräfte wäre jedoch aus dem verbleibenden Nominalgewinn nicht in voller Höhe sichergestellt.

Die bisherigen Überlegungen münden zu der Erkenntnis, daß die Realisierung des unternehmerischen Erhaltungszieles davon abhängt, inwieweit es der Unternehmensführung gelingt, aus dem Realgewinn die Verpflichtungen gegenüber dem Fiskus und den sonstigen begünstigten Personen bzw. Organen zu decken. Diese Bedingung ist nur erfüllt, wenn der Nominalgewinn ein bestimmtes Minimum nicht unterschreitet. Eine rationale Unternehmensführung muß diesem Minimum bereits bei der kalkulatorischen Preisfestsetzung Aufmerksamkeit schenken. Damit beginnen die erhaltungspolitischen Überlegungen - abweichend zur traditionellen Theorie - bereits im Bereich der Gewinnerzielung.

In diesem Bereich soll im folgenden der Versuch unternommen werden, generelle Aussagen zu erarbeiten. Da die individuell unterschiedlich gelagerten Gewinnansprüche der unternehmerischen Entscheidungsträger derartige Ableitungen verhindern, soll in diesem Zusammenhang von einer Behandlung dieses Problems abgesehen werden. Zudem dürften derartige Überlegungen in diesem Bereich schon deshalb in den Hintergrund treten, weil die Gewinnverteilung vorwiegend auf freiwilliger Basis erfolgt, d.h. den Entscheidungen der hierfür zuständigen Entscheidungsträger vorbehalten ist. Dieses Problem soll in einem späteren Abschnitt im Rahmen der Behandlung der Gewinnverwendungsfrage eingebracht werden.

Eine Sicherstellung des für die Realisierung des substantiellen Erhaltungszieles notwendigen Nominalgewinnes (= Minimumgewinn) macht es erforderlich, die Preissteigerungen der einzelnen Ersatzgüter bereits bei der Preisfestsetzung zu berücksichtigen. Dies bedeutet nichts anderes, als daß die finanziellen Anforderungen einer derartigen Zielsetzung bereits im Rahmen der kalkulatorischen Preisfestsetzung zu berücksichtigen sind.

Ein Selbstkostenpreis auf der Basis von Wiederbeschaffungskosten erweist sich, selbst wenn man die Realisierbarkeit dieses Preises am Verkaufsmarkt unterstellt, als zu niedrig, da ein Teil des Differenzbetrages zwischen kalkulatorischem Wiederbeschaffungs- und Anschaffungswert der Ertragsbesteuerung unterliegt. Der minimale, unter dem Gesichtspunkt der Substanzerhaltung zu fordernde Selbstkostenpreis (= Kalkulationswert) müßte sowohl der Steuerbelastung als auch den höheren Wiederbeschaffungskosten Rechnung tragen. Der Unternehmer hat deshalb in seiner Selbstkostenrechnung zu Wiederbeschaffungspreisen den Steuerabzug der Ertragsbesteuerung einzukalkulieren ¹⁾, wenn er den Anforderungen einer substantiellen Erhaltungszielsetzung gerecht werden will.

Ein derartiger Kalkulationswert, der sowohl die Preissteigerungen als auch die steuerliche Belastung berücksichtigt, läßt sich aus der Formel

$$KW = Wpr + \frac{x}{100} \cdot (KW - Apr)$$

ableiten ²⁾ ³⁾.

1) Vgl. Eckardt, Horst: a.a.O., S. 162.

2) Ebenda, S. 163.

3) Den Symbolen liegt folgende Bedeutung zugrunde:

KW = Kalkulationswert	Wpr = Wiederbeschaffungspreis
x = prozentuale Ertragsteuerbelastung	Apr = Anschaffungspreis

Durch Umformung dieser Gleichung erhält man:

$$(I) \quad KW = \frac{Wpr - \frac{x}{100} \cdot Apr}{1 - \frac{x}{100}}$$

Aufgrund dieser Ableitung ergibt sich z.B. bei einem Wiederbeschaffungspreis von 120 und einem Anschaffungspreis von 100, sowie einer Ertragsteuerbelastung von 60 %, ein Kalkulationswert von 150. Dies entspricht einem kalkulatorischen Zuschlagssatz auf der Basis Anschaffungspreis von 50 %. Formelmäßig läßt sich der Zuschlagssatz auf der Basis Anschaffungspreis (ZS_{Apr}) wie folgt ermitteln:

$$(II) \quad ZS_{Apr} = \frac{KW - Apr}{Apr} \cdot 100$$

Setzt man für KW den Wert der Formel (I) ein, so erhält man:

$$(III) \quad ZS_{Apr} = 100 \cdot \left(\frac{Wpr - \frac{x}{100} \cdot Apr}{Apr(1 - \frac{x}{100})} - 1 \right)$$

Entsprechend errechnet sich der Zuschlagssatz auf der Basis Wiederbeschaffungspreis (ZS_{Wpr}) nach der Formel:

$$(IV) \quad ZS_{Wpr} = 100 \cdot \left(\frac{Wpr - \frac{x}{100} \cdot Apr}{Wpr(1 - \frac{x}{100})} - 1 \right)$$

Die Anwendung dieser Ableitungen in der Praxis dürfte im wesentlichen davon abhängen, inwieweit es der Unternehmensführung gelingt, präzise Daten für die den Kalkulationswert bestimmenden Faktoren zu gewinnen. Schwierigkeiten dürften hierbei insbesondere bei der Ermittlung des Wiederbeschaffungspreises entstehen.

Die Ermittlung des Wiederbeschaffungspreises im Rahmen der Kalkulation setzt voraus, daß man sich über die Natur des Wertansatzes bei der Bewertung des Kostengüterverzehr im klaren ist. Unter dem Wiederbeschaffungspreis kann der Preis am Verbrauchs-, Umsatz- oder Ersatztag verstanden werden. Vom theoretischen Standpunkt aus wäre in diesem Zusammenhang dem Wiederbeschaffungspreis am Ersatztag der Vorzug zu geben, denn ein derartiger kalkulatorischer Wertansatz würde den Beschaffungspreis der effektiven Wiederbeschaffung berücksichtigen.

Diese Auffassung hat sich jedoch in der Betriebswirtschaftslehre nicht durchsetzen können. Denn der Tag der Wiederbeschaffung ist, wie Mellerowicz ¹⁾ ausführt, "meist im voraus nicht bestimmbar, am wenigsten der an diesem Tage herrschende Preis". Daneben hat Schmidt ²⁾ gesamtwirtschaftliche Bedenken geltend gemacht.

Aufgrund derartiger Überlegungen herrscht in der Betriebswirtschaftslehre die Auffassung vor, der Selbstkostenrechnung den Wiederbeschaffungspreis am Umsatztag zugrunde zu legen. Unter dem Umsatztag versteht Schmidt ³⁾ den Tag,

-
- 1) Vgl. Mellerowicz, Konrad: Kosten und Kostenrechnung, Band II: Verfahren, Teil II: Kalkulation und Auswertung der Kostenrechnung und Betriebsabrechnung. 4. Aufl., Berlin 1968, S. 227.
 - 2) Vgl. Schmidt, Fritz: Der Wiederbeschaffungspreis des Umsatztages in Kalkulation und Volkswirtschaft. Schriftenreihe "Betriebs- und Finanzwirtschaftliche Forschungen", hrsg. von F. Schmidt, Serie II, Heft 4, Berlin 1923, S. 86.
 - 3) Derselbe: Die organische Bilanz ..., a.a.O., S. 111.

		Nominal-	Schein-	Realgewinn
1. Umschlag:				
Anschaffungspreis	100			
Verkaufspreis ¹⁾	120	20	5	15
2. Umschlag:				
Anschaffungspreis	105			
Verkaufspreis ¹⁾	126	21	5	16
3. Umschlag:				
Anschaffungspreis	110			
Verkaufspreis ¹⁾	132	22	5	17
4. Umschlag:				
Anschaffungspreis	115			
Verkaufspreis ¹⁾	138	23	5	18
		<u>86</u>	<u>20</u>	<u>66</u>

Aus dieser Aufstellung ist zu ersehen, daß der Scheingewinnanteil am Nominalgewinn bei steigender Umschlagsgeschwindigkeit geringer wird. Der Grund hierfür liegt in "der Indifferenz von Scheingewinn und Umschlagshäufigkeit einerseits und der Proportionalität von Nominalgewinn und Umschlagshäufigkeit andererseits" ²⁾.

Auch bei diesem Sachverhalt lassen sich die Zuschlagsätze für die Selbstkostenrechnung zu Anschaffungspreisen berechnen, die mindestens anzusetzen sind, wenn bei Preissteigerungen die Regeneration der Kostengüter aus dem Nominalgewinn sichergestellt werden soll. Die mathematische Grundlage für diese Berechnungen liefert die Formel ³⁾:

$$\text{Effektiver Steuersatz} = \frac{\text{Nominalgewinn}}{\text{Realgewinn}} \cdot \text{Tarifsteuersatz der Ertragsteuern}$$

1) Verkaufspreis = Anschaffungspreis + 20 % Gewinnaufschlag.

2) Kümmel, Rolf: a.s.O. S. 100.

3) Ebenda, S. 79.

In dieser Formel können alle Faktoren berücksichtigt werden, von denen die Höhe des dem substantiellen Erhaltungsziel Rechnung tragenden Kalkulationswertes abhängt. Bei diesen Einflußfaktoren handelt es sich um den Wertansatz der Kostengüter in der Selbstkostenrechnung, das Ausmaß der Preissteigerung, die Höhe der Steuerbelastung, die Umschlagshäufigkeit sowie die Höhe des Gewinnaufschlages. Zu einer Wegsteuerung des Kapitals kommt es dann, wenn der effektive Steuersatz größer als 100 % ist. Beträgt dieser Satz = 100, so ist der Punkt erreicht, an dem der Realgewinn durch die Steuerbelastung völlig aufgezehrt wird ¹⁾. Diese Bedingung muß bei der Ableitung der Mindesthöhe des Gewinnzuschlages erfüllt sein. Es werden folgende Symbole gewählt:

- Apr = Anschaffungspreis
- 100p = prozentualer Gewinnaufschlag
- 100g = prozentuale Änderung des Beschaffungspreises in einer Rechenperiode
- u = Umschlagshäufigkeit des Vorratsvermögens

1. Die Ermittlung des Nominalgewinnes (NG)

Bei der Ableitung des Nominalgewinnes geht Kümmel ²⁾ von einer arithmetischen Reihe mit konstanten Abständen aus. Das erste Glied in dieser Reihe entspricht dem Nominalgewinn aus dem 1. Umschlag des Warenlagers, also $NG = Apr \cdot p$ (in Ziffern: $NG = 100 \cdot \frac{20}{100}$).

Der Anschaffungspreis des 2. Umsatzes hat sich aufgrund der eingetretenen Geldwertverschlechterung erhöht um $Apr + Apr \cdot \frac{g}{u}$ oder $Apr (1 + \frac{g}{u})$; der Nominalgewinn des 2. Umschlages beträgt demzufolge: $NG = Apr (1 + \frac{g}{u}) \cdot p$.

1) Vgl. Kümmel, Rolf: a.a.O., S. 80.

2) Ebenda, S. 29.

		<u>Nominal- Schein- Realgewinn</u>		
1. Umschlag:				
Anschaffungspreis	100			
Verkaufspreis ¹⁾	120	20	5	15
2. Umschlag:				
Anschaffungspreis	105			
Verkaufspreis ¹⁾	126	21	5	16
3. Umschlag:				
Anschaffungspreis	110			
Verkaufspreis ¹⁾	132	22	5	17
4. Umschlag:				
Anschaffungspreis	115			
Verkaufspreis ¹⁾	138	23	5	18
		<u>86</u>	<u>20</u>	<u>66</u>

Aus dieser Aufstellung ist zu ersehen, daß der Scheingewinnanteil am Nominalgewinn bei steigender Umschlagsgeschwindigkeit geringer wird. Der Grund hierfür liegt in der Indifferenz von Scheingewinn und Umschlagshäufigkeit einerseits und der Proportionalität von Nominalgewinn und Umschlagshäufigkeit andererseits" ²⁾.

Auch bei diesem Sachverhalt lassen sich die Zuschlagssätze für die Selbstkostenrechnung zu Anschaffungspreisen berechnen. Die mindestens anzusetzen sind, wenn bei Preissteigerungen die Regeneration der Kostengüter aus dem Nominalgewinn sichergestellt werden soll. Die mathematische Grundlage für diese Berechnungen liefert die Formel ²⁾:

$$\text{Zuschlagssatz} = \frac{\text{Nominalgewinn}}{\text{Realgewinn}} \cdot \text{Tarifsteuersatz der Ertragsteuern}$$

$$\text{Zuschlagssatz} = \text{Anschaffungspreis} + 2 \cdot \text{Gewinnauf-}$$

In dieser Formel können alle Faktoren berücksichtigt werden, von denen die Höhe des dem substantiellen Erhaltungsziel Rechnung tragenden Kalkulationswertes abhängt. Bei diesen Einflußfaktoren handelt es sich um den Wertansatz der Kostengüter in der Selbstkostenrechnung, das Ausmaß der Preissteigerung, die Höhe der Steuerbelastung, die Umschlagshäufigkeit sowie die Höhe des Gewinnaufschlages. Zu einer Wegsteuerung des Kapitals kommt es dann, wenn der effektive Steuersatz größer als 100 % ist. Beträgt dieser Satz = 100, so ist der Punkt erreicht, an dem der Realgewinn durch die Steuerbelastung völlig aufgezehrt wird ¹⁾. Diese Bedingung muß bei der Ableitung der Mindesthöhe des Gewinnzuschlages erfüllt sein. Es werden folgende Symbole gewählt:

- Apr = Anschaffungspreis
- 10Op = prozentualer Gewinnaufschlag
- 10Og = prozentuale Änderung des Beschaffungspreises
in einer Rechenperiode
- u = Umschlagshäufigkeit des Vorratsvermögens

1. Die Ermittlung des Nominalgewinnes (NG)

Bei der Ableitung des Nominalgewinnes geht Kümmel ²⁾ von einer arithmetischen Reihe mit konstanten Abständen aus. Das erste Glied in dieser Reihe entspricht dem Nominalgewinn aus dem 1. Umschlag des Warenlagers, also $NG = Apr \cdot p$ (in Ziffern: $NG = 100 \cdot \frac{20}{100}$).

Der Anschaffungspreis des 2. Umsatzes hat sich aufgrund der eingetretenen Geldwertverschlechterung erhöht um $Apr + Apr \cdot \frac{g}{u}$ oder $Apr (1 + \frac{g}{u})$; der Nominalgewinn des 2. Umschlages beträgt demzufolge: $NG = Apr (1 + \frac{g}{u}) \cdot p$.

1) Vgl. Kümmel, Rolf: a.a.O., S. 80.

2) Ebenda, S. 29.

Der Unterschied zwischen den beiden Nominalgewinngrößen liegt in dem Steigerungsbetrag von $\text{Apr} \cdot p \cdot \frac{g}{u}$. Beim letzten Umschlag erhält man demzufolge einen Nominalgewinn von $\text{NG} = \text{Apr} \cdot (1 + (u - 1) \cdot \frac{g}{u}) \cdot p$.

Die Summe der Nominalgewinne aller Einzelumsätze stellt den gesamten Nominalgewinn einer Rechenperiode dar. Da es sich bei den Nominalgewinnen der einzelnen Umsätze um eine arithmetische Reihe handelt, läßt sich der Nominalgewinn der gesamten Rechenperiode aus der arithmetischen Summenformel ¹⁾ $s = \frac{n}{2} (2a + (n - 1)d)$ ²⁾ ableiten. Durch Einsetzen der oben verwendeten Symbole ergibt sich für den Nominalgewinn in der Rechenperiode:

$$\text{NG} = \frac{u}{2} \cdot (2 \cdot \text{Apr} \cdot p + (u - 1) \text{Apr} \cdot p \cdot \frac{g}{u})$$

Formt man diese Gleichung um, so erhält man:

$$(I) \quad \text{NG} = \frac{u}{2} \cdot \text{Apr} \cdot p \cdot (2 + g - \frac{g}{u})$$

2. Ermittlung des Realgewinnes

Die Höhe des in einer Rechenperiode angefallenen Realgewinnes ergibt sich aus der Differenz zwischen Nominalgewinn und Scheingewinn. Letztere Gewinnart ist lediglich abhängig vom Anschaffungspreis und der Preisveränderung in einer bestimmten Rechenperiode.

$$(II) \quad \text{SG} = \text{Apr} \cdot g$$

Aus den Formeln (I) und (II) ergibt sich für den Realgewinn folgende Ableitung:

1) Vgl. Naas, Josef; Schmid, Hermann L.: Mathematisches Wörterbuch. Mit Einbeziehung der theoretischen Physik, Band I. Berlin-Stuttgart 1961, S. 101 f.

2) a = erstes Glied der arithmetischen Reihe, d = Steigerungsbetrag, n = Anzahl der Glieder.

$$RG = NG - SG$$

$$RG = \frac{u}{2} \cdot \text{Apr} \cdot p \cdot (2 + g - \frac{g}{u}) - \text{Apr} \cdot g$$

$$(III) \quad RG = \text{Apr} \cdot (\frac{u}{2} \cdot p \cdot (2 + g - \frac{g}{u}) - g)$$

Bei den Einflußfaktoren, die die Höhe des Realgewinnes bestimmen, handelt es sich folglich um den Anschaffungspreis der Kostengüter, um ihre Umschlagshäufigkeit und das Ausmaß ihrer Preissteigerung sowie um die Höhe des Gewinnaufschlages.

3. Ermittlung des kalkulatorischen Zuschlagssatzes

Für die Ableitung des effektiven Steuersatzes sind damit alle Faktoren (NG, RG und der Tarifsteuersatz = c) bekannt. Setzt man diese Werte in die Formel ein, so erhält man für den effektiven Steuersatz (e):

$$e = \frac{\frac{u}{2} \cdot \text{Apr} \cdot p \cdot (2 + g - \frac{g}{u})}{\text{Apr} (\frac{u}{2} \cdot p \cdot (2 + g - \frac{g}{u}) - g)} \cdot c$$

Setzt man e = 100, so läßt sich durch Auflösung dieser Gleichung der Gewinnzuschlag ermitteln, der bei der Selbstkostenrechnung (auf Anschaffungswertbasis) mindestens anzusetzen ist, wenn dem Ziel der Substanzerhaltung Rechnung getragen werden soll. Durch Umformung der Gleichung

$$100 = \frac{\frac{u}{2} \cdot p \cdot (2 + g - \frac{g}{u})}{\frac{u}{2} \cdot p \cdot (2 + g - \frac{g}{u}) - g} \cdot c$$

erhält man:

$$(IV) \quad p = \frac{200 \cdot g}{g (100u - 100 - uc + c) + 2u (100 - c)}$$

In der Formel des kalkulatorischen Zuschlagssatzes treten folgende Einflußfaktoren in Erscheinung: Das Ausmaß der Preissteigerung der Kostengüter und deren Umschlagshäufigkeit sowie die Höhe der Steuerbelastung.

Anhand dieser Gleichung lassen sich die Gewinnzuschlagssätze ermitteln, die anzusetzen sind, wenn bei entsprechender Ertragserzielung die finanziellen Mittel für eine Regeneration der im Produktionsprozeß verbrauchten Kostengüter bereitstehen sollen. Betrachtet man hierbei die Umschlagshäufigkeit und die Preissteigerung der Kostengüter als variable Größen, dann ergeben sich bei einer 60 %igen Ertragsteuerbelastung die folgenden Zuschlagssätze:

Umschlags- häufigkeit	Preissteigerung in der Rechenperiode				
	3%	5%	10%	15%	20%
1	7,5	12,5	25,0	37,4	49,9
2	3,7	6,2	12,2	18,1	23,8
4	1,9	3,1	6,0	8,9	11,6
8	0,9	1,5	3,0	4,4	5,7
10	0,7	1,2	2,4	3,5	4,6
15	0,5	0,8	1,6	2,3	3,0
20	0,4	0,6	1,2	1,8	2,3

Derartige Zuschlagssätze lassen sich für jeden beliebigen Ertragsteuersatz ermitteln. Hierbei muß nochmals betont werden, daß die Bedeutung dieser Werte nur im Zusammenhang mit der auf dem Anschaffungswertprinzip beruhenden Selbstkostenrechnung zu sehen ist. Unter diesem Gesichtspunkt kann man diese kalkulatorischen Preisaufschläge als minimale Gewinnzuschlagssätze charakterisieren, die bei der Preisfestsetzung zu berücksichtigen sind, wenn die Erhaltung der unternehmerischen Produktivkräfte, trotz der Scheingewinnbesteuerung, angestrebt werden soll. Ein Unternehmer, der einer 60 %igen Ertragsteuerbelastung unterliegt, muß beispielsweise bei einer Preissteigerung seines(r) Vorratsgutes (Vorratsgüter) von 10 % und einer Umschlagshäufigkeit von 4 in seiner Selbstkostenrechnung einen kalkulatorischen Aufschlag von mindestens 6 % ansetzen.

Ob und in welchem Umfang eine Gefährdung der Unternehmungssubstanz in Zeiten allgemeiner Preissteigerungen verhindert werden kann, hängt davon ab, inwieweit sich derartige Preise am Markt realisieren lassen. Letztlich geht es also um die Frage, inwieweit die einzelne Unternehmung die Möglichkeit besitzt, die Preissteigerungen des Beschaffungsmarktes und die mit dem Entstehen von Scheingewinnen im Zusammenhang stehende Ertragsteuerbelastung auf

den Abnehmer abzuwälzen ¹⁾.

Die Realisierung dieses Vorhabens hängt von den individuellen Verhältnissen in den einzelnen Unternehmungen und der gesamtwirtschaftlichen Situation ab; sowohl unternehmensinterne als auch unternehmungsexterne Einflußgrößen verhindern also generelle Aussagen. Zudem besteht zwischen diesen beiden Datenkränzen ein Abhängigkeitsverhältnis, d.h. bei diesen unternehmensinternen und -externen Daten handelt es sich um einen Problemkomplex, der interdependente Elemente enthält. Denn die Möglichkeit des Unternehmers, seine Preisvorstellungen am Markt durchzusetzen, hängt im wesentlichen von der jeweiligen Marktposition der Unternehmung ab, die ihrerseits die Wirksamkeit des Einsatzes des absatzpolitischen Instrumentariums und hier insbesondere die unternehmerische Preispolitik entscheidend beeinflußt. Einerseits kann im Grenzfall die Unternehmensleitung unter diesem Gesichtspunkt zur preispolitischen Inaktivität verurteilt sein; andererseits ist aber auch der Fall denkbar, daß sie die Höhe der Absatzpreise wirksam beeinflussen kann. Innerhalb dieser Bandbreite liegen im allgemeinen die Möglichkeiten einer aktiven Preispolitik für die einzelne Unternehmung.

1) Nicht weniger wichtig erscheint im ersten Augenblick die Prüfung der Frage, inwieweit die Preissteigerungen im Beschaffungsmarkt dem Vorlieferer angelastet werden können; insbesondere im Rahmen der Beschaffungspolitik kann (und wird auch in vielen Fällen) diesem Aspekt Rechnung getragen werden. Im Rahmen dieser Arbeit soll auf dieses Problem jedoch nicht näher eingegangen werden, denn in Zeiten einer Geldentwertung dürfte es der einzelnen Unternehmung erhebliche Schwierigkeiten bereiten, auf die Dauer die Preissteigerungen auf allen ihren Beschaffungsmärkten durch eine entsprechende Beschaffungspolitik auf ihre Vorlieferer abzuwälzen. Dies wird sehr stark von der relativen Marktmacht des einzelnen Unternehmens in seinen Beschaffungsmärkten und vom Tempo der Inflation abhängen. Vielfach nur partiell und vorübergehend kann eine derartige Beschaffungspolitik die Preissteigerungen durch die Abnehmer durchstellen, die das Problem der Unternehmenserhaltung auch hier, teilweise mit einer zeitli

Bei der Beurteilung der Bedingung "ausreichende Ertrags-
erzielung" darf nicht übersehen werden, daß im Rahmen die-
ses Fragenkreises kalkulatorische und absatzpolitische
(insbesondere preispolitische) Überlegungen zwar besonders
wichtig sind, jedoch nicht einzig und allein im Vorder-
grund der Betrachtung stehen dürfen; denn im Grunde han-
delt es sich hierbei um - in Teilbereichen - gewonnene
Einsichten partieller Art. Letztlich geht es doch darum,
das Verhältnis von Ertrag und Aufwand möglichst günstig
zu gestalten. Die Realisierung dieser Zielsetzung be-
schränkt sich nicht auf die Betätigung in bestimmten Teil-
bereichen des einzelwirtschaftlichen Gebildes, sondern be-
trifft die Unternehmungspolitik in ihrer Gesamtheit.

Im Zusammenhang mit der Realisierung der erhaltungspoli-
tischen Zielsetzung handelt es sich bei dem Postulat aus-
reichender Ertragserzielung um die Schaffung der finan-
ziellen Voraussetzungen für die Durchführung des Rege-
nerationsprozesses. Die Aufgabe der Erhaltungspolitik
ist damit jedoch keineswegs erschöpft. Die Unter-
nehmensführung muß vielmehr auch dafür Sorge tragen,
daß für die Ersatzbeschaffung ausreichende Erlös-
teile im Unternehmen thesauriert werden und zum Zeit-
punkt der Durchführung des Regenerationsprozesses in li-
quider Form zur Verfügung stehen. Die Aufmerksamkeit rich-
tet sich hierbei auf die eingetretenen finanziellen Mehr-
anforderungen im Bereich der Ersatzinvestitionen. Das
heißt mit anderen Worten, die Ausschüttung der Scheinge-
winne ist aufgrund der substantiellen Erhaltungsziel-
setzung im Rahmen der Gewinnverwendung zu verhindern. Auf
diese Weise kann der Unternehmer den materiellen Auswir-
kungen, die mit dem Entstehen von Scheingewinnen verbun-
den sind, entgegen. Welche Möglichkeiten die Unternehmens-
führung im einzelnen besitzt, soll im folgenden näher er-
örtert werden.

II. Die Sicherung des Vorratsvermögens vor den materiellen Auswirkungen einer Geldentwertung - Die Möglichkeit der Selbstfinanzierung -

a) Formen der Reservenbildung

1. Die gemeinsame Grundkonzeption der einzelnen Methoden

Die an dieser Stelle zu behandelnden Methoden beruhen alle auf einer gemeinsamen Grundkonzeption; sie alle dienen dem Zweck, Scheingewinne im Rahmen der Selbstfinanzierung im Unternehmen zu binden (= Reservenbildung). Vom Standpunkt der Nominalwertrechnung aus betrachtet handelt es sich um nichts anderes als um Gewinnmanipulationen im gewinnermittelnden Bereich.

Diese Tatsache darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich letztlich um eine Form der Gewinnverwendung handelt und zwar in bezug auf den Nominalgewinn. Es sollen Teile des Nominalgewinnes den Gewinnansprüchen der Gewinnbegünstigten entzogen werden, um den zukünftigen Mehranforderungen der Ersatzinvestitionen durch eine breitere Finanzierungsbasis begegnen zu können.

Mit Hilfe des Charakteristikums des Bilanzausweises lassen sich die Methoden zur Bildung von Reserven in stille und offene Reserven einteilen. Beide Gruppen unterscheiden sich dadurch, daß im ersteren Falle die Höhe der Reservenbildung nicht aus der Bilanz abgelesen werden kann, während im letzteren Falle das Ausmaß der gebildeten Reserven in der Bilanz ausgewiesen wird.

2. Methoden zur Bildung stiller Reserven

aa) Unterscheidung zwischen Aufwands- und Bestandsbewertung

Die Verfahren zur Bildung von stillen Reserven stellen für die Unternehmensführung wichtige Instrumente für die Realisierung der erhaltungspolitischen Zielsatzung dar. Durch eine Unterbewertung des Vermögens zum Bilanzstichtag sollen für Außenstehende nicht zu erkennende stille Reserven gebildet werden. Das gleiche Ziel läßt sich auch dadurch erreichen, daß man den Aufwand entsprechend dem gesetzten Erhaltungsziel höher bewertet. Bei beiden Lösungswegen handelt es sich um ein und denselben rechentechnischen Vorgang, nur mit dem Unterschied, daß der Ausgangspunkt bei beiden Methoden verschieden ist.

Um einen tieferen Einblick in die Wirkungsweise der einzelnen Lösungsversuche gewinnen zu können, ist es erforderlich, den Zusammenhang zwischen Aufwands- und Bestandsbewertung im Hinblick auf die Aufwandsermittlung zu untersuchen. Im allgemeinen kann zwischen einer direkten und einer indirekten Aufwandsermittlung unterschieden werden. Im ersteren Fall wird der Gesamtaufwand aus den Einzelwerten der verbrauchten Güter ermittelt. Dazu ist es erforderlich, daß Aufzeichnungen über die einzelnen Aufwandsvorgänge geführt werden. Diese Unterlagen liefert im allgemeinen die Betriebsbuchhaltung. Der Wertansatz des Endbestandes läßt sich zum Bilanzstichtag wie folgt errechnen:

$$\begin{array}{r} \text{Anfangsbestand} + \text{Zugänge} \\ \text{./. Verbrauch} \\ \hline = \text{Endbestand} \end{array}$$

Aus diesen Überlegungen heraus wird der Zusammenhang zwischen der Aufwandsbewertung und dem Wertansatz der Bilanzbestände deutlich. Je höher der zu verrechnende Verbrauch bewertet wird, desto niedriger wird der Bilanzwert der Endbestände und umgekehrt.

Ausgangspunkt zur Feststellung des Güterverbrauchs nach der indirekten Methode bilden die Wertansätze der Endbestände zum Bilanzstichtag; diese Bilanzwerte lassen sich durch

eine Inventur ermitteln. Die Höhe des Aufwandswertes der Verbrauchsgüter errechnet sich in diesem Falle wie folgt:

$$\begin{array}{r} \text{Anfangsbestand} + \text{Zugänge} \\ \text{./. Endbestand} \\ \hline = \text{Verbrauch} \end{array}$$

Auch bei dieser Aufwandsermittlungsmethode tritt die Gegenläufigkeit der Wertbewegungen zwischen der Feststellung des Endbestandswertes und der Ermittlung des Verbrauchswertes deutlich in Erscheinung. Der Unterschied zum vorgenannten Ermittlungsverfahren besteht darin, daß nicht der Aufwand direkt bewertet wird, sondern daß die Bilanzbewertung Einfluß auf die Höhe des Aufwandswertes nimmt. Der Wert des Güterverbrauchs hängt davon ab, in welcher Höhe die Inventurwerte angesetzt werden. Je höher die Restbestände in der Bilanz bewertet sind, desto niedriger wird der zu verrechnende Aufwandswert und umgekehrt.

Dieser Zusammenhang zwischen Aufwands- und Bestandsbewertung erscheint nach dieser Darstellung keine besonderen Schwierigkeiten aufzuweisen. Dies trifft zwar für die Ermittlungsmethoden an sich zu. Sobald jedoch Bewertungsfragen diesen Problembereich berühren, zeigt sich diese gegenläufige Entwicklung in einem anderen Licht.

Wie wir gesehen haben, ist letztlich für die Realisierung der erhaltungspolitischen Zielsetzung der Unternehmung nicht die Bestandsbewertung, sondern die Aufwandsbewertung entscheidend.

Der Wertansatz der Aufwandsbewertung richtet sich nach der erhaltungspolitischen Zielsetzung der Unternehmensführung. Deshalb muß der Aufwand der Nominalwertrechnung entsprechend der erhaltungspolitischen Zielsetzung berichtigt werden. Als Basis für die Korrektur des Wertansatzes der

Aufwandsbewertung unter dem Gesichtspunkt der Substanzerhaltung dienen die Wiederbeschaffungspreise der Umsatz- bzw. Verbrauchsperiode.

Dieser Wertansatz gilt nur für die Aufwandsbewertung, nicht jedoch für die Bestandsbewertung. Die Bewertung der Bestände zu diesem Wertansatz könnte die Sicherung der Unternehmungssubstanz nicht gewährleisten. Denn die aus der Gegenüberstellung von Erlös und Aufwand abzuleitende Gewinnhöhe hängt nicht von den ruhenden Beständen, sondern von dem materiellen Inhalt des zu verrechnenden Aufwands und den erzielten Erlösen ab.

Im folgenden werden Methoden der Aufwands- und Bestandsbewertung ¹⁾ dahingehend untersucht, ob und in welchem Umfange sie sich für die Bildung stiller Reserven eignen. Hier fällt eine Entscheidung darüber, inwieweit es der Unternehmensführung möglich ist, durch Anwendung dieser Verfahren die für die Sicherung der Produktivkräfte erforderlichen finanziellen Mittel entsprechend dem gesetzten Erhaltungsziel im Unternehmen zu binden. Bei der kritischen Würdigung hinsichtlich der Eignung dieser Verfahren für eine Mittelreservierung muß unterschieden werden zwischen den Gewinnansprüchen des Staates und denjenigen der übrigen Gewinnbegünstigten (insbesondere Kapitaleigner, Manager und Betriebsangehörige). Die Ansprüche dieser gewinnbegünstigten Gruppen basieren im wesentlichen auf dem Ergebnis der Steuer- bzw. Handelsbilanz. Es ist also ergänzend die Frage zu klären, inwieweit die Bewertungsmethoden Eingang in die handels- und steuerrechtlichen Bewertungsgrundsätze gefunden haben.

1) Engelmann spricht in diesem Zusammenhang von Methoden der Verbrauchsbewertung und der Endbestandsbewertung. Vgl. Engelmann, Konrad: Methoden zur Neutralisierung ..., a.a.O., S. 15.

bb) Methoden der Aufwandsbewertung

(1) Das Lifo-Verfahren

Beim Lifo-Verfahren handelt es sich um eine in der amerikanischen Wirtschaftspraxis entwickelte Bewertungsmethode der Unternehmensrechnung. Der Terminus "lifo" bedeutet "last in - first out", d.h. man geht von der Fiktion aus, daß die zuletzt beschafften Vorratsgüter immer zuerst im unternehmerischen Leistungsprozeß verbraucht bzw. am Absatzmarkt abgesetzt werden ¹⁾.

Diese Annahme trägt der Bewertung des in einer Periode zu verrechnenden Güterverbrauchs auf der Grundlage des Anschaffungspreises Rechnung, jedoch unter Berücksichtigung des jeweiligen Beschaffungszeitpunktes. Die Bedeutung für die Aufwandsbewertung liegt darin, daß der Güterverbrauch zu Tagesbeschaffungspreisen bewertet wird, jedoch stets entgegen der zeitlichen Reihenfolge der Eingangsbuchungen; eine derartige Fiktion entspricht der Schaffung eines künstlichen Werteflusses. Aus der oben dargestellten Gegenläufigkeit zwischen Aufwands- und Bestandsbewertung gilt entsprechend für die Bestandsbewertung, daß "der Warenbestand nicht mit dem Preis der letzten Anschaffung vor dem Bilanzstichtag, sondern mit einem früheren Anschaffungspreis" ²⁾ bzw. den früheren Anschaffungspreisen anzusetzen ist.

1) Die zeitliche Reihenfolge der Aufwandsverrechnung verläuft beim Fifo-Verfahren gerade in umgekehrter Richtung. "Fifo" bedeutet "first in - first out", d.h. man unterstellt, daß die zuerst gekauften Verbrauchsgüter oder Waren als erste wieder in den Leistungsprozeß eingehen oder den Absatzmarkt erreichen. Engelmann bezeichnet dieses Konzept als "Methode der Bewertung gemäß historischer Folge der Eingänge" (Vgl. Engelmann, Konrad: Methoden zur Neutralisierung ..., a.a.O., S. 17). Die zweckmäßige Anwendung dieses Verfahrens beschränkt sich auf eine rückläufige Preisentwicklung. In Zeiten allgemeiner Preissteigerungen erweist sich dieses Verfahren als unbrauchbar. Es soll lediglich der Vollständigkeit halber erwähnt werden.

2) Kolbe, Hans: Die Bewertung nach dem früheren Anschaffungspreis (last in - first out). In: BB, 4. Jg. 1949, Heft 10, S. 205.

In Zeiten einer Inflation kann eine derartige Aufwandsbewertung nicht ohne Einfluß auf die Erfolgsrechnung bleiben. Die Wirkungen der Lifo-Methode schlagen sich materiell in dem zu verrechnenden Aufwand nieder und bestimmen dadurch den Inhalt des unternehmerischen Erfolgs. Bei steigenden Güterpreisen wird der Güterverbrauch zu den höchsten Anschaffungswerten den erzielten Erlösen gegenübergestellt, während die verbleibenden Restbestände zu den niedrigsten Anschaffungspreisen in der Bilanzrechnung ausgewiesen werden.

Der Unternehmer betrachtet also die zuletzt gekauften Vorratsgüter als zuerst verkauft. Ausdrücklich hat Hax ¹⁾ darauf hingewiesen, daß eine derartige Annahme mit den Verhältnissen in der Realität nicht übereinstimmt; er bezeichnet sie als "völlig unwirklich". Das Interesse der Erfinder dieser Bewertungsmethode richtet sich jedoch weniger auf die tatsächlichen Güterbewegungen in der Unternehmung. Das Lifo-Verfahren dient vielmehr dem Zweck, bei steigenden Preisen die für eine Wiederbeschaffung der Vorräte erforderlichen finanziellen Mittel vor einer Gewinnverwendung zu bewahren. Wollte man die Anwendung des Lifo-Verfahrens von der Voraussetzung abhängig machen, daß die in der Realität anzutreffenden Verhältnisse der Fiktion dieser Methode entsprechen, dann wäre der Anwendungsreich des Verfahrens eng begrenzt ²⁾.

1) Vgl. Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 90.

2) Selbst bei den von Binder aufgezählten Güterarten wäre eine Bewertung des Güterverbrauchs nach dem Lifo-Verfahren noch fraglich; seiner Meinung nach könnte diese Methode in Frage kommen: "Beim Bergbau die Haldenbestände an Erzen, bei den Hütten, einschließlich der Umschmelzbetriebe, die Vormaterialien, Zwischenprodukte und Fertigmetalle, bei Gießereibetrieben die Rohmetalle und Vormaterialien, bei den Halbzeugwerken und beim Handel die Metallbestände". Vgl. Binder, Odilo: Scheingewinnbesteuerung - Eiserner Bestand - "Substanzerhaltungsrücklage". Hrsg. vom Institut "Finanzen und Steuern", Heft 11, Bonn o. J., S. 17.

Ob es der Unternehmensführung gelingt, bei Anwendung des Lifo-Verfahrens die finanziellen Voraussetzungen für die Substanzerhaltung der Vorräte in vollem Umfang zu schaffen, hängt im wesentlichen von dem Ergebnis der Prüfung ab, welche quantitativen und qualitativen Veränderungen zwischen den Anfangs- und Endbeständen eingetreten sind.

Wird der Güterverbrauch einer Periode durch die Neuanschaffungen gedeckt, dann stimmen Anfangs- und Endbestand in der Bilanz quantitativ überein. Für die Aufwandsbewertung entsprechend dem Lifo-Verfahren bedeutet dies, daß der Wert der Neuanschaffungen als Aufwand zu verrechnen ist. Als Wertansatz für die Bewertung des zu verrechnenden Güterverbrauchs dient somit der durchschnittliche Anschaffungspreis der Periode. Entsprechend dieser Handhabung erscheinen in der Bilanz die Vorratsbestände mit den Wertansätzen, die für die Bewertung des Anfangsbestandes maßgebend waren. Bei steigenden Anschaffungspreisen bilden sich dadurch in den Vorratsbeständen stille Reserven.

Dieser Zusammenhang soll im folgenden Vorratskonto dargestellt werden:

Soll				Vorratskonto 1)				Haben			
Datum	Mengen- einheit	Preis /Stück	Betrag	Datum	Mengen- einheit	Preis /Stück	Betrag	Datum	Mengen- einheit	Preis /Stück	Betrag
AB	100	20,--	2.000	Ag	800	23,--	18.400				
Zg	400	21,--	8.400	EB	100	20,--	2.000				
Zg	400	25,--	10.000								
			20.400								20.400
			=====								=====

1) Den Symbolen liegt folgende Bedeutung zugrunde:

AB = Anfangsbestand Zg = Zugang
EB = Endbestand Ag = Abgang

Das Lifo-Verfahren erfüllt in Zeiten steigender Preise auch bei Mehrbeständen seinen ureigenen Zweck, nämlich das Entstehen von Scheingewinnen zu verhindern. Auch in diesem Falle werden die für die Ersatzbeschaffung der Vorratsbestände erforderlichen finanziellen Mittel im Unternehmen gebunden. Der Wertansatz für die Bewertung der Mehrbestände richtet sich dabei nach dem Grundsatz "first in - first out", d.h. die Mehrbestände sind zu dem Anschaffungspreis der ersten Zugänge des Jahres zu bewerten ¹⁾. Ein Beispiel soll dies verdeutlichen:

Soll				Vorratskonto				Haben			
Datum	Mengen-	Preis	Betrag	Datum	Mengen-	Preis	Betrag	Datum	Mengen-	Preis	Betrag
	einheit	/Stück			einheit	/Stück			einheit	/Stück	
AB	100	20,--	2.000	Ag	600	23,67	14.200				
Zg	400	21,--	8.400	EB	100	20,--	2.000				
Zg	400	25,--	10.000		200	21,--	4.200				
			20.400								20.400
			=====								=====

Die Anfangsbestände und die Mehrbestände werden zu einem Gesamtbestand zusammengefaßt, wobei der Bewertung ein Durchschnittspreis zugrunde liegt. Er errechnet sich aus dem Buchwert des Anfangsbestandes und den Anschaffungspreisen der ersten Zugänge ²⁾.

Problematischer erweist sich die Anwendung des Lifo-Verfahrens, wenn zum Bilanzstichtag Minderbestände gegenüber dem Jahresanfang auftreten. Das Ziel der Substanzerhaltung wird in diesem Falle in Frage gestellt. Ein Beispiel soll dies erläutern:

1) Vgl. Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 141.

2) Ebenda, S. 142 f.

Soll				Haben			
Vorratskonto							
Datum	Mengen- einheit	Preis /Stück	Betrag	Datum	Mengen- einheit	Preis /Stück	Betrag
AB	100	20,--	2.000	Ag	850	22,82	19.400
Zg	400	21,--	8.400	EB	50	20,--	1.000
Zg	400	25,--	10.000				
			20.400				20.400
			=====				=====

Minderbestände führen dazu, daß sich bei Anwendung des Lifo-Verfahrens der zu verrechnende Aufwand aus den Zugängen der Periode, bewertet zu den Anschaffungspreisen, und einem Teil des zu früheren Anschaffungspreisen bewerteten Anfangsbestandes errechnet. Im vorangehenden Beispiel sind 50 Mengeneinheiten des Anfangsbestandes zum Preise von DM 20,-- als Aufwand in der Erfolgsrechnung verrechnet worden. Bei einem Stichtagszeitwert von DM 25,-- bedeutet dies, daß die im Aufwand gebundenen Erlösteile von DM 1.000,-- nur für die Beschaffung von 40 Mengeneinheiten ausreichen, gegenüber einem Aufwand von 50 Einheiten. Mit dem Auftreten von Minderbeständen ist bei Anwendung des Lifo-Verfahrens die Auflösung eines Teiles der in den Vorräten gebildeten stillen Reserven verbunden.

Mit ähnlichen Schwierigkeiten sieht sich die Unternehmensführung dann konfrontiert, wenn bei den Vorräten Art-, Qualitäts- und/oder Formänderungen auftreten. Denn die Anwendung dieses Verfahrens setzt voraus, daß Anfangs- und Schlußbestand hinsichtlich Art, Qualität und Form übereinstimmen. Dieser Forderung kann jedoch in unserer heutigen dynamischen Wirtschaft nur in Ausnahmefällen Rechnung getragen werden. Es ist deshalb erforderlich, das Lifo-Verfahren elastisch an die sich ändernden wirtschaftlichen Verhältnisse anzupassen. Das in den USA angewandte Dollar-Value-Verfahren stellt einen derartigen Lösungsversuch dar.

"Nach dieser Methode ... wird der Anschaffungswert des Endbestandes ... mit Hilfe von Preisindizes auf den Preisstand bei Einführung des Lifo-Verfahrens umgerechnet. Übersteigt auf diesem Preisniveau der End- den Anfangsbestand, so stellt die Differenz nicht nur eine nominelle, sondern auch eine substantielle Vermehrung des Lagers dar. Da aber nach dem Lifo-Prinzip die Lagerzunahme nicht zu den Preisen des Bestandes, sondern zu den Anschaffungspreisen der Periode zu bewerten ist, wird diese Differenz mit Hilfe der Preisindizes soweit aufgewertet, wie dem Zeitpunkt des Zuganges nach Lifo-Fiktion entspricht" ¹⁾. Entsprechend dieser definitorischen Grundlagen kann das Dollar-Value-Verfahren als eine Synthese zwischen dem Lifo-Verfahren als einer Mengenrechnung und der Indexmethode als einer Wertrechnung angesehen werden.

Zusammenfassend ist zu erkennen, daß das Lifo-Verfahren, gegebenenfalls in Verbindung mit dem Dollar-Value-Verfahren, in bestimmten einfachen Fällen zur Eliminierung von Scheingewinnen herangezogen werden kann. Es hat den Vorteil der verhältnismäßig einfachen Anwendung bei der Bewertung des Vorratsvermögens und zwar ausschließlich in diesem Bereich. Hax begründet die substanzerhaltende Wirkung damit, daß sich der zu verrechnende Aufwand aus den Anschaffungskosten der Zugänge der Abrechnungsperiode zusammensetzt; diese Anschaffungspreise würden aufgrund der im allgemeinen zu beobachtenden kurzen Umschlagsdauer bei den Vorräten eine weitgehende Parallelität zu den Wiederbeschaffungspreisen aufweisen, vorausgesetzt die Preisbewegungen treten nicht allzu stark auf ²⁾. Seiner Meinung nach würden dann die durchschnittlichen Preise der Zugänge in etwa identisch sein mit den durchschnittlichen Wiederbeschaffungspreisen.

1) Von Colbe, Walther Busse: Preis- und Geldwertschwankungen, a.a.O., Sp. 4432 f.

2) Vgl. Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch).

In ähnlichem Sinne äußert sich Liebl ¹⁾, der in der für die Bewertung maßgeblichen Umkehrung der historischen Reihenfolge der Eingänge eine Annäherung an den Tageswertgedanken sieht. Das Lifo-Verfahren versagt jedoch dann, wenn bei den Vorratsgütern gegenüber dem Vorjahr Art-, Form- oder Qualitätsänderungen bzw. Bestandsminderungen eingetreten sind, da sich in diesen Fällen die stillen Reserven erfolgswirksam auflösen.

(2) Das Hifo-Verfahren

Das Hifo-Verfahren ²⁾ ist in seiner Ausgestaltung, Wirkung und Zwecksetzung artverwandt mit dem Lifo-Verfahren.

"Hifo" bedeutet "highest in - first out" ³⁾, d.h. man geht von der Fiktion aus, daß im unternehmerischen Leistungsprozeß diejenigen Vorratsgüter als zuerst verbraucht angesehen werden, die zu den höchsten Beschaffungspreisen aus dem Markt in das Unternehmen geflossen sind. Während also beim Lifo-Verfahren der Wertansatz für die Aufwandsermittlung an die zeitliche Reihenfolge der Beschaffung anknüpft, und zwar in entgegengesetzter Richtung, bleibt beim Hifo-Verfahren der Zeitpunkt der Güterzugänge ohne Bedeutung für die Aufwandsverrechnung.

Bei einem permanenten Preisanstieg decken sich die Ergebnisse der beiden Verfahren. Sobald jedoch der Preisanstieg von gewissen Preisschwankungen begleitet ist, kann bei der

1) Vgl. Liebl, Josef: a.a.O., S. 680.

2) Vgl. u.a. die Ausführungen zu dieser Methode von Barth, Kuno: Die Bewertung mit eisernen Beständen. Stuttgart 1951, S. 27; sowie: Langen, Wilhelm: Die Bewertung von Warenvorräten bei schwankenden Preisen. In: Wpg, 3. Jg. 1950, Nr. 1, S. 4 ff.

3) In den USA ist dieses Verfahren auch unter dem Terminus "Moti", d.h. More in - than out, bekannt. Vgl. Wicox, Edward B.: The Rise and Fall of LIFO. In: The Journal of Accountancy, Februar 1948, S. 99.

Anwendung des Hifo-Verfahrens im allgemeinen gesagt werden, daß mit Hilfe dieser Methode der Eliminierung von Scheingewinnen in größerem Umfange Rechnung getragen werden kann als beim Lifo-Verfahren. Ein Beispiel soll die unterschiedliche Wirkungsweise erläutern:

Ausgangspunkt der Aufwandsermittlung:

	Anzahl	Preis/Stück	Warenwert
		<u>DM</u>	<u>DM</u>
Anfangsbestand	10	100,--	1.000,--
1. Zugang	50	120,--	6.000,--
2. Zugang	10	90,--	900,--
3. Zugang	20	150,--	3.000,--
	90		10.900,--

Aufwandsermittlung bei einem Warenverbrauch von 50 Einheiten:

1. nach dem Lifo-Verfahren:

	<u>Anzahl</u>	<u>DM</u>	<u>DM</u>
	20	150,--	3.000,--
	10	90,--	900,--
	20	120,--	2.400,--
Aufwandswert	50		6.300,--

2. nach dem Hifo-Verfahren:

	<u>Anzahl</u>	<u>DM</u>	<u>DM</u>
	20	150,--	3.000,--
	30	120,--	3.600,--
Aufwandswert	50		6.600,--

Vergleicht man die beiden Aufwandswerte, so erweist sich die Hifo-Methode unter dem Gesichtspunkt der Substanzerhaltung als ein der Lifo-Methode überlegenes Verfahren.

Bei Anwendung des Hifo-Verfahrens im Rahmen der Aufwandsverrechnung gilt für die Bilanzrechnung entsprechend das Prinzip, daß die Bilanzbestände zum Bilanzstichtag nicht zu ihren effektiven Anschaffungskosten anzusetzen sind, sondern mit den niedrigsten Preisen, die für die Beschaffung der Güter gezahlt worden sind. Das Verfahren versagt in den Fällen, in denen Minderbestände vorliegen, da dadurch eine Auflösung stiller Reserven erfolgt. Bei Art-, Form- und/oder Qualitätsänderungen zeigen sich bei dem Hifo-Verfahren die gleichen Schwierigkeiten, wie dies beim Lifo-Verfahren dargestellt worden ist.

(3) Das Nifo-Verfahren

Wie wir gesehen haben, versagt sowohl das Lifo- als auch das Hifo-Verfahren in allen denjenigen Fällen, in denen es zu einem Abbau des Anfangsbestandes kommt. Mit Hilfe des Nifo-Verfahrens (Next in - first out), das in den USA Eingang in die Steuergesetze gefunden hat, will man diesen Schwierigkeiten begegnen. Es handelt sich hierbei um eine Variation des Lifo-Verfahrens, d.h. das Lifo-Verfahren wurde zur Vermeidung der diesem Verfahren anhaftenden Mängel modifiziert.

Beim Nifo-Verfahren wird die Unternehmensleitung in die Lage versetzt, die bei einer Auflösung des Anfangsbestandes betroffenen Vorratsgüter mit ihren Wiederbeschaffungspreisen in dem zu verrechnenden Aufwand berücksichtigen zu können. Auch dieser Sachverhalt soll an einem Beispiel erläutert werden:

Wenn in einem Unternehmen zu Beginn der Abrechnungsperiode ein Warenbestand von 10 Einheiten zu einem Anschaffungswert von DM 100,-- besteht, dann ist bei einer Auflösung dieses Bestandes entsprechend dem Nifo-Verfahren der gestiegene Wiederbeschaffungspreis für die Aufwandsbewertung anzusetzen. Der Wiederbeschaffungspreis liegt im obigen Beispiel

1) Vgl. S. 172.

bei DM 150,--. Ein Vergleich zwischen dem Lifo- und dem Nifo-Verfahren zeigt folgende Ergebnisse:

	Lifo-, Hifo- Verfahren	Nifo- Verfahren
	<u>DM</u>	<u>DM</u>
Anfangsbestand	1.000,--	1.000,--
+ Zugänge	9.900,--	9.900,--
	10.900,--	10.900,--
./. Endbestand	-,--	-,--
	10.900,--	10.900,--
Noch zu verrechnender Aufwand zur Erhaltung des Anfangsbestandes: (10 x DM 150,-- ./. DM 1.000,--)		500,--
Warenaufwand	10.900,--	11.400,--
	=====	=====

Der Grundgedanke dieses Verfahrens liegt also darin, durch eine Aufwandsverrechnung des Anfangsbestandes zu Wiederbeschaffungspreisen Mittel in der Unternehmung zu binden, die eine Wiederbeschaffung der verbrauchten Anfangsbestände sicherstellen.

(4) Die Bewertungsverfahren zu Durchschnittswerten

Die Feststellung der Anschaffungspreise für die zwischen der Unternehmung und dem Markt stattgefundenen Güterbewegungen einer Periode, wie dies bei den drei oben behandelten Methoden erforderlich ist, kann vielfach aufgrund technischer Schwierigkeiten bzw. wirtschaftlicher Überlegungen nicht durchgeführt werden. Insbesondere Kostenüberlegungen werden es für die Unternehmensführung für zweckmäßig erscheinen lassen, die Bewertungsverfahren zu Durchschnittswerten zu verwenden. Die Vereinfachung dieser Methoden gegenüber den vorgenannten Verfahren besteht darin, daß der Aufwandsbewertung der einzelnen Verbrauchsvorgänge nicht die effektiv bezahlten Anschaffungspreise der Wareneinheiten zurechnen

liegen, sondern die durchschnittlichen Anschaffungspreise. Die einzelnen Durchschnittswertmethoden arbeiten mit einem aus den Anschaffungspreisen errechneten Schätzwert. Dieser Schätzwert kann sowohl für die Aufwandsermittlung als auch für die Feststellung des Wertes der Bilanzbestände als Grundlage der Bewertung dienen ¹⁾.

Die Ergebnisse eines derartigen Bewertungsverfahrens hängen davon ab, welchen Durchschnittswert man der Aufwandsermittlung zugrunde legt. Liebl ²⁾ weist darauf hin, daß hierbei mit einfachen oder gewogenen Durchschnittswerten gerechnet werden kann. Im ersteren Falle errechnet sich der Schätzwert aus den Anschaffungspreisen der Zugänge einer Periode und den Anschaffungspreisen des Anfangsbestandes. Zur Veranschaulichung dieses Zusammenhanges diene folgendes Beispiel:

	Anzahl	Preis/Stück	Warenwert
		<u>DM</u>	<u>DM</u>
Anfangsbestand	100	100,--	10.000,--
1. Zugang	150	110,--	16.500,--
2. Zugang	200	105,--	21.000,--
3. Zugang	300	120,--	36.000,--
Anschaffungswert	750		83.500,--
Endbestand	120	111,33	13.360,--
			=====
Verbrauch	630	111,33	70.140,--
			=====

1) Aufgrund dieser Doppelfunktion können die Durchschnittswertmethoden sowohl als Aufwands- als auch als Bestandsbewertungsmethoden bezeichnet werden. Ausschlaggebend ist letztlich, ob die Bewertung des Aufwandes oder die Bewertung des Warenbestandes im Mittelpunkt der Betrachtung steht.

2) Vgl. Liebl, Josef: a.a.O., S. 682 f.

Der Anschaffungswert aus Anfangsbestand und Zugängen beträgt insgesamt DM 83.500,--. Bei Anschaffungen von insgesamt 750 Mengeneinheiten errechnet sich hieraus ein Durchschnittswert von DM 111,33 je Mengeneinheit. Für die Bewertung von Endbestand und Verbrauch bildet diese Größe die Wertbasis.

Einem anderen Ermittlungsverfahren liegt der gewogene Durchschnittswert zugrunde. Dieser Wert errechnet sich ebenfalls aus den Anschaffungspreisen aller Zugänge, jedoch unter Berücksichtigung der in einer Periode erfaßten Abgänge. Ein Beispiel soll diesen Sachverhalt näher erläutern:

	Anzahl	Preis/Stück	Warenwert
		<u>DM</u>	<u>DM</u>
Anfangsbestand	100	100,--	10.000,--
1. Zugang	150	110,--	16.500,--
	250	106,--	26.500,--
Abgang	200	106,--	21.200,--
	50	106,--	5.300,--
2. Zugang	200	105,--	21.000,--
	250	105,20	26.300
Abgang	150	105,20	15.780,--
	100	105,20	10.520,--
3. Zugang	300	120,--	36.000,--
	400	116,30	46.520,--
Abgang	280	116,30	32.564,--
Endbestand	120	116,30	13.956,--
Ergebnis:			
Schlußbestand	120	116,30	13.956,--
	==		=====
Verbrauch	630	110,39	69.544,--
	==		=====

Der Schlußbestand von 120 Mengeneinheiten wird zu einem Durchschnittswert bewertet, der sich aufgrund fortlau-

fender Verrechnung der Zu- und Abgänge (Skontration) ermitteln läßt. Der Zusammenhang zwischen dem zu bewertenden Objekt und seinem effektiv bezahlten Anschaffungspreis wird gelöst. Der Wert des Gesamtverbrauchs setzt sich aus der Summe der einzelnen Abgänge zusammen, bewertet zu den jeweils errechneten Durchschnittswerten. Die Wertansätze für die Bewertung des Schlußbestandes und des Warenverbrauchs sind im Gegensatz zum einfachen Durchschnittswertverfahren verschieden.

Vergleicht man die Bewertungsgrundlagen bei beiden Verfahren im Hinblick auf die Aufwandsbewertung, so ergeben sich materielle Unterschiede. Der Wertansatz für die Bewertung des Aufwandes stellt sich beim ersteren Verfahren als ein Mittelwert aus den einzelnen Preisen aller Anschaffungen dar. Beim gewogenen Durchschnittswertverfahren sind neben der Höhe der einzelnen Zu- und Abgänge auch die Termine dieser Vorgänge wertbestimmend für die Verrechnung des Aufwandes.

Die Ermittlung der rechnerischen Grundlagen für die Anwendung der Durchschnittswertverfahren bereitet, ebenso wie die Handhabung selbst, wenig Schwierigkeiten. Da jedoch der ursprüngliche Zweck dieser Verfahren darin bestand, die Inventur erleichtern zu helfen, können diese Verfahren nicht als spezielle Mittel zur Eliminierung von Scheingewinnen angesehen werden. Sie verhindern zwar in Zeiten einer Inflation das Entstehen von Scheingewinnen, jedoch nicht in vollem Umfange ¹⁾.

1) Das Institut "Finanzen und Steuern" weist auf diesen Mangel ausdrücklich hin: "Beim reinen Vorratsvermögen ist der Ausweis und damit die Besteuerung von Scheingewinnen durch eine wie auch immer geartete Durchschnittsbewertung nie ganz zu vermeiden. Mit der Durchschnittsbewertung werden nicht einmal die extremen Folgen der Scheingewinnbesteuerung ausgeschaltet". Vgl. Institut "Finanzen und Steuern" (Hrsg.): Grundlagen und Möglichkeiten einer organischen Finanz- und Steuerreform, Zur Neuordnung der Finanzverfassung und des Steuersystems, Heft 60. Bonn 1962, S. 106.

Der Zweck aller dieser Verfahren, die an die Aufwandsbewertung anknüpfen, liegt darin, das Entstehen von Scheingewinnen zu verhindern. Ob dieses Ziel erreicht werden kann, hängt insbesondere auch von der Prüfung der Frage ab, inwieweit diese Verfahren den Vorschriften des Handels- bzw. Steuerrechts entsprechen.

(5) Kritische Würdigung der handels- und steuerrechtlichen Bedeutung

Bei der Beurteilung der handels- und steuerrechtlichen Bedeutung der einzelnen Verfahren ist vor auszuschicken, daß die Vorschriften des Handels- und Steuerrechts ausschließlich auf die Bewertung der Vermögensbestände abstellen. Wenn bei den obigen Verfahren mehr die Güterbewegungen im Vordergrund von Bewertungsüberlegungen gestanden haben, so kann daraus noch nicht auf einen Widerspruch und damit auf eine Unvereinbarkeit mit den Vorschriften des Handels- bzw. Steuerrechts geschlossen werden. Denn zwischen der Aufwandsbewertung und der Bewertung der Vermögensbestände besteht ein mittelbarer Zusammenhang. Die einzelnen Bewertungsmethoden der Aufwandsverrechnung sind somit in handels- und steuerrechtlicher Hinsicht mittelbar zu beurteilen, d.h. es ist festzustellen, ob ihr Wertensatz den Vorschriften der Bilanzbewertung widerspricht.

Ansatzpunkt dieser Überlegungen bildet die Tatsache, daß die Bewertungsprinzipien des Handels- und Steuerrechts auf der Nominalwertrechnung d.h. auf der Geldkapitalrechnung beruhen. Grundlage einer solchen Rechnung bilden die pagatorischen Vorgänge im Unternehmen. Aufgrund dieser Erkenntnis wird die dominierende Stellung des Anschaffungswertes für die Bewertung der Bilanzbestände verständlich.

Die Durchführung der Bilanzbewertung macht es erforderlich, die einzelnen Bilanzbestände quantitativ zu ermitteln und eine Bewertung auf der Basis der Anschaffungspreise durchzuführen. Zur Erfüllung dieser Aufgabe kann sich die Unter-

nehmensführung der oben genannten Methoden bedienen. Bei der Beurteilung dieses Sachverhaltes ist die Tatsache bedeutsam, daß der Anwendungsbereich dieser Verfahren unter zwei Aspekten gesehen werden kann. Einmal können sie in der Funktion als Schätzungsmethode und zum anderen als Bewertungsmethode Anwendung finden.

In der Funktion als Schätzungsmethode fällt diesen Verfahren die Aufgabe zu, die Inventurarbeiten erleichtern zu helfen, da die Einzelbewertung nicht bei allen Vermögensgegenständen technisch möglich ist bzw. aus wirtschaftlichen Gründen nicht in allen Fällen vertreten werden kann. Die den einzelnen Verfahren zugrunde liegenden Vermutungen sollen bei der Inventarisierung als Hilfen dienen, einen Wertansatz möglichst nahe am Anschaffungswert zu ermitteln.

Grundsätzlich gilt im Handels- und Steuerrecht das Prinzip der Einzelbewertung. Im § 39 Abs. 1 HGB ist dieser Grundsatz gesetzlich verankert. Danach hat jeder Geschäftsmann am Schluß eines jeden Geschäftsjahres seine Vermögensgegenstände in Form eines Inventars festzuhalten und den Wert der einzelnen Gegenstände anzugeben. Unter bestimmten Bedingungen erlaubt das Gesetz neuerdings ein Abgehen von dem Prinzip der Einzelbewertung zugunsten des Gruppenbewertungsprinzips. Im § 40 Abs. 4 HGB sind die Voraussetzungen zur Anwendbarkeit des Gruppenbewertungsprinzips kodifiziert. Damit ist im HGB neben der Einzelbewertung auch die Gruppenbewertung zugelassen. Die Vorschrift des § 40 Abs. 4 Ziff. 1 HGB erlaubt eine Gruppenbewertung bei annähernd gleichwertigen oder bei solchen gleichartigen Vermögensgegenständen, bei denen nach Art des Bestandes oder auf Grund sonstiger Umstände ein Durchschnittswert bekannt ist, wobei die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung zu beachten sind.

Auf bestimmte Verfahren für die Durchführung der Gruppenbewertung hat sich der Gesetzgeber nicht festgelegt. Unter diesem Gesichtspunkt stellt die Vorschrift eine Rahmenbe-

stimmung dar, die eine Weiterentwicklung in der Praxis offen läßt. Maßgeblich für eine Entscheidung über die Zulässigkeit bzw. Unzulässigkeit von Schätzungsmethoden werden in jedem Falle die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sein.

Beurteilt man unter diesem Aspekt die oben dargestellten Methoden der Aufwandsbewertung (also das Lifo-, Hifo-, Nifo- sowie die Durchschnittswertverfahren), so sind sie in ihrer mittelbaren Bedeutung für die Bestandsermittlung als Gruppenbewertungsverfahren zu charakterisieren. In dieser Arbeit interessiert die Anwendung dieser Methoden jedoch in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der Bewertung.

Im folgenden ist deshalb zu untersuchen, inwieweit die gesetzlichen Vorschriften eine Anwendung dieser Verfahren im Rahmen der Bilanzbewertung erlauben, d.h. die unter diesem Aspekt als Bewertungsmethoden zu charakterisierenden Verfahren sind auf ihre handels- und steuerrechtliche Zulässigkeit hin zu überprüfen. Aufgrund der hieraus abgeleiteten Ergebnisse kann ein Urteil darüber abgegeben werden, ob und in welchem Maße den am Gewinn der Handels- und/oder Steuerbilanz orientierten Gewinnansprüchen der Begünstigten durch Anwendung dieser Verfahren begegnet werden kann.

Einen Ansatzpunkt für die Beurteilung der handelsrechtlichen Bedeutung dieser Verfahren kann das Aktiengesetz 1965 darstellen ¹⁾. In diesem Gesetz wird erstmals im Rahmen des deutschen Handelsrechts zur Frage der Anwendbarkeit dieser Bewertungsverfahren in der jährlichen Jahresabschlußrechnung Stellung genommen. Im § 155 Abs. 1 Satz 3 AktG 1965 ist die Bestimmung enthalten, daß es bei der Ermittlung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten gleichartiger Gegenstände des Vorratsvermögens nicht erforderlich ist festzustellen, welche Gegen-

1) Vgl. Aktiengesetz, a.a.O., S. 1089 ff.

stände im einzelnen verbraucht worden sind ¹⁾. Für den Wertansatz der Bewertung dieser Gegenstände kann vielmehr unterstellt werden, "daß die zuerst oder daß die zuletzt angeschafften oder hergestellten Gegenstände zuerst oder in einer sonstigen bestimmten Folge verbraucht oder veräußert worden sind", soweit dies mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung vereinbar ist ²⁾.

Damit stellt sich zunächst die Frage, in welchem Verhältnis die Bestimmung des § 40 Abs. 4 HGB ³⁾ zu dieser aktienrechtlichen Vorschrift steht. Forster ⁴⁾ ist der Auffassung, "daß durch § 155 die einer Vereinfachung der Bewertung dienenden Bewertungsvorschriften des HGB nicht ausgeschlossen werden sollten, und zwar schon deshalb, weil es sich bei ihnen zugleich auch um Vorschriften zur Vereinfachung der Inventur handelt, die Inventur durch die aktienrechtliche Regelung aber nicht berührt wird". Er verweist bei seiner Stellungnahme zu dieser Frage auf eine Bemerkung in der Begründung zum Regierungsentwurf, in der es heißt: "Ein im Wirtschaftsausschuß zunächst gestellter Antrag, die Zulässigkeit der Gruppenbewertung von Vorratsvermögen zu regeln, wurde zurückgezogen, nachdem von Seiten der Regierung darauf hingewiesen worden war, daß die im Entwurf eines Gesetzes

1) Anderer Ansicht ist Döllner: Seiner Meinung nach wird die allgemeine Bestimmung des § 149 Abs. 1 AktG nicht durch § 155 Abs. 1 Satz 3 AktG eingeschränkt. Dies habe zur Folge, daß die Bestimmung des § 155 Abs. 1 Satz 3 AktG nur dort anwendbar sei, wo "im großen und ganzen die Gegenstände in der betreffenden Reihenfolge verbraucht oder veräußert werden". Vgl. Döllner, Georg: Rechnungslegung nach dem neuen Aktiengesetz und ihre Auswirkungen auf das Steuerrecht. In: BB, 20. Jg. 1965, Doppelheft 35/36, S. 1412.

2) Siehe § 155 Abs. 1 Satz 3 AktG. Vgl. Aktiengesetz, a.a.O., S. 1127.

3) Vgl. S. 179.

4) Vgl. Forster, Karl-Heinz: Neue Pflichten des Abschlußprüfers nach dem Aktiengesetz von 1965. In: Beiträge zum neuen Aktienrecht, Sonderdruck aus der Zeitschrift "Die Wirtschaftsprüfung", Düsseldorf 1966, S. 29.

zur Änderung des Handelsgesetzbuches und der Reichsabgabenordnung .. vorgesehenen Vorschriften über die Gruppenbewertung auch für Aktiengesellschaften gelten werden" ¹⁾. Damit präzisiert das Aktiengesetz im § 155 Abs. 1 Satz 3 die Bestimmung des § 40 Abs. 4 HGB, und zwar dahingehend, daß es einzelne Verfahren der Gruppenbewertung in seinem Geltungsbereich für zulässig erklärt.

Exemplarisch werden zwei Bewertungsverfahren ausdrücklich im Aktiengesetz angeführt: Das Lifo-Verfahren und das Fifo-Verfahren. Die Anwendbarkeit dieser Verfahren ist jedoch aufgrund dieser aktienrechtlichen Norm an die Voraussetzung gebunden, daß Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung nicht verletzt werden. Insbesondere zwei wesentliche Argumente rechtfertigen diese Einschränkung hinsichtlich einer vorbehaltlosen Anwendung dieser Verfahren: Einmal ist der Anwendungsbereich dieser Verfahren, nämlich bei "gleichartigen" Gegenständen, im Aktiengesetz nicht näher definiert. Der im Ausschlußbericht niedergelegte Hinweis, daß es sich "nicht um einander genau gleiche Gegenstände zu handeln braucht" ²⁾ trägt nicht wesentlich zur Begriffsklärung bei. Das Merkmal der Gleichartigkeit beim Vorratsvermögen setzt nach Forster ³⁾ voraus, "daß die als gleichartig anzusprechenden Vermögensgegenstände zu der gleichen Waren-gattung gehören und sich nur durch Qualitäts- oder Größen-unterschiede voneinander unterscheiden" dürfen. Zum anderen besteht bei Anwendung des Lifo-Verfahrens in Zeiten fallender Freistendenz die Gefahr einer Überbewertung, d.h. die Gefahr der Verletzung des Niederstwertprinzips. In beiden Fällen verfolgt die Bedingung, daß bei Anwendung dieser

1) Kropff, Bruno: Aktiengesetz. Düsseldorf 1965, S. 246 f.

2) Ebenda, a.a.O., S. 246.

3) Vgl. Forster, Karl-Heinz: a.a.O., S. 29.

Verfahren stets Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung zu beachten sind, somit den Zweck, Mißbräuche zu verhindern.

Das Merkmal der Gleichwertigkeit wird im Aktiengesetz bei den zu bewertenden Gegenständen nicht gefordert. In Verbindung mit § 40 Abs. 4 HGB folgert jedoch Gessler ¹⁾, daß die ihrer Art nach gleichen Gegenstände mindestens mit einem Durchschnittswert bewertbar sein müßten.

Neben dem Lifo- und Fifo-Verfahren werden im § 155 Abs. 1 Satz 3 AktG noch Bewertungsmethoden für zulässig erachtet, bei denen eine sonstige bestimmte Folge hinsichtlich des Verbrauchs oder der Veräußerung beim Wertansatz unterstellt wird. Inwieweit das Hifo-Verfahren den Tatbestand dieser Bestimmung erfüllt, ist noch nicht abschließend geklärt. Uneinheitliche Auffassungen in der Literatur weisen auf diesen Sachverhalt hin. Folgt man z.B. der Argumentation von Döllerer ²⁾, dann wäre die Anwendung des Hifo-Verfahrens im Rahmen der Bewertungsvorschrift des § 155 Abs. 1 Satz 3 AktG für unzulässig zu erachten. Er ist der Meinung, daß nach dem Gesetzeswortlaut für den Wertansatz eine bestimmte Verbrauchsreihenfolge lediglich für die zuerst oder die zuletzt und nicht für die zu höchsten Preisen angeschafften Gegenstände angenommen werden soll.

Eine derartige Argumentation erscheint dem Verfasser nicht gerechtfertigt. Der Gesetzgeber wollte durch die im § 155 Abs. 1 Satz 3 AktG aufgenommene Zusatzformulierung "oder in einer sonstigen bestimmten Folge" Möglichkeiten für die Anwendung weiterer Verfahren offen lassen. Welche Verfahren

1) Vgl. Gessler, Ernst: Rechnungslegung im neuen Aktienrecht. In: NB, 19. Jg. 1966, Nr. 7/8, S. 195.

2) Vgl. Döllerer, Georg: Rechnungslegung ..., a.a.O., S. 1412.

im einzelnen die Voraussetzungen dieser Bestimmung erfüllen, ist im Augenblick noch nicht abschließend übersehbar. In jedem Falle dürften Verfahren ausscheiden, in denen eine Verbrauchs- oder Veräußerungsfolge unterstellt wird, die einen willkürlichen Wertansatz in der Jahresabschlußrechnung erlaubt und damit mögliche Manipulationen am Unternehmungsergebnis nicht ausschließt.

Diese Gefahr dürfte bei der Hifo-Methode nicht bestehen. Wie oben bereits dargelegt, handelt es sich bei diesem Verfahren der Art nach um eine Weiterentwicklung des Lifo-Verfahrens, wobei dem Vorsichtsprinzip eine dominierende Stellung eingeräumt wird. Anhaltspunkt für die Bewertung bildet nicht die Zeitfolge des Verbrauchs oder der Veräußerung, wie dies beim Lifo- und Fifo-Verfahren der Fall ist, sondern die Preisfolge. Sowohl Forster ¹⁾ als auch der Arbeitskreis "Bewertungsvorschriften" ²⁾ sind der Auffassung, daß die dem Hifo-Verfahren zugrunde liegende Preisfolge auf den gesetzlichen Tatbestand des § 155 Abs. 1 Satz 3 AktG zutrifft. Für den Arbeitskreis ergibt sich aus der gesetzlichen Formulierung 'oder in einer sonstigen bestimmten Folge', "daß es sich nur um eine andere, wirtschaftlich vernünftige Reihenfolge handeln kann", wozu bei kaufmännischer Beurteilung die Preisfolge und als solche das Hifo-Verfahren zu zählen sei ³⁾.

Anders liegt der Sachverhalt beim Nifo-Verfahren. Diese Methode läuft auf eine Aufwandsbewertung zu Wiederbeschaffungspreisen hinaus. Da dieses Verfahren bei steigenden

1) Vgl. Forster, Karl-Reinz: a.a.O., S. 28.

2) Vgl. Arbeitskreis "Bewertungsvorschriften" des Betriebswirtschaftlichen Ausschusses des Verbandes der Chemischen Industrie e.V., Frankfurt a.M.: Bewertungsvorschriften im Aktienrecht, 1958. 1. Aufl., 2. Ergänzungsheft, S. 54 f.

3) Ebenda, S. 55.

Wiederbeschaffungspreisen zu einer Verletzung des das Handelsrecht beherrschenden Anschaffungswertprinzips führt und damit gegen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung verstößt, kann es nicht mit der Bestimmung des § 155 Abs. 1 AktG als vereinbar angesehen werden. Demgegenüber sind hinsichtlich der Zulässigkeit der Durchschnittswertverfahren im Rahmen des § 155 Abs. 1 Satz 3 AktG keinerlei Bedenken zu erheben.

Zusammenfassend ergibt sich die Feststellung, daß alle Verfahren der Aufwandsbewertung, mit Ausnahme des Nifo-Verfahrens, im Rahmen der im Aktiengesetz gezogenen Grenzen für die Ermittlung der Wertansätze im Jahresabschluß für zulässig zu erachten sind. Dabei ist dem Kaufmann hinsichtlich der Anwendung der einzelnen Bewertungsmethoden ein Wahlrecht zuzubilligen. Es liegt in seinem Ermessen, für welche Methode er sich im Einzelfall entscheiden will ¹⁾. Bei seiner Entscheidung kann er sich von dem Prinzip der Vorsicht leiten lassen, d.h. er kann diejenige Bewertungsmethode wählen, die ihm die Möglichkeit der Bildung höchster stiller Reserven gestattet. Ob jedoch innerhalb der durch die einzelnen Bewertungsverfahren gezogenen Grenzen Zwischenwerte möglich sind, ist eine offene Frage. Forster ²⁾ neigt in diesem Falle dazu, die Möglichkeit des Ansatzes von Zwischenwerten zu verneinen, obwohl seiner Meinung nach praktische Erwägungen dafür sprechen würden.

An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, daß die bisherigen Überlegungen und die daraus abgeleiteten Ergebnisse in Anlehnung an das Aktiengesetz entwickelt wurden. Da sie aufgrund dieses Gesetzes lediglich bei gleichartigen Vermögensgegenständen Anwendung finden können, ist ihre Anwendungsmöglichkeit erheblich eingeschränkt. Für die Motivierung

1) Inwieweit bei diesen Methoden auch die Möglichkeit eines Wechsels von Jahr zu Jahr gegeben ist, muß die Entwicklung in der Praxis zeigen.

2) Vgl. Forster, Karl-Heinz: a.a.O., S. 31 f.

dieser Begrenzung dürfte der aktienrechtliche Schutz der Aktionäre maßgebend gewesen sein. Es sollte bei Gesellschaften, die in der Rechtsform der Aktiengesellschaft betrieben werden, der Forderung Rechnung getragen werden, die Bildung stiller Reserven weitestgehend zu verhindern. Für die Aktiengesellschaften besitzen diese Vorschriften grundsätzlich verbindlichen Charakter.

Über die Frage, ob auch alle anderen Unternehmungsformen an diese Rechtsnormen gebunden sind, besteht in der Literatur im Augenblick noch keine Klarheit. Dabei läuft das zur Diskussion stehende Problem letztlich auf die entscheidende Frage hinaus; Handelt es sich bei den aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften um Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung oder um eine, nur für die unter der Rechtsform der Aktiengesellschaft betriebenen Unternehmen verbindliche *lex specialis*? Es kann also nicht darum gehen, ob die aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften auch bei anderen Unternehmungsformen angewendet werden dürfen, sondern ob sie angewendet werden müssen.

Albach ¹⁾ betrachtet diejenigen Bestimmungen des Aktiengesetzes als Bestandteil der Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung, die das kodifizieren, was im bisherigen Aktiengesetz von 1937 bereits geltendes Bilanzrecht war. Die gleiche Auffassung wird u.a. auch von Kropff ²⁾ vertreten. Er sieht in der strengeren Folgerung, die das neue Aktiengesetz aus dem Grundsatz der kaufmännischen Vorsicht zieht, eine Fortentwicklung der Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung. Beide Autoren treten dafür ein, den Bewertungsvorschriften des neuen Aktiengesetzes allgemeingül-

1) Vgl. Albach, Horst: Rechnungslegung im neuen Aktienrecht. In: NB, 19. Jg. 1966, Nr. 7/8, S. 178 ff.

2) Vgl. Kropff, Bruno: Grundsätze der Rechnungslegung nach dem Aktiengesetz 1965. In: NB, 19. Jg. 1966, Nr. 3, S. 60.

tige Verbindlichkeit für alle Kaufleute zuzubilligen ¹⁾.

Diese Auffassung ist in der Literatur nicht unwidersprochen geblieben. Insbesondere Ludewig ²⁾, Gessler ³⁾ und Birkholz ⁴⁾ lehnen es ab, die Rechnungslegungsvorschriften des Aktiengesetzes als Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung bzw. Bilanzierung zu proklamieren. Beide Standpunkte sind schwer zu widerlegen. Der Verfasser neigt dazu, erst einmal die Entwicklung in der Praxis abzuwarten. Denn im Laufe der praktischen Anwendung des Gesetzes wird es sich zeigen, "ob die weitgehende Konzipierung dynamischer Bilanz-auffassungen im neuen Aktienrecht den Anschauungen ordentlicher und ehrenwerter Kaufleute entspricht" ⁵⁾. Zunächst jedenfalls sollte man die aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften noch nicht für alle Unternehmungsformen für allgemeinverbindlich erklären.

-
- 1) Ihre Auffassung teilen u.a.: Eder, Karl: Das neue deutsche Aktiengesetz und seine Bedeutung für die GmbH. In: GmbH-Rundschau, 56. Jg. 1965, Nr. 8, S. 147 ff.; Schneider, Karl: Neues Aktiengesetz und Wirtschaftsprüfer. In: Wpg, 18. Jg. 1965, Nr. 14, S. 361 f.; Littmann, Eberhard: Die aktienrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften vom 6. September 1965 in der Sicht des Bilanzsteuerrechts. In: DStR, 4. Jg. 1966, Heft 8, S. 235; Döllerer, Georg: Gläubigerschutz und Aktionärsschutz im neuen Aktienrecht - ein Scheingegensatz. In: BB, 21. Jg. 1966, Heft 16, S. 632; ferner: Rechnungslegung ..., a.a.O., S. 1417.
 - 2) Vgl. Ludewig, Rainer: Bilanzpolitik im Rahmen der neuen aktienrechtlichen Bilanzierungsvorschriften. In: NB, 19. Jg. 1966, Nr. 2, S. 56.
 - 3) Vgl. Gessler, Ernst: Aktuelle gesellschaftsrechtliche Probleme. In: DB, 19. Jg. 1966, Heft 6, S. 219.
 - 4) Vgl. Birkholz, Hans: Das neue Aktienrecht in steuerlicher Sicht. In: BB, 21. Jg. 1966, Heft 18, S. 709 f.
 - 5) Greiffenhagen, Hermann: Zur Bedeutung aktienrechtlicher Rechnungslegungsvorschriften als Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung für Unternehmungen außerhalb der Aktiengesellschaft. In: Beiträge zum neuen Aktienrecht, Sonderdruck aus der Zeitschrift "Die Wirtschaftsprüfung", Düsseldorf 1966, S. 171.

Im folgenden ist deshalb zu prüfen, ob diese Methoden im Rahmen der Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung (in der Funktion als Bewertungsverfahren) für zulässig angesehen werden können und zwar ohne Beachtung der im Aktiengesetz geforderten Rechtstatbestände.

Über die Bedeutung der Lifo-, Hifo- und Nifo-Methode sowie der Durchschnittswertverfahren für die Handelsbilanz kann ganz allgemein gesagt werden, daß ihre Anwendung dann als unzulässig zu erachten ist, wenn sie gegen die geltenden handelsrechtlichen Bewertungsprinzipien verstoßen. Im Handelsrecht dominiert, speziell bei der Bewertung des Vorratsvermögens, das Niederstwertprinzip. In diesem Prinzip wird ausschließlich den jeweiligen Preisbewegungen Aufmerksamkeit geschenkt. Entscheidend für die Zulässigkeit der Bewertungsmethoden im Handelsrecht ist somit, ob sich dieser Gesichtspunkt mit den in den betreffenden Verfahren unterstellten Güterbewegungen vereinbaren läßt.

Nach dem Lifo-Prinzip werden die Warenbestände nicht zu den Preisen der vor dem Bilanzstichtag liegenden Anschaffungen bewertet, sondern zu den früheren Anschaffungspreisen. Bei einem Absinken der Preise während des Geschäftsjahres führt eine derartige Bewertungsmethode dazu, daß die zu den niedrigsten Preisen gekauften Vermögensgegenstände zuerst als Aufwand verrechnet werden. Die zu den höchsten Preisen bezogenen Vermögensgegenstände erscheinen dann in der Bilanz. In diesem Falle würden nicht realisierte Verluste nicht ausgewiesen, was einer Verletzung des Niederstwertprinzips gleichkommt.

Diese Argumentation hat sich der OFH in seinem Gutachten vom 3. Juni 1949 zu eigen gemacht. Seiner Ansicht nach würde beim Lifo-Verfahren bei fallenden Preisen "der Ansatz der Bestände mit den hohen Anschaffungskosten der zuerst gekauften Vorräte über dem Teilwert liegen" und damit gegen

das Niederstwertprinzip verstoßen ¹⁾. Diese Auffassung ist in der Literatur nicht unwidersprochen geblieben. Die darin erhobene Kritik, die sich dagegen wendet, in der Anwendung des Lifo-Verfahrens eine Verletzung des Niederstwertprinzips zu sehen ²⁾, stützt sich im wesentlichen auf folgende zwei Argumente:

1. Die Möglichkeit "abwechselnder Anwendung des LIFO-Prinzips bei steigenden und der FIFO-Methode bei fallenden Preisen" ³⁾. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang die Frage, ob dadurch eine Verletzung des Niederstwertprinzips in allen Fällen vermieden werden kann. Dies ist dann nicht der Fall, wenn die Wiederbeschaffungspreise im Zeitpunkt der Bilanzstellung soweit gesunken sind, daß deren Wertansatz unter demjenigen des Fifo-Prinzips liegt. Bei einem Wechsel vom Lifo- auf das Fifo-Prinzip bei sinkenden Anschaffungspreisen besteht also nur dann Übereinstimmung mit dem geltenden Handelsrecht, wenn der nach dem Fifo-Verfahren errechnete Bilanzwert der Bestände nicht über dem Wiederbeschaffungswert liegt.

1) Gutachten des Obersten Finanzgerichtshofs vom 3. Juni 1949 I D 2/49 S. In: Ministerialblatt des Bundesministeriums der Finanzen, 1. Jg. 1949/50, Nr. 14, S. 335.

2) Vgl. u.a.: Binder, Odilo: Schätzungsverfahren bei der Vorratsbewertung. In: BB, 7. Jg. 1952, Heft 6, S. 152 ff.; Gnam, Arnulf: Betrachtungen zum Gutachten ..., a.a.O., S. 211 f.; Guenther, Joachim: Die Anwendung des Last-in-first-out-Prinzips während des Geschäftsjahrs bedeutet trotz gesunkener Preise beim Jahresabschluß keinen Verstoß gegen das Niederstwertprinzip. In: Wpg, 3. Jg. 1950, Nr. 12, S. 548 ff.; Görres, Peter: Zur Scheingewinnbesteuerung, a.a.O., S. 124 f.; Kolbe, Hans: Die Berücksichtigung von Preisschwankungen nach dem OFH-Gutachten vom 3. 6. 1949. In: BB, 4. Jg. 1949, Heft 23, S. 465; Langen, Wilhelm: a.a.O., S. 8 f.; Spitaler, Armin: Vorrätebewertung und Preisschwankung. In: DB, 2. Jg. 1949, Nr. 32, S. 377 f.

3) Liebl, Josef: a.a.O., S. 682.

Der Vorschlag, Lifo- und Fifo-Prinzip abwechselnd für die Bewertung heranzuziehen, um eine Verletzung des Niederstwertprinzips vermeiden zu können, kann demnach nicht als allgemeingültiger Lösungsweg angesehen werden.

2. Die Möglichkeit einer Sonderabschreibung. Verletzen bei Anwendung des Lifo-Verfahrens die Wertansätze in der Bilanz das Niederstwertprinzip, so kann durch eine Sonderabschreibung dieser Mangel beseitigt werden. Eine Sonderabschreibung wird dann erforderlich, wenn der Wiederbeschaffungspreis unter dem aufgrund des Lifo-Prinzips ermittelten Wertansatz liegt. Die Einschränkung, die bei einem Wechsel vom Lifo- auf das Fifo-Prinzip gemacht werden mußte, besteht in diesem Falle nicht.

Nahezu einmütige Übereinstimmung herrscht in der betriebswirtschaftlichen Literatur darüber, daß das dem Lifo-Verfahren zugrunde liegende Bewertungsprinzip nicht das geltende Handelsrecht, insbesondere das Niederstwertprinzip, verletzt. In der amerikanischen Literatur wird diesem Problemkreis keinerlei Bedeutung beigemessen, da im amerikanischen Handelsrecht derartige Vorbehalte nicht bestehen ¹⁾. Aufgrund einer Untersuchung durch das American Institute of Accountants (nunmehr American Institute of Certified Public Accountants), die sich auf 600 Unternehmen über mehrere Jahre hin erstreckte, wurde festgestellt, daß etwa ein Drittel der befragten Unternehmen das Lifo-Verfahren anwendet ²⁾.

1) Vgl. Liebl, Josef: a.a.O., S. 679 f.

2) Vgl. American Institute of Accountants (Hrsg.): Accounting Trends and Techniques. 9 th ed., New York 1955, S. 61 f.

Gegen eine Anwendung des Hifo-Verfahrens, das als eine Weiterentwicklung des Lifo-Gedankens angesehen werden kann, dürften handelsrechtlich ebenfalls keine Bedenken bestehen. Nach dieser Methode ergibt sich für die Bewertung des Vorratsbestands der niedrigst mögliche Wertansatz, basierend auf den Anschaffungspreisen. Aufgrund dieses Zusammenhanges kann dem Hifo-Verfahren eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Niederstwertprinzip nicht abgesprochen werden. In keinem Falle dürfen die beiden Prinzipien gleichgesetzt werden, da sich der Wertansatz beim Hifo-Verfahren auf einen Güterrestposten bezieht, bei dem der Zusammenhang zwischen effektivem Gütereingang und Anschaffungspreis gewahrt bleibt, während er beim Niederstwertprinzip nicht mehr vorliegt. Aus diesem Grunde besteht bei der Anwendung des Hifo-Verfahrens ebenfalls die Gefahr, daß der hiernach ermittelte Wertansatz für die Endbestandsbewertung über demjenigen des Niederstwertprinzips liegt. Aus den gleichen Überlegungen, die in diesem Zusammenhang beim Lifo-Verfahren angestellt worden sind, können diese Bedenken als gegenstandslos bezeichnet werden ¹⁾.

Die Anwendung des Nifo-Verfahrens als Bewertungsprinzip führt, wie bereits dargelegt, zu einer Aufwandsverrechnung zu Wiederbeschaffungspreisen. Dadurch wird der Zusammenhang zwischen Aufwands- und Bilanzrechnung auf der Grundlage der Anschaffungswerte gelöst. Hierin ist an sich noch kein Verstoß gegen die geltenden handelsrechtlichen Bestimmungen zu erblicken. Denn im Handelsrecht kommt dem Anschaffungswert in der Bilanzbewertung in erster Linie die Bedeutung eines Höchstwertes zu, der bei gesunkenen Wiederbeschaffungswerten durch Tagespreise zu ersetzen ist. Diesem Aspekt könnte durch eine Sonderabschreibung, wie bereits dargelegt, Rechnung getragen werden.

1) Vgl. S. 190.

In anderer Beziehung ist jedoch die Kritik an der Nifo-Methode berechtigt. Dies ist dann der Fall, wenn die Aufwandsverrechnung zu Wiederbeschaffungspreisen zu einem Aufwandswert führt, der höher liegt als der Anschaffungswert der Anfangsbestände einschließlich der in der Periode bezogenen Vorratsgüter. Unter diesem Gesichtspunkt kann das Nifo-Verfahren nicht in Übereinstimmung mit dem im Handelsrecht herrschenden pagatorischen Prinzip angesehen werden. Diese Überlegungen dürften die Begründung dafür sein, weshalb dem Nifo-Verfahren im Handelsrecht keinerlei Bedeutung beizumessen ist.

Schließlich ist noch auf die handelsrechtliche Bedeutung der Bewertungsmethoden zu Durchschnittswerten einzugehen. Bei diesen Verfahren bilden die durchschnittlichen Anschaffungspreise die Grundlage sowohl für die Aufwandsverrechnung als auch für die Bestandsbewertung. Es handelt sich somit bei diesem Wertansatz um einen fiktiven Preis, der jedoch auf Anschaffungspreisen basiert. Die bei den bisher angeführten Bewertungsmethoden angemeldeten Bedenken hinsichtlich einer Verletzung des Handelsrechts, insbesondere des Niederstwertprinzips, gelten auch hier. Denn es kann bei diesem Verfahren der Tatbestand eintreten, daß bei einem Preisrückgang die Wiederbeschaffungspreise zum Bilanzstichtag so weit gesunken sind, daß sie unter den errechneten durchschnittlichen Anschaffungspreisen liegen. Wollte man aufgrund dieses Kriteriums bereits auf einen handelsrechtlichen Verstoß schließen, dann wären die Bewertungsverfahren zu Durchschnittswerten als unvereinbar mit dem geltenden Handelsrecht zu charakterisieren. Auch bei diesen Verfahren ist der Mangel durch eine Sonderabrechnung zu beseitigen.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß den Verfahren der Aufwandsbewertung mit Ausnahme des Nifo-Verfahrens die handelsrechtliche Bedeutung für Gesellschaften, die nicht in der Rechtsform der Aktiengesellschaft geführt werden,

nicht abgesprochen werden kann. Hierbei ist es nicht erforderlich, daß die für Aktiengesellschaften im § 155 Abs. 1 Satz 3 AktG geforderten Voraussetzungen erfüllt sein müssen.

Eine andere Einstellung zu diesem Problemkreis nimmt das deutsche Steuerrecht ein. Mit der Prüfung der Anwendbarkeit des Lifo-Verfahrens als Bewertungsmethode hat sich die steuerliche Rechtsprechung schon frühzeitig beschäftigt. Zum ersten Male hat der RFH im Urteil vom 13. Juni 1928 ¹⁾ (sogenanntes "Wertpapierurteil") zur Frage der Anwendbarkeit des Lifo-Verfahrens als Bewertungsmethode Stellung genommen. Diesem Urteil lag die Streitfrage zugrunde, welche Wertpapiere bei einem Verkauf als zuerst veräußert anzusehen sind, wenn die einzelnen Papiere zu verschiedenen Zeitpunkten und zu verschiedenen Beschaffungspreisen angeschafft worden sind. Der RFH stellte sich auf den Standpunkt, daß stets die zuletzt eingekauften Wertpapiere als zuerst veräußert zu behandeln sind, auch dann, wenn nachweisbar andere Stücke verkauft wurden. Denn es könne, so argumentierte der RFH in einem weiteren Wertpapierurteil vom 13. Dezember 1928 ²⁾, bei vollständiger Übereinstimmung der Bedeutung zweier Wertpapiere derselben Art nicht auf die tatsächliche Wertpapierlieferung ankommen. Dieser steuerrechtlichen Einstellung liegt keine nähere Begründung zugrunde. Die Rechtsprechung wollte damit bestimmen, wie bei der Berechnung von Spekulationsgewinnen bei Veräußerungsgeschäften über Wertpapiere vorgegangen werden soll.

Die Frage, ob dieses Bewertungsprinzip auch Anwendung bei Waren und anderen Gegenständen finden kann, ist vom RFH in beiden Urteilen offen gelassen worden. Erst nach dem zweiten Weltkrieg beschäftigte sich die neugeschaffene steuerliche Rechtsordnung eingehender mit diesem Problemkreis.

1) Vgl. RFH-Urteil vom 13. Juni 1928 - VI A 593/28 -.
In: RStBl 18. Jg. 1928, Nr. 23, S. 328 f.

2) Vgl. RFH-Urteil vom 13. Dezember 1928 - VI A 899/28 -.
In: RStBl 19. Jg. 1929, Nr. 6, S. 136 f.

Im Gutachten vom 3. Juni 1949 ¹⁾ stellt der OFH fest, daß das Urteil vom 13. Dezember 1928 nicht auf die Bewertung von Waren angewendet werden kann, da das Lifo-Verfahren gegen das Niederstwertprinzip verstößt und damit dem geltenden deutschen Einkommensteuerrecht widerspricht. Neuerdings hat die Finanzverwaltung das Lifo-Verfahren für vertretbare Vorratsgüter (= Wirtschaftsgüter, die im Verkehr nach Maß, Zahl oder Gewicht bestimmt werden) dann für zulässig erklärt, wenn die Lifo-Fiktion bezüglich der Güterbewegungen in der Realität vorliegt. Hierbei trägt der Steuerpflichtige die Beweislast ²⁾.

Für die steuerrechtliche Zulässigkeit des Hifo-Verfahrens gelten die gleichen Überlegungen, die für die Ablehnung des Lifo-Verfahrens durch den OFH maßgebend waren; denn die Wirkungsweise des Hifo-Verfahrens führt zu demselben, die Ablehnung begründenden Sachverhalt. Aufgrund dieser ablehnenden Stellungnahme durch den OFH ist dem Hifo-Verfahren im Steuerrecht keinerlei Beachtung geschenkt worden.

Auch das Nifo-Verfahren wird vom fiskalischen Standpunkt aus als unannehmbar für die Steuerbilanz angesehen. Die steuerrechtlichen Überlegungen, die zur Ablehnung dieses Verfahrens führten, dürften auf den Wertansätzen für die Aufwandsverrechnung beruhen. Das im Handels- und Steuerrecht geltende Anschaffungswertprinzip würde durch eine Aufwandsverrechnung zu Wiederbeschaffungspreisen verletzt. In diesem Zusammenhang kann auf die Ausführungen hinsichtlich der handelsrechtlichen Bedeutung des Nifo-Verfahrens verwiesen werden.

1) Vgl. Gutachten des Obersten Finanzgerichtshofs vom 3. Juni 1949, a.a.O., S. 333 ff.

2) Vgl. Einkommensteuerrichtlinien für das Kalenderjahr 1966, Bonn Ausgabe November 1967, Abschn. 30, Abs. 2.

Schließlich ist noch zur fiskalischen Auffassung hinsichtlich der Anwendbarkeit der Bewertungsverfahren zu Durchschnittswerten Stellung zu nehmen. Hierbei können die Bedenken des OFH-Gutachtens ¹⁾, die gegen die Zulässigkeit des Lifo-Verfahrens durch den OFH vorgebracht wurden, den Ansatzpunkt bilden. Auch bei den Methoden der Durchschnittsbewertung besteht die Gefahr, daß die errechneten durchschnittlichen Wertansätze für die Bilanzbewertung über den Wiederbeschaffungswerten liegen ²⁾. Damit liegt der gleiche Tatbestand vor, der zur steuerrechtlichen Verwerfung des Lifo-Verfahrens geführt hat: Ein Verstoß gegen das Niederstwertprinzip ³⁾. Die Steuerverwaltung hat jedoch diesen Gesichtspunkt für die Vorratsbewertung nach Durchschnittswerten fallengelassen. In den Einkommensteuerrichtlinien ⁴⁾ wird die Bewertung der im Laufe des Wirtschaftsjahres erworbenen Vorratsgüter sowie der Anfangsbestände nach dem gewogenen Mittel für zulässig erklärt; dies gilt nur für jene Wirtschaftsgüter, die im Verkehr nach Maß, Zahl oder Gewicht (= vertretbare Wirtschaftsgüter) bestimmt werden und bei denen die Anschaffungs- oder Herstellungskosten wegen auftretender Preisschwankungen nicht mehr einwandfrei ermittelt werden können. In diesem Falle erachtet der OFH die Bewertung nach dem gewogenen Durchschnitt als ein zweckentsprechendes Schätzungsverfahren ⁵⁾.

1) Vgl. Gutachten des Obersten Finanzgerichtshofs vom 3. Juni 1949, a.a.O., S. 333 ff.

2) Vgl. S. 192.

3) Vgl. Görres, Peter: Zur Scheingewinnbesteuerung, a.a.O., S. 125.

4) Vgl. Einkommensteuerrichtlinien ..., Abschnit 36, Abs. 2.

5) Vgl. Gutachten des Obersten Finanzgerichtshofs vom 3. Juni 1949, a.a.O., S. 333.

Zusammenfassend erkennt man, daß das Steuerrecht von den Methoden der Aufwandsbewertung lediglich die Lifo-Methode und das Bewertungsverfahren zu gewogenen Durchschnittswerten anerkennt und zwar nur in den von der Finanzverwaltung eng begrenzten Anwendungsbereichen. Eine weitere Möglichkeit, das Erhaltungsziel durch Bildung stiller Reserven zu realisieren, bieten die Verfahren der Bestandsbewertung.

cc). Methoden der Bestandsbewertung

(1) Die eiserne Bestandsrechnung

Im Rahmen der Diskussion um die Eliminierung von Scheingewinnen nimmt "die Idee des eisernen Bestandes" in der betriebswirtschaftlichen Literatur einen breiten Raum ein. Dabei ist zu beachten, daß sich der Begriffsinhalt des eisernen Bestandes gewandelt hat. *a.a.* Der diesem Begriff zugrunde liegende Problemkreis änderte sich im Laufe der Zeit. Ursprünglich verband Prinzhorn ¹⁾ mit dem Terminus "eiserner Bestand" einen technischen Problemkreis. Er verstand unter diesem Begriff eine Mindestmenge an Waren, die zur Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft erforderlich ist. Es handelt sich um die Bestimmung von Dispositionsgrößen ^{2) 3)}. Demgegenüber kann der heutige Begriffsinhalt des eisernen Bestandes als ein bilanzielles Problem charakterisiert werden. Es war das Verdienst Schmalenbach's ⁴⁾, die Diskussion in diesem betriebs-

¹⁾ Vgl. Prinzhorn, Karl: Über die finanzielle Führung kaufmännischer Geschäfte und Unternehmen, Berlin 1900, S. 73 ff.

²⁾ Vgl. Bertrams, Otto: *a.a.O.*, S. 449.

³⁾ Unter diesem Aspekt definieren Kemp und Ludwig den eisernen Bestand als Summe aus Überbrückungsbestand (= Bestand vor der Produktion), Durchlaufbestand (= Bestand in der Produktion) und Lagerbestand (= Bestand nach der Produktion). Vgl. Kemp, L.; Ludwig, H.: Der eiserne Bestand als wirtschaftspolitisches Problem. In: BB, 6. Jg. 1951, Doppelheft 35/36, S. 964.

⁴⁾ Vgl. Schmalenbach, Eugen: Grundlagen ökonomischer Bilanzlehre. In: ZfHf, 13. Jg. 1919, S. 88 ff.

wirtschaftlichen Bereich entfacht zu haben. Er wollte bei steigenden Vorratsgüterpreisen mit Hilfe dieses Rechenverfahrens das Entstehen von Scheingewinnen verhindern, um damit die Vergleichbarkeit des periodischen Erfolgs sicherstellen zu können ¹⁾.

Schmalenbach ging von der Überlegung aus, daß ein Unternehmen ein gewisses Minimum an Vorratsgütern zur Durchführung des unternehmerischen Leistungsprozesses benötigt, "ohne die es ebensowenig bestehen kann wie ohne Räume und Geräte" ²⁾. Zwar verändere sich bei diesen gebundenen Vorräten fortgesetzt die Zusammensetzung, niemals jedoch ihre Gesamtnatur ³⁾; "man muß sie sich vorstellen als einen organischen Körper, dessen Zellen sich fortgesetzt erneuern, ohne daß wir deshalb behaupten, nach gewisser Zeit sei an die Stelle dieses Körpers ein anderer getreten" ⁴⁾. Dieser Aspekt, dem der Gedanke des "in genere-Gebundenseins" zugrunde liegt, veranlaßte Schmalenbach, die gebundenen Vorräte als anlageähnliche Gegenstände zu charakterisieren ⁵⁾.

Aus dieser Erkenntnis heraus leitet Schmalenbach die Berechtigung ab, den gebundenen Vorrat wie einen nicht abnutzbaren Anlagegegenstand zu bewerten. Demnach soll der anlageähnliche Teil des Vorratsvermögens (= gebundene Vorrat) mit einem Festpreis bewertet werden, unabhängig von der Entwicklung der Wiederbeschaffungspreise. Eine derartige Handhabung führt unter statischen Verhältnissen dazu, daß dieser Teil des Vorratsvermögens über Jahre hinaus in der Bilanz mit einem Festwert erscheint. Schmalenbach war

1) Vgl. Schmalenbach, Eugen: Dynamische Bilanz, 13. Aufl., a.a.O., S. 202 f.

2) Derselbe, Grundlagen dynamischer Bilanzlehre, a.a.O., S. 90.

3) Ebenda, S. 90.

4) Derselbe, Dynamische Bilanz, 13. Aufl., a.a.O., S. 198.

5) Derselbe, Grundlagen dynamischer Bilanzlehre, a.a.O., S. 90.

jedoch Realist genug, um nicht zu verkennen, daß es für die Unternehmung aufgrund der dynamischen Entwicklung nahezu unmöglich ist, einen bestimmten Vorratsbestand hinsichtlich Menge, Art, Form und Qualität über einen längeren Zeitraum hinweg konstant zu halten. Sein Vorschlag, die Rechnung mit eisernen Beständen den dynamischen Verhältnissen anzupassen, lief darauf hinaus, jeweils den in der Vorjahresbilanz geführten Vorratsbestand zum vorjährigen Wertansatz in die Schlußbilanz zu übernehmen. Für die Bewertung der Mehr- bzw. Minderbestände empfahl Schmalenbach in der Bilanz- bzw. Erfolgsrechnung den Zeitwert ¹⁾.

Die Darstellung der Schmalenbach'schen Grundkonzeption zur Frage des eisernen Bestandes ist erforderlich, um die Wirksamkeit einer derartigen Rechnung zum Zwecke der Eliminierung von Scheingewinnen richtig beurteilen zu können. Eine kritische Würdigung unter einem derartigen Gesichtspunkt erscheint jedoch bedenklich, da Schmalenbach mit seiner Konzeption ganz andere Motive verfolgt; er will durch die Ausschaltung von Sachwertschwankungen die Vergleichbarkeit der Bilanzen gewährleisten ²⁾. Zur Eliminierung von Geldwertschwankungen schlägt er die Indexrechnung vor. Man solle, so meint Schmalenbach selbst, die Rolle des eisernen Bestandes "in der Inflationszeit ganz vergessen und ihn wieder so ansehen, wie er von Haus aus angesehen werden wollte" ³⁾, denn "für eine Geldwertkorrektur waren diese meine Vorschläge durchaus nicht bestimmt" ⁴⁾. Eine derartige Verwendung betrachtet Schmalenbach als Mißbrauch seiner Idee ⁵⁾.

1) Vgl. Schmalenbach, Eugen: Dynamische Bilanz, 13. Aufl., a.a.O., S. 199.

2) Vgl. auch Dornemann, Richard: Dynamische Bilanzauffassung und Steuerbilanz. In: ZfhF, N.F., 6. Jg. 1954, S. 375 ff.

3) Schmalenbach, Eugen: Dynamische Bilanz, 4. Aufl., a.a.O., S. 210.

4) Derselbe, Die steuerliche Behandlung ..., a.a.O., S. 16.

5) Derselbe, Dynamische Bilanz, 4. Aufl., a.a.O., S. 209.

Zu den wichtigsten Autoren, die die Grundkonzeption des eisernen Bestandes Schmalenbach'scher Prägung aufgegriffen und als Mittel zur Eliminierung von Scheingewinnen im Rahmen des Problemkreises der Unternehmenserhaltung behandelt und weiterentwickelt haben, zählen Bertrams ¹⁾, Findeisen ²⁾, Geldmacher ³⁾, Barth ⁴⁾ und Brenk ⁵⁾. Da in der betriebswirtschaftlichen Literatur hinsichtlich der theoretischen Grundkonzeption der eisernen Bestandsrechnung weitgehend Übereinstimmung herrscht, beschränkt sich die wissenschaftliche Diskussion nahezu ausschließlich auf die Frage nach dem Umfang des eisernen Bestandes und dessen Quantifizierung. Was den Umfang des eisernen Bestandes betrifft, geht Bertrams über Schmalenbach hinaus, wenn er darauf hinweist, daß es inkonsequent sei, "vor einem eisernen Bestande an barem Gelde, an Forderungen, Wechseln und Effekten zurückzuschrecken" ⁶⁾. Von diesen Überlegungen ausgehend, ist es nur noch ein kleiner Schritt zu der Forderung Findeisen's ⁷⁾, den Gedanken des eisernen Bestandes auch auf das Anlagevermögen zu übertragen. In einem sogenannten "unveränderlichen Betriebsfonds" will er die Mindestbestände des Anlage- und Vorratsvermögens sowie der Geldwerte festlegen, dessen Erhaltung anzustreben sei.

1) Vgl. Bertrams, Otto: a.a.O., S. 444 ff.

2) Vgl. Findeisen, Franz: Der eiserne Bestand ..., a.a.O.

3) Vgl. Geldmacher, Erwin: Wirtschaftsruhe und Bilanz, a.a.O.

4) Vgl. Barth, Kuno: a.a.O.

5) Vgl. Brenk, Werner: Die Grundprobleme des eisernen Bestandes, Unter besonderer Berücksichtigung der Zusammensetzung und der Mengenbemessung. Diss. Mannheim 1952.

6) Vgl. Bertrams, Otto: a.a.O., S. 474.

7) Vgl. Findeisen, Franz: Der eiserne Bestand ..., a.a.O., S. 84 ff.

Im folgenden soll der Begriffsumfang des eisernen Bestandes in Anlehnung an die herrschende betriebswirtschaftliche Auffassung auf das Vorratsvermögen beschränkt bleiben. In der Brenk'schen Definition des eisernen Bestandes kommt dieser Gesichtspunkt klar zum Ausdruck: "Der eiserne Bestand ist, betriebswirtschaftlich betrachtet, der zur reibungslosen und wirtschaftlichen Fortführung eines Betriebes in einem bestimmten, jeweils möglichen Umfange erforderliche Mindestbestand an Vorräten (Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Halb- und Fertigfabrikate, Handelswaren)" ¹⁾.

Insbesondere die Quantifizierung dieser Mindestmengen bereitet erhebliche Schwierigkeiten; denn es können hinsichtlich der Festlegung dieser Mindestbestände sowohl technische Fakten als auch wirtschaftliche Überlegungen eine Rolle spielen. Für den technisch bedingten Mindestbestand an Vorräten sind die Anforderungen des eigentlichen Produktionsprozesses maßgebend, d.h. durch diese Vorratsmenge soll ein reibungsloser Ablauf des Produktionsprozesses gewährleistet werden. Bei der Bestimmung des wirtschaftlichen Mindestbestandes spielen demgegenüber kosten- und ertragsmäßige Erwägungen eine maßgebliche Rolle ²⁾.

In den einzelnen Unternehmungen differieren diese Faktoren jeweils nach Art und Intensität. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß zahlreiche Autoren die Möglichkeit bestreiten, allgemeingültige Normen für die Größe des eisernen Bestandes festzulegen. Die Frage nach der Quantifizierung hängt vielmehr von den Verhältnissen in den einzelnen Unternehmungen ab und muß daher für jede Unternehmung gesondert entschieden werden ³⁾.

1) Vgl. Brenk, Werner: a.a.O., S. 25.

2) Hax spricht im ersteren Falle von eisernen Beständen im engeren Sinne und im zweiten von eisernen Beständen im weiteren Sinne. Vgl. Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 110.

3) Vgl. Endres, Walter: a.a.O., S. 221.

Durch diese Überlegungen zur Frage des Umfangs und der Quantifizierung des eisernen Bestandes sollte lediglich die Problematik aufgezeigt werden, die mit der Größenbestimmung dieses Mindestbestandes verbunden ist. In dieser Arbeit interessiert der eiserne Bestand in erster Linie in seiner Funktion als bilanzpolitisches Instrument. Unter diesem Aspekt soll die Möglichkeit geprüft werden, ob und inwieweit mit Hilfe der eisernen Bestandsrechnung die negativen Einflüsse einer Geldentwertung vermieden werden können.

Zuvor aber muß an dieser Stelle eine begriffliche Klärung der in der betriebswirtschaftlichen Literatur mit unterschiedlichem Inhalt verwendeten Begriffe eiserner Bestand, Festwert bzw. Festpreis herbeigeführt werden. Die Begriffsverwirrung dürfte im allgemeinen auf den Einfluß der Rechtsprechung zurückzuführen sein. Üblicherweise bezeichnet die Rechtsprechung die Rechnung mit eisernen Beständen als eine Festwertrechnung ¹⁾. Zurecht weist Hax ²⁾ darauf hin, daß es sich bei diesen beiden Rechenmethoden um grundsätzlich verschiedene Dinge handelt. Der Festwertrechnung liege nicht nur eine Festmenge, sondern auch ein Festpreis pro Mengeneinheit zugrunde. Demzufolge ergebe sich der Festwert aus der Multiplikation von Festmenge und Festpreis je Mengeneinheit. Die Rechnung mit eisernen Beständen stützt sich demgegenüber auf keine Festmengen, sondern nur auf Festpreise. Nicht die Fortführung einer Festmenge ist demzufolge das entscheidende Kriterium des eisernen Bestandes, sondern der unveränderliche Wertansatz pro Mengeneinheit ³⁾. Der Unterschied zwischen der Festwertrechnung und der eisernen Bestandsrechnung (= Festpreisrechnung) besteht also

1) Vgl. RPH-Urteil vom 16. Dezember 1936 VI A 588/35. In: RStBl 27. Jg. 1937, Nr. 12, S. 272 f.

2) Vgl. Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 96.

3) Vgl. Brenk, Werner: a.a.O., S. 34.

darin, daß die erstere Rechenart Festmengen verwendet, während die Vorratsbestände im Rahmen der eisernen Bestandsrechnung nach wie vor durch eine Inventur ermittelt werden müssen. Liegen z.B. die Inventurmengen unter der eisernen Bestandsmenge, dann werden zwar diese effektiv im Unternehmen vorhandenen Vorräte zu Festpreisen bewertet, der Bilanzposten verliert jedoch den Charakter eines Festwertes. Der Gesamtwert des eisernen Bestandes ist in diesem Falle also gar nicht "eisern". Damit ist bereits die Problematik der eisernen Bestandsrechnung angedeutet, deren Grundkonzeption auf statischen Überlegungen beruht. Diesem Verfahren liegt die Vorstellung zugrunde, daß eine gleichbleibende Menge an Vorratsgütern, bewertet zu Festpreisen, über mehrere Jahre unverändert in die Bilanzrechnung übernommen werden kann. Unter dieser Voraussetzung hat der eiserne Bestand den Charakter einer Festmenge ¹⁾.

Aufgrund der Eigenart der doppelten Buchführung läßt sich sofort der Einfluß auf den zu verrechnenden Aufwand erkennen. Der wertmäßige Güterverbrauch setzt sich in diesem Falle aus der Summe der durchschnittlichen Anschaffungspreise der Jahreszugänge zusammen. Anhand eines Beispiels kommt Hax zu der Feststellung, "daß diese durchschnittlichen Preise des Zugangs in etwa identisch sind mit den durchschnittlichen Wiederbeschaffungspreisen im Augenblick des Verbrauchs oder des Umsatzes" ²⁾. Diese weitgehende Parallelität hänge, so bemerkt er an anderer Stelle zu Recht, letztlich von der Heftigkeit der Preisbewegungen und vom zeitlichen Abstand zwischen Eingang, Verbrauch und Wiederbeschaffung, d.h. von der durchschnittlichen Umschlagsdauer ab ³⁾.

1) Vgl. Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 119.

2) Ebenda, S. 121.

3) Ebenda, S. 70 f.

Aus diesen Ausführungen wird deutlich, daß sich die eiserne Bestandsrechnung unter statischen Verhältnissen durchaus dafür eignet, finanzielle Mittel im Unternehmen zu binden, die in Zeiten allgemeiner Preissteigerungen zur Wiederbeschaffung verbrauchter Güter benötigt werden.

Diese statische Betrachtungsweise, die der eisernen Bestandsrechnung zugrunde liegt, entspricht jedoch nicht den Realitäten im wirtschaftlichen Bereich; das heutige Wirtschaftsleben ist vielmehr durch eine dynamische Entwicklung gekennzeichnet. Es muß sich deshalb im folgenden eine wirklichkeitsnahe Beurteilung der eisernen Bestandsrechnung anschließen, wenn dieser Rechenmethode mehr als nur theoretische Bedeutung beigemessen werden soll. Es ist die Frage zu klären, welchen Einfluß auftretende Bestandsänderungen auf die Wirkungsweise der eisernen Bestandsrechnung ausüben.

Wie bereits an anderer Stelle ausgeführt, kann der eiserne Bestandsmenge die Bedeutung einer Bewertungsgrundlage nur beigemessen werden, wenn diese Menge effektiv im Unternehmen vorhanden ist. Bei einem Mehrbestand ergeben sich im wesentlichen keinerlei Schwierigkeiten. In diesem Falle wird der eiserne Bestandswert (= Produkt aus eiserner Bestandsmenge und Festpreis) der Vorjahresbilanz in unveränderter Höhe in die Schlußbilanz übernommen und der Mehrbestand zu Anschaffungs- oder Durchschnittspreisen bewertet ¹⁾. Die im eisernen Bestand gebildeten stillen Reserven werden dadurch nicht beeinflußt. Wenn in diesem Zusammenhang den Mehrbeständen das Charakteristikum der Dauerhaftigkeit anhaften würde, müßte gegebenenfalls die eiserne Bestandsmenge und damit der Gesamtwert erhöht werden.

1) Schmalenbach schlägt für diese Mehrbestände den Zeitwert vor. Vgl. Schmalenbach, Eugen: Dynamische Bilanz, 13. Aufl., a.a.O., S. 199.

Liegen jedoch die Inventurmengen unter der eisernen Bestandsmenge, dann werden zwar diese effektiv im Unternehmen vorhandenen Vorratsmengen weiterhin zu Festpreisen bewertet, der Wertansatz des eisernen Bestandes in der Bilanz verliert aber den Charakter eines Festwertes. In diesem Falle kommt es in Höhe der in den Minderbeständen gebildeten stillen Reserven automatisch zu einer erfolgswirksamen Auflösung.

Nicht weniger problematisch gestaltet sich die eiserne Bestandsrechnung bei Vorräten, die von Art-, Qualitäts- und Formänderungen betroffen werden. Denn die im eisernen Bestandswert gebildete stille Reserve ist zwangsläufig an Vorratsgüter gebunden, die durch eine bestimmte Art, Form und Qualität gekennzeichnet sind.

Bei verschiedenartigen Vorräten ist es also erforderlich, für jede Bestandsart einen eigenen eisernen Bestand zu bilden. Eine derartige Konzeption läßt sofort die Grenzen der eisernen Bestandsrechnung erkennen. Sobald die der eisernen Bestandsrechnung zugrunde liegenden Vorräte Veränderungen hinsichtlich Art, Form und Qualität aufweisen, kommt es notwendigerweise zur Auflösung stiller Reserven. Die Übertragung stiller Reserven auf das Substitutionsgut dürfte im allgemeinen daran scheitern, "daß man nicht weiß, welche Menge des neuen Gutes dem aufgelösten Teil des alten eisernen Bestandes entspricht" ¹⁾. Die Einheitlichkeit der Bestände ist somit die entscheidende Voraussetzung für die Wirksamkeit dieses Verfahrens. Die gleichen Schwierigkeiten treten bei einem artverwandten Bewertungsverfahren auf, das unter dem Namen Festwertverfahren bekannt ist.

1) Eckardt, Horst: a.a.O., S. 77.

(2) Das Festwertverfahren

Der Unterschied dieses Verfahrens gegenüber der eisernen Bestandsrechnung besteht darin, daß man auf eine Mengenfeststellung im Rahmen der Inventurarbeiten ganz verzichtet. Bei der Ermittlung des Bilanzwertes geht man von der Fiktion unveränderlicher Vorratsbestände aus. Wenn diese Festmengen mit einem Festpreis bewertet werden, ergibt sich ein Festwert; über Jahre hinaus erscheint dann in der Abschlußrechnung ein konstanter Bilanzwert.

Dieses Verfahren ist in den Fällen für zweckmäßig zu erachten, in denen eine Mengen- und Preisfeststellung technisch unmöglich bzw. wirtschaftlich nicht vertretbar erscheint. Der eigentliche Anwendungsbereich beschränkt sich auf "solche Gruppen von Wirtschaftsgütern, die aus vielen Einzelobjekten unterschiedlichster Art von meist geringem Wert bestehen; denn bei diesen Gruppen ist die Bestimmung einer Festmenge nur möglich, wenn man feste Preise zugrunde legt und so einen Festwert ermittelt" ¹⁾.

Die Wirkungsweise dieses Verfahrens in Zeiten einer Geldentwertung entspricht derjenigen der eisernen Bestandsrechnung. Durch die Verwendung von Festpreisen und -mengen kommt es auch hier weitgehend zu einer tageswertnahen Aufwandsverrechnung und damit zur Bildung stiller Reserven. Auf weitere Einzelheiten kann an dieser Stelle verzichtet werden, da dieser Sachverhalt bei der eisernen Bestandsrechnung ausführlich dargestellt worden ist ²⁾.

Die Problematik dieses Verfahrens liegt in der Ermittlung der Festmenge. Eine Inventur wird am Jahresende nicht durchgeführt; erst wenn wesentliche Veränderungen in den betrieblichen Verhältnissen eingetreten sind, wird die Festmenge als Bewertungsgrundlage unbrauchbar.

1) Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 98.

2) Vgl. S. 202.

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, daß sowohl die eiserne Bestandsrechnung als auch die Festwertrechnung in Zeiten einer Geldentwertung durchaus geeignet sind, finanzielle Mittel im Unternehmen zu binden. Da jedoch diese Verfahren lediglich auf stationäre wirtschaftliche Verhältnisse im Unternehmen abstellen, ist ihr Anwendungsbereich weitgehend eingeschränkt. Nicht wirtschaftliche Stabilität, sondern wirtschaftliche Dynamik kennzeichnet unser heutiges Wirtschaftsleben. Trotzdem sind in der Praxis Fälle denkbar, in denen Teile des Vorratsvermögens hinsichtlich Menge, Form, Qualität und Art über Jahre hinaus weitgehend unverändert im Unternehmen gebunden sind.

(3) Kritische Würdigung der handels- und steuerrechtlichen Bedeutung

Obwohl die eiserne Bestandsrechnung in der betriebswirtschaftlichen Literatur einen breiten Raum einnimmt und in zahlreichen Verfahren die Rechtsprechung beschäftigte, kommt dieser Begriff weder in handels- noch in steuerrechtlichen Bestimmungen vor. Es handelt sich vielmehr um ein in der Praxis entwickeltes Verfahren, das im Handels- bzw. Steuerrecht unter bestimmten Voraussetzungen toleriert wird.

Die handelsrechtliche Zulässigkeit richtet sich nach dem Grundsatz ordnungsmäßiger Buchführung. Da das deutsche Handelsrecht in gewissen Teilbereichen auf Unternehmen mit bestimmter Rechtsform ausgerichtet ist, kann auf eine gesonderte Betrachtung nicht verzichtet werden. In diesem Zusammenhang interessiert zunächst eine Beurteilung der eisernen Bestandsrechnung unter dem Aspekt aktienrechtlicher Bewertungsvorschriften. Sodann muß geprüft werden, ob eine derartige Rechnung denjenigen handelsrechtlichen Bewertungsprinzipien entspricht, die für alle anderen Unternehmensformen maßgeblich sind.

Für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Halb- und Fertigfabrikate sowie Handelswaren, also für das gesamte Vorratsvermögen, gilt im Aktienrecht das Niederstwertprinzip gemäß § 155 Abs. 1 und Abs. 2 AktG. Dieser Bestimmung zufolge dürfen die Warenvorräte höchstens zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt werden. Liegt der Börsen- oder Marktpreis dieser Gegenstände zum Bilanzstichtag unter ihrem Anschaffungs- oder Herstellungspreis, so ist dieser niedrigere Wert der Bewertung zugrunde zu legen. Falls ein Börsen- oder Marktpreis nicht festzustellen ist (z.B. bei Halb- und Fertigfabrikaten), richtet sich der bilanzielle Wertansatz nach dem diesen Gegenständen beizumessenden Zeitwert, sobald dieser unter den Anschaffungs- oder Herstellungskosten liegt. Dieses Prinzip ist für die Aktiengesellschaften grundsätzlich verbindlich, abgesehen von einigen Ausnahmebestimmungen (Vgl. § 155 Abs. 1 Satz 3 und § 155 Abs. 3 Nr. 1, sowie § 155 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit § 153 Abs. 2 AktG), die ein Abgehen von diesen genau fixierten Werten ¹⁾ erlauben.

Infolgedessen besteht beim Vorratsvermögen grundsätzlich kein Bewertungsspielraum. Der Anwendungsbereich der eisernten Bestandsrechnung ist demzufolge weitestgehend eingeschränkt. Man kann sogar der Auffassung sein, daß durch die aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften eine derartige Rechenmethode nahezu völlig illusorisch geworden ist. Lediglich im Rahmen der oben erwähnten Ausnahmebestimmungen, die einen begrenzten Bewertungsspielraum erlauben, könnte dieses Verfahren von Bedeutung sein. Unter bestimmten Voraussetzungen besteht in diesen Fällen die Möglichkeit, die Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. die niedrigeren

1) Albach spricht in diesem Zusammenhang vom Fixwertprinzip. Vgl. Albach, Horst: Rechnungslegung ..., a.a.O., S. 178 f.

Börsen- oder Marktpreise sowie Zeitwerte zu unterschreiten¹⁾. Dadurch ist in Ausnahmefällen ein gewisser Bewertungsspielraum gegeben, und zwar zwischen den Höchstwerten (Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. Börsen- oder Marktpreis sowie Zeitwert) und den durch die Ausnahmebestimmungen festgelegten Untergrenzen.

Dieser Bewertungsspielraum kann für die Beurteilung der aktienrechtlichen Zulässigkeit der eisernen Bestandsrechnung einen Anhaltspunkt darstellen. Entscheidend ist hierbei die Beantwortung der Frage, inwieweit in diesen Ausnahmefällen Zwischenwerte innerhalb dieses Bewertungsspielraumes möglich sind. Bejaht man die Möglichkeit von Zwischenwerten, so wäre jeder Wertansatz des eisernen Bestandes gestattet, der weder die Höchstwerte übersteigt, noch die unterste Wertgrenze dieser Ausnahmebestimmungen unterschreitet. Eine Entscheidung in diesem Bereich muß die zukünftige Entwicklung in der Praxis bringen. Die Ausführungen lassen jedenfalls eindeutig erkennen, daß der eisernen Bestandsrechnung im Aktienrecht keine wesentliche Bedeutung zukommt.

Eine andere Beurteilung ergibt sich bei denjenigen Unternehmensformen, die nicht in der Rechtsform der Aktiengesellschaft betrieben werden. Nach der als herrschend zu bezeichnenden Meinung verstößt die eiserne Bestandsrechnung

-
- 1) Im einzelnen handelt es sich bei den wichtigsten Möglichkeiten, niedriger zu bewerten, um folgende Fälle:
1. Gleichartige Vermögensgegenstände dürfen nach der Lifo- oder Fifo-Methode bzw. nach anderen Verfahren bewertet werden, soweit dies mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung vereinbar ist (Vgl. § 155 Abs. 1 Satz 3 AktG).
 2. Bei der Berechnung der Herstellungskosten kann in angemessenem Umfang auf Abschreibungen und sonstige Wertminderungen sowie auf Betriebs- und Verwaltungskosten verzichtet werden (Vgl. § 155 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit § 153 Abs. 2 AktG).
 3. Eine niedrigere Bewertung ist auch dann erlaubt, wenn sie bei vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um zu verhindern, daß in nächster Zukunft der Wertansatz aufgrund von Wertschwankungen geändert werden muß (Vgl. § 155 Abs. 3 Nr. 1 AktG).

nicht gegen das geltende Handelsrecht. Auch hier darf der eiserne Bestandwert die Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. die niedrigeren Börsen- oder Marktpreise sowie Zeitwerte nicht überschreiten. Nach unten besteht jedoch bei allen diesen Unternehmensformen weitgehend Bewertungsfreiheit. Die Untergrenze richtet sich nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung. Im Rahmen dieses relativ weiten Bewertungsspielraumes ist jeder eiserne Bestandwert handelsrechtlich gestattet.

Die einschränkenden Bedingungen, die § 40 Abs. 4 Ziff. 2 HGB an eine Rechnung mit Festmengen und Festpreisen stellt, gelten m. E. nicht für die eiserne Bestandsrechnung ¹⁾. Denn der eisernen Bestandsrechnung liegen keine Festmengen, sondern nur Festpreise zugrunde. Der Zweck des § 40 Abs. 4 Ziff. 2 HGB liegt in der Schaffung einer Erleichterung bei Inventarisierungsarbeiten. Diese Möglichkeit bietet jedoch die eiserne Bestandsrechnung nicht. Grundlage dieser Bewertungsmethode bildet die Einzelerfassung der Vorräte.

Ähnliche Probleme wirft die Frage auf, inwieweit das Festwertverfahren im Handelsrecht Anwendung finden kann. Auch dieses in der Praxis entwickelte und angewandte Verfahren war lange Zeit nicht in den handelsrechtlichen Bestimmungen geregelt. Für dieses Verfahren ist jedoch neuerdings im § 40 Abs. 4 Ziff. 2 HGB eine gesetzliche Grundlage geschaffen worden. Das Wesen dieses Verfahrens besteht darin, daß man auf eine Inventarisierung der Vermögensgegenstände verzichtet und an deren Stelle über einen gewissen Zeitraum eine bestimmte Festmenge der Bewertung zugrunde legt. In

1) Anderer Ansicht ist Jürgens. Er betrachtet die eiserne Bestandsrechnung als Festwertverfahren, womit er sich der steuerrechtlichen Terminologie anschließt. Daß er damit zu einem anderen Ergebnis kommen muß, liegt auf der Hand. Vgl. Jürgens: Zur Änderung der handelsrechtlichen Inventur- und Bewertungsvorschriften. In: DStR, 3. Jg. 1965, Heft 16, S. 489 f.

der Bilanz erscheint dann ein unveränderlicher Festwert, der dadurch entsteht, daß man diese Festmenge mit Festpreisen je Einheit bewertet ¹⁾. Nach Hax ²⁾ kann bei der erstmaligen Ermittlung des Festwertes so vorgegangen werden, daß man die effektiv im Unternehmen umlaufende Vorratsmenge feststellt, sie zu Anschaffungspreisen bewertet und davon 50 % als durchschnittliche Abschreibung absetzt. Eine Begründung für die Höhe dieses 50 %igen Abschreibungssatzes wird nicht gegeben.

Die Anwendungsmöglichkeit dieses Verfahrens wurde durch das HGB auf ganz bestimmte Gegenstände beschränkt, und zwar beim Vorratsvermögen nur auf die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe. Ausdrücklich bestimmt das Gesetz, daß diese Vorratsgüter nur dann mit einem Festwert angesetzt werden dürfen, "wenn ihr Bestand in seiner Größe, seinem Wert und seiner Zusammensetzung nur geringen Veränderungen unterliegt". ³⁾ Für die Anwendung dieses Verfahrens müssen somit ganz bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein. Eindeutig läßt sich hieraus die Absicht des Gesetzgebers ablesen, die er mit diesem Verfahren verfolgt: Die Zweckbestimmung dieses Verfahrens soll nicht darin liegen, Preisschwankungen bei der Vorratsbewertung auszuschalten und die Bildung stiller Reserven zu ermöglichen, sondern das Verfahren soll der Vereinfachung der Inventarisierung dienen.

Die gesetzliche Norm fordert ferner, daß in der Regel alle drei Jahre eine körperliche Bestandsaufnahme durchzuführen ist. Es soll mit dieser Handhabung festgestellt werden, "ob die Voraussetzungen der Festbewertung- keine wesentliche Änderung des Bestandes in Struktur, Menge und Wert -

1) Vgl. insbesondere Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 96.

2) Ebenda, S. 97.

3) Siehe § 40 Abs. 4 Ziff. 2 HGB.

noch gegeben sind" ¹⁾. Bei wesentlichen Veränderungen dieser drei Größen kann am Festwert nicht mehr festgehalten werden, d.h. es kommt zur Auflösung der stillen Reserven. Eine derartige pauschale Beurteilung wird in bestimmten Situationen von Karsten ²⁾ abgelehnt. Insbesondere bei Unternehmenserweiterungen oder -verkleinerungen sollte es seiner Ansicht nach zulässig sein, die bestehenden Festwerte nach Maßgabe bestimmter Schlüsselgrößen (z.B. Belegschaftsstärke, Zahl der Arbeitsplätze, sowie Anzahl der Übernachtungsgelegenheiten) an die veränderten unternehmerischen Verhältnisse anzupassen.

Die Bestimmung des § 40 Abs. 4 Ziff. 2 HGB spricht zwar von einem gleichbleibenden Wertansatz in der Bilanz, über die Höhe wird damit jedoch nichts ausgesagt. Dieser Wert richtet sich nach den speziellen Bewertungsvorschriften des Aktienrechts bzw. nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Bilanzierung. Bei der in der Regel alle drei Jahre durchzuführenden Überprüfung der Festwerte muß festgestellt werden, ob sich der Festwert in dem für Aktiengesellschaften erlaubten Bewertungsspielraum ³⁾ bewegt, bzw. ob bei den übrigen Unternehmensformen die Höchstwerte ⁴⁾ nicht überschritten werden. Dieser Problemkreis ist im Zusammenhang mit der handelsrechtlichen Bedeutung der eisernen Bestandsrechnung ausführlich behandelt worden. Die an dieser Stelle getroffenen Feststellungen gelten analog auch für die Festwertrechnung.

Abschließend läßt sich demnach festhalten, wobei einmal von den Voraussetzungen des § 40 Abs. 4 Ziff. 2 HGB abgesehen werden soll, daß die Bedeutung der Festwertrechnung für

1) Vgl. Karsten, Johann-Friedrich: Die neuen handelsrechtlichen Inventarisierungs- und Bewertungsvorschriften. In: Wpg, 18. Jg. 1965, Nr. 11, S. 281.

2) Ebenda, S. 281 f.

3) Vgl. S. 207 f.

4) Vgl. S. 208 f.

Aktiengesellschaften sehr gering ist, für die übrigen Gesellschaftsformen jedoch durchaus als brauchbares Verfahren angesehen werden kann, stille Reserven zu bilden.

In steuerrechtlicher Sicht ist demgegenüber der eiserne Bestandsrechnung und dem Festwertverfahren nahezu keinerlei Bedeutung beizumessen, da die Stellungnahmen der Rechtsprechung in den zu diesem Fragenkreis ergangenen Urteilen weitestgehend einem Verbot beider Verfahren gleichkommen.

Zur Frage des eisernen Bestandes ist bereits im Jahre 1938 vom RFH in einer wichtigen Entscheidung Stellung genommen worden ¹⁾. In diesem Urteil lehnte es der RFH ab, einen "eisernen Bestand mit immer gleicher Bewertung" für die Warenvorräte anzuerkennen ²⁾.

Nach der Währungsreform rückte die Frage hinsichtlich der steuerrechtlichen Zulässigkeit der eisernen Bestandsrechnung erneut in den Brennpunkt des wirtschaftlichen Interesses. In einem Gutachten vom 3. Juni 1949 ³⁾ nimmt der OFH zur Frage des eisernen Bestandes wie folgt Stellung: Prinzipiell sei es abzulehnen, eiserne Bestände zu bilden, um damit Sachwertschwankungen auszugleichen. Bei inflatorischen Preisbewegungen erkannte jedoch der OFH die Notwendigkeit an, diejenigen Teile des Vorratsvermögens in einem Bilanzposten "eiserner Bestand" zusammenzufassen, die einen anlageähnlichen Charakter haben und sich für eine Sammelbewertung eignen.

1) Vgl. RFH-Urteil vom 19. Oktober 1938 VI 593/38. In: RStBl 29. Jg. 1939, Nr. 2, S. 26 f.

2) Ebenda, S. 26.

3) Vgl. Gutachten des Obersten Finanzgerichtshofs vom 3. Juni 1949, a.a.O., S. 335 f.

Eine Nachprüfung dieses Standpunktes erfolgte im BFH-Urteil vom 1. März 1955 ¹⁾. In dieser Entscheidung ist der Anwendungsbereich der eisernen Bestandsrechnung im Steuerrecht noch weiter eingeschränkt worden. Grundsätzlich verneinte der Senat die Möglichkeit, die eiserne Bestandsrechnung auf das gesamte gebundene Vorratsvermögen anzuwenden, da dies "eine Ausdehnung des Sachwertdenkens in der Bilanz" bedeuten würde ²⁾. Dies besagt jedoch nicht, daß der Senat die Problematik der Preisschwankungen und damit das Entstehen von Scheingewinnen nicht erkannt hätte. Nach Meinung des BFH ist vielmehr dieses Problem zwischenzeitlich aufgrund der Ermächtigung des § 51 EStG in einem bestimmten Sinne geregelt worden, wodurch das Gutachten des OFH mit Wirkung vom 1. Januar 1955 die Grundlage verloren habe. Der Bundesregierung wird gemäß § 51 Abs. 1 Ziff. 2b EStG das Recht zugebilligt, "für jeweils zu bestimmende Wirtschaftsgüter des Umlaufvermögens eine den steuerlichen Gewinn mindernde Rücklage für Preissteigerungen" zuzulassen.

Ausdrücklich hat das Gericht die Frage offen gelassen, inwieweit im Rahmen der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung Gegenstände des Vorratsvermögens gruppenweise zusammengefaßt und gegebenenfalls mit einem Festpreis angesetzt werden können. Diese Gesetzeslücke ist durch die Finanzverwaltung schon seit langem geschlossen worden, jedoch nur für Teile des abnutzbaren Anlagevermögens. Für diese Vermögensgegenstände ist im Abschn. 31, Abs. 3 und 5 der EStR das Festwertverfahren anerkannt ³⁾.

Damit schließt sich das Steuerrecht der aus Wirtschaftskreisen vorgebrachten Ansicht an, "daß abnutzbare Anlage-

1) Vgl. BFH-Urteil vom 1. März 1955 I 140/52 U. In: BStBl 5. Jg. 1955, Teil III, Nr. 15, S. 144 ff.

2) Ebenda, S. 148.

3) Vgl. Einkommensteuerrichtlinien ..., a.a.O.

güter im Laufe der Zeit verschleiß, dieser Verschleiß aber von einem bestimmten Zeitpunkt an durch laufende Neuzugänge ersetzt werden muß, um die Kapazität des Unternehmens zu erhalten. Von diesem Zeitpunkt an werden sich Abgang und Zugang die Waage halten" ¹⁾. Demnach kann "für einen stets etwa in gleicher Höhe benötigten Bestand an Wirtschaftsgütern bestimmter Art" ²⁾ auf eine individuelle Bewertung verzichtet werden, da die Absetzungen für Abnutzung einerseits unterbleiben und die Ersatzbeschaffungen andererseits nicht aktiviert, sondern unmittelbar als Aufwand verrechnet werden.

Das Steuerrecht hat bisher eine derartige Betrachtungsweise für die Gegenstände des Vorratsvermögens zum Teil aus formellen Bedenken heraus abgelehnt. In Anlehnung an die handelsrechtliche Bestimmung des § 40 Abs. 4 Ziff. 2 HGB ist nunmehr auch im Steuerrecht das Festwertverfahren für die Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe anerkannt worden. Die entsprechende Anweisung der Finanzverwaltung enthält Abschn. 36, Abs. 4 der EStR ³⁾. Der Anwendungsbereich dieses Verfahrens ist jedoch aufgrund der in dieser Bestimmung geforderten Rechtstatbestände eng begrenzt. Insbesondere als Methode zur Eliminierung von Scheingewinnen bzw. zur Bildung stiller Reserven wird der Festwertrechnung im Steuerrecht die Anerkennung völlig versagt, da Festwerte nur angesetzt werden dürfen, wenn die Börsen- oder Marktpreise der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe erfahrungsgemäß keinen erheblichen Schwankungen unterliegen. "Der Festwert darf nur der Erleichterung der Inventur und der Bewertung, nicht jedoch dem Ausgleich von Preisschwankungen, insbesondere Preissteigerungen, dienen" ⁴⁾.

1) Jürgens, a.a.O., S. 489.

2) RFH-Urteil vom 16. Dezember 1936, a.a.O., S. 273.

3) Vgl. Einkommensteuerrichtlinien ..., a.a.O.

4) Ebenda, Abschn. 36, Abs. 4.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die bisher besprochenen Methoden zur Eliminierung von Scheingewinnen betriebswirtschaftlich gesehen mehr oder weniger große Mängel hinsichtlich ihrer Wirksamkeit und Anwendbarkeit aufweisen. Bewertungsgrundlage zur Ermittlung des Periodenaufwandes bilden bei allen Verfahren, mit Ausnahme der Nifo-Methode, Anschaffungspreise früherer Perioden. Zwangsläufig weichen daher die Ergebnisse dieser Methoden von einer Verrechnung mit Wiederbeschaffungspreisen ab. Der Aufwand aller dieser Verfahren kann zwar als tageswertnah charakterisiert werden, Identität mit dem Wiederbeschaffungspreis besteht jedoch im allgemeinen nicht. Die wertmäßige Divergenz zum Wiederbeschaffungswert hängt vielmehr von der durchschnittlichen Umschlagsdauer der einzelnen Vorräte und der Heftigkeit der Preisbewegung ab.

Berechtigt ist jedenfalls abschließend die Feststellung, daß diese Verfahren wenigstens annähernd der Forderung des substantiellen Erhaltungsziels gerecht werden, finanzielle Mittel für eine Wiederbeschaffung der Vorräte zu binden. Einschränkend muß jedoch angeführt werden, daß alle Verfahren ihre Zweckbestimmung, nämlich die Bindung finanzieller Reserven, dann nicht erfüllen können, wenn der zu bewertende Endbestand unter dem Anfangsbestand (Minderbestand) liegt. In diesem Falle kommt es zu einer automatischen Auflösung stiller Reserven. Ähnliche Schwierigkeiten treten bei allen Verfahren dann auf, wenn bei den Vorräten Veränderungen hinsichtlich Art, Form und Qualität eingetreten sind. Auch in dieser Situation ist im allgemeinen eine Auflösung stiller Reserven nicht zu verhindern.

Eine Beurteilung dieser Verfahren unter dem Gesichtspunkt ihrer handelsrechtlichen Bedeutung mußte die unterschiedlichen Rechtsformen der Unternehmungen berücksichtigen. Demnach sind alle Verfahren, mit Ausnahme der Nifo-Methode für Aktiengesellschaften im Rahmen der von den aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften gezogenen Grenzen für

die Bewertung der Vorräte für zulässig zu erachten. Dieser Bereich ist derart eng begrenzt, daß man von einer wesentlichen aktienrechtlichen Bedeutung dieser Verfahren nicht sprechen kann. Demgegenüber ist diesen Verfahren bei den übrigen Unternehmensformen eine nennenswerte handelsrechtliche Bedeutung nicht abzuspochen.

Die steuerrechtliche Bedeutung all dieser Methoden ist demgegenüber äußerst gering. Lediglich die Lifo-Methode, das Verfahren zu gewogenen Durchschnittswerten und das Festwertverfahren sind im Steuerrecht in dem von der Finanzverwaltung eng begrenzten Anwendungsbereich anerkannt.

In der Praxis treten diese Unterschiede hinsichtlich der handels- und steuerrechtlichen Bedeutung dieser Methoden in den Hintergrund; die Ursache ist in dem praktisch wichtigen Problem der Abhängigkeit der Handels- von der Steuerbilanz zu sehen.

3. Methoden zur Bildung offener Reserven

aa) Die Substanzerhaltungsrücklage im Handelsrecht

Neben den oben erwähnten Bewertungsmethoden spielt im Rahmen der Scheingewinndiskussion insbesondere die Bildung offener Rücklagen eine wesentliche Rolle. Diese Art der Rücklagenbildung wird im allgemeinen, entsprechend der mit einer Ersatzbeschaffung verbundenen Zwecksetzung, als Substanzerhaltungsrücklage bezeichnet ¹⁾.

Die Bildung von Substanzerhaltungsrücklagen setzt jedoch voraus, daß man die Höhe der in einer bestimmten Periode entstandenen Scheingewinne kennt, denn sie bildet die Grundlage für die Zuweisung zur Substanzerhaltungsrücklage. Die bei einer Ermittlung der Scheingewinne auftretenden Schwierigkeiten sind nahezu unüberwindlich. Es kann sogar behauptet werden, daß es bis jetzt noch kein Verfahren gibt, die Scheingewinne ²⁾ von den Realgewinnen einwandfrei zu trennen.

1) Vgl. u.a.: Dey, Wolfgang: a.a.O., S. 206 f.; Meier, Albert: a.a.O., S. 389 ff.; Hax, Karl; Knorr, Ernst; Meier, Albert: a.a.O., S. 295; Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 148 ff.

Vom erhaltungspolitischen Aspekt her gesehen, genügt eine nur annähernde Ermittlung der Scheingewinne (Schätzung) den Anforderungen einer derartigen Zielsetzung.

nen. Gleichwohl sind in der Literatur einige Lösungsvorschläge gemacht worden, die vom theoretischen Standpunkt aus sehr beachtlich sind. Die wichtigsten Verfahren sollen an dieser Stelle kurz dargestellt und ihre Wirkungsweise einer kritischen Beurteilung unterzogen werden.

An dieser Stelle muß ein Verfahren erwähnt werden, dem in diesem Zusammenhang erhebliche Bedeutung beizumessen ist, insbesondere deshalb, weil es sich durch seine einfache Handhabung auszeichnet. Es handelt sich hierbei um die Preisdifferenzenmethode. Ausgangspunkt für die Berechnung der Rücklage bildet die Quantifizierung des Vorratsvermögens zum Bilanzstichtag. Diese Stichtagsbestände werden mit den am Jahresende zu ermittelnden Wiederbeschaffungspreisen bewertet und dem fiktiven Wiederbeschaffungswert gegenübergestellt, der für dieselben Vorratsgüter in der Vorjahresbilanz maßgeblich gewesen wäre. Der Unterschiedsbetrag zwischen diesen beiden Wertansätzen repräsentiert dann den Umfang der Zuweisung zur Substanzerhaltungsrücklage ¹⁾.

Im ersten Augenblick besticht dieses Verfahren aufgrund der Einfachheit seiner Anwendung. Trotzdem können Schwierigkeiten hinsichtlich der Ermittlung der Wiederbeschaffungspreise auftreten. In der Regel lassen sich die Wiederbeschaffungspreise am Schluß des Geschäftsjahres anhand geltender Marktpreise (z.B. Preislisten) feststellen. Sobald derartige Daten jedoch nicht vorliegen, zeigt sich die Problematik dieses Verfahrens. Man ist dann in diesem Falle gezwungen, aufgrund von Informationen durch zusätzliche Rechenoperationen wenigstens annähernd einen Wertansatz

1) Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß das Institut "Finanzen und Steuern" dieses Verfahren in einem Gutachten (Vgl. Grundlagen und Möglichkeiten einer organischen Finanz- und Steuerreform, Zur Neuordnung der Finanzverfassung und des Steuersystems, Heft 30. Bonn o.J., S. 91) für eine Gesetzesänderung bzw. -ergänzung des EStG vorgeschlagen hat.

für die Bilanzierung zu bestimmen. Als wichtigen Anhaltspunkt nennt Vogel ¹⁾ statistische Veröffentlichungen über Preisentwicklungen bei Rohstoffen usw.

Wesentlich schwieriger muß der Versuch angesehen werden, die Wiederbeschaffungspreise des Vorjahres feststellen zu wollen. Problematisch ist dieses Vorhaben insbesondere dann, wenn das Unternehmen während der beiden Jahre nicht die gleichen Werkstoffe oder Handelswaren verwendet, bzw. auf die Produktion anderer Erzeugnisse übergegangen ist. Insbesondere bei Gegenständen, die erstmals im Laufe des Jahres auf dem Markt erscheinen, fehlt es an einem entsprechenden Vergleichsobjekt aus dem Vorjahr.

Ein weiterer Nachteil dieses Verfahrens besteht darin, daß der Ermittlung des Ausmaßes der Rücklagenzuweisung die Bestandsmengen der Vorratsgüter zum Bilanzstichtag zugrunde gelegt werden. Welche Mängel sich hieraus ergeben, soll im folgenden näher erläutert werden:

Fall 1: Es wird unterstellt, daß sich das Vorratsvermögen in der Schlußbilanz gegenüber dem Vorratsbestand in der Vorjahresbilanz vergrößert hat.

Für diese Mehrbestände ist nach der Preisdifferenzenmethode eine Rücklage zu bilden, obwohl diese Bestände am Bilanzstichtag des Vorjahres nicht im Unternehmen vorhanden waren. Demnach kann im Extremfall eine Rücklage für den Mehrbestand auch dann gebildet werden, ohne daß Preisdifferenzen bei den Mehrbeständen in Erscheinung getreten sind. Dies wäre dann der Fall, wenn die Mehrbestände aus einem Einkauf unmittelbar vor dem Bilanzstichtag resultieren würden ²⁾. Betriebs-

1) Vgl. Vogel, Horst: Die Rücklage für Preissteigerung nach § 74 EStDV 1955. In: DStZ, 44. Jg. 1956, Ausgabe A, Nr. 2, S. 18.

2) Vgl. Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 168.

wirtschaftlich gesehen bedeutet dies, daß eine gewinnmindernde Rücklage für Vorratsgüter gebildet werden kann, obwohl für diese Gegenstände noch kein Umsatz stattgefunden hat. Dem Realisationsprinzip zufolge dürfen jedoch derartige Wertänderungen nicht erfolgswirksam ausgewiesen werden, da "an Dingen, die nicht veräußert, nicht umgesetzt werden, grundsätzlich nichts gewonnen und verloren werden kann" ¹⁾.

Fall 2: Es wird unterstellt, daß am Schluß des Wirtschaftsjahres ein Minderbestand an Vorräten gegenüber dem Vorjahr vorliegt.

Diesem Beispiel zufolge darf nach der Preisdifferenzenmethode für die Minderbestände eine Substanzerhaltungsrücklage nicht gebildet werden. Eine Rücklagenbildung ist gänzlich ausgeschlossen, wenn das Unternehmen seine zu Beginn des Jahres vorhandenen Vorratsbestände veräußert und noch nicht wiederbeschafft hat, d.h. bei einem Lagerbestand von Null. Dieses Verfahren setzt also voraus, daß Jahr für Jahr derselbe Vorratsbestand vorhanden ist. Will man das Konzept genau befolgen, dann wäre im Falle von Minderbeständen bzw. bei einem Bestand von Null eine bereits gebildete Rücklage teilweise bzw. ganz aufzulösen. Eine derartige Handhabung würde dem Erhaltungsziel insbesondere dann widersprechen, wenn die Vorräte weiterhin zur Durchführung des Leistungsprozesses erforderlich sind und wiederbeschafft werden sollen.

Fall 3: Es wird unterstellt, daß die Vorratsbestände in der Anfangs- und Schlußbilanz quantitativ übereinstimmen.

In diesem Falle läßt sich leicht die Preisdifferenz zwischen Anfangs- und Schlußbilanz ermitteln. Ist aber das Erhaltungsziel bei einer Rücklagenbildung in Höhe dieser Preis-

1) Bertrams, Otto: a.a.O., S. 447.

differenz völlig erreicht? Zur Beantwortung dieser Frage soll angenommen werden, daß der Schlußbestand aus Anschaffungen am Ende der Periode resultiert und der effektive Anschaffungswert dieses Schlußbestandes mit dem Tageswert am Bilanzstichtag übereinstimmt. Wenn in diesem Beispiel die Preisdifferenz zwischen den Anfangs- und Schlußbeständen in der Rücklage erfaßt wird, bedeutet dies für die Aufwandserfassung, daß der Verbrauch zu durchschnittlichen Anschaffungspreisen der Periode verrechnet wird. Diese stimmen jedoch in der Regel nicht mit den Wiederbeschaffungspreisen am jeweiligen Umsatz- oder Verbrauchstag ¹⁾ überein, da diese Werte zeitlich um die Dauer einer Umschlagsperiode hinter den effektiven Anschaffungspreisen zurückliegen und innerhalb dieser Zeitspanne Preisverschiebungen eingetreten sein können. Zumindest wird jedoch bei gleichem Anfangs- und Schlußbestand der Aufwand zu tageswertnahen Preisen verrechnet.

Die Mängel, die bei diesem Verfahren bei Mehr- bzw. Minderbeständen aufgetreten sind, lassen sich durch die sogenannte Methode des Kapitalvergleichs ²⁾ weitgehend beseitigen. Sobald Anfangs- und Endbestand übereinstimmen, bereitet die Ermittlung der Rücklage keine nennenswerten Schwierigkeiten. Der Umfang der Rücklagenzuweisung richtet sich in diesem Falle nach der Differenz zwischen dem Anschaffungswert des Anfangsbestandes und dem Anschaffungswert des Schlußbestandes.

Wenn allerdings Anfangs- und Endbestand nicht übereinstimmen, sind bei der Ermittlung der Rücklage differenzierte

-
- 1) Der Umsatz- bzw. Verbrauchstag wird nach herrschender Meinung als ein zweckmäßiger und zutreffender Bezugszeitpunkt angesehen. Vgl. z.B.: Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 205; Schmidt, Fritz: Die organische Tageswertbilanz, a.a.O., S. 72 f. und S. 144 ff.; Schmidt, Ralf-Bodo: Die Kapitalerhaltung der Unternehmung ..., a.a.O., S. 436 f.
- 2) Vgl. Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 205 f.

Berechnungen erforderlich. Bei Mehrbeständen ermittelt man den Umfang der Rücklage durch einen Vergleich zwischen dem effektiven Wiederbeschaffungswert des gesamten Schlußbestandes und der Summe aus dem Bilanzwert des Anfangsbestandes und dem Anschaffungswert des Mehrbestandes. Liegt der Anfangsbestand über dem Schlußbestand, so geht man von der Überlegung aus, daß die Ersatzbeschaffung der Minderbestände noch aussteht und hierfür Vorsorge zu treffen ist. Um in diesem Falle das Ausmaß der zu bildenden Rücklage ermitteln zu können, stellt man der Summe aus dem Anschaffungswert des Schlußbestandes und dem fiktiven Wiederbeschaffungswert des Minderbestandes (zum Bilanzstichtag) den Anschaffungswert des Anfangsbestandes gegenüber.

Beurteilt man das Verfahren des Kapitalvergleichs unter erfolgsermittelnden Gesichtspunkten, so zeigt sich, daß bei der Aufwandsverrechnung der Verbrauch der Periode auch im Fall von Mehr- bzw. Minderbeständen zu den durchschnittlichen Anschaffungskosten der Zugänge bewertet ist ¹⁾. Im allgemeinen dürfte dieser Wertansatz nahe an die Wiederbeschaffungspreise herankommen.

Bei Mehr- bzw. Minderbeständen ist also dieses Verfahren der Preisdifferenzenmethode überlegen. Bedenken gegen dieses Verfahren könnten jedoch aus einer anderen Perspektive heraus geltend gemacht werden. Sie beruhen auf den Erfahrungen, die mit Verfahren gemacht wurden, denen Bestandsgrößen zugrunde liegen. Bestandsrechnungen haben im allgemeinen den Mangel fehlender quantitativer und qualitativer Elastizität.

1) Hax hat diesen Zusammenhang ausführlich an einem Beispiel dargestellt. Vgl. Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 166 f.

Der Nachteil fehlender Mengenelelastizität, den das Verfahren des Kapitalvergleichs zweifelsohne besitzt, ist von Hax nicht übersehen worden. Für ihn dürften aber schließlich zwei Gründe ausschlaggebend gewesen sein, an den Vorratsbeständen der Anfangsbilanz als Grundlage für die Ermittlung der Substanzerhaltungsrücklage festzuhalten: Das Verfahren ist einerseits genau und bereitet andererseits hinsichtlich der Durchführung wenig Schwierigkeiten. Zudem ist seiner Meinung nach bereits eine gewisse quantitative Elastizität dann gegeben, "wenn man stets die Bestände zu Jahresbeginn als normal ansieht" ¹⁾. Damit ist jedoch dieses Verfahren mit dem Mangel behaftet, daß alle Zufälligkeiten, die auf die Bestandsänderungen eingewirkt haben, ein Jahr später bei der Bildung der Rücklage in Erscheinung treten werden. Bei Minderbeständen kommt es somit auch beim Verfahren des Kapitalvergleichs zur Auflösung gebildeter Rücklagen, allerdings mit einer einjährigen Verzögerung.

Die Durchführung der Methode des Kapitalvergleichs setzt voraus, daß die zu vergleichenden Objekte im Zeitablauf keine Veränderungen hinsichtlich Form, Qualität und Art aufweisen. Ein temporärer Vergleich zwischen den Anfangs- und Schlußbeständen ist nur möglich, wenn am Ende des Jahres die gleichen Vorratsgüter vorhanden sind wie im Vorjahr. Ist z.B. in der Vorjahresbilanz für einen bestimmten Rohstoff eine entsprechende Rücklage gebildet worden so wäre diese Reserve aufgrund der Eigenart des Kapitalvergleichsverfahrens aufzulösen, wenn an die Stelle dieses Rohstoffes ein Rohstoff anderer Art, Form oder Qualität getreten wäre. Man könnte diesen Mangel dadurch beseitigen, daß man die im Vorjahr gebildete Rücklage auf den neuen Rohstoff überträgt.

1) Vgl. Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch),
u. a. o., S. 152.

In der Regel scheitert ein derartiger Versuch bereits im Ansatz, da keine exakten und objektiven Maßstäbe gefunden wurden, die Rücklage der Vorjahresbilanz an einen neuen Rohstoff anzupassen ¹⁾. Damit hat auch das Verfahren des Kapitalvergleichs einen erheblichen Nachteil. Aufgrund fehlender qualitativer Elastizität versagt dieses Verfahren in der Regel bei Art-, Form- und Qualitätsveränderungen der zu bewertenden Vorratsgüter.

Den Nachteilen, die der Preisdifferenzenmethode und dem Verfahren des Kapitalvergleichs anhaften, kann durch einen Lösungsweg begegnet werden, der von Meier ²⁾ bzw. Engelmann ³⁾ vorgeschlagen wurde. Der Grundgedanke dieser Verfahren zielt darauf ab, das Ausmaß der Rücklagenbildung im Rahmen einer Nachkalkulation zu ermitteln. Während das Preisdifferenzenverfahren und das Verfahren des Kapitalvergleichs bei der Berechnung der Rücklagenzuweisung von Bestandsgrößen ausgehen, stützt sich das Verfahren der Nachkalkulation auf die Daten der Erfolgsrechnung. Durch eine Gegenüberstellung der Einstandspreise und der kalkulierten Wiederbeschaffungspreise für die verbrauchten Wirtschaftsgüter läßt sich das Ausmaß der Preisänderung und damit die Höhe der Rücklage feststellen; als Zeitbasis für den kalkulatorischen Wiederbeschaffungspreis wird im allgemeinen der Zeitpunkt des Umsatz- bzw. Verbrauchstages angesehen. Auch hier sieht sich der Kalkulator den Schwierigkeiten gegenüber, die mit der Ermittlung der Wiederbeschaffungspreise verbunden sind; sie dürften jedoch nicht unüberwindlich sein. Voraussetzung ist in jedem Falle, daß das Unternehmen über eine voll ausgebaute Kalkulation verfügt.

1) Vgl. Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 155.

2) Vgl. Meier, Albert: a.a.O., S. 391 f.

3) Vgl. Engelmann, Konrad: Die Verrechnung von Inflations-Gewinnen ..., a.a.O., S. 156.

An Beispielen haben Meier und Engelmann ihre Vorschläge näher erläutert. Auf eine Darstellung ihrer Konzepte kann an dieser Stelle verzichtet werden; da sie bereits in einem anderen Zusammenhang in dieser Arbeit dargestellt wurden ¹⁾.

In einer vorläufigen Würdigung aller Verfahren kann festgestellt werden, daß das Verfahren des Kapitalvergleichs und die kalkulatorischen Verfahren für die Ermittlung des Ausmaßes der Substanzerhaltungsrücklage unter bestimmten Voraussetzungen durchaus brauchbare Ergebnisse liefern können. Allerdings ist durch diese Voraussetzungen ihr Anwendungsbereich beschränkt. Das Verfahren des Kapitalvergleichs ist nur dann anwendbar, wenn sich die Gegenstände des Vorratsvermögens gegenüber dem Vorjahr form-, art- und qualitätsmäßig nicht verändern; eine wesentliche Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit des kalkulatorischen Verfahrens ist das Vorliegen geeigneter Kalkulationsunterlagen.

Mit der Behandlung der oben dargestellten Verfahren zur Ermittlung des Ausmaßes der Rücklagenbildung ist jedoch nur die eine Seite der Problematik der Substanzerhaltungsrücklage beleuchtet worden. Charakteristisch für das Wesen der Substanzerhaltungsrücklage ist aber nicht nur die Art ihrer Entstehung, sondern auch die Art ihrer Verwendung. Die Zweckbeziehung zwischen der Zurückbehaltung nomineller Gewinnanteile und dem späteren Regenerationsprozeß ist charakteristisch für die Substanzerhaltungsrücklage. Erst aus diesem Zusammenhang heraus läßt sich die Funktionsweise der Substanzerhaltungsrücklage richtig verstehen. Unbestritten ist die Tatsache, daß es sich bei der Bildung einer Substanzerhaltungsrücklage um ein Problem der Gewinnverwendung

1) Vgl. S. 125 ff.

handelt. Die Reservefunktion der Rücklage ist im Augenblick der Ersatzbeschaffung erloschen. Damit schließt sich jedoch nicht zwangsläufig die Auflösung der Substanzerhaltungsrücklage an. Vielmehr erhält sie "nach vollzogener Ersatzbeschaffung .. den Charakter d a u e r n d e n , risikotragenden Eigenkapitals" ¹⁾. Würde man die Substanzerhaltungsrücklage nach vollzogener Ersatzbeschaffung gegen den Anschaffungswert der Ersatzgüter aufrechnen, so würde sich - materiell gesehen - nichts ändern; unter formellen Gesichtspunkten wäre aber eine derartige rechentechnische Manipulation als äußerst unzweckmäßig zu erachten, wobei einmal von rechtlichen Aktivierungsprinzipien abgesehen werden soll. Denn der Anschaffungswert des Ersatzgutes bildet wiederum die Grundlage für die Aufwandsverrechnung späterer Perioden.

Dieser finanzwirtschaftliche Aspekt der Substanzerhaltungsrücklage, auf den insbesondere Schmidt ²⁾ hingewiesen hat, wird im allgemeinen in der betriebswirtschaftlichen Literatur nicht beachtet. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß bei den einzelnen Autoren terminologische Unterschiede hinsichtlich der Charakterisierung der Erhaltungsrücklage auftreten. So wird z.B. die Substanzerhaltungsrücklage von Hax ³⁾ als eine Gewinnreserve angesehen. Diese Auffassung wird andererseits z.B. von Findeisen ⁴⁾ bestritten: "Viele dieser auf geldwirtschaftliche Gründe zurückzuführenden Reserven besitzen zwar in buchtechnischer Hinsicht Reservecharakter, sind aber in bezug auf die betriebswirtschaft-

1) Schmidt, Ralf-Bodo: Die Kapitalerhaltung der Unternehmung ..., a.a.O., S. 437.

2) Ebenda, S. 434 ff.

3) Vgl. Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 149.

4) Vgl. Findeisen, Franz: Die Reserven der Unternehmung mit besonderer Berücksichtigung der Steuer. Schriftenreihe "Bücherei für Bilanz und Steuern", hrsg. von H. Großmann, Band 7, Berlin 1922, S. 32.

liche Substanz einfache Korrekturposten". Derartige Pauschalurteile sind für die Begriffsbestimmung der Erhaltungsrücklage wenig befriedigend. Vielmehr muß der finanzwirtschaftliche Aspekt in Rechnung gestellt werden. Dadurch kann bei der Erhaltungsrücklage ein Unterschied zwischen Gewinnreservierung und abstrakter Kapital- bzw. Gewinnkorrektur eindeutig getroffen werden. Reservecharakter kommt der Erhaltungsrücklage nur insoweit zu, als die entsprechenden Regenerationsprozesse noch nicht abgeschlossen sind. Dies bedeutet andererseits, daß nach vollzogener Ersatzbeschaffung Teile der Erhaltungsrücklage insoweit gebundenes Eigenkapital darstellen.

Eine derartige Einstellung zur Substanzerhaltungsrücklage ist auch noch unter einem anderen Aspekt bedeutsam. Aufgrund der Dynamik der Wirtschaft können sich die Verhältnisse, die zur Bildung einer Rücklage führten, im Zeitpunkt der Ersatzbeschaffung geändert haben. Insbesondere die quantitativen, qualitativen und preislichen Überlegungen, die bei der Ermittlung der Rücklage maßgebend waren, erweisen sich gegebenenfalls im mutmaßlichen Ersatzbeschaffungszeitpunkt als überholt. Eine pauschale Stellungnahme verbietet sich in diesem Zusammenhang, vielmehr muß sich eine derartige Betrachtung auf den speziellen Einzelfall erstrecken. Zunächst soll deshalb für denjenigen Teil der Rücklage, der als Gewinnreserve charakterisiert worden ist, geprüft werden, welche Auswirkungen aufgrund quantitativer, qualitativer und preislicher Veränderungen sich für diese Gewinnreserven ergeben.

In mengenmäßiger Hinsicht kann z.B. der Fall eintreten, daß aufgrund struktureller wirtschaftlicher Verhältnisse die Produktionskapazität eingeschränkt wird. Sobald eine derartige Maßnahme auf langfristigen unternehmerischen Überlegungen beruht, sind die Ersatzbeschaffungen im bisherigen Ausmaß nicht mehr erforderlich. Damit verlieren aber auch die Gewinnreserven in der Rücklage, die für derartige

Ersatzbeschaffungen vorgesehen sind, ihre Bedeutung. Gegen eine erfolgswirksame Auflösung dieser Reserven ist im allgemeinen nichts einzuwenden. Problematischer wird dieser Sachverhalt, wenn an die Stelle dieser Produktionseinschränkung eine Produktionsausweitung auf anderem Gebiet erfolgt, bzw. wenn das Unternehmen auf die Produktion neuer Erzeugnisse übergeht. Bei enger Betrachtungsweise ist auch in diesem Falle eine Auflösung zu fordern. Vom unternehmerischen Standpunkt aus wäre jedoch eine derartige Handhabung nicht immer sinnvoll. Zurecht stellt deshalb Hax ¹⁾ die Frage, ob nicht in diesen Fällen die Gewinnreserve (Hax spricht ganz allgemein von Rücklagen) "gewissermaßen auf die neue Produktionsabteilung zu übertragen sei". Er kommt zu dem Ergebnis, daß einer derartigen Handhabung praktische Schwierigkeiten hinsichtlich der Zurechnung gegenüberstehen. Generell anwendbare d.h. objektive und exakte Methoden seien bisher noch nicht gefunden worden, folglich könne eine erfolgswirksame Auflösung der Reserven im allgemeinen nicht verhindert werden.

Die gleiche Problematik ist dann gegeben, wenn derjenige Vermögensgegenstand, der der Rücklagenbildung zugrunde liegt, nicht wiederbeschafft wird, weil an seine Stelle ein Produktionsgut anderer Art, Form oder Qualität getreten ist. Auch in diesem Falle erscheint eine Auflösung der Reserve wenig sinnvoll. Aber auch hier entsteht das Problem der Zurechnung. Es ist jeweils im Einzelfall zu prüfen, inwieweit es möglich ist, anhand objektiver Maßstäbe die Reserve auf das Ersatzgut zu übertragen.

Wesentlich einfacher läßt sich die Frage beantworten, in welcher Weise sich preisliche Veränderungen, die zwischen dem Zeitpunkt der Reservenbildung und demjenigen der Er-

1) Vgl. Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 175.

satzbeschaffung eingetreten sind, auf die Gewinnreserve der Rücklage auswirken. Maßgeblich für die Rücklagenbildung ist, wie oben dargestellt, der Wiederbeschaffungspreis des Ersatzgutes am Umsatz- bzw. Verbrauchstag, oder der Wiederbeschaffungspreis zum Bilanzstichtag ¹⁾. Liegt nun der Wiederbeschaffungspreis zum Zeitpunkt der Ersatzbeschaffung ²⁾ unter dem zum Zeitpunkt der Rücklagenbildung angenommenen Wertansatz, so ist die Zweckbindung der für eine Ersatzbeschaffung vorgesehenen Gewinnreserve aufgehoben. Gegen eine Auflösung dieser nicht mehr benötigten Reserven ist nichts einzuwenden ³⁾, da sie für eine Ersatzbeschaffung nicht mehr benötigt werden. Anders sind die Mehrausgaben zu beurteilen, die dadurch notwendig werden, daß die Wiederbeschaffungspreise der Ersatzgüter zum Zeitpunkt der Regeneration höher liegen als bei der Bildung der Reserve ursprünglich angenommen. Die dadurch erforderlichen Mehrausgaben für die Ersatzbeschaffung müssen nach Schmidt ⁴⁾ als ein Akt zusätzlicher Finanzierung angesehen werden, der durch eine Kapitalzuführung von außen, d.h. durch Eigen- oder Fremdkapital, oder durch eine zusätzliche Selbstfinanzierung zu realisieren ist.

Die Stellungnahme des deutschen Handelsrechts zur Frage der Substanzerhaltungsrücklage ist weniger problematisch. Nach handelsrechtlicher Terminologie handelt es sich bei der Substanzerhaltungsrücklage um eine freiwillige (Aspekt der Bildung), gebundene (Aspekt der Verwendung) Rücklage. Freiwillig deshalb, weil ihre Bildung nicht auf einer gesetzlichen Vorschrift beruht und gebunden, weil ihre Verwendung nur für bestimmte Zwecke vorgesehen ist.

1) Vgl. S. 217 und S. 223.

2) Dabei soll unterstellt werden, daß der Preis nicht unter den Anschaffungspreis zurückgeht.

3) In ähnlichem Sinne äußert sich Schmidt, Ralf-Bodo: Die Kapitalerhaltung der Unternehmung ..., a.a.O., S. 439.

4) Ebenda, S. 436 f.

Grundsätzlich erhebt das Handelsrecht keine Einwendungen gegen die Bildung von offenen Rücklagen. Lediglich hinsichtlich des Ausmaßes der Rücklagenbildung und der Zweckbindung bestehen handelsrechtliche Beschränkungen, die je nach der gewählten Unternehmensform unterschiedlich geregelt sind.

Das Aktiengesetz bestimmt ausdrücklich, in welchem Umfang die Bildung von Rücklagen möglich ist und in wessen Entscheidungsbereich derartige Kompetenzen fallen. Sofern der Jahresabschluß vom Vorstand und Aufsichtsrat festzustellen ist, sind diese Organe befugt, bis zu 50 % des Jahresüberschusses in die freie Rücklage einzustellen ¹⁾. Eine darüber hinausgehende Rücklagenbildung liegt im Entscheidungsbereich der Hauptversammlung. Dieses Organ kann auch Vorstand und Aufsichtsrat statutarisch ermächtigen, jährlich einen größeren Teil als die Hälfte des Jahresüberschusses in eine freie Rücklage einzustellen und zwar solange, als diese Zuweisungen die Hälfte des Grundkapitals nicht übersteigen (§ 58 Abs. 2 Satz 2 und 3 AktG). Die Hauptversammlung kann auch selbst beschließen, daß weitere Beträge aufgrund des festgestellten Jahresabschlusses der offenen Rücklage zuzuweisen sind (§ 58 Abs. 3 in Verbindung mit § 174 AktG).

Diese Regelung der Rücklagenbildung gilt nur für Unternehmen, die in der Rechtsform der Aktiengesellschaft betrieben werden. Bei allen übrigen Gesellschaftsformen ist die Bildung freiwilliger Rücklagen im allgemeinen nicht gesetzlich geregelt, folglich bestehen in diesen Fällen keinerlei Einwendungen handelsrechtlicher Art gegen die Bildung einer Substanzerhaltungsrücklage.

Die Rücklagenbildung erfolgt grundsätzlich aus dem versteuerten Gewinn. Hieraus wird ersichtlich, daß das Steuer-

1) Vgl. § 58 Abs. 2 Satz 1 AktG.

recht steuerfreie Rücklagen im allgemeinen nicht kennt. Gleichwohl gibt es im Steuerrecht Ausnahmen, von denen für den Problemkreis dieser Arbeit insbesondere die "Rücklage für Preissteigerung" von erheblicher Bedeutung ist. Diese Rücklagenart soll in einem gesonderten Abschnitt behandelt werden, da sie ganz spezifische Eigentümlichkeiten hinsichtlich ihrer Bildung und Auflösung aufweist.

bb) Die Rücklage für Preissteigerung im Steuerrecht

Die Rücklage für Preissteigerung stellt einen Versuch dar, die wirtschaftlichen Probleme der Scheingewinne steuerrechtlich zu lösen. Es sollen die durch Preissteigerungen verursachten Scheingewinne mit Hilfe dieser Rücklage neutralisiert werden. Diese Aufgabenstellung war jedoch nicht allein maßgebend für die Konzeption dieses Verfahrens. Vielmehr mußte eine derartige Regelung zwei nicht unerheblichen Gesichtspunkten Rechnung tragen: Die Vorschrift sollte einerseits einfach zu handhaben sein und andererseits die Tatsache respektieren, daß der Gewinnermittlung eine Geldrechnung zugrunde liegt ¹⁾. Diese Faktoren waren bestimmend für den eigenwilligen Charakter dieser Rücklage.

Im § 51 Abs. 1 Ziff. 2b EStG wird die Bundesregierung ermächtigt, eine Verordnung über eine Rücklage für Preissteigerungen zu erlassen. Von dieser Ermächtigung hat die Bundesregierung Gebrauch gemacht; im § 74 EStDV sind die Rechtstatbestände niedergelegt, die im Zusammenhang mit der Preissteigerungsrücklage zu beachten sind ²⁾. Von vier Bedingungen macht § 74 EStDV die Bildung der Rücklage für Preissteigerung abhängig: Die Vorschrift setzt im einzelnen

1) Vgl.: Scheingewinnbesteuerung und Große Steuerreform (o.V.). In: Wpg, 7. Jg. 1954, Nr. 9, S. 210.

2) Die Bestimmung des § 74 EStDV stützt sich auf ein von Hax ausgearbeitetes Gutachten. Vgl. Hax, Karl: Gruppenbewertung und Rechnen mit eisernen Beständen beim Vorratsvermögen (Gutachten). In: BB, 10. Jg. 1955, Heft 25, S. 793 ff

voraus, daß

1. die Steuerpflichtigen den Gewinn nach § 5 EStG ermitteln.
2. es sich um Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, halbfertige und fertige Erzeugnisse sowie Waren handelt, die im Verkehr nach Zahl, Maß oder Gewicht bestimmt zu werden pflegen (vertretbare Wirtschaftsgüter).
3. der Börsen- oder Marktpreis (Wiederbeschaffungspreis) dieser Wirtschaftsgüter am Schluß des Wirtschaftsjahres gegenüber dem Börsen- oder Marktpreis (Wiederbeschaffungspreis) am Schluß des vorangegangenen Wirtschaftsjahres um mehr als 10 % gestiegen ist.
4. die Rücklage für Preissteigerung im Jahr der Preissteigerung gebildet wird.

Ausgangspunkt für die Berechnung der Rücklagenhöhe bildet somit die individuelle Preisentwicklung des einzelnen Wirtschaftsgutes zwischen zwei Bilanzstichtagen. Dabei ist es unerheblich, ob das betreffende Wirtschaftsgut bereits in der Schlußbilanz des Vorjahres ausgewiesen wurde. Eine Rücklage für Preissteigerung kann selbst dann gebildet werden, wenn das Wirtschaftsgut kurz vor Jahresende erstmals beschafft worden ist. Damit bleibt der Praxis die Durchführung eines Identitätsnachweises erspart. Bereits hieraus wird ersichtlich, welche Absicht der Gesetzgeber mit dieser Regelung verfolgte. Er wollte der Praxis ein Instrument in die Hand geben, das möglichst einfach zu handhaben ist. Diese Überlegung wird auch in anderer Hinsicht deutlich. Bei der Berechnung der Rücklage ist neben der Entwicklung der Wiederbeschaffungspreise zwischen den beiden Bilanzstichtagen noch die Menge der berücksichtigungsfähigen Vorratsgüter am Schluß des Wirtschaftsjahres maßgebend. Damit ist die Praxis aller Schwierigkeiten einer Mengenabgrenzung enthoben, wie sie z.B. bei der eisernen Bestandsrechnung auftreten. Vogel ¹⁾ wertet diese Tatsache als wesentlichen

1) Vgl. Vogel, Horst: a.a.O., S. 17 f.

Vorteil, was aufgrund der einfachen Handhabung durchaus nicht zu leugnen ist. Allerdings sollte man bei allen positiven Beurteilungen den Mangel einer derartigen Regelung nicht übersehen. Das Verfahren leidet nämlich darunter, daß sich alle Zufälligkeiten, die mit der Bestandsentwicklung am Schluß des Wirtschaftsjahres verbunden sind, auf die Höhe der Rücklage auswirken.

Die Grundkonzeption, die der Bildung der Rücklage für Preissteigerung zugrunde liegt, entspricht dem an anderer Stelle dargestellten Preisdifferenzenverfahren. Die dort im Zusammenhang mit der Bildung der Rücklage geäußerte Kritik gilt hier analog ¹⁾. Der Mangel besteht darin, daß der jeweilige Vorratsbestand am Bilanzstichtag einen wesentlichen Faktor für die Rücklagenhöhe darstellt. Für den Unternehmer kann dadurch ein Anreiz gegeben sein, kurz vor dem Bilanzstichtag Waren einzukaufen, die während des Jahres im Preis wesentlich gestiegen sind. Insbesondere Görres ²⁾ und Christoph ³⁾ haben auf derartige spekulative Überlegungen in diesem Bereich hingewiesen.

Im folgenden soll anhand eines Beispiels gezeigt werden, wie die Rücklage für Preissteigerung zu berechnen ist.

Der Börsen- oder Marktpreis eines Wirtschaftsgutes betrage:

	<u>DM</u>
Ende 1967	120,--
Ende 1966	<u>100,--</u>
Preissteigerung	20,--

1) Vgl. S. 218 f.

2) Vgl. Görres, Peter: Substanzbesteuerung, a.a.O., S. 808.

3) Vgl. Christoph, P.: Eiserner Bestand und Preisdifferenzrücklage in der betriebswirtschaftlichen Praxis. In: DB, 9. Jg. 1956, Nr. 2, S. 27.

Für die Berechnung ist aber nicht die gesamte Preissteigerung maßgebend, sondern nur der über den sogenannten "Selbstbehalt" von 10 % hinausgehende Teil der Preissteigerung. Unter Berücksichtigung dieses Selbstbehaltes ergibt sich folgender Preisvergleich:

	<u>DM</u>	<u>DM</u>
Ende 1967		120,--
Ende 1966	100,--	
+ 10 % Selbstbehalt	<u>10,--</u>	<u>110,--</u>
Preissteigerung		10,--

Der vom Hundertsatz der Preissteigerung ergibt sich, indem man diesen Teil der Preissteigerung (der den Selbstbehalt berücksichtigt) mit dem Börsen- oder Marktpreis Ende 1967 in Beziehung setzt:

$$\text{Prozentsatz der Preissteigerung: } \frac{10 \times 100}{120} = 8 \frac{1}{3} \%$$

Die zulässige Höhe der Rücklage für Preissteigerung erhält man durch Anwendung dieses Prozentsatzes auf die am Schluß des Wirtschaftsjahres in der Steuerbilanz ausgewiesenen Wirtschaftsgüter (§ 74 Abs. 3 Satz 1 und 2 EStDV). Stehen z.B. die berücksichtigungsfähigen Wirtschaftsgüter mit DM 30.000,-- in der Steuerbilanz, dann darf im vorliegenden Falle eine steuerfreie Rücklage in Höhe von DM 2.500,-- gebildet werden ¹⁾.

- 1) Aufermann bedient sich bei der Ermittlung der Rücklage für Preissteigerung folgender Formel:

$$\text{Rücklage} = \text{Wert}_{\text{EB}} \cdot \left(\frac{\text{Epr} - 1,1 \text{ Apr}}{\text{Epr}} \right). \text{ Dabei bezeichnen die einzelnen Symbole folgende Fakten: Wert}_{\text{EB}} =$$

Buchwert des Endbestandes zum Bilanzzeitpunkt, Epr = Börsen- oder Marktpreis am Ende des Wirtschaftsjahres, Apr = Börsen- oder Marktpreis am Anfang des Wirtschaftsjahres. Vgl. Aufermann, Ewald: Grundzüge Betriebswirtschaftlicher Steuerlehre. Schriftenreihe "Die Wirtschaftswissenschaften", hrsg. von E. Gutenberg, Reihe A (Betriebswirtschaftslehre), Beitrag Nr. 40, Wiesbaden 1959, S. 114.

Dabei ist jedoch zu beachten, daß die Bilanzwerte der Schlußbilanz dann nicht als Berechnungsgrundlage der Rücklage herangezogen werden dürfen, wenn der Schlußbestand mit einem Wertansatz bewertet ist, der unter dem Anschaffungs- oder Wiederbeschaffungspreis liegt (§ 74 Abs. 3 Satz 3 EStDV). Bei Halb- und Fertigfabrikaten, bei denen ein Börsen- oder Marktpreis nicht vorliegt, ist gem. § 74 Abs. 4 EStDV bei der Berechnung der Rücklage von dem Börsen- oder Marktpreis des nächsten im Produktionsgang entstehenden Wirtschaftsgutes auszugehen, für das ein Börsen- oder Marktpreis gegeben ist.

Die Rücklage für Preissteigerung ist gem. § 74 Abs. 5 Satz 1 EStDV spätestens bis zum Ende des auf die Bildung folgenden sechsten Wirtschaftsjahres gewinnerhöhend aufzulösen, unabhängig von der künftigen Preisentwicklung. Bei wesentlichen Preissenkungen kann zwar eine Auflösung zu einem früheren Zeitpunkt bestimmt werden (§ 74 Abs. 5 Satz 2 EStDV), für die Praxis dürfte jedoch nach der Auffassung von Hax ¹⁾ dieser Bestimmung im allgemeinen keine Bedeutung beizumessen sein. Nach Ablauf der im Gesetz vorgesehenen sechsjährigen Frist wird also der Unternehmer gezwungen, die steuerfreie Rücklage unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung automatisch aufzulösen. Allerdings kann der Steuerpflichtige, sofern es ihm opportun erscheint, die Rücklage zu einem früheren Zeitpunkt erfolgswirksam auflösen.

Nach wie vor bleibt also der Gesetzgeber auf dem Boden der Nominalwertrechnung. Er räumt dem Unternehmer lediglich die Möglichkeit einer Gewinnivellicierung innerhalb des auf sechs Jahre begrenzten Zeitraums ein. Sofern es zu einer Kompensation zwischen neugebildeten und aufzulösenden Rücklagen kommt, liegt eine dauerhafte Steuerschonung in bestimmtem

1) Vgl. Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 169 (Fußnote).

Umfange vor. Gewissermaßen handelt es sich um eine Steuerstundung, deren Bedeutung jedoch nicht unwesentlich sein dürfte. Gleichwohl kann diese Rücklagenbildung möglicherweise aber auch zu einer endgültigen Steuerersparnis führen. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die Auflösung der Rücklage nach Ablauf der gesetzlichen Frist in ein Verlustjahr fällt, bzw. wenn die Rücklage in Verlustjahren schon vorzeitig aufgelöst wird. Ferner ergibt sich eine mögliche Steuerersparnis bei Einkommensteuerpflichtigen dadurch, daß sie durch wahlweise Auflösung der Rücklage ihre Gewinne unter Berücksichtigung der progressiven Einkommensteuersätze nivellieren können.

Betriebswirtschaftlich betrachtet, handelt es sich bei dieser steuerfreien Rücklage im Grunde um eine Erleichterung im Bereich der unternehmerischen Finanzpolitik. Hax ¹⁾ charakterisiert diese gesetzliche Regelung als eine der Unternehmung zugebilligte "Finanzierungshilfe" auf dem Wege über eine Steuerstundung.

4. Ergebnis

Aufgrund dieser Erörterungen über die einzelnen Methoden der Reservenbildung läßt sich abschließend feststellen, daß zwar alle diese Verfahren darauf abzielen, Scheingewinne vom Standpunkt substantieller Unternehmenserhaltung (und zwar speziell beim Vorratsvermögen) den Ansprüchen der Gewinnbegünstigten zu entziehen, daß diese Methoden jedoch mehr oder weniger große Unterschiede hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit und Wirksamkeit, sowie hinsichtlich ihrer handels- und steuerrechtlichen Bedeutung aufweisen. Im einzelnen ergibt sich hieraus folgende Schlußfolgerung:

1) Vgl. Hax, Karl: Die Substanzerhaltung ... (Buch), a.a.O., S. 169 f.

1. Der Anwendungsbereich der einzelnen Selbstfinanzierungsformen wird durch die Voraussetzungen begrenzt, die mit der Handhabung der einzelnen Verfahren verknüpft sind. Eine entsprechende Beurteilung läßt die Schlußfolgerung zu, daß unter diesem Gesichtspunkt die Substanzerhaltungsrücklage (= Methode zur Bildung offener Reserven) im Vergleich zu den übrigen Methoden relativ einfach zu handhaben und im Anwendungsbereich nur unerheblich eingeschränkt ist.
2. Hinsichtlich der Wirksamkeit der einzelnen Verfahren, finanzielle Mittel zur Deckung der im Beschaffungsbereich auftretenden finanziellen Mehranforderungen zu binden, ergeben sich ebenfalls sehr differenzierte Unterschiede. Nicht alle Verfahren führen in gleichen Situationen eine befriedigende Lösung herbei, d.h. dem Ziel der Substanzerhaltung können sie im Einzelfall nur annähernd Rechnung tragen. Auch unter diesem Gesichtspunkt hat sich die Substanzerhaltungsrücklage als die wirkungsvollste Form der Selbstfinanzierung gegen die materiellen Auswirkungen der Scheingewinne erwiesen.
3. Die unterschiedliche Bedeutung der einzelnen Methoden der Selbstfinanzierung steht demgegenüber im Zusammenhang mit den spezifischen Bestimmungen des Handels- und Steuerrechts. Im einzelnen kann hierzu festgehalten werden, daß das Steuerrecht die einzelnen Verfahren nur zum Teil akzeptiert und zudem in diesen Fällen den Anwendungsbereich durch geforderte Rechtstatbestände eng begrenzt. Das Urteil ist wohl nicht übertrieben, wenn man behauptet, daß alle Verfahren im Rahmen des Scheingewinnproblems steuerrechtlich mehr oder weniger zur Bedeutungslosigkeit verurteilt sind. Demgegenüber nimmt das Handelsrecht in bezug auf die Selbstfinanzierungsformen eine verhältnismäßig tolerantere Stellung ein. Im allgemeinen dürfte sich

durch eine rationale Koordination der einzelnen Verfahren das Ziel realisieren lassen, eine befriedigende Lösung des Scheingewinnproblems herbeizuführen.

Eine vollständige Beurteilung des Selbstfinanzierungsproblems ist jedoch nur möglich, wenn man die Funktionsweise der einzelnen Selbstfinanzierungsformen in einen unmittelbaren Zusammenhang mit den für die Selbstfinanzierung zuständigen Entscheidungsträgern bringt. Ob und in welchem Umfange dieses Instrumentarium zur Bindung finanzieller Mittel an das Unternehmen wirksam zur Anwendung kommt, hängt also einerseits von seiner Anwendbarkeit und Wirksamkeit sowie von seiner steuer- und handelsrechtlichen Bedeutung ab und liegt andererseits im Ermessensbereich der für den Einsatz verantwortlichen Entscheidungsträger.

b) Die reservenbildende Entscheidung

1. Die Entscheidungsträger der Reservenbildung

Die theoretischen Ausführungen über den Problemkreis "Unternehmenserhaltung in Zeiten einer Geldentwertung" führten zu dem Ergebnis, daß es sich bei diesem Problemkreis um einen entscheidungsrelevanten Tatbestand handelt. Analog der erhaltungspolitischen Zielsetzung der Unternehmung, die in diesem Zusammenhang als Bestandteil des komplexen Zielsystems der Unternehmung erkannt worden ist, verlaufen die Überlegungen hinsichtlich der Handhabung der reservenbildenden Maßnahmen. Da es sich hierbei um alternative Wahlakte individueller Art handelt, ist dieser Problemkreis eng mit den Trägern der Entscheidungen über die Selbstfinanzierung verbunden. Es stellt sich demzufolge die Frage nach den Entscheidungsträgern, denen die Entscheidungsbefugnis in diesem Bereich aufgrund bestimmter Rechte eingeräumt ist.

Legt man dieser Betrachtungsweise pagatorische Wertvorstellungen zugrunde, so erweisen sich alle Formen der

Reservenbildung unter dem Gesichtspunkt der Selbstfinanzierung letztlich als eine spezielle Art der Gewinnverwendung¹⁾. Die Kompetenzaufteilung auf die unmittelbaren und mittelbaren Entscheidungsträger ist abhängig von den gesetzlichen und statutarischen Bestimmungen sowie von den situationsbedingten Verhältnissen in den einzelnen Unternehmen. Generelle Aussagen über eine Verknüpfung von Entscheidungszuständigkeiten und Entscheidungsträgern sind in diesem Bereich aufgrund der in der Realität in Erscheinung tretenden Vielfalt möglicher Gestaltungsformen äußerst problematisch. In dieser Arbeit soll der Versuch unternommen werden, brauchbare Ergebnisse aus dem Zusammenhang zwischen der Selbstfinanzierungsentscheidung als einer Teilentscheidung im gewinnverwendenden Bereich und den Zentren unternehmerischer Willensbildung herzuleiten²⁾.

Es stellt sich demzufolge zunächst die Frage nach den Personengruppen, die an der unternehmerischen Willensbildung beteiligt sind. Weder die handelsrechtlichen noch die statutarischen Bestimmungen sind für die Beantwortung dieser Frage geeignet. Entscheidend ist der tatsächliche Ein-

1) In einer isolierten Betrachtung der Gewinnverwendungsmöglichkeiten unterscheidet Schmidt im einzelnen zwischen Gewinnausschüttung, -reservierung und -investition (Vgl. Schmidt, Ralf-Bodo: Die Gewinnverwendung der Unternehmung, a.a.O., S. 49 ff.). In dieser Arbeit wird diese Einteilung nicht übernommen. Es soll lediglich die Gewinnverwendung unter dem Gesichtspunkt der Gewinnausschüttung und -reservierung behandelt werden. Denn bei näherer Betrachtung läßt sich die Gewinninvestition ebenfalls als Gewinnreservierung charakterisieren.

2) Die Ausführungen Gutenberg's über die Träger der Willensbildung im einzelwirtschaftlichen Bereich erstrecken sich auf Wirtschaftseinheiten unterschiedlicher Wirtschaftssysteme. Aus diesem Grunde spricht er in diesem Zusammenhang von den "Zentren betrieblicher Willensbildung" (Vgl. Gutenberg, Erich: Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre; Band I: Die Produktion. 6. Aufl., Berlin-Göttingen-Heidelberg 1961, S. 370 ff.). In dieser Arbeit beschränkt sich die Betrachtung auf die Unternehmen, d.h. auf die verschiedenen - für die sogenannte vorfindende Welt typischen - Lebensformen wirtschaftlicher Einheiten, wie sie heute in Erscheinung treten.

fluß, den die einzelnen sozialen Gruppen jeweils ausüben bzw. auszuüben vermögen. Als wichtigste Zentren unternehmerischer Willensbildung nennt Gutenberg ¹⁾ die Kapitaleigner, die Geschäftsführer und die Belegschaft; ihr Einfluß auf die Reservenbildung soll im folgenden näher analysiert werden.

Das Recht der Kapitaleigner, über die Reservenbildung im Rahmen des gewinnverwendenden Bereichs zu befinden, resultiert aus der Überlassung von Eigenkapital zur Erstellung unternehmerischer Leistungen. Hieraus darf jedoch aufgrund einer generalisierenden Betrachtungsweise nicht geschlossen werden, daß das Eigentum an den unternehmerischen Produktionsmitteln automatisch das Recht auf Reservenbildung einschließt. Es ist vielmehr zu prüfen, inwieweit den Kapitaleignern die Befugnis einer Einflußnahme auf die Gewinnverwendungsentscheidung und damit auf die Reservenbildung eingeräumt ist und von diesen tatsächlich wahrgenommen wird.

Ein derartiger Versuch erscheint infolge der Vielzahl der im Wirtschaftsleben geltenden gesellschaftsrechtlichen Vorschriften und möglichen Gestaltungsformen im ersten Augenblick als aussichtslos. Sobald man jedoch von der rechtlichen Struktur der Unternehmensformen abstrahiert, lassen sich sinnvolle Ergebnisse über die Einflußnahme der Kapitaleigner ableiten. Diese Überlegung liegt der Einteilung Gutenberg's zugrunde, der zwischen Einzel- und Gesellschaftsunternehmen unterscheidet ²⁾.

Das Merkmal einer Einzelunternehmung liegt dann vor, wenn sich das gesamte Eigenkapital einer Unternehmung in der

1) Vgl. Gutenberg, Erich: Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Band I, a.a.O., S. 370 ff.

2) Ebenda, S. 371.

Hand eines einzelnen Gesellschafters befindet. In diesem Falle besitzt der sogenannte Einzelunternehmer ¹⁾ - sieht man von delegierten Rechten hinsichtlich der Gewinnverwendung an unternehmungsinterne bzw. -externe Personenkreise einmal ab - eine uneingeschränkte Befugnis, stille bzw. offene Reserven im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten entsprechend der erhaltungspolitischen Zielsetzung zu bilden. Für Art und Umfang der reservenbildenden Entscheidung dürften die Motive nicht unerheblich sein, die der Gesellschafter an seinen Eigenkapitalbesitz knüpft. Seiner individuellen Interessenlage bleibt es überlassen, den finanziellen Mehranforderungen von Ersatzinvestitionen durch entsprechende Reservenbildung in vollem Umfang oder teilweise Rechnung zu tragen bzw. auf derartige Maßnahmen ganz zu verzichten. Im allgemeinen dürfte bei den Einzelunternehmern, langfristig gesehen, das Interesse der Unternehmenserhaltung im Vordergrund stehen, da in diesem Falle der Eigenkapitalbesitz eine wichtige, wenn nicht gar die einzige Einkommensquelle des Gesellschafters darstellt; in vielen Fällen bildet zudem die Einzelunternehmung das berufliche Betätigungsfeld des Kapitaleigners.

In Gesellschaftsunternehmen, die durch mehrere Kapitaleigner gekennzeichnet sind, erweist sich die Reservenbildung zum Zwecke der Unternehmenserhaltung als ein vielschichtiges Problem, da aufgrund der unterschiedlichen individuellen Kapitalüberlassungsmotive der einzelnen Kapitaleigner Interessenkonflikte mit mehr oder weniger starker Ausgestaltung in der Regel nicht zu vermeiden sind. Es ist geradezu charakteristisch für die

1) Hierunter fallen neben den Gesellschaftern von Einzelfirmen auch die Gesellschafter anderer rechtlicher Unternehmensformen (z.B. KG, OHG, GmbH und AG), wenn die Voraussetzung zutrifft, daß sich der Eigenkapitalbesitz auf einen Gesellschafter konzentriert.

Gesellschaftsunternehmung; daß die einzelnen Kapitaleigner in bezug auf die Art ihres Interessenverhältnisses zur Unternehmung im allgemeinen ganz spezifische und differenzierte Vorstellungen hegen. Ihre persönlichen Zielvorstellungen, die sie an die Überlassung von Kapital an die Unternehmung knüpfen, treten insbesondere im Bereich der Gewinnverwendung deutlich in Erscheinung. Berücksichtigt man hierbei die Tatsache, daß es sich bei der Gewinnverwendungsentscheidung um alternative Wahlakte handelt, so tritt der Zusammenhang zwischen Reservenbildung und Gewinnausschüttung deutlich zu Tage. Bei beiden Gewinnverwendungsarten ist der Grenzfall denkbar, daß der gesamte Gewinn für die eine oder andere Alternative in vollem Umfange verwendet wird; zwischen beiden Limits besteht ein Spielraum, in dem sich die Neigung zur Reservenbildung unterschiedlich stark niederschlagen kann.

Gesellschafter, die mit ihrer Kapitalüberlassung Anlageinteressen verfolgen, d.h. eine relativ sichere und langfristige Beteiligung anstreben, messen der Erhaltung der Unternehmung besonderes Gewicht bei. In diesem Falle werden - auf die Dauer gesehen - die Gesellschafter primär der Reservenbildung Aufmerksamkeit schenken ¹⁾, was bedeutet, daß das Motiv der Gewinnausschüttung bei ihren Gewinnverwendungsüberlegungen in den Hintergrund tritt. Ihr Augenmerk gilt vorrangig der Bildung stiller und offener Reserven, um auf diesem Wege die finanzielle Basis der Unternehmung verbreitern zu können.

Anderer Verhältnisse liegen im Hinblick auf die Reservenbildungsbereitschaft bei Kapitaleignern vor, die mit

1) Kurzfristig gesehen kann im Einzelfall durchaus das Ausschüttungsmotiv dominieren (z.B. bei finanziellem Engpaß in der Privatsphäre des Gesellschafters).

ihrer Kapitalüberlassung Einkommensinteressen verfolgen. Gesellschafter, die kurzfristig hohe Einkünfte aus ihrer Beteiligung anstreben, tendieren dazu, Reservenbildungen nach Möglichkeit zu verhindern. Das mit der Unternehmung im Zusammenhang stehende Sicherheitsbedürfnis tritt bei ihnen in den Hintergrund, insbesondere dann, wenn diese Gesellschafter beruflich nicht im Unternehmen engagiert sind und ein Wechsel in der Kapitalanlage ohne Schwierigkeiten möglich ist (z.B. Beteiligungen an Aktiengesellschaften). Gleichwohl kann auch in diesem Falle situationsbedingt die Bereitschaft bestehen, zugunsten der Reservenbildung kurzfristig auf mögliche Einkünfte zu verzichten.

Daneben erscheinen die Beteiligungsmotive derjenigen Gesellschafter erwähnenswert, die mit einer Kapitalüberlassung das Ziel verfolgen, langfristig zufriedenstellende Einkünfte zu erstreben. Bei diesem Interessenkreis treten die Wechselbeziehungen zwischen Gewinnreservierung und -ausschüttung deutlich in Erscheinung. Generelle Aussagen über die Vorrangigkeit der einen oder anderen Gewinnverwendungsart sind in diesem Falle nicht möglich, da ein auf die Dauer ausgerichtetes Interesse an zufriedenstellender Einkommenserzielung und das durch Reservenbildung induzierte Sicherheitsbedürfnis, abgestellt auf die Unternehmung, identische Wesenszüge aufweisen. Die Aufmerksamkeit der Kapitaleigner richtet sich gleichzeitig auf eine finanzielle Konsolidierung der Unternehmung durch Selbstfinanzierung und auf die Befriedigung ihrer langfristig gehegten Ausschüttungsansprüche. Situationsbedingt werden im Zeitablauf unternehmensinterne und -externe Fakten die Art der Gewinnverwendung nach der einen oder anderen Richtung in den Vordergrund treten lassen.

Diese unterschiedlichen, bei Gesellschaftsunternehmen möglichen Beteiligungsinteressen können jedoch bei der Gewinnverwendungsentscheidung nur dann einen Einfluß ausüben, wenn die Kapitaleigner mittelbar oder unmittelbar

in diesem Bereich ihre Interessen wirksam durchzusetzen vermögen. Immerhin haben jedoch die bisherigen Ausführungen deutlich gezeigt, daß allein schon die unterschiedlichen Beteiligungsinteressen der Kapitaleigner Gegensätze auftreten lassen, die die Gefahr von mehr oder weniger starken Interessenkollisionen in sich bergen.

Das Recht der Gewinn disposition und damit die Befugnis, über Art und Umfang der Reservenbildung zu entscheiden, ist jedoch kein ausschließliches Privileg der Kapitaleigner ¹⁾; vielmehr nehmen in verstärktem Maße auch die mit der Leitung der Unternehmung beauftragten Personen an dieser Entscheidungsbefugnis teil ²⁾. Mit der Übertragung der Geschäftsführungsfunktion auf Beauftragte kann auch das Recht delegiert sein, mittelbar bzw. unmittelbar die Reservenbildung der Unternehmung zu beeinflussen. Damit erweitert sich der Kreis der möglichen reservenbildenden Entscheidungsträger um die mit der Geschäftsführung betraute Personengruppe.

Die Einflußnahme der Geschäftsführung auf die Gewinnverwendung ist im allgemeinen durch ein System gesetzlicher und statutarischer Vorschriften sowie sonstiger Abmachungen geregelt; in der Realität hängt diese Befugnis jedoch weitgehend von den individuellen Verhältnissen im Einzelfall ab. Es kann z.B. durchaus der Fall eintreten, daß die Geschäftsleitung zwar nach außen als selbständiges Organ in Erscheinung tritt, in Wirklichkeit aber die (der) Kapitaleigner autonom die Unternehmensstrategie und damit

1) Im Einzelfall kann dieses Recht nur teilweise wahrgenommen werden bzw. ganz aufgehoben sein.

2) Die Kompetenzen dieser Entscheidungsträger hinsichtlich der reservenbildenden Entscheidung konzentrieren sich innerhalb der Führungshierarchie im allgemeinen auf den Personenkreis des "Top-Managements".

speziell die Selbstfinanzierungspolitik bestimmen. Andererseits ist aber auch der Fall denkbar, daß der Einfluß der Kapitaleigner auf die Geschäftspolitik weitestgehend ausgeschaltet ist. Ganz allgemein dürfte der Sachverhalt wohl zutreffen, daß der Machtbereich der Geschäftsleitung dort besonders ausgeprägt ist, wo die Kapitaleigner aufgrund ihrer Besitztitel maßgebliche Entscheidungsbefugnisse nicht ausüben wollen bzw. können. Von der wirklichen Machtposition der Geschäftsleitung - in diesem Zusammenhang speziell im gewinnverwendenden Bereich - wird es im allgemeinen abhängen, ob sie ihre persönlichen Interessen bei der Gestaltung der Reservenbildung wirksam zum Durchbruch verhelfen kann.

Generelle Aussagen über die persönlichen Interessenlagen der Geschäftsführung lassen sich aufgrund der vielfältigen individuellen Motivationsstrukturen nur schwer herleiten. Tendenziell werden jedoch diese Entscheidungsträger dem Gesichtspunkt der Unternehmenserhaltung besonderes Gewicht beimessen, da mit dem Bestand der Unternehmung ihre persönliche Existenz infolge ihrer beruflichen Bindung eng verknüpft ist. Selbstverständlich weist das Sicherheitsbedürfnis innerhalb dieser Personengruppe aufgrund der unterschiedlichen Charaktere erhebliche Nuancierungen auf und wird im Zeitablauf und situationsbedingt unterschiedlich stark ausgeprägt sein. Es ist abwegig, anzunehmen, daß die Geschäftsführer einzig und allein die Interessen der Kapitaleigner vertreten, von denen sie doch letztlich ihre Entscheidungsbefugnis übertragen bekommen haben. Ebenso naiv erscheint die Vorstellung, in den Geschäftsführern die Vertreter des öffentlichen Interesses erblicken zu wollen ¹⁾.

1) Vgl. hierzu Gutenberg, Erich: Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Band I, a.a.O., S. 388.

Derartige Annahmen über die Interessenwahrnehmung in der Geschäftsführung abstrahieren in unzulässiger Weise von der persönlichen Motivationsstruktur des einzelnen Individuums.

Besitzen mehrere Personen in der Geschäftsführung die Möglichkeit, Einfluß auf die reservenbildenden Entscheidungen auszuüben, so sind Interessengegensätze innerhalb dieses Personenkreises im allgemeinen unvermeidlich. Die Spannungen in diesem Bereich verstärken sich noch, wenn unterschiedliche Interessenlagen der Kapitaleigner mittelbar oder unmittelbar mitentscheidend in Erscheinung treten.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen diesen beiden Zentren unternehmerischer Willensbildung sind jedoch in all den Fällen aufgehoben, in denen die Kapitaleigner die Geschäftsführungsfunktion auf sich vereinigen. Diese Situation ist bei der Einzelunternehmung dann gegeben, wenn der Kapitaleigner die Geschäftsleitung selbständig ausübt ¹⁾. Diese Personengruppe wird in der langen Sicht im allgemeinen zu einer verstärkten Sicherheitspolitik auf dem Wege der Selbstfinanzierung neigen. Dabei darf jedoch situationsbedingt das Ausschüttungsinteresse nicht unterschätzt werden. Die von Weber ²⁾ in diesem Zusammenhang angesprochene Gefahr, daß Gesellschafter im Einzelfall versuchen werden, "den Umfang der zur Ausschüttung gelangenden Mittel nach Möglichkeit ihren (sich oft wandelnden) persönlichen Bedarfen anzupassen", wobei die finanziellen Anforderungen der Gesellschaft in den Hintergrund treten, gilt speziell für diese unternehmerische Lebensform.

1) Gutenberg subsumiert diesen Fall unter dem Begriff Unternehmerunternehmung. Vgl. Gutenberg, Erich: Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Band I, a.a.O., S. 371.

2) Vgl. Weber, Karl: Dividendenpolitik. Diss. Zürich 1954, S. 35.

Wird das Unternehmenskapital von mehreren Kapitaleignern gestellt und sind alle diese Gesellschafter an der Geschäftsführung beteiligt, so treten die der Kapitalüberlassung und der Geschäftsführungsfunktion zugrunde liegenden individuellen Interessen in kombinierter Form in Erscheinung ¹⁾. Art und Umfang der Reservenbildung wird von diesen Interessengegensätzen geprägt.

Ungleich kompliziertere Verhältnisse bestehen zu diesem Problemkreis in Unternehmungen, in denen eine Gruppe von Kapitaleignern in der Geschäftsleitung aktiv tätig ist, während die andere Gruppe von Kapitaleignern mit der Geschäftsführungsfunktion nicht betraut ist ²⁾. Ob bei einer derartigen Konstellation dem Ausschüttungs- oder dem Reservierungsmotiv das dominierende Gewicht beizumessen ist, läßt sich aufgrund dieses komplexen Sachverhalts selbst terminologisch nicht beantworten. Langfristig gesehen wird sich die Interessenlage der Majorität durchsetzen. Insbesondere in der kurzen Sicht dürfte jedoch auch sie häufig gezwungen sein, den Minderheitsinteressen in mehr oder weniger starkem Umfang Rechnung zu tragen.

In einem vorläufigen Ergebnis kann festgehalten werden, daß die Kapitaleigner und die durch sie legitimierten Geschäftsführer eine dominierende Rolle im Rahmen der zu treffenden Entscheidung über die Reservenbildung - und damit speziell unter dem Zweckgesichtspunkt der Unternehmenserhaltung - spielen, abgesehen von den situationsbedingten Einflußmöglichkeiten der Gläubiger oder sonstiger externer Organe bzw. Gremien.

-
- 1) Auch in diesem Falle liegt im Gutenberg'schen Sinne eine Unternehmerunternehmung vor. Vgl. Gutenberg, Erich: Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Band I, a.a.O., S. 372.
- 2) Gutenberg hat für diese Unternehmensform den Begriff "Einlagegesellschaft" geprägt. Vgl. Gutenberg, Erich: Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Band I, a.a.O., S. 372.

Die zunehmenden sozialpolitischen Überlegungen im Zusammenhang mit unserem heutigen marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystem haben dazu geführt, daß ein weiterer Personenkreis mehr und mehr die Rolle eines in den Unternehmungen mitbestimmenden Entscheidungsträgers anstrebt, der in Anlehnung an Gutenberg als drittes Zentrum unternehmerischer Willensbildung bezeichnet werden kann: Die Belegschaft ¹⁾. In immer stärkerem Maße verlangt der Produktionsfaktor Arbeit nach maßgeblicher Beteiligung an der unternehmerischen Willensbildung. Nach wie vor steht das Problem über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft im Mittelpunkt der von den Interessengruppen geführten Diskussion. Gegenwärtig wird die Mitbestimmung der Arbeitnehmer durch das Betriebsverfassungsgesetz und das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie geregelt. Der Schwerpunkt dieser Bestimmungen liegt auf personal- und sozialpolitischem Gebiet. In welchen unternehmerischen Bereichen der Belegschaft künftig Einflußmöglichkeiten im Rahmen der Mitbestimmung eingeräumt werden, läßt sich nicht abschließend übersehen. Im Rahmen dieser Arbeit interessiert vorrangig die Einflußmöglichkeit der Belegschaft im gewinnverwendenden Bereich.

Vereinbarungen zwischen der Belegschaft und den Kapitaleignern und/oder der Geschäftsleitung über Gewinnbeteiligungen (z.B. Tantieme- und Gewinnbeteiligungsverträge) sind heute keine Seltenheit mehr. Da es sich bei derartigen Abmachungen um die Handhabung der Verteilung gewinnabhängiger Entgelte handelt, ist es gegebenenfalls denkbar, daß es zu einer Schmälerung dieser Gewinnanteile zugunsten einer erhaltungs-

1) Vgl. Gutenberg, Erich: Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Band I, 6. Aufl., a.a.O., S. 391 ff.

politischen Reservenbildung kommt. Auch eine zeitliche Bindung derartiger Entgelte an das Unternehmen kann aus dem gleichen Grunde erwogen werden. Insbesondere die persönliche Bindung des einzelnen Mitarbeiters an die Unternehmung und die gesamtwirtschaftliche Entwicklung prägen im allgemeinen die individuelle Einstellung der Belegschaftsmitglieder. Beispielhaft kann an dieser Stelle die Situation einer weitgehend stagnierenden oder rückläufigen wirtschaftlichen Entwicklungstendenz angeführt werden. Abbau freiwilliger Sozialleistungen, Kürzung des arbeits- bzw. gewinnabhängigen Entgelts usw. sind die zwangsläufigen Folgeerscheinungen einer solchen Entwicklung. Von seiten der Kapitaleigner bzw. Unternehmensleitung werden dann diese Maßnahmen nahezu ausnahmslos aus dem Sicherheitsbedürfnis im Hinblick auf die Unternehmenserhaltung motiviert. Aus Angst um den Arbeitsplatz wird in vielen Fällen dieses erhöhte Sicherheitsstreben ausdrücklich bzw. stillschweigend durch die Belegschaft sanktioniert. Die Belegschaft ist dadurch mittelbar an der Realisierung der erhaltungspolitischen Zielsetzung unter Zurückstellung ihrer eigenen Einkommensinteressen beteiligt.

Die Erörterung der wichtigsten Entscheidungsträger im gewinnverwendenden Bereich und die bei diesen Gruppen in Erscheinung tretenden Interessenlagen haben deutlich den Einfluß auf die reservenbildende Entscheidung zu Tage treten lassen. Diese Entscheidungsbildung ist gekennzeichnet durch subjektive Interessengegensätze innerhalb der einzelnen Personengruppen sowie zwischen diesen drei Zentren unternehmerischer Willensbildung. Verstärkt werden diese Spannungen in der Realität - im allgemeinen situationsbedingt - durch die Einflußnahme unternehmungsexterner Organe. So kann z.B. ein Geldinstitut die Kreditgewährung oder ein Gläubiger die Prolongation einer Zahlungsverpflichtung von einer bestimmten Gewinnverwendungspolitik abhängig machen. Alle diese Fakten laufen bei der Entscheidungsfindung letztlich auf eine Kompromißlösung

hinsichtlich der differenzierten Interessenlagen unternehmungsinterner und -externer Personenkreise hinaus (Interessenausgleich).

Die Bestimmung der Entscheidungsträger und deren individuell motivierten Interessenlagen reicht jedoch noch nicht für eine Charakterisierung der Entscheidungen zur Realisierung der erhaltungspolitischen Zielsetzung aus. Für diese Entscheidungen sind nicht nur die Träger und deren Entscheidungskriterien maßgebend; daneben müssen vielmehr noch die Umweltbedingungen der Entscheidungsträger beachtet werden. Im folgenden sollen die wichtigsten unternehmungsexternen und -internen Determinanten dieser Umweltbedingungen kurz dargestellt werden, wobei ihr Einfluß auf den die Reservenbildung auslösenden Entscheidungsprozeß besonders herausgestellt wird.

2. Der Einfluß unternehmungsexterner und -interner Faktoren auf die reservenbildende Entscheidung

aa) Die Bedeutung der unternehmungsexternen Faktoren

Bei den unternehmungsexternen Faktoren handelt es sich um Tatbestände, die zwar außerhalb der Unternehmung ihren Ursprung haben, die jedoch maßgeblichen Einfluß auf die reservenbildenden Entscheidungen auszuüben vermögen. Für die Erklärung der zweckbestimmten Mittelreservierung in Zeiten einer Geldentwertung muß der Zusammenhang zwischen der unternehmerischen Entscheidungsbildung und diesen Determinanten deutlich herausgestellt werden. Dies gilt insbesondere für die aus der geltenden Rechts- und Wirtschaftsordnung resultierenden rechtlichen Bestimmungen hinsichtlich Art und Umfang der Reservenbildung sowie hinsichtlich der personellen Kompetenzaufteilung.

Zunächst ist jedoch festzuhalten, daß sich die Vorstellungen der Rechts- und Wirtschaftsordnung bereits bei der Gewinnermittlung niederschlagen. Es handelt sich hierbei vor allem um die rechtlichen Regelungen, die die Art der Erfolgsberechnung betreffen. Sie stecken den Rahmen für die Maßnahmen im gewinnverwendenden Bereich ab.

Als bedeutsam für die unternehmerischen Entscheidungen im reservenbildenden Bereich haben in erster Linie die fiskalischen Bestimmungen zu gelten. Die an anderer Stelle bereits bewiesene minimale steuerrechtliche Bedeutung der einzelnen Formen der Reservenbildung hat deutlich gezeigt, daß sich der Gewinnanspruch des Staates nahezu ausnahmslos an der Gewinngröße der weitgehend am Nominalprinzip angelehnten traditionellen Unternehmensrechnung orientiert. Der maximale Umfang der weiteren Gewinnverwendung, und damit auch speziell der Reservenbildung, hängt somit in der Regel von derjenigen Gewinngröße ab, die nach Befriedigung der fiskalischen Gewinnansprüche verbleibt. Damit zeigt sich deutlich die Interdependenz zwischen der Höhe der steuerlichen Belastung und dem Umfang der Reservenbildung in Relation zur Gewinngröße. Die Fiskalpolitik des Staates vermag demzufolge die Reservenbildung wesentlich zu beeinflussen. Der mögliche Spielraum der Reservenbildung hängt davon ab, abgesehen von der Größe des Nominalgewinnes, ob die einzelne Unternehmung von relativ hohen oder niedrigen Steuerbelastungen des Staates betroffen wird.

Für die Reservenbildung im Unternehmen sind jedoch nicht nur die steuerrechtlichen Bestimmungen bedeutsam; wichtig ist vielmehr auch der Komplex der handelsrechtlichen Regelungen. Hierzu kann einleitend festgestellt werden, daß das Handelsrecht keinerlei Bestimmungen enthält, die speziell dem Sicherheitsbedürfnis der Unternehmenserhaltung unter substantiellen Gesichtspunkten Rechnung tragen. Die Befriedigung eines derartigen Bedürfnisses ist vielmehr im Rahmen der vom Gesetz gezogenen Grenzen als eine Aufgabe des unternehmerischen Entscheidungsprozesses anzusehen. Auf das zur Erfüllung dieser Aufgabe zur Verfügung stehende Instrumentarium und dessen handelsrechtliche Bedeutung ist bereits an anderer Stelle ausführlich eingegangen worden; es kann deshalb auf die Einzelheiten der in diesem Zusammenhang gewonnenen Erkenntnisse verwiesen werden ¹⁾.

1) Vgl. insbesondere S. 180 - 193, S. 206 - 212 und
S. 216 ff.

Zusammenfassend läßt sich an dieser Stelle sagen, daß das Aktienrecht dahin tendiert, die Art der Maßnahmen und damit den Umfang der stillen Reserven in immer stärkerem Maße zu begrenzen. Diese Entwicklung erlangt für diejenigen Unternehmensformen, die nicht den aktienrechtlichen Bestimmungen unterliegen, dann Bedeutung, sobald diese Normen als Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung allgemein anerkannt werden. Demgegenüber überläßt das Handelsrecht die Festlegung des Umfanges der offenen Rücklagenbildung weitestgehend dem Ermessen der unternehmerischen Entscheidungsträger. Es besteht deshalb grundsätzlich handelsrechtlich die Möglichkeit, den ermittelten Gewinn nach Abzug der Steuerbelastung zweckgebunden im Unternehmen zurückzuhalten ¹⁾. Betrachtet man speziell unter diesem Aspekt die Rechtsform der Aktiengesellschaft, so wird bei dieser Unternehmensform der Umfang der Reservenbildung durch eine gesetzliche Sonderbestimmung teilweise eingeengt. Das Aktiengesetz enthält die Bestimmung, daß Teile des Jahresüberschusses in eine gesetzliche Rücklage einzustellen bzw. zur Deckung eines in der Vorjahresbilanz ausgewiesenen Verlustvortrages zu verwenden sind (§ 58 Abs. 1 Satz 3 AktG). Der nach Berücksichtigung dieser gesetzlich vorgeschriebenen Gewinnverwendung verbleibende Gewinnbetrag ist im allgemeinen frei von weiteren gesetzlichen Zweckbindungen. Den Entscheidungsträgern bleibt es in diesem Rahmen unbenommen, durch Bildung freier Rücklagen ihren individuellen Sicherheitsbedürfnissen Rechnung zu tragen.

Diese bisherigen, nur rudimentär dargestellten Ausführungen haben den unmittelbaren Einfluß unternehmensexterner Faktoren des Steuer- und Handelsrechts deutlich werden lassen. Erwähnenswert erscheint jedoch an dieser Stelle der mittelbare Einfluß handelsrechtlicher Bestimmungen auf die Reservenbildung; er ist aufgrund der gesetzlichen Kompetenzabgrenzung bezüglich der Reservenbildung gegeben.

1) Die Bildung der Rücklage aus dem versteuerten Gewinn ist insofern bedeutsam, als das Steuerrecht das Ziel der substantiellen Unternehmenserhaltung im allgemeinen nicht anerkennt.

Dies gilt insbesondere für Gesellschaften, die in der Rechtsform der Aktiengesellschaft betrieben werden. Bei allen übrigen Unternehmensformen treten gesetzliche Bestimmungen bezüglich der Gewinnverwendung im allgemeinen nur in Kraft, wenn statutarische Regelungen oder sonstige Vereinbarungen fehlen.

Der mittelbare Einfluß des Gesetzgebers auf die Gewinnverwendungsentscheidung und damit speziell auf die Reservenbildung besteht insofern, als das Gesetz den Organen der AG (Vorstand, Aufsichtsrat und Hauptversammlung) unterschiedliche Befugnisse hinsichtlich der Reservenbildung zubilligt. Unter diesem Aspekt soll hier einzig und allein auf das jeweilige Organ und dessen Befugnis, nicht jedoch auf die individuellen Interessenlagen der das Organ repräsentierenden Personen eingegangen werden. Bereits die Schaffung unterschiedlicher, die Reservenbildung betreffender Entscheidungszuständigkeiten in den einzelnen Organen der Aktiengesellschaften kann im Zusammenhang mit der reservenbildenden Entscheidung als mittelbare, unternehmungsexterne Einflußgröße angesehen werden. Sie vermag auf die unternehmensinternen Bestimmungsgrößen in mehr oder weniger starkem Umfang einzuwirken.

Diese den einzelnen Organen gesetzlich zuerkannten Mitwirkungsrechte dürfen jedoch bezüglich ihrer Bedeutung in der Realität nicht überschätzt werden. Aufgrund der unterschiedlichen Machtverhältnisse in den einzelnen Unternehmen ist nur bedingt eine Aussage über die tatsächliche Entscheidungsbildung und die dafür verantwortlich zeichnenden Personengruppen sowie deren Interessenlagen möglich. Im Grunde handelt es sich bei dieser unternehmensindividuell verschiedenen Struktur des Entscheidungsprozesses um eine unternehmensinterne Erscheinung, die letztlich die reservenbildende Entscheidung unmittelbar beeinflusst. An anderer Stelle dieser Arbeit soll hierauf näher eingegangen werden ¹⁾. Zunächst gilt jedoch das Interesse den gesetz-

1) Vgl. S. 260 f.

lich geregelten Entscheidungsbefugnissen der einzelnen Organe bezüglich der Reservenbildung.

Dem Vorstand von Aktiengesellschaften fällt u.a. die Aufgabe zu, den Jahresabschluß der Unternehmung zu erstellen (§ 148 AktG). Damit wird diesem Organ zugleich die Befugnis zuerkannt, über Art und Umfang der Bildung stiller Reserven nach eigenem Ermessen zu beschließen. Der Vorstand wird ermächtigt, in einer mit der erfolgsermittelnden Tätigkeit im Zusammenhang stehenden Vorentscheidung dirigierend auf die Gewinnverwendung und damit auch auf die offene Reservenbildung des Unternehmens einzuwirken. Die Realisierung dieser Möglichkeit einer dirigierenden Einflußnahme ¹⁾ darf in der Praxis nicht unterschätzt werden.

Bezüglich der Zuweisung von Gewinnen in die freiwillige Rücklage (offene Reserven) sieht der Gesetzgeber eine Kompetenzaufteilung vor. Das Aktiengesetz räumt in diesem Falle der Verwaltung (Vorstand und Aufsichtsrat) das Recht ein, bis zu 50 % des Jahresüberschusses in die freie Rücklage einzustellen, sofern die Verwaltung den Jahresabschluß feststellt ²⁾. Unter erhaltungspolitischen Gesichtspunkten bedeutet dies, daß damit die Verwaltung innerhalb dieses Spielraumes die Möglichkeit besitzt, den Anforderungen der erhaltungspolitischen Zielsetzung gerecht zu werden. In diesem Bereich ist demzufolge der Verwaltung die Befugnis eingeräumt, einen determinierenden Einfluß auf die unternehmerische Reservenbildung auszuüben ³⁾.

1) Weber unterscheidet zwischen einem dirigierenden und determinierenden Einfluß der Verwaltungsorgane (Vorstand und Aufsichtsrat) auf die Dividendenpolitik. Beide Begriffe lassen sich analog auch im Rahmen der reservenbildenden Problematik verwenden. Vgl. Weber, Karl: a.a.O., S. 46 ff.

2) Vgl. § 58 Abs. 2 Satz 1 AktG.

3) Ein determinierender Einfluß ist in all den Fällen gegeben, in denen "die Verwaltung als einziges Unternehmungsorgan über die ... Überschußverwendung zu befinden hat". Vgl. Weber, Karl: a.a.O., S. 47.

Über die Verwendung derjenigen Gewinnteile, die nicht von der Gewinnverwendungsentscheidung der Verwaltung betroffen werden, entscheidet die Hauptversammlung konstitutiv (§ 58 Abs. 2 Satz 2 und 3 AktG) oder situationsbedingt (§ 58 Abs. 3 in Verbindung mit § 174 AktG) ¹⁾.

Während die bisher behandelten unternehmungsexternen Faktoren aufgrund ihrer Bezogenheit zur staatlichen Rechts- und Wirtschaftsordnung in der Regel Dauercharakter tragen, handelt es sich im folgenden um Einflußgrößen, die situationsbedingt den Entscheidungsprozeß beeinflussen können. So vermögen beispielsweise unternehmungsexterne Interessengruppen wie Lieferanten, Geldinstitute u.a.m. erheblichen Einfluß auf die Reservenpolitik der Unternehmung auszuüben. Von ihrer Machtstellung gegenüber den internen Trägern der gewinnverwendenden Entscheidung wird es abhängen, ob sich ihre Interessen letztlich in der Gewinnverwendungsentscheidung wirksam niederschlagen.

Nicht hoch genug kann ferner die Bedeutung aller für die Entscheidungsträger relevanten Anhaltspunkte über die allgemeine oder spezielle wirtschaftliche Situation und die mutmaßliche Entwicklung in diesen Bereichen für die Entscheidungsbildung eingeschätzt werden. Hierbei spielen die Erwartungen der Kapitaleigner und/oder Geschäftsleitung bezüglich der wirtschaftlichen Lage der einzelnen Unternehmung in der Zukunft eine entscheidende Rolle. Im Mittelpunkt dieser Überlegungen stehen insbesondere die mit der unternehmerischen Tätigkeit im Zusammenhang stehenden Gewinnerwartungen der verantwortlichen Entscheidungsträger. Über diese Gewinnerwartungen liegen im allgemeinen bereits im Zeitpunkt der Gewinnverwendungsentscheidung

1) Vgl. Schmidt, Ralf-Bodo: Die Sicherung der Aktiengesellschaft durch Rücklagen. In: ZfB, 36. Jg. 1966, Nr. 12, S. 616.

objektive Anhaltspunkte vor. Denn diese Entscheidung fällt in der Regel nicht zum Bilanzstichtag, sondern zu einem späteren Zeitpunkt; die in diesem Zeitraum gewonnenen Erkenntnisse über die wirtschaftliche Situation der Unternehmung sind mitentscheidend für den Charakter der Gewinnerwartungen und damit mittelbar auch für die Gewinnverwendungsentscheidung.

Damit wurde bereits angedeutet, daß auch unternehmungsexterne Erscheinungen in Betracht zu ziehen sind, die in mehr oder weniger starkem Maße die gewinnverwendende Entscheidung der Entscheidungsträger mittelbar zu beeinflussen vermögen; Mittelbarkeit liegt insofern vor, als alle diese Faktoren auf die unternehmensinternen Faktoren einwirken und damit für die Entscheidungsbildung relevant sein können.

Welche Bedeutung die unternehmensinternen Faktoren für die Reservenbildung besitzen, soll im folgenden dargestellt werden.

bb) Die Bedeutung der unternehmensinternen Faktoren

Die Bedeutung unternehmensinterner Faktoren zeigt sich insbesondere aufgrund der Tatsache, daß der erzielte Gewinn in der Regel nicht unbeschränkt für die Reservenbildung zum Zwecke der Unternehmenserhaltung zur Verfügung steht. Im allgemeinen besteht in den einzelnen Unternehmungen eine individuell bedingte Prioritätsskala bezüglich der Gewinnverwendung. Für die Befriedigung des Sicherheitsbedürfnisses der Unternehmung wird demzufolge die Höhe des erzielten Gewinnes und die Bedeutung der Reservenbildung innerhalb dieser Rangfolge entscheidend sein.

Bereits bei der Erörterung der externen Faktoren ist deutlich geworden, wie sich Auflagen bezüglich der Gewinnverwendung auf die Reservenbildung auswirken. Eine ähnliche Situation ist dann gegeben, wenn die Entscheidungsträger

ihre Entscheidungsbefugnisse durch eingegangene Gewinnverwendungsverpflichtungen aus eigenem Entschluß eingeengt haben. Von einem derartigen unabdingbaren Verpflichtungscharakter sind beispielsweise die Gewinnbeteiligungs- und Tantiemeverträge, sowie garantierte Gewinnausschüttungsquoten gekennzeichnet. Die Vorrangigkeit der Erfüllung derartiger Verpflichtungen im Verhältnis zur Realisierung erhaltungspolitischer Zielsetzungen ist offensichtlich.

Ferner ist der Fall denkbar, daß die Entscheidungsträger aufgrund einer bestimmten Gewinnverwendungskonzeption einen Beschluß gefaßt haben, der in gewissem Umfange die Gewinnverwendung prinzipiell festlegt. Derartige, im allgemeinen aus der unternehmerischen Zielsetzung abgeleitete, prinzipielle Gewinnverwendungskonzeptionen ¹⁾ können sich in statutarischen oder vertraglichen Bestimmungen niederschlagen; aber auch mündliche Absprachen sind in diesem Bereich möglich. Prinzipiell festgelegte Gewinnverwendungskonzeptionen laufen letztlich auf eine strategische Zweckbindung von Gewinnbestandteilen hinaus; man will dadurch eine anderweitige Gewinnverwendung verhindern. Für die Realisierung der erhaltungspolitischen Zielsetzung wird es demzufolge bedeutsam sein, inwieweit derartige Überlegungen in die Gewinnverwendungskonzeption der Unternehmung Eingang gefunden haben. So können beispielsweise die Entscheidungsträger bezüglich der Gewinn dispositionen festlegen, daß dem Ziel der Unternehmenserhaltung durch entsprechende Reservenbildung prinzipiell Rechnung zu tragen ist.

Die Erfüllung eingegangener Gewinnverwendungsverpflichtungen sowie den Vollzug prinzipieller Gewinnverwendungskonzeptionen durch die Unternehmung faßt Schmidt ²⁾ unter

1) Vgl. Schmidt, Ralf-Bodo: Die Gewinnverwendung der Unternehmung, s.a.O., S. 178.

2) Ebenda, S. 188.

dem Begriff der gebundenen Gewinnverwendung zusammen. Man könnte diesen Sachverhalt auch als Vollzugshandlung von Entscheidungen bezeichnen, die unabhängig von dem tatsächlich anfallenden Gewinn langfristig gefaßt worden sind. Die Realisierung dieser gebundenen Vollzugshandlungen hängt somit von der Voraussetzung ab, ob der Gewinn für die Erfüllung derartiger finanzieller Anforderungen ausreicht. Beispielsweise können bei nicht ausreichendem Gewinn die Anforderungen der gebundenen Gewinnverwendung nicht in vollem Umfange befriedigt werden. Dies hat zur Folge, daß einzelne Anforderungen teilweise bzw. gänzlich unberücksichtigt bleiben müssen. Ob die eine oder andere Gewinnverwendungsart hiervon betroffen wird, hängt entscheidend davon ab, welche Bedeutung die Entscheidungsträger der jeweiligen Gewinnverwendungsart beimessen. Ist eine Gewinnreservierung zum Zwecke der Unternehmenserhaltung in der Gewinnverwendungskonzeption prinzipiell vorgesehen, so ist sie von einer derartigen Beurteilung nicht ausgenommen.

Es ist ferner der Fall denkbar, daß die erhaltungspolitische Zielsetzung im Rahmen der gebundenen Gewinnverwendung keine Berücksichtigung findet. Dem Ermessen der Entscheidungsträger bleibt es dann überlassen, dieser Zielsetzung im Rahmen des verbleibenden Spielraumes von Fall zu Fall durch entsprechende Entscheidungen Rechnung zu tragen. Die Möglichkeit fallweiser Entscheidungen ist in diesem Bereich dann gegeben, wenn ein über den Umfang der gebundenen Gewinnverwendung hinausgehender Gewinn im Unternehmen vorhanden ist. Von den dominierenden Interessenlagen der Entscheidungsträger wird es abhängen, ob und in welchem Umfange die Notwendigkeit der Unternehmenserhaltung anerkannt und durch eine entsprechende Reservenbildung berücksichtigt wird.

Die mögliche Berücksichtigung der erhaltungspolitischen Zielsetzung im gewinnverwendenden Bereich hat die wich-

tigsten unternehmensinternen Faktoren, die einen bestimmten Einfluß auf die erhaltungspolitische Reservenbildung auszuüben vermögen, deutlich in den Vordergrund treten lassen. Zur Kategorie dieser Determinanten gehören die Gewinngröße, Art und Umfang der gebundenen Gewinnverwendung und die dominierende Interessenlage der Entscheidungsträger. Gewinngröße sowie Art und Umfang der gebundenen Gewinnverwendung bestimmen hierbei den Spielraum für die unternehmerischen Entscheidungen in diesem Bereich ¹⁾.

Wichtig ist hierbei die dominierende Interessenlage der Entscheidungsträger. Sie wird durch unternehmensinterne und -externe Überlegungen geprägt. Da diese - einer subjektiven Beurteilung unterliegenden - unternehmensinternen und -externen Faktoren dauernden Veränderungen im Zeitablauf unterworfen sind, tragen die sich hierauf stützenden Entscheidungen der Entscheidungsträger individuellen, situationsbedingten Charakter.

Zusammenfassend erkennt man, daß auf die Gestaltung der erhaltungspolitischen Reservenbildung der Unternehmung unternehmensinterne und -externe Faktoren einwirken. Diese Faktoren prägen letztlich den Charakter der unternehmerischen Reservenpolitik. Da jedoch die Reservenpolitik ihrerseits ein wichtiges Teilgebiet der Gewinnverwendungspolitik darstellt, wirken sich diese Faktoren mittelbar auf den Entscheidungsprozeß in diesem umfassenderen Bereich aus.

1) Auch die prinzipielle Festlegung einer Reservenbildung zum Zwecke der Unternehmenserhaltung im Rahmen der unternehmerischen Gewinnverwendungskonzeption geht auf eine Entscheidung der Entscheidungsträger zurück, die sich an die unternehmerische Zielsetzung anlehnt. Gleichwohl vermag diese Entscheidung im Einzelfall bindend für die Entscheidungsträger zu wirken, auch wenn die dominierende Interessenlage diesem früher gefaßten Beschluß entgegensteht. Diese Situation ist insbesondere dann gegeben, wenn die dominierende Interessenlage nicht ausreicht, die für eine Änderung dieses Beschlusses erforderliche Mehrheit zu stellen.

3. Die Reservenbildung als Gegenstand der Gewinnverwendungsentscheidung

In den vorangehenden Kapiteln ist deutlich geworden, daß der Komplex "Reservenbildung" einen Bestandteil der Gewinnverwendungspolitik darstellt. Sowohl die Ziel- als auch die Mittelentscheidungen der Gewinnverwendung werden von den persönlichen Interessenlagen der Entscheidungsträger geprägt. Art und Umfang der unternehmerischen Reservenbildung zum Zweck der Unternehmenserhaltung sind damit abhängig von einer subjektiv bedingten Einschätzung der die Gewinnverwendungsentscheidung motivierenden unternehmensinternen und -externen Faktoren durch die Entscheidungsträger. Die Entscheidungen im Rahmen der Reservenbildung stehen damit in enger Beziehung zu denjenigen in bezug auf die Gewinnverwendung; sie sind durch den Charakter der individuellen Motivationsstruktur ihrer Entscheidungsträger gekennzeichnet.

Der Zusammenhang zwischen der Reservenpolitik und den mit der Gewinnverwendungspolitik verbundenen andersartigen Gewinnverwendungsentscheidungen tritt hierbei deutlich in Erscheinung. Dies gilt insbesondere in bezug auf die Entscheidungen im Rahmen der Ausschüttungspolitik. Von den unternehmungspolitischen Erwägungen der Entscheidungsträger wird es abhängen, ob bzw. in welchem Umfange der Unternehmensgewinn im Hinblick auf die Reserven- und/oder Ausschüttungspolitik verwendet werden soll ¹⁾.

1) Derartige Überlegungen werden auch bei den Entscheidungen angestellt, die eine Gewinnverwendungspflicht begründen bzw. eine bestimmte Gewinnverwendung prinzipiell festlegen; auch in diesen Fällen treffen die Entscheidungsträger ihre Entscheidung aufgrund eigener Entschlüsse.

Was die Reservenpolitik der Unternehmung betrifft, fallen hierunter alle Entscheidungen, die auf eine Bindung von Gewinnbestandteilen im Unternehmen abzielen. Diese Entscheidungen beruhen grundsätzlich auf einer ganz bestimmten Zwecksetzung. Die Reservenbildung kann z.B. der Realisierung von Erweiterungs- und Ersatzinvestitionen, der Beeinflussung der Gewinnausschüttung ¹⁾, aber auch der Verbesserung der Kapitalstruktur dienen. Aufgrund dieser Mittelzweckbeziehung ist jeweils zu prüfen, welche Zwecksetzung mit der Reservenpolitik im Rahmen der Gewinnverwendungspolitik der Unternehmung angestrebt wird. Die Tatsache, daß reservenbildende Entscheidungen im Hinblick auf bestimmte Zielsetzungen getroffen werden, tritt deutlich bei dem Ziel der Unternehmenserhaltung in Erscheinung. Die Reservenbildung zum Zwecke der Unternehmenserhaltung stellt demzufolge ein wichtiges Teilgebiet der Gewinnverwendungspolitik im allgemeinen sowie der Reservenpolitik im besonderen dar.

Die Gewinnverwendungspolitik und damit die unternehmenserhaltende Reservenpolitik wird bestimmt von der Motivationsstruktur der Entscheidungsträger, die ihrerseits von unternehmensinternen und -externen Faktoren beeinflusst wird. Aussagen, die über die an anderer Stelle gewonnenen Erkenntnisse hinausgehen, sind sehr problematisch. Auch der Versuch, die Interessenlagen der einzelnen Zentren unternehmerischer Willensbildung wenigstens tendenziell aufzuzeigen, ändert nur wenig an dieser Tatsache. Besonders Gewicht ist diesen Erkenntnissen erst in dem Augenblick beizumessen, wenn im Einzelfall feststeht, welche Person bzw. welcher Personenkreis letztlich die Gewinnverwendungsentscheidung trifft.

Die Beantwortung dieser Frage bedeutet wenig Schwierigkeiten, wenn man von der Annahme ausgeht, daß die Ge-

1) Vgl. hierzu Weber, Karl: a.a.O., S. 49 ff.

winnverwendungsentscheidung von denjenigen Personen gefällt wird, "denen die Befugnis über die Gewinnverwendung zusteht" ¹⁾; diese Befugnisse können aufgrund rechtlicher oder statutarischer Ermächtigungen oder sonstiger Absprachen erteilt werden. Die Erteilung der Befugnis bietet jedoch keine Gewähr dafür, daß die Entscheidungen im Einzelfall auch tatsächlich von dieser Person bzw. Personen-Gruppe gefällt wird. Vielmehr wird letztlich entscheidend sein, inwieweit diese Person oder Personengruppe von ihrer Entscheidungsbefugnis Gebrauch machen will oder kann. Im Einzelfall ist deshalb die Feststellung bedeutsam, wie die Gewinnverwendungsentscheidung und damit die mit ihr im Zusammenhang stehende Reservenbildungsentscheidung zum Zwecke der Unternehmenserhaltung in der individuellen organisatorischen Entscheidungsstruktur tatsächlich zustande kommt. Zwischen Befugniserteilung und tatsächlicher Handhabung können in der Realität erhebliche Diskrepanzen auftreten.

Dieser Sachverhalt mindert in keiner Weise die Richtigkeit der Feststellung, daß grundsätzlich die subjektiv motivierten Interessenlagen der dominierenden Disponentengruppe den Charakter der Gewinnverwendungsentscheidung ²⁾ und damit Art und Umfang der Reservenbildung prägen. Dies braucht im Einzelfall jedoch nicht zu bedeuten, daß der Einfluß der Minderheitsinteressen gänzlich an Bedeutung verliert. Die Interessenlage der Majorität dürfte zumindest situationsbedingt bemüht sein, den Belangen der Minderheiten in gewisser Weise gerecht zu werden.

1) Schmidt, Ralf-Bodo: Die Gewinnverwendung der Unternehmung, a.a.O., S. 177.

2) Ebenda, S. 177.

Die Berücksichtigung der erhaltungspolitischen Zielsetzung im Rahmen der Gewinnverwendungsentscheidung läßt die Zweckbeziehung zwischen der Gewinnreservierung und den mit dem Vollzug der Ersatzbeschaffung im Zusammenhang stehenden finanziellen Mehranforderungen deutlich in Erscheinung treten. Mit der Gewinnreservierung entsprechend der erhaltungspolitischen Zielsetzung ist die Absicht verbunden, die durch Ersatzinvestitionen ausgelösten finanziellen Mehranforderungen befriedigen zu können. Bei Eintritt dieser Notwendigkeit erweist sich die Inanspruchnahme der Reserven als ein finanzwirksamer Vorgang, der die Verwendungsbereitschaft des Gewinnes in dem hierfür vorgesehenen Zeitpunkt voraussetzt. Demzufolge erfordert die Zweckbeziehung zwischen Reservenbildung und Inanspruchnahme die Beachtung des Tatbestandes der Liquidität im Zeitpunkt der Realisierung.

Aufgrund dieser Überlegungen wird deutlich, daß es sich bei dem Prozeß der Reservenbildung und dem Vollzug der Ersatzbeschaffung um zwei artverschiedene Vorgänge handelt. Die Aufgabe, beide Prozesse in Übereinstimmung zu bringen, fällt in den Bereich der finanziellen Führung der Unternehmung.

c) Der finanzwirksame Charakter der Zweckbeziehung zwischen Reservenbildung und Ersatzbeschaffungsprozeß

Die Reservenbildung entsprechend der erhaltungspolitischen Zielsetzung der Unternehmung bedeutet, daß Gewinnteile in bestimmtem Umfange in Form stiller und/oder offener Reserven zweckgebunden im Unternehmen zurückgehalten und damit vor einer anderweitigen Verwendung ausgeschlossen werden. Dabei vermag aber die Tatsache, daß zweckorientierte Reserven im Unternehmen vorliegen, nicht in allen Fällen sicherzustellen, daß im Zeitpunkt der Realisierung des Ersatzbeschaffungsprozesses diese Reserven zur Bestreitung

der Mehrausgaben in liquider Form zur Verfügung stehen. Sobald die Gegenwerte dieser Reserven in Anspruch genommen werden, tritt der finanzwirksame Charakter der Zweckbeziehung zwischen Gewinnreservierung und Ersatzbeschaffungsprozeß deutlich in Erscheinung, d.h. die Inanspruchnahme derartiger Reserven führt zu einem finanzwirksamen Vorgang in Form einer Ausgabe. Es wäre eine naive Vorstellung, bezüglich der in der Erfolgsrechnung ermittelten Gewinngröße unterstellen zu wollen, der Gewinn eines Jahres stehe am Schluß dieser Periode verwendungsbereit (als Bargeld oder Bankguthaben) zur Verfügung.

Aus diesen Überlegungen wird bereits ersichtlich, daß dem Zusammenhang zwischen Bildung und Inanspruchnahme der Reserven zwei Vorgänge zugrunde liegen, die arteigenen Bestimmungsgründen folgen. Die erhaltungspolitische Reservenbildung - eine spezielle Art der Gewinnverwendung - erweist sich als ein mit der Erfolgsermittlung im Zusammenhang stehender Komplex. Das Realisationsprinzip der Erfolgsrechnung bestimmt damit zwangsläufig den Charakter der Unternehmensreserven. Denn der Beurteilung der Reservenbildung liegen Erlösteile zugrunde, die vom Standpunkt der Erfolgsrechnung als realisiert gelten. Unwesentlich ist hierbei, inwieweit im Verlauf der Erfolgsperiode sich die Erträge der einzelnen unternehmerischen Transaktionen finanzwirksam im Unternehmen niedergeschlagen haben. Die Reservenbildung im Rahmen der Erfolgsrechnung stellt letztlich einen reinen Buchungsvorgang dar, der die Erfolgsgröße in bestimmter Art und Weise modifiziert. Damit ist die Aufgabe der Erfolgsrechnung erfüllt. Die mit der Zweckbezogenheit der Reservenbildung verbundene finanzwirtschaftliche Bedingung bleibt hierbei unberücksichtigt; das Ziel der Unternehmenserhaltung ist jedoch nur zu erreichen, wenn im Zeitpunkt der Inanspruchnahme die Liquidität der Reserven gewährleistet ist.

Die Problematik dieser Bedingung liegt jedoch darin, daß die Gegenwerte der Reserven im allgemeinen im Unternehmen in konkreter Form als Vermögensgegenstände gebunden sind und am unternehmerischen Leistungsprozeß teilnehmen. Unter dem Gesichtspunkt der Reservenbildung ist die jeweilige Anlageform belanglos. Dieser Aspekt dürfte den Ausführungen zugrunde liegen, die Conzelmann ¹⁾ zum Problem der Selbstfinanzierung vorbringt. Seiner Meinung nach wird die Unternehmung mit den aus abgeschlossenen Umsatzhandlungen vereinnahmten Geldbeträgen "sofort einen neuen Geldwerdevorgang eingehen und nicht den bereits erzielten Gewinn für die Endabrechnung förmlich aufheben".

Sobald man jedoch den Tatbestand der Inanspruchnahme in die Überlegungen miteinbezieht, ergeben sich für den Komplex "Reserven" finanzwirtschaftliche Konsequenzen. Liquiditätspolitische Überlegungen treten in den Vordergrund.

Die Zweckbezogenheit der unternehmerischen Reserven betrifft in erster Linie den Vorgang der Inanspruchnahme. Aufgrund des finanzwirtschaftlichen Charakters dieses Vorganges treten hierbei dynamische Elemente deutlich in Erscheinung. Der Unternehmensführung fällt die Aufgabe zu, die möglichen Liquiditätsanspannungen, die mit einer Inanspruchnahme der Reserven verbunden sind, in ihren liquiditätspolitischen Dispositionen in entsprechender Weise zu berücksichtigen.

Bei der Analyse der Zielsetzung zweckorientierter Reservenbildung kann es also nicht darum gehen, eine Verbindung zu einer bestimmten Vermögensform herzustellen. Sobald man

1) Vgl. Conzelmann, Fritz: Das Problem der "Selbstfinanzierung" der Unternehmung. Schriftenreihe "Tübinger Wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen", hrsg. von E. Lukas, W. Rieger und H. Tschemacher, Heft 9, Stuttgart 1935, S. 12 f.

die Reserven mit einer konkreten Anlageform im unternehmerischen Sachbereich identifiziert, interpretiert man den Sachverhalt der Zweckbezogenheit unternehmerischer Reserven unter einem anderen Gesichtspunkt; in diesem Falle wird der Gedanke der Zweckrichtung "unmittelbar auf bestimmte Beziehungen innerhalb der Bilanz der Unternehmung ausgedehnt", d.h. es wird eine "Zweckbeziehung zwischen Aktiv- und Passivposten der Bilanz hergestellt" ¹⁾. Aufgrund einer solchen Betrachtung ist die Bedingung der Zweckbezogenheit von Reserven dann erfüllt, wenn es möglich ist, das Deckungsvermögen in liquide Form überzuführen. Auf diesen Zusammenhang weist insbesondere le Coutre ²⁾ ausdrücklich hin, wenn er meint: "Betrieb und Unternehmung sind nicht durch einen nominellen Reservefonds auf der rechten Seite der Bilanz gesichert, sondern dadurch, daß das zur Verfügung stehende Kapital nicht voll für die Betriebstätigkeit eingesetzt wird oder nur in einer solchen Form, daß es im Bedarfsfalle schnell und ohne wesentliche Betriebsschädigung liquidiert werden kann". Die entscheidende Bedingung ist bei dieser Beziehung, daß die im Sachvermögen der Unternehmung gebundenen Deckungsreserven durch Vermögensumschichtung in liquide Form übergeführt werden können.

Bei den offenen Reserven kann eine derartige Beziehung zwischen den beiden Bilanzseiten gedanklich hergestellt werden. Aber auch hier bleibt die Unsicherheit, ob im Falle der Liquidierung dieses Deckungsvermögens gegebenenfalls Schwierigkeiten auftreten bzw. finanzielle Verluste in Kauf zu nehmen sind. Problematischer erweist

1) Schmidt, Ralf-Bodo: Die Gewinnverwendung der Unternehmung, a.a.O., S. 73.

2) Vgl. le Coutre, Walter: Beiträge zur betriebswirtschaftlichen Lehre vom Kapital. In: ZfB, 4. Jg. 1927, S. 350.

sich eine derartige Zweckbeziehung bei den stillen Reserven. In diesem Falle ist selbst eine gedankliche Beziehung zwischen abstrakter Reserve und konkretem Deckungsfonds aus der Bilanz nicht zu ersehen. Denn in der Erfolgsrechnung werden Erlösteile durch Aufwandsmanipulationen weggerechnet, ohne daß sie im einzelnen ersichtlich werden. Selbst die Vermutung ist keineswegs unrealistisch, daß die Unternehmensführung vielfach über den Umfang der in dem betreffenden Unternehmen gebildeten stillen Reserven im Unklaren ist, insbesondere deshalb, weil sich die stillen Reserven unter bestimmten Bedingungen automatisch wieder auflösen.

Erkennbar wird aus diesen Ausführungen jedenfalls, daß der finanzwirtschaftliche Charakter der Inanspruchnahme unternehmerischer Reserven bei derartigen Überlegungen weitgehend unberücksichtigt bleibt. Während bei den offenen Reserven finanzwirtschaftliche Gesichtspunkte unter dem Blickwinkel der Liquidierbarkeit des Reservevermögens zumindest in statischer Sicht erkennbar werden, können derartige Überlegungen bei den stillen Reserven in der Regel nicht angestellt werden.

Für die Erklärung der finanzwirtschaftlichen Funktionsweise unternehmerischer Reservierungsvorgänge ist diese bilanzielle Zweckbeziehung zwischen Aktiv- und Passivposten auch gar nicht erforderlich. Denn das Interesse konzentriert sich in diesem Zusammenhang auf die Art der Zweckbeziehung zwischen Reservenbildung und Regenerationsprozeß; dieses Verhältnis ist finanzwirtschaftlicher Natur. Dies bedeutet, daß das Problem der Unternehmenserhaltung durch die Bildung von Reserven im Rahmen der Selbstfinanzierung keineswegs als gelöst angesehen werden kann. Die Reserve hat erst dann ihre Aufgabe erfüllt, wenn sie den finanziellen Anforderungen des Ersatzbeschaffungsaktes termingerecht Rechnung zu tragen vermag.

Da die Realisation von Ersatzbeschaffungen früher oder später Ausgaben erfordert, sieht sich die Unternehmensführung vor die Notwendigkeit gestellt, Vorsorge für die Liquiditätsanspannungen im Zeitpunkt der Ersatzbeschaffung zu treffen. Die Zahlungsbereitschaft (d.h. das finanzielle Gleichgewicht in der kurzen Sicht) der Unternehmung ist nur gewahrt, wenn die Unternehmensführung alle fällig werdenden Zahlungsverpflichtungen, d.h. auch die aus dem Ersatzbeschaffungsakt resultierenden Mehrausgaben, durch entsprechende Zahlungsmittel termingerecht abdecken kann. Letztlich handelt es sich also um ein Abstimmungsproblem zwischen dem aufgrund des Ersatzbeschaffungsvorganges auftretenden Kapitalbedarf und dessen Deckung, d.h. um ein dynamisches Problem im Sinne der Einsteuerung des finanziellen Gleichgewichts ¹⁾ der Unternehmung.

Wenn die Unternehmensführung dieser Aufgabe zufriedenstellend gerecht werden will, muß sie sich eines Instruments bedienen, das diese dynamischen Elemente des zwischen Leistungs- und Finanzseite bestehenden Zusammenhanges erfaßt und zwar sowohl in der kurzen als auch in der langen Sicht. In besonderem Maße eignet sich hierfür die Finanzplanung ²⁾ der Unternehmung; Grundlage eines derartigen rationalen Vorgehens bildet der

-
- 1) Unter dem finanziellen Gleichgewicht soll nicht nur die Aufrechterhaltung der Liquidität verstanden werden, sondern auch der Tatbestand der optimalen Kapitalstruktur einer Unternehmung. Die Liquidität ist lediglich die Mindestbedingung (ultimo ratio) für die Existenz einer Unternehmung. Unter Beachtung dieser Bedingung ist es das Ziel der unternehmerischen Finanzpolitik, die Kapitalversorgung der Unternehmung in quantitativer und qualitativer Hinsicht - wenn nicht optimal so doch zufriedenstellend - sicherzustellen.
 - 2) Die Möglichkeit, die Vorsorge für den effektiven Ersatzbeschaffungsakt der unternehmerischen Finanzplanung zu überlassen, ist von Schmidt zwar erkannt, jedoch nicht für notwendig erachtet worden. Vgl. Schmidt, Ralf-Bodo: Die Kapitalerhaltung der Unternehmung ..., a.a.O., S. 435.

Finanzplan, in dem dieser interdependente Prozeß zwischen Leistungs- und Finanzbereich in entsprechender Weise berücksichtigt werden kann. Im Rahmen der Finanzplanung wird der Unternehmer unmittelbar mit dem finanzwirtschaftlichen Problemkreis des Ersatzbeschaffungsprozesses konfrontiert. Denn die Finanzplanung wird nicht autonom, sondern in Übereinstimmung mit den Teilplänen auf der Leistungsseite erstellt. Aus demjenigen Teilplan auf der Leistungsseite, der den Ersatzbeschaffungsprozeß erfaßt (z.B. Investitionsplan), lassen sich die finanziellen Anforderungen an den Finanzbereich der Unternehmung ableiten. Für die Feststellung der finanziellen Auswirkungen, die von den geplanten Ersatzinvestitionen auf den Finanzbereich ausgehen, sind zwei Fakten besonders bedeutsam:

1. Wie hoch sind die Ausgaben der geplanten Ersatzinvestitionen, und
2. zu welchem Zeitpunkt spielt sich dieser Vorgang ab?

Die Ergebnisse dieser Ermittlungen zeigen die finanziellen Konsequenzen auf, die sich für die Unternehmung sowohl kurz- als auch langfristig ergeben. Sie bilden im Zusammenhang mit den finanziellen Anforderungen anderer Leistungsbereiche den Ausgangspunkt für die Beurteilung von Maßnahmen, deren Zielsetzung darin besteht, den auftretenden Kapitalbedarf und die unternehmerischen Deckungsmöglichkeiten in Übereinstimmung zu bringen. Gegebenenfalls führt dies zu einer Überprüfung der Leistungsbereiche und damit auch der geplanten Ersatzinvestitionen; insbesondere dann, wenn sich die hiervon ausgehenden finanziellen Anforderungen an die Unternehmung als zu groß erweisen.

Die Herausarbeitung des finanzwirksamen Charakters der Zweckbeziehung zwischen erhaltungspolitischer Reservenbildung und Ersatzbeschaffungsakt führt abschließend zu der Erkenntnis, daß das Problem der Unternehmenserhaltung

letztlich in den finanziellen und hier speziell in den liquiditätspolitischen Bereich der Unternehmung einmündet. Die Diskussion über Zielsetzung und Maßnahmen der unternehmerischen Erhaltungspolitik endet demnach nicht im Bereich der reservenbildenden Bilanzierungs- bzw. Bewertungstechnik, wie dies häufig in der traditionellen Literatur angenommen wird, sondern bei den finanzwirksam bedingten Überlegungen im Rahmen der Finanzpolitik.

Schlußbetrachtung

Aufgabe der vorliegenden Arbeit war es, unternehmungspolitische Probleme in Zeiten einer Geldentwertung im Zusammenhang mit der Erhaltung der Unternehmung näher zu untersuchen. Die im Laufe der Abhandlung gewonnenen Erkenntnisse scheinen bedeutsam genug zu sein, sie in einer kurzgefaßten Zusammenfassung zu rekapitulieren und daraus die wichtigsten Folgerungen zu ziehen.

Der Grundsatz der Unternehmenserhaltung leitet sich aus der Tatsache ab, daß es sich bei den Unternehmungen unseres heutigen Wirtschaftssystems um langfristig angelegte Gebilde handelt. Aufgrund dieser grundlegenden Einsicht wurde in der theoretischen Analyse gezeigt, daß unter Unternehmenserhaltung der Ersatz der im unternehmerischen Leistungsprozeß verbrauchten Produktivgüter aus eigener Kraft zu verstehen ist.

In der betriebswirtschaftlichen Theorie ist dieser Sachverhalt in zahlreichen wissenschaftlich begründeten Abhandlungen grundsätzlich anerkannt worden; keine Einigkeit besteht jedoch bezüglich der inhaltlichen Bestimmung des unternehmerischen Erhaltungsmaßstabes, einer ökonomischen Kategorie, die als Interpretationsgröße des Erhaltungszieles charakterisiert werden kann. Der Widerstreit in den einzelnen Auffassungsrichtungen resultiert daher, daß die theoretischen Erkenntnisse auf einer normativen Betrachtungsweise basieren. Von den einzelnen Autoren wird - entsprechend der von ihnen gesetzten Prämissen - jeweils ein ganz bestimmter Erhaltungsmaßstab als Norm postuliert (z.B. nominelle oder reale Kapitalerhaltung sowie Substanzerhaltung). Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß in den theoretischen Überlegungen dem einen oder anderen Erhaltungsmaßstab autonome Bedeutung beigemessen wird.

Die aufgrund einer empirisch ausgerichteten Betrachtungsweise gewonnenen Resultate zeigen demgegenüber, daß es sich bei dem Problembereich hinsichtlich Art und Umfang der Unternehmenserhaltung um einen Gegenstand des komplexen Zielsystems der Unternehmung handelt. Hieraus folgt, daß dem Problem der Unternehmenserhaltung im Rahmen des unternehmerischen Zielkomplexes die Eigenschaft einer selbständigen Zielvariable nicht abgesprochen werden kann. Der materielle Gehalt dieser Zielvariable korrespondiert demzufolge mit der Motivationsstruktur der Entscheidungsträger. Obwohl der gegenwärtige Stand der betriebswirtschaftlichen Forschung in diesem Bereich keine abschließende Stellungnahme zuläßt, führt dieser Sachverhalt zu der Erkenntnis, daß die Zielvariable Unternehmenserhaltung im Zusammenhang mit dem unternehmerischen Zielsystem einen individuellen Charakter aufweist. Vom Standpunkt der empirisch eingestellten Forschung ist es deshalb abzulehnen, die Frage der Unternehmenserhaltung normativ lösen zu wollen. Vielmehr liegt in diesem Falle ein entscheidungsrelevanter Tatbestand vor, der als Gegenstand zielsetzender Entscheidungen aufzufassen ist; letztere kommen dadurch zustande, daß die Entscheidungsträger durch individuelle Wahlakte eine Auswahl unter mehreren Entscheidungsalternativen treffen.

Bei der Erörterung des Problems der Unternehmenserhaltung in Zeiten einer Geldentwertung ist von dem Tatbestand ausgegangen worden, daß das traditionelle Rechnungswesen eine monetäre Rechnung ist und als solche auf der Fiktion einer wertstabilen Recheneinheit basiert. Dieser Sachverhalt war der Ausgangspunkt der Untersuchung, welche Gefahren mit einer derartigen Rechnung in Zeiten einer Geldentwertung verbunden sind. Dabei hat sich im Ergebnis gezeigt, daß die unternehmerischen Produktivkräfte bei inflatorischer Entwicklung sowohl in kaufkraftmäßiger als auch in substanzmäßiger Hinsicht gefährdet sind, und zwar in dem Maße, wie Scheingewinne dem Unternehmen entzogen werden.

Bei der Beantwortung der Frage, in welcher Weise diesen Gefahren begegnet werden könnte, hat sich gezeigt, daß die Forderung, von der auf dem Anschaffungswertprinzip beruhenden Nominalwertrechnung abzugehen, nicht akzeptiert werden kann. In der hierzu vertretenen Begründung ist u.a. darauf hingewiesen worden, daß unser heutiges arbeitsteiliges Wirtschaftssystem ohne die ökonomische Kategorie Geld (in den Funktionen als Tauschmittel und Wertmaßstab) nicht funktionsfähig wäre. Da der Maßstab Geld dem Rechnungswesen der einzelnen Unternehmung zugrunde liegt, ist der Anschluß an die Gesamtwirtschaft gesichert. Kapital- und Gewinnbegriffe sind bei allen Unternehmen grundsätzlich gleich.

Die Objektivität der Unternehmensrechnung ist nur bei dem auf dem Anschaffungswertprinzip aufgebauten Rechnungssystem gesichert. Ein Abgehen von diesem Wert führt zwangsläufig zu Wertansätzen, die von subjektiven Erwägungen geprägt sind und damit in gewisser Weise Willkürcharakter tragen. Die Verhinderung der in Zeiten einer Inflation auftretenden Gefahren kann deshalb nicht als ein Problem der Gewinnermittlung im Rahmen des offiziellen Rechnungswesens angesehen werden, sondern stellt sich als eine Aufgabe dar, die im Rahmen der dispositiven Tätigkeit der Entscheidungsträger zu lösen ist.

Eine Stellungnahme zur erhaltungspolitischen Zielsetzungsentscheidung führte zu dem Ergebnis, daß zwischen der nominellen Kapitalerhaltungszielsetzung und den Zielsetzungen der realen Kapitalerhaltungskonzeption bzw. Substanzerhaltungskonzeption keine Zielkonflikte bestehen; letztere bieten sich vielmehr in Inflationszeiten ergänzend an. Für welches subsidiäre Erhaltungsziel sich die Entscheidungsträger letztlich entscheiden, hängt von ihrer individuellen Einstellung ab. Im einen Falle soll die Erhaltung der Kaufkraft des abstrakten Kapitals und im anderen Falle die Erhaltung der konkreten Form des Kapitals angestrebt werden.

Das Ziel der kaufkraftmäßigen Unternehmenserhaltung unterscheidet sich durch einen höheren Abstraktionsgrad gegenüber demjenigen der Substanzerhaltung; beide Erhaltungsziele stehen zueinander in einem komplementären Verhältnis. Sie bedingen sich einseitig in der Weise, daß die eine Zielsetzung immer die andere einschließt. Die Entscheidung zugunsten des einen oder anderen Zieles hängt davon ab, welcher Zielsetzung die Unternehmensführung vorrangige Bedeutung beimißt. Die Bedeutung der realen Konzeption liegt in Zeiten einer Inflation in der Beurteilung der einzelwirtschaftlichen Ertragssituation. Demgegenüber resultiert das Interesse an der Substanzerhaltungskonzeption aus der Notwendigkeit, die Funktionsfähigkeit des Produktionsprozesses sicherzustellen. Nur dann ist die Voraussetzung für die Ertragskraft der Unternehmung gegeben.

Bei der Untersuchung der mit der Realisierung der Substanzerhaltungszielsetzung im Zusammenhang stehenden Fragen ist das Vorratsvermögen exemplarisch behandelt worden. Dabei ist deutlich herausgestellt worden, daß es sich bei den zur Realisierung der substantiellen Zielsetzung erforderlichen Vollzugshandlungen um Mittelentscheidungen im Rahmen des unternehmerischen Entscheidungsprozesses handelt. Die vorliegende Untersuchung beschränkte sich hierbei auf die Probleme erhaltungspolitischer Entscheidungen unter gewinnerzielenden, -verwendenden und liquiditätspolitischen Aspekten.

Der Gesichtspunkt der Gewinnerzielung ist insofern von Bedeutung, als die Realisierung der erhaltungspolitischen Zielsetzung eine entsprechende Ertragserzielung voraussetzt. Die Untersuchung über die Mindesthöhe des zu erzielenden Nominalgewinnes kam zu dem Ergebnis, daß ein Nominalgewinn vorliegen muß, der nach Abzug der Scheingewinne (= Realgewinn) für die Begleichung der Steuerschuld ausreicht. Der Tatbestand der Scheingewinnbesteuerung selbst ist kein ausreichendes Kriterium, anhand dessen auf eine Gefährdung der unternehmerischen Pro-

duktivkräfte geschlossen werden könnte. Entscheidend ist die Höhe der Realgewinne und die Steuerbelastung der Unternehmung. Dieser Bedingung gilt es insbesondere im Rahmen der Absatzpolitik gerecht zu werden; letztlich aber ist die gesamte Unternehmenspolitik unter diesem Gesichtspunkt von Bedeutung.

Im Rahmen der Betrachtungen über die erhaltungspolitischen Strategien im gewinnverwendenden Bereich ist auf die Möglichkeit der Selbstfinanzierung eingegangen worden. Zunächst wurden verschiedene Methoden der Selbstfinanzierung auf ihre Anwendbarkeit und Wirksamkeit sowie auf ihre handels- und steuerrechtliche Bedeutung hin untersucht. Eine derartige Analyse führte zu dem Ergebnis, daß das Verfahren der offenen Rücklagenbildung unter diesen Gesichtspunkten wesentliche Vorteile gegenüber den Verfahren der stillen Reservenbildung aufweist. Mit Hilfe der Zuweisungen aus dem versteuerten Gewinn in die offene Rücklage läßt sich - entsprechender Erlösüberschuß vorausgesetzt - die erhaltungspolitische Zielsetzung weitestgehend realisieren. Gleichwohl sollten in den einzelnen Unternehmen die Entscheidungsträger versuchen, durch eine rationale Koordination der einzelnen Verfahren eine befriedigende Lösung des Scheingewinnproblems herbeizuführen.

In Verbindung mit der Erörterung des erhaltungspolitischen "Bestecks" sind Überlegungen hinsichtlich der Handhabung der reservenbildenden Verfahren angestellt worden. Da es sich bei diesem Sachverhalt um einen entscheidungsrelevanten Sachverhalt handelt, mußten die Entscheidungsträger in die Betrachtungen miteinbezogen werden. Denn die Interessenlagen der Entscheidungsträger prägen den Charakter der Gewinnverwendungsentscheidungen und damit insbesondere die reservenbildenden Entscheidungen unter dem Aspekt der Unternehmenserhaltung. Deutlich traten hierbei die Interessenkonflikte zwischen den einzelnen Gruppen der Entscheidungsträger in Erscheinung. Subjektive Momente

spielen in diesem Zusammenhang eine wesentliche Rolle. Eine Stellungnahme zu diesem Problemkreis führte zu der Erkenntnis, daß die Entscheidungsfindung in diesem Bereich letztlich auf eine Kompromißlösung (Interessenausgleich) hinausläuft.

Was den liquiditätspolitischen Aspekt betrifft, so hat sich gezeigt, daß mit der Reservenbildung das Problem nicht abschließend gelöst ist. Die Zweckbezogenheit zwischen Reservenbildung und Regenerationsprozeß tritt zwar deutlich in Erscheinung, keine Beachtung findet jedoch der zeitliche Aspekt. Während es sich bei der Reservenbildung um einen entscheidungsrelevanten Tatbestand im Rahmen der Bilanzpolitik handelt, erweist sich die Inanspruchnahme der Reserven als ein finanzwirksamer Vorgang. Diese beiden artverschiedenen Vorgänge müssen in Übereinstimmung gebracht werden. Die Überwindung der sich hieraus ergebenden Schwierigkeiten stellt eine Aufgabe dar, die von der finanziellen Führung der Unternehmung zu lösen ist. In besonderem Maße eignet sich hierfür die Finanzplanung.

Diese - insbesondere bei realitätsnaher Betrachtung deutlich hervorgetretenen - Zusammenhänge lassen den Schluß zu, daß es sich bei dem Problemkreis "Geldentwertung und Unternehmenserhaltung" um entscheidungsrelevante Tatbestände des unternehmerischen Entscheidungsprozesses handelt. Im Mittelpunkt der Betrachtung steht nicht das Rechnungswesen, wie überwiegend in der betriebswirtschaftlichen Literatur angenommen, sondern das Faktum der Auslösung unternehmungspolitischer Zielsetzungs- und Zielerreichungsentscheidungen. Deshalb darf wohl zu Recht die Auffassung vertreten werden, daß nur eine Gesamt Betrachtung des einzelwirtschaftlichen Gebildes die Möglichkeit bietet, die aus dem Zusammenhang zwischen Geldentwertung und Unternehmenserhaltung sich ergebende Erscheinung, die man als "Erhaltungspolitik" bezeichnet, richtig zu beurteilen.

Literaturverzeichnis

a) Bücher

- American Accounting Association (Hrsg.):
Committee to Prepare a Statement of Basic
Accounting Theory: A Statement of Basic
Accounting Theory. Evanston 1966.
- American Institute of Certified Public Accountants
(Hrsg.):
Reporting the Financial Effects of Price-
Level Changes..Accounting Research Study
No. 6, New York 1963.
- A r r o w , Kenneth J.; K a r l i n , Samuel;
S c a r f , Herbert:
Studies in the Mathematical Theory of Inventory
and Production. Stanford (California) 1958.
- A u f e r m a n n , Ewald:
Grundzüge Betriebswirtschaftlicher Steuerlehre.
Schriftenreihe "Die Wirtschaftswissenschaften",
hrsg. von E. Gutenberg, Reihe A (Betriebswirt-
schaftslehre), Beitrag Nr. 40, Wiesbaden 1959.
- B a r t h , Kuno:
Die Bewertung mit eisernen Beständen. Stuttgart
1951.
- B a u m o l , William J.:
Business Behavior, Value and Growth. First
Printing, New York 1959.
- B e s t e , Theodor:
Die kurzfristige Erfolgsrechnung. 2. Aufl.,
Köln und Opladen 1962.
- B i d l i n g m a i e r , Johannes:
Unternehmerziele und Unternehmerstrategien.
Schriftenreihe "Betrieb und Markt", hrsg. von
K.C. Behrens, Band 8, Wiesbaden 1964.
- B i n d e r , Odilo:
Scheingewinnbesteuerung - Eiserner Bestand -
"Substanzerhaltungsrücklage". Hrsg. vom Insti-
tut "Finanzen und Steuern", Heft 11, Bonn o.J.
- B o u l d i n g , Kenneth E.:
Economic Analysis. 3rd ed., London 1955
(1st ed. 1941).
- B r o w n , Edgar C.:
Effects of Taxation, Depreciation Adjustments
for Price Changes. Boston 1952.
- C a r e i l , Erich:
Allgemeine Volkswirtschaftslehre. 12. Aufl.,
Heidelberg 1966.
- C h i l d s , William H.:
Accounting for Management Control. New York
1960.

C o n z e l m a n n , Fritz:

Das Problem der "Selbstfinanzierung" der Unternehmung. Schriftenreihe "Tübinger Wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen", hrsg. von E. Lukas, W. Rieger und H. Teschemacher, Heft 9, Stuttgart 1935.

E c k a r d t , Horst:

Die Substanzerhaltung industrieller Betriebe (untersucht am Beispiel der niedersächsischen Industrie). Schriftenreihe "Beiträge zur betriebswirtschaftlichen Forschung", hrsg. von E. Gutenberg, W. Hasenack, K. Hax und E. Schäfer, Band 19, Köln und Opladen 1963.

F i n d e i s e n , Franz:

Die Reserven der Unternehmung mit besonderer Berücksichtigung der Steuer. Schriftenreihe "Bücherei für Bilanz und Steuern", hrsg. von H. Großmann, Band 7, Berlin 1922.

Der eiserne Bestand in betriebswirtschaftlicher und steuerlicher Beziehung unter Berücksichtigung des Geldentwertungsgesetzes vom 20. März 1923. Schriftenreihe "Bücherei für Bilanz und Steuern", hrsg. von H. Großmann, Band 9, Berlin 1923.

F i s h e r , Irving:

Stabilizing the Dollar, A Plan to Stabilize the General Price Level Without Fixing Individual Prices. New York 1920.

Die Kaufkraft des Geldes, Ihre Bestimmung und ihre Beziehung zu Kredit, Zins und Krisen. Aus dem Englischen übersetzt von I. Stecker, 2. Aufl., Berlin und Leipzig 1922.

The Making of Index Numbers, A Study of Their Varieties, Tests, and Reliability. 2nd ed., Boston und New York 1923.

Die Illusion des Geldes. Aus dem Englischen übersetzt von H. Scheibler, Berlin o.J.

G e l d m a c h e r , Erwin:

Wirtschaftsunruhe und Bilanz, Erster Teil: Grundlagen und Technik der bilanzmäßigen Erfolgsrechnung. Schriftenreihe "Betriebswirtschaftliche Zeitfragen", hrsg. von der Gesellschaft für wirtschaftliche Ausbildung E.V. Frankfurt a.M., Heft 2, Berlin 1923.

G n a m , Arnulf:

Axiome der Bilanzierung auf der Grundlage der Währung. München 1948.

- G ü r t l e r , Max:
Schweizerische Bilanzen unter dem Einfluß von
Konjunktur und Scheingewinn. Schriftenreihe
"Betriebs- und Finanzwirtschaftliche Forschun-
gen", hrsg. von F. Schmidt, Serie II, Heft 20,
Berlin und Wien 1925.
- G u t e n b e r g , Erich:
Einführung in die Betriebswirtschaftslehre.
Schriftenreihe "Die Wirtschaftswissenschaften",
hrsg. von E. Gutenberg, Reihe A (Betriebswirt-
schaftslehre), 1. Beitrag, Wiesbaden 1958.
Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Band I:
Die Produktion. 6. Aufl., Berlin-Göttingen-
Heidelberg 1961.
- H a n s e n , Alvin H.:
Economic Issues of the 1960s. Economics Hand-
book Series, ed. by Seymour E. Harris, New
York-Toronto-London 1960.
- H a n s e n , Bent:
A Study in the Theory of Inflation. Schriften-
reihe "The Library of Economics", ed. by P.N.
Rosenstein-Rodan, Section two: New Works, Lon-
don 1951.
- H a n s e n , Palle:
The Accounting Concept of Profit, An Analysis
on Evaluation in the Light of the Economic
Theory of Income and Capital. Kopenhagen und
Amsterdam 1962.
- H a s e n a c k , Wilhelm:
Buchhaltung und Abschluß, Mit praktischen
Übungen und Lösungen, Band I: Wesen und Tech-
nik. Essen 1954.
- H a x , Karl:
Die Substanzerhaltung der Betriebe. Köln und
Opladen 1957.
- H e i n e n , Edmund:
Das Zielsystem der Unternehmung, Grundlagen be-
triebswirtschaftlicher Entscheidungen. Schrif-
tenreihe "Die Betriebswirtschaft in Forschung
und Praxis", hrsg. von E. Heinen, Band 1,
Wiesbaden 1966.
- I n s t i t u t "Finanzen und Steuern" (Hrsg.):
Grundlagen und Möglichkeiten einer organischen
Finanz- und Steuerreform, Zur Neuordnung der
Finanzverfassung und des Steuersystems, Heft
30. Bonn o.J.
Grundlagen und Möglichkeiten einer organischen
Finanz- und Steuerreform, Zur Neuordnung der
Finanzverfassung und des Steuersystems, Heft
60. Bonn 1962.

K a l v e r a m , Wilhelm:

Praxis der Goldmarkbilanzierung und der Kapitalumstellung auf Grund der Bilanz-Verordnung vom 28. Dezember 1923 und der Durchführungsbestimmungen vom 28. März 1924. Schriftenreihe "Bücherei für Bilanz und Steuern", hrsg. von H. Großmann, Band 13, Berlin 1924.

K a p l a n , A.D.H.; D i r l a m , Joel B.;

L a n z i l l o t t i , Robert F.:

Pricing in Big Business: A Case Approach. Washington 1958.

K a t o n a , George:

Das Verhalten der Verbraucher und Unternehmer, Über die Beziehungen zwischen Nationalökonomie, Psychologie und Sozialpsychologie. Veröffentlichungen der Akademie für Gemeinwirtschaft Hamburg, hrsg. von E. Boettcher. Aus dem Englischen: Psychological Analysis of Economic Behavior, 1st ed., New York-Toronto-London 1951, übersetzt von G. Kröckel und H. Kardel, Tübingen 1966.

K e n n e d y , Ralph D.; M c M u l l e n , Stewart Y.:

Financial Statements: Form, Analysis, and Interpretation. 5th ed., Homewood 1968.

K e y n e s , John Maynard:

Vom Gelde. Aus dem Englischen: A Treatise on Money, 1930, übersetzt von C. und L. Krämer, München und Leipzig 1923.

K o s i o l , Erich:

Buchhaltung und Bilanz. 2. Aufl., Berlin 1967.

K r o p f f , Bruno:

Aktiengesetz. Düsseldorf 1965.

L ä g e , Friedrich-Karl:

Die säkulare Inflation. Schriftenreihe zur Geld- und Finanzpolitik, hrsg. von H.J. Abs, A. Hartmann und G. Schmolders, Band 5, Frankfurt am Main 1959.

L e C o u t r e , Walter:

Zeitgemäße Bilanzierung, Die statische Bilanzauffassung und ihre praktische Anwendung. Schriftenreihe "Sonderreihe der Betriebswirtschaftlichen Blätter", hrsg. von F. Dörfel, K. Seidel und J. Ziegler, Heft 4, Wien 1934.

Grundzüge der Bilanzkunde, Eine totale Bilanzlehre, Teil I. 4. Aufl., Wolfenbüttel 1949.

L e i t n e r , Friedrich:

Einkommen und Ertrag. Berlin 1922.

Wirtschaftslehre der Unternehmung. Leipzig 1926.

M a h l b e r g , Walter:

Bilanztechnik und Bewertung bei schwankender Währung. Schriftenreihe "Betriebs- und Finanz-

wirtschaftliche Forschungen", hrsg. von
F. Schmidt, 3. Aufl., Heft 10, Leipzig 1923
(1. Aufl. seit 1921).

Der Tageswert in der Bilanz. Schriftenreihe
"Betriebswirtschaftliches Archiv", hrsg. von
A. Heber, Heft 2, Leipzig 1925.

- M a y , George O.:
Business Income and Price Levels, An Account-
ing Study. o.O. 1949.
- M e l l e r o w i c z , Konrad:
Unternehmenspolitik. 3 Bände, 2. Aufl., Frei-
burg im Breisgau 1963.
Kosten und Kostenrechnung, Band II: Verfahren,
Teil II: Kalkulation und Auswertung der Kosten-
rechnung und Betriebsabrechnung. 4. Aufl., Ber-
lin 1968.
- M i l l e r , Maria:
Die Berücksichtigung von Geldwertschwankungen
in Buchhaltung und Bilanz. Schriftenreihe
"Nürnberger Beiträge zu den Wirtschafts- und
Sozialwissenschaften", hrsg. von H. Proesler
und W. Vershofen, Nürnberg 1932.
- M ü l l e r - A r m a c k , Alfred:
Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft.
2. Aufl., Hamburg 1948.
- N a a s , Josef; S c h m i d , Hermann L.:
Mathematisches Wörterbuch, Mit Einbeziehung
der theoretischen Physik, Band I. Berlin
-Stuttgart 1961.
- N i c k l i s c h , Heinrich:
Der Weg aufwärts, Organisation, Versuch einer
Grundlegung. 2. Aufl., Stuttgart 1922 (1. Aufl.
seit 1920).
- F ö h l m a n n , Gerhard:
Der Prozeß der Unternehmensführung. Schriften-
reihe "Die Unternehmung im Markt", hrsg. von
G. Bergler, J. Fettel, O. Hintner, H. Linhardt
und E.H. Sieber, Band 11, Berlin 1964.
- I r i n z h o r n , Karl:
Über die finanzielle Führung kaufmännischer
Geschäfte und Unternehmungen. Berlin 1902.
- R i e g e r , Wilhelm:
Einführung in die Privatwirtschaftslehre.
3. unveränderte Aufl., Erlangen 1964.
- R ö s s l e , Karl:
Allgemeine Betriebswirtschaftslehre. München
1948.

S a a g e , Gustav:

Die stillen Reserven im Rahmen der aktienrechtlichen Pflichtprüfung. Schriftenreihe "Beiträge zur betriebswirtschaftlichen Forschung", hrsg. von E. Gutenberg, W. Hasenack, K. Hax und E. Schäfer, Band 8, Köln und Opladen 1959.

S a n d i g , Curt:

Betriebswirtschaftspolitik. 2. Aufl., Stuttgart 1966 (1. Aufl. seit 1952).

S c h ä f e r , Erich:

Die Unternehmung, Einführung in die Betriebswirtschaftslehre. 6. Aufl., Köln und Opladen 1966.

S c h m a l e n b a c h , Eugen:

Die steuerliche Behandlung der Scheingewinne. Jena 1922.

Dynamische Bilanz. 4. Aufl., Leipzig 1926 (1. Aufl. seit 1919: Grundlagen dynamischer Bilanzlehre).

Dynamische Bilanz. 13. Aufl., Köln und Opladen 1962.

S c h m i d t , Fritz:

Die organische Bilanz im Rahmen der Wirtschaft. Schriftenreihe "Betriebs- und Finanzwirtschaftliche Forschungen", 2. Aufl., Heft 14, Leipzig 1922.

Der Wiederbeschaffungspreis des Umsatztages in Kalkulation und Volkswirtschaft. Schriftenreihe "Betriebs- und Finanzwirtschaftliche Forschungen", hrsg. von F. Schmidt, Serie II, Heft 4, Berlin 1923.

Bilanzwert, Bilanzgewinn und Bilanzumwertung. Schriftenreihe "Bücherei für Bilanz und Steuern", hrsg. von H. Großmann, Band 11, Berlin 1924.

Die organische Tageswertbilanz. 3. Aufl., Wiesbaden 1951 (1. Aufl. seit 1921).

S c h m i d t , Ralf-Bodo:

Die Gewinnverwendung der Unternehmung. Schriftenreihe "Betriebswirtschaftliche Forschungsergebnisse", hrsg. von E. Kosiol, Band 19, Berlin 1963.

S c h u l z e , Hans-Herbert:

Zum Problem der Messung des wirtschaftlichen Handelns mithilfe der Bilanz. Schriftenreihe "Betriebswirtschaftliche Forschungsergebnisse", hrsg. von E. Kosiol, Band 25, Berlin 1966.

S i e b e r , Eugen H.:

Objekt und Betrachtungsweise der Betriebswirtschaftslehre. Schriftenreihe "Betrieb und Unternehmung", hrsg. von A. Hoffmann, Band 12, Leipzig 1931.

- S o m m e r f e l d , Heinrich:
Der Unternehmer als Verwalter von Volksvermögen. Hamburg 1934.
- S o n d e r e g g e r , Fritz:
Das Prinzip der Erhaltung der Unternehmung als Grundproblem der modernen Betriebswirtschaftslehre. Schriftenreihe "Unternehmung und Betrieb", Beiträge zur Betriebswirtschaftslehre, hrsg. von A. Walther, Band 30, Bern 1950.
- S w e e n e y , Henry W.:
Stabilized Accounting. New York und London 1936.
- W a l b , Ernst:
Das Problem der Scheingewinne. Freiburg 1921.
Die Erfolgsrechnung privater und öffentlicher Betriebe, Eine Grundlegung. Berlin und Wien 1926.
Finanzwirtschaftliche Bilanz. 2. Aufl., Köln 1946/47 (1. Aufl. seit 1942/43).
- W i l k , Lionel A.:
Accounting for Inflation. London 1960.

b) Aufsätze in Sammelwerken und Zeitschriften

- A l b a c h , Horst:
Entscheidungsprozeß und Informationsfluß in der Unternehmensorganisation. In: Organisation, TFB-Handbuchreihe, Erster Band, hrsg. von E. Schnauffer und K. Agthe, Berlin und Baden-Baden 1961, S. 355 - 402.
Rechnungslegung im neuen Aktienrecht. In: NB, 19. Jg. 1966, Nr. 7/8, S. 178 - 192.
- American Accounting Association, Committee on Concepts and Standards Underlying Corporate Financial Statements (Hrsg.):
Price Level Changes and Financial Statements, Supplementary Statement No. 2. In: The Accounting Review, Oktober 1951, Vol. 26, No. 4, S. 468 - 474.
- Arbeitskreis "Bewertungsvorschriften" des Betriebswirtschaftlichen Ausschusses des Verbandes der Chemischen Industrie e.V., Frankfurt a.M.:
Bewertungsvorschriften im Aktiengesetz 1965. In: ZfB, 36. Jg. 1966, 2. Ergänzungsheft, S. 29 - 63.
- B a l d w i n , William L.:
The Motives of Managers, Environmental Restraints, and the Theory of Managerial Enterprise. In: The Quarterly Journal of Economics, Februar 1964, Vol. 78, No. 1, S. 238 - 256.

- B a n s b a c h , Max; V ö h r i n g e r , Fritz:
Steuerausfall durch Eiserne Bestandsbewertung?
In: BB, 6. Jg. 1951, Heft 8, S. 203 - 204.
- B e r t r a m s , Otto:
Der eiserne Bestand in der Bilanz. In: ZfhF,
17. Jg. 1923, S. 444 - 480.
- B i n d e r , Odilo:
Der Eiserne Bestand in der Praxis. In: BB,
5. Jg. 1950, Doppelheft 35/36, S. 909 - 913.
Schätzungsverfahren bei der Vorratsbewertung.
In: BB, 7. Jg. 1952, Heft 6, S. 152 - 154.
- B i r k h o l z , Hans:
Das neue Aktienrecht in steuerlicher Sicht. In:
BB, 21. Jg. 1966, Heft 18, S. 709 - 716.
- B r a u n , Ernst:
Eiserne Bestandsbewertung und totale Reserven-
bildung. In: DB, 8. Jg. 1955, Nr. 11, S. 245
- 246.
- B r e a k , George F.:
Capital Maintenance and the Concept of Income.
In: The Journal of Political Economy, ed. by
E.J. Hamilton, Vol. 62, No. 1, Februar 1954,
S. 48 - 62.
- C h r i s t o p h , B.:
Eiserner Bestand und Preisdifferenzrücklage in
der betriebswirtschaftlichen Praxis. In: DB,
9. Jg. 1956, Nr. 2, S. 25 - 27.
- D e y , Wolfgang:
Substanzerhaltung und "wirklicher Scheingewinn".
In: Wpg, 5. Jg. 1952, Nr. 9, S. 206 - 207.
- D ö l l e r e r , Georg:
Rechnungslegung nach dem neuen Aktiengesetz und
ihre Auswirkungen auf das Steuerrecht. In: BB,
20. Jg. 1965, Doppelheft 35/36, S. 1405 - 1417.
Gläubigerschutz und Aktionärsschutz im neuen
Aktienrecht - ein Scheingegensatz. In: BB,
21. Jg. 1966, Heft 16, S. 629 - 633.
- D o r n e m a n n , Richard:
Dynamische Bilanzauffassung und Steuerbilanz.
In: ZfhF, N.F., 6. Jg. 1954, S. 375 - 383.
- E d e r , Karl:
Das neue deutsche Aktiengesetz und seine Be-
deutung für die GmbH. In: GmbH-Rundschau, 56.
Jg. 1965, Nr. 8, S. 147 - 151.
- E n d r e s , Walter:
Der Eiserne Bestand als Mittel zur Vermeidung
des Ausweises und der Besteuerung von Schein-
gewinnen. In: ZfhF, N.F., 4. Jg. 1952, S. 217
- 230.

- E n g e l m a n n , Konrad:**
Die Verrechnung von Inflations-Gewinnen unter dem Realisations-Gesichtspunkt. In: ZfHf, N.F., 3. Jg. 1951, S. 153 - 159.
Methoden zur Neutralisierung von Preis- und Wert-Schwankungen im betrieblichen Abrechnungswesen. In: BFuP, 4. Jg. 1952, Heft 1, S. 1 - 30.
- F e t t e l , J.:**
Die nominale Geldrechnung und ihre Aussagen. In: BFuP, 3. Jg. 1951, Heft 1, S. 3 - 8.
Geldliche und güterliche Begriffe in der Betriebswirtschaftslehre. In: ZfB, 21. Jg. 1951, Nr. 10, S. 513 - 519.
- F o r s t e r , Karl-Heinz:**
Neue Pflichten des Abschlußprüfers nach dem Aktiengesetz von 1965. In: Beiträge zum neuen Aktienrecht, Sonderdruck aus der Zeitschrift "Die Wirtschaftsprüfung", Düsseldorf 1966, S. 5 - 69.
- G a t e r , Rudolf:**
Gegenwartsaufgaben der Bewertung und Bilanzierung. In: Die Erhaltung der Substanz und der Leistungsfähigkeit unter wirtschaftlichen und steuerlichen Gesichtspunkten, hrsg. von H. Hellmich, R. Gater und J. Kamp, Essen 1952, S. 13 - 20.
- G e l d m a c h e r , Erwin:**
Kapitalbewertung und Kapitalerhaltung. In: Kapital und Kapitalismus, hrsg. von B. Harms, Band 2, Berlin 1931, S. 350 - 370.
Betrieb und Zeitlage. In: Festschrift für Eugen Schmalenbach, Leipzig 1933, S. 81 - 96.
- G e s s l e r , Ernst:**
Rechnungslegung im neuen Aktienrecht. In: NB, 19. Jg. 1966, Nr. 7/8, S. 193 - 197.
Aktuelle gesellschaftsrechtliche Probleme. In: DB, 19. Jg. 1966, Heft 6, S. 215 - 221.
- G n a m , Arnulf:**
Betrachtungen zum Gutachten des Obersten Finanzgerichtshofs (OFH) über die Zulässigkeit des Last in - First out (Lifo) -Verfahrens und des First in - First out (Fifo) -Verfahrens. In: Wpg, 3. Jg. 1950, Nr. 5, S. 210 - 213.
Scheingewinne, Scheinverluste - eine Interessenkollision zwischen Volkswirtschaft und Betriebswirtschaft. In: NB, Beilage zu "Der Betriebs-Berater", 1952, Nr. 3, S. 39 - 42.
- G ö r r e s , Peter:**
Zur Scheingewinnbesteuerung. In: BB, 10. Jg. 1955, Heft 4, S. 124 - 125.
Substanzbesteuerung. In: BB, 10. Jg. 1955, Heft 28, S. 894 - 896.

G r e i f f e n h a g e n , Hermann:

Zur Bedeutung aktienrechtlicher Rechnungsvorschriften als Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung für Unternehmungen außerhalb der Aktiengesellschaft. In: Beiträge zum neuen Aktienrecht, Sonderdruck aus der Zeitschrift "Die Wirtschaftsprüfung", Düsseldorf 1966, S. 157 - 180.

G u e n t h e r , Joachim:

Die Anwendung des Last-in-first-out-Prinzips während des Geschäftsjahrs bedeutet trotz gesunkener Preise beim Jahresabschluß keinen Verstoß gegen das Niederstwertprinzip. In: Wpg, 3. Jg. 1950, Nr. 12, S. 548 - 551.

H a b e r l e r , Gottfried:

Geldinflation, Nachfrageinflation, Kosteninflation. In: Stabile Preise in wachsender Wirtschaft, Das Inflationsproblem, Erich Schneider zum 60. Geburtstag, hrsg. von G. Bombach, Tübingen 1960, S. 79 - 104.

H a s e n a c k , Wilhelm:

Selbstfinanzierung und Kapitalerhaltung. In: Der Betriebswirt, Zeitschrift des Verbandes Deutscher Diplom-Kaufleute e.V., 11. Jg. 1931, Nr. 2, S. 49 - 56 und S. 182 - 184.

Die Anlagenabschreibung im Wertumlauf der Betriebe und die Sicherung der Wirtschaft. In: ZfB, 15. Jg. 1938, S. 113 - 144.

Kategorien, betriebliche. In: HdB, 3. Aufl., hrsg. von H. Seischab und K. Schwantag, Band II, Stuttgart 1957/1958, Sp. 3088 - 3115.

Betriebsvergleich, Substanzwert- und Betriebserhaltungs-Probleme. In: BFuP, 13. Jg. 1961, Heft 3, S. 175 - 178.

H a x , Karl:

Bilanzgewinn und Geldwertschwankungen. In: ZfhF, N.F., 3. Jg. 1951, S. 433 - 460.

Das Problem der Substanzerhaltung beim Vorratsvermögen. In: ZfhF, N.F., 7. Jg. 1955, S. 531 - 546.

Gruppenbewertung und Rechnen mit eisernen Beständen beim Vorratsvermögen (Gutachten). In: BB, 10. Jg. 1955, Heft 25, S. 793 - 798.

Die Substanzerhaltung der Betriebe. In: DB, 9. Jg. 1956, Nr. 16, S. 357 - 360.

H a x , Karl; K n o r r , Ernst; M e i e r , Albert:

Ein Verfahren zur Erfassung und Neutralisierung von Geldwertveränderungen. In: Wpg, 5. Jg. 1952, Nr. 13, S. 293 - 296.

- H e i n e n , Edmund:
Die Zielfunktion der Unternehmung. In: Zur Theorie der Unternehmung, Festschrift zum 65. Geburtstag von Erich Gutenberg, hrsg. von H. Koch, Wiesbaden 1962, S. 9 - 71.
- H i c k s , J.R.:
Maintaining Capital Intact: A Further Suggestion. In: Economica, N.S., Vol. 9, Numbers 33 - 36, 1942, S. 174 - 179.
- J o n e s , Ralph C.:
Effect of Inflation on Capital and Profits: The Record of Nine Steel Companies. In: The Journal of Accountancy, Januar 1949, S. 9 - 31.
- J ü r g e n s :
Zur Änderung der handelsrechtlichen Inventur- und Bewertungsvorschriften. In: DStR, 3. Jg. 1965, Heft 16, S. 484 - 490.
- K a m p , J.; L u d w i g , H.:
Der Eiserne Bestand als wirtschaftspolitisches Problem. In: BB, 6. Jg. 1951, Doppelheft 35/36, S. 963 - 965.
- K a r s t e n , Johann-Friedrich:
Die neuen handelsrechtlichen Inventarisierungs- und Bewertungsvorschriften. In: Wpg, 18. Jg. 1965, Nr. 11, S. 277 - 282.
- K l o i d t , Heinrich; D u b b e r k e , Hans-Achim;
G ö l d n e r , Jürgen:
Zur Problematik des Entscheidungsprozesses. In: Organisation des Entscheidungsprozesses, hrsg. von E. Kosiol, Berlin 1959, S. 9 - 22.
- K o l b e , Hans:
Die Bewertung nach dem früheren Anschaffungspreis (last in - first out). In: BB, 4. Jg. 1949, Heft 10, S. 205 - 206.

Die Berücksichtigung von Preisschwankungen nach dem OFH-Gutachten vom 3.6.1949. In: BB, 4. Jg. 1949, Heft 23, S. 465 - 466.
- K o s i o l , Erich:
Pagatorische Bilanz (Erfolgsrechnung). In: Lexikon des kaufmännischen Rechnungswesens, Handwörterbuch, hrsg. von K. Bott, Band III, 2. Aufl., Stuttgart 1956, Sp. 2085 - 2120.
- K r e m e r , Johannes; K r e m e r , Hellfried:
Die Verantwortlichkeit von Vorstand, Aufsichtsrat und Wirtschaftsprüfer bezüglich der Behandlung von Scheingewinnen. In: Wpg, 5. Jg. 1952, Nr. 18, S. 414 - 421.
- K r o p f f , Bruno:
Grundsätze der Rechnungslegung nach dem Aktiengesetz 1965. In: NB, 19. Jg. 1966, Nr. 3, S. 58 - 62.

K r ü g e r , Gerhard:

Problem des Gestaltungsbereiches. In: Gegenwartsfragen der Unternehmung, Offene Fragen der Betriebswirtschaftslehre, Festschrift zum 70. Geburtstag von Fritz Henzel, hrsg. von B. Beltinger, Wiesbaden 1961, S. 123 - 134.

L a n g e n , Wilhelm:

Die Bewertung von Warenvorräten bei schwankenden Preisen. In: Wpg, 3. Jg. 1950, Nr. 1, S. 4 - 11.

L e C o u t r e , Walter:

Beiträge zur betriebswirtschaftlichen Lehre vom Kapital. In: ZfB, 4. Jg. 1927, S. 341 - 353.

L i e b l , Josef:

Kapitalerhaltung und Bilanzrechnung. In: BFuP, 5. Jg. 1953, Heft 9, S. 493 - 513; S. 568 - 593; S. 630 - 651 und S. 675 - 691.

L i t t m a n n , Eberhard:

Die aktienrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften vom 6. September 1965 in der Sicht des Bilanzsteuerrechts. In: DStR, 4. Jg. 1966, Heft 8, S. 233 - 241.

L u d e w i g , Rainer:

Bilanzpolitik im Rahmen der neuen aktienrechtlichen Bilanzierungsvorschriften. In: NB, 19. Jg. 1966, Nr. 2, S. 49 - 56.

L u t z , Friedrich A.:

Die Gefahr der chronischen Inflation. In: Wirtschaftsfragen der freien Welt, Zum 60. Geburtstag von Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard, hrsg. von E. von Beckerath, F.W. Meyer und A. Müller-Armack, Frankfurt am Main 1957, S. 375 - 382.

M e i e r , Albert:

Vorschlag zur Erfassung der wirklichen Scheingewinne und Rücklagenbildung in der Handels- und Steuerbilanz. In: Wpg, 4. Jg. 1951, Nr. 17, S. 389 - 392.

M a t o n , William A.:

Depreciation-Concept and Measurement. In: The Journal of Accountancy, Oktober 1959, S. 38 - 43.

M e n r o s e , Edith Tilton:

Biological Analogies in the Theory of the Firm. In: The American Economic Review, Dezember 1952, Vol. 42, No. 5, S. 804 - 819.

P o h n e r , Dieter:

Zum Thema: Gutachten des Obersten Finanzgerichtshofs (OFH) über die Zulässigkeit des Last in - First out (Lifo) -Verfahrens und des First in - First out (Fifo) -Verfahrens. In: Wpg, 3. Jg. 1950, Nr. 8, S. 373.

- R e c k t e n w a l d , Horst C.:
Inflation und Deflation. In: HdB, 3. Aufl.,
hrsg. von H. Seischab und K. Schwantag, Band
II, Stuttgart 1957/1958, Sp. 2793 - 2804.
- R e n t r o p , Siegfried:
Geldwertausgleich in der Bilanz und in der Er-
folgsrechnung. In: DB, 4. Jg. 1951, Nr. 50,
S. 961 - 963.
- R o t h s c h i l d , Kurt W.:
Preistheorie und Oligopol. In: Preistheorie,
Schriftenreihe "Neue Wissenschaftliche Biblio-
thek", hrsg. von A.E. Ott, Köln und Berlin
1965, S. 354 - 375. Aus dem Englischen: Price
Theory and Oligopoly. In: Readings in Price
Theory, London 1953, S. 440 - 464, übersetzt
von Valerie Rothschild.
- S c h i e b , Brigitta:
Grundsätzliche Probleme der Kapitalerhaltung.
In: Fragen der Kapitalerhaltung und Finanzie-
rung, Veröffentlichungen zur Betriebswirt-
schaft, hrsg. von Aufermann, Auler, le Coutre
u.a., Heft 3, Wolfenbüttel o.J., S. 18 - 38.
- S c h m a l e n b a c h , Eugen:
Monatliche Gewinnberechnung. In: ZfhF, 7. Jg.
1912/1913, S. 181 - 195.

Grundlagen dynamischer Bilanzlehre. In: ZfhF,
13. Jg. 1919, S. 1 - 101.

Die Weiterbildung der monatlichen Erfolgsrech-
nung. In: ZfhF, 20. Jg. 1926, S. 149 - 158.
- S c h m i d t , Ralf-Bodo:
Die Kapitalerhaltung der Unternehmung als Ge-
genstand zielsetzender und zielerreichender
Entscheidungen. In: Organisation und Rechnungs-
wesen, Festschrift für Erich Kosiol zu seinem
65. Geburtstag, hrsg. von E. Grochla, Berlin
1964, S. 411 - 440.

Die Sicherung der Aktiengesellschaft durch
Rücklagen. In: ZfB, 36. Jg. 1966, Nr. 10,
S. 615 - 631.
- S c h m ö l d e r s , Günther:
Die Politiker und die Währung. In: Zeitschrift
für das gesamte Kreditwesen, 10. Jg. 1957,
Heft 1, S. 28 - 29.
- S c h n e i d e r , Karl:
Neues Aktiengesetz und Wirtschaftsprüfer. In:
Wpg, 18. Jg. 1965, Nr. 14, S. 361 - 362.
- S c h n e t t l e r , Albert:
Grundsätzliches zum Problem der betrieblichen
Substanzerhaltung. In: BFuP, 5. Jg. 1953,
Heft 4, S. 193 - 207.

- Schwantag, Karl:
Der Wirtschaftsprozess im Handelsbetriebe,
Teil I: Gegenstand, Plandauer, Daten und Ziel-
setzungen. In: ZfB, 21. Jg. 1951, Nr. 6,
S. 338 - 353.
- Sieber, Eugen H.:
Warenvorräte. In: HdB, 3. Aufl., hrsg. von H.
Seischab und K. Schwantag, Band IV, Stuttgart
1957/1958/1960/1962, Sp. 6175 - 6182.
- Simon, Herbert A.:
Theories of Decision-Making in Economics and
Behavioral Science. In: The American Economic
Review, Juni 1959, Vol. 49, No. 3, S. 253
- 283.
- Sommerfeld, Heinrich:
Der Einfluß der Vermögensstruktur auf die Be-
triebsenergie, Ein Beitrag zur betriebswirt-
schaftlichen Konjunkturlehre. In: Zeitschrift
für Handelswissenschaft und Handelspraxis,
21. Jg. 1928, Heft 10, S. 229 - 233.
- Spitaler, Armin:
Vorrätebewertung und Preisschwankung. In: DB,
2. Jg. 1949, Nr. 32, S. 377 - 378.
- Turvey, Ralph:
Some Aspects of the Theory of Inflation in a
Closed Economy. In: The Economic Journal, ed.
by R.F. Harrod und E.A.G. Robinson, Vol. 61,
London 1951, S. 531 - 543.
- Vangerow, Friedrich:
Erläuterungen zur Rechtsprechung, Einkommen-
steuer, Zur Frage des eisernen Bestands beim
Vorratsvermögen. In: Stuw, 32. Jg. 1955,
Sp. 465 - 469.
- Vogel, Horst:
Die Rücklage für Preissteigerung nach § 74
EStDV 1955. In: DStZ, 44. Jg. 1956, Ausgabe A,
Nr. 2, S. 17 - 19.
- Von Colbe, Walther Busse:
Preis- und Geldwertschwankungen, Eliminierung
von ... In: HdB, 3. Aufl., hrsg. von H. Sei-
schab und K. Schwantag, Band III, Stuttgart
1957/1958/1960, Sp. 4423 - 4438.
Substanzerhaltung. In: HdB, 3. Aufl., hrsg.
von H. Seischab und K. Schwantag, Band III,
Stuttgart 1957/1958/1960, Sp. 5310 - 5321.
- Wessels, Theodor:
Wachsende Starrheit der Unternehmungen und
ihre Ursachen. In: ZfHf, N.F., 10. Jg. 1958,
S. 66 - 74.

- W i l c o x , Edward B.:
The Rise and Fall of LIFO. In: The Journal of
Accountancy, Februar 1948, S. 98 - 103.
- o. V.:
Scheingewinnbesteuerung und Große Steuerreform.
In: Wpg, 7. Jg. 1954, Nr. 9, S. 210.

c) Dissertationen

- B r e n k , Werner:
Die Grundprobleme des eisernen Bestandes, Unter
besonderer Berücksichtigung der Zusammensetzung
und der Mengenbemessung. Diss. Mannheim 1952.
- B r u n n e r , Josef:
Geldwertschwankungen in Erfolgsrechnung und
Bilanz, Neue amerikanische Praxis und Lehre.
Diss. Zürich 1962.
- E r h a r d , Heinz:
Die Rechnung der Unternehmung bei Geldwertän-
derungen. Diss. Tübingen 1953.
- H a g e m e i e r , Heinrich:
Die Frage der verschiedenen Besteuerung des
Bilanzgewinnes nach dessen Verursachung. Diss.
Frankfurt am Main 1950.
- H a g e n m ü l l e r , Karl F.:
Die Betriebserhaltung. Hab.-Schr., München
1949.
- K ü m m e l , Rolf:
Probleme des Scheingewinns und der Scheinge-
winnbesteuerung. Diss. Nürnberg 1956.
- K u n z m a n n , Edmund:
Risikoquellen und Risiko- begegnung, Eine er-
tragstheoretische Betrachtung. Diss. Nürnberg
1953.
- S c h n e i d e r , Wilhelm:
Das Problem der Geldwertschwankungen in der Be-
triebswirtschaftslehre und im Steuerricht über
besonderer Berücksichtigung des Auslandes,
Diss. Köln 1959.
- W e b e r , Karl:
Dividendenpolitik. Diss. Zürich 1954.

d) Sonstiges

Aktiengesetz, vom 6. September 1965. In: BGBl 1965, Teil I, Nr. 48, S. 1089 - 1184.

Einkommensteuerrichtlinien für das Kalenderjahr 1966, Bonn Ausgabe November 1967.

Geschäftsbericht der N.V. Philips' Gloeilampenfabrieken und der N.V. Gemeenschappelijk Bezit van Aandeelen Philips' Gloeilampenfabrieken für 1968.

Geschäftsbericht und Jahresabschluß der Firmen Unilever N.V. und Unilever Limited einschließlich Tochtergesellschaften für 1967 und 1968.

Gutachten des Obersten Finanzgerichtshofs vom 3. Juni 1949 I D 2/49 S. In: Ministerialblatt des Bundesministeriums der Finanzen, 1. Jg. 1949/50, Nr. 14, S. 333 - 336.

Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland, 1966 sowie 1967, hrsg. vom statistischen Bundesamt, Wiesbaden. Stuttgart und Mainz 1966 sowie 1967.

RFH - Urteil vom 13. Juni 1928 - VI A 593/28 -.
In: RStBl 18. Jg. 1928, Nr. 23, S. 328 - 329.

RFH - Urteil vom 13. Dezember 1928 - VI A 899/28 -.
In: RStBl 19. Jg. 1929, Nr. 6, S. 136 - 137.

RFH - Urteil vom 16. Dezember 1936 VI A 588/35.
In: RStBl 27. Jg. 1937, Nr. 12, S. 272 - 273.

RFH - Urteil vom 19. Oktober 1938 VI 593/38.
In: RStBl 29. Jg. 1939, Nr. 2, S. 26 - 27.

BFH - Urteil vom 1. März 1955 I 140/52 U.
In: BStBl 5. Jg. 1955, Teil III, Nr. 15, S. 144 - 150.

Lebenslauf

Am 18. Oktober 1937 wurde ich als Sohn des Kaufmanns Philipp Wenzel (verstorben 1945) und seiner Ehefrau Lina, geb. Arnheiter, in Klingenberg am Main geboren. In meinem Heimatort Wörth am Main besuchte ich von 1944 bis 1949 die Volksschule und wechselte dann auf die Oberrealschule Aschaffenburg über, die ich bis zur Mittleren Reife besuchte. Die letzten drei Jahre bis zu meinem Abitur absolvierte ich an der Wirtschaftsober-schule 'Frankenland', Walldürn (Baden-Württemberg).

Nach bestandenen Abitur immatrikulierte ich mich im April 1959 an der Universität Würzburg für das Fach Betriebswirtschaftslehre. Nach einem zweisemestrigen Studium wechselte ich im SS 1960 für ein Semester auf die Universität Hamburg über. Mein Studium setzte ich ab WS 1960/1961 an der damaligen Hochschule für Wirt-schafts- und Sozialwissenschaften in Nürnberg fort. Im Herbst 1963 legte ich an der wirtschafts- und sozial-wissenschaftlichen Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg zu Nürnberg nach neunsemestrigen Studium die Diplomprüfung für Kaufleute mit Erfolg ab.

Die vorliegende Dissertation entstand im Anschluß an eine zweijährige Tätigkeit als Prüfungsassistent bei der Firma Deutsche Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft, Treuarbeit, Frankfurt am Main.

Offsetdruck-Fotodruck

J. Hegl, 8520 Erlangen Hauptstr. 109, (Nähe Martin-Luther-Platz) Tel. 22990